



# Schule der Gewalt

MILITARISMUS IN  
DEUTSCHLAND 1871 BIS 1945



# *Militarismus – Treibhaus für Katastrophe*

Die in der Bundesrepublik bis 1955 breit geführte, dann schlagartig abgebrochene Militarismus-Debatte greifen Ekkehart Krippendorff, Manfred Messerschmidt, Wolfram Wette u. a. namhafte Historiker und Friedensforscher wieder auf. Ihre Studien über den preußisch-deutschen Militarismus in der Kaiserzeit, in der Weimarer Republik und im NS-Staat verdeutlichen Einflüsse des Militärs auf Politik, Wirtschaft, Erziehung, Weltbilder. Beiträge über die Militarismus-Kritik von Anarchisten, Pazifisten und Frauenrechtlerinnen zeigen, dass in der Zeit des deutschen Nationalstaats 1871 bis 1945 das Militärische fast ungebrochen als Bestandteil der Gesellschaft akzeptiert wurde. Ein wichtiges Buch zur Geschichte des Militarismus in Deutschland und im europäischen Vergleich.

*»Militarismus ist die Geistesverfassung des  
Nichtmilitärs.«*

FRANZ CARL ENDRES. 1927

Originalausgabe



ISBN 3-7466-8124-3 • € 11,95 [D]



9 783746 681245

**WOLFRAM WETTE**, Prof. Dr. phil., geb. 1940, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in München, 1971-1995 Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg i. Br., seit 1998 apl. Professor für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg, Mitbegründer und mehrfacher Sprecher des Arbeitskreises Historische Friedensforschung; Veröffentlichungen zur deutschen Zeit- und Militärgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

«Militarismus» ist in Europa als politischer und wissenschaftlicher Begriff in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden. Er umschreibt den wachsenden Einfluss des Militärs und des kriegerischen Denkens auf Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, auf die Erziehung sowie das gesamte gesellschaftliche Leben in den europäischen Nationalstaaten. Frühliberale, Katholiken, Anarchisten, Frauenrechtlerinnen, kritische Militärs, Pazifisten und Sozialdemokraten analysierten Phänomene des Militarismus aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Als die nationale Schule der Gewalt bildete der Militarismus gleichsam ein Treibhaus für Katastrophen und somit eine Voraussetzung für die Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Historiker und Friedensforscher beleuchten in diesem Band die zeitgenössische Rezeption und Kritik des Militarismus in Deutschland von 1871 bis 1945. Durch internationale Vergleiche werden typische Merkmale des preussisch-deutschen Militarismus erkennbar sowie die Kontinuitätslinie vom kaiserlich-deutschen zum nationalsozialistischen Militarismus. Nach 1945 betrieben die alliierten Siegermächte die «Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus». Aber schon zehn Jahre später versackte die gerade erst begonnene wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Militarismus in Deutschland. In diesem Buch wird sie endlich aus der Versenkung hervorgeholt.

# Schule der Gewalt

Militarismus in Deutschland 1871-1945

Herausgegeben von Wolfram Wette

Aufbau Taschenbuch Verlag

Mit 26 Abbildungen

ISBN 3-7466-8124-3

1. Auflage 2005

© Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH, Berlin 2005 Umschlaggestaltung gold, Anke Fesel/Kai Dieterich unter Verwendung eines Fotos von Ullsteinbild Druck und Binden Ebner & Spiegel, Ulm  
Printed in Germany

[www.aufbau-taschenbuch.de](http://www.aufbau-taschenbuch.de)

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

## Inhalt

<i>Wolfram Wette</i> Der Militarismus und die deutschen Kriege .....	9
---	---

### I. DER MILITARISMUS DER KAISERZEIT IM SPIEGEL SEINER KRITIKER

*Stig Förster*

Militär und Militarismus im Deutschen Kaiserreich. Versuch einer differenzierten Betrachtung .....	33
---	----

<i>Dieter Riesenberger</i> Katholische Militarismuskritik im Kaiserreich .....	55
---	----

*Karl Holl*

Militarismuskritik in der bürgerlichen Demokratie des wilhelminischen Reiches. Das Beispiel Ludwig Quidde .....	76
---	----

*Bernhard Neff*

«Dekorationsmilitarismus». Die sozialdemokratische Kritik eines vermeintlich nicht kriegsgemässen Militärwesens (1890-1911)	91
---	----

*Ulrich Bröckling*

Kriege gibt es nur, weil es Staaten gibt. Facetten anarchistischer Militärkritik 1849-1934	111
---	-----

### II. MILITARISMUSKRITIK VON FRAUEN

*Ute Kätzel*

Militarismuskritik sozialdemokratischer Politikerinnen in der Zeit des wilhelminischen Kaiserreiches .....	135
---	-----

*Jennifer A. Davy*

„Männliche“ Gewalt und „weibliche“ Friedfertigkeit. Die Militarismuskritik von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann .....	152
--	-----

### III. PAZIFISTISCHE GEGNER DES MILITARISMUS IN DER WEIMARER ZEIT

*Detlef Bald*

Ein Offizier als Kritiker des preussisch-deutschen  
Militarismus.

Alfons Falkner von Sonnenburg 173

*Friederike Gräper*

«Militarismus ist keine Frage der Technik».

Generalmajor Freiherr von Schoenaichs

Militarismuskritik ..... 192

*Lothar Wieland*

Als Gegner des Militarismus in der praktischen

Politik – der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel ..... 207

### IV. MILITARISMEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

*Jakob Vogel*

Der «Folkloremilitarismus» und seine zeitgenössische

Kritik. Deutschland und Frankreich 1871-1914 ..... 231

*Christoph Jahr*

British Prussianism.

Überlegungen zu einem europäischen Militarismus

im 19. und frühen 20. Jahrhundert ..... 246

### V. NATIONALSOZIALISTISCHER MILITARISMUS

*Manfred Messerschmidt*

Das neue Gesicht des Militarismus in der Zeit des

Nationalsozialismus ..... 265

### VI. PERSPEKTIVEN

*Ekkehart Krippendorff*

Friedensforschung als Entmilitarisierungsforschung ..... 283

## VII. ANHANG

Anmerkungen .....	303
Autorinnen und Autoren .....	357
Personenregister.....	360
Ortsregister .....	364
Bildnachweis.....	365



*Wolfram Wette*

## **DER MILITARISMUS UND DIE DEUTSCHEN KRIEGE**

«Militarismus» – das war schon immer ein politischer Begriff und erst in zweiter Linie ein wissenschaftlicher. Entstanden in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, wurde er als Schlagwort in durchaus polemischer Absicht verwendet, um auf ein neues zeitgenössisches Phänomen hinzuweisen: dass nämlich das politische und gesellschaftliche Leben in den Nationalstaaten des europäischen Kontinents immer stärker von militärischen Interessen und von kriegerischen Denkmustern geprägt wurde. Der preussischdeutsche Militarismus galt damals noch keineswegs durchgängig als Prototyp des Militarismus, vielmehr wurde er durchaus in Parallele zu militaristischen Erscheinungen in anderen europäischen Ländern gesehen. Die Zuspitzung der Kritik auf Preussen-Deutschland liess aber nicht lange auf sich warten.

In diesem Buch wird die zeitgenössische Rezeption und Kritik des Militarismus in Deutschland dargestellt, so weit diese öffentlich geäußert werden konnte, was in Deutschland zwischen 1933 und 1945 bekanntlich nicht möglich gewesen ist. Des Weiteren wird der eigentümliche Verlauf der politischen und wissenschaftlichen Militarismus-Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Band die Frage, ob der Militarismus einen massgeblichen Kontinuitätsstrang der Epoche des ersten deutschen Nationalstaates bildete.

Am Zustandekommen des Buches haben sich Historikerinnen und Historiker sowie Politikwissenschaftler beteiligt, die gemeinsam auf dem Gebiet der Friedensforschung tätig sind

und hier zum Teil neue Forschungsergebnisse vorstellen oder in komprimierter Form darbieten.

### «Wehrhaft» oder «militaristisch»?

Die Träger des zeitgenössischen Militarismus, also die Monarchen, Politiker, Militärs und deren Anhängerschaft, betrachteten es nicht als ein Lob, wenn sie als «Militaristen» bezeichnet wurden. Sie hielten diesen Begriff für verleumderisch und diffamierend, hatten sie doch – nach ihrer Selbsteinschätzung – nur Gutes im Sinn: Sie wollten den nationalen Machtstaat erhalten und stärken, das Land vor Angreifern von aussen schützen und vielleicht auch selbst einmal einen Angriffskrieg führen, wenn es die Machterweiterung erforderte oder innenpolitische Konflikte auf diese Weise nach aussen abgelenkt werden konnten. Was die Kritiker als «Militarismus» politisch attackierten, war den Repräsentanten und Anhängern militärischer Machtpolitik der «wehrhafte» Staat, in dem die Militärs und das kriegerisch-heroische Denken ganz selbstverständlich eine wichtige Rolle spielten. Sie hielten es daher für normal und keineswegs für anstössig, dass das Militär immer mehr in das gesellschaftliche Leben eingriff und sich als «Erziehungsschule der Nation»<sup>1</sup> betrachtete. Die These, dass eine solchermassen mit Gewalt imprägnierte Gesellschaft auch eine Eigendynamik entfalten konnte, dass sie vielleicht sogar so etwas wie ein Treibhaus für Katastrophen darstellte, wiesen sie zurück. Der äussere Feind galt traditionsgemäss – auch bereits in der prophylaktischen Ablenkungs- und Rechtfertigungsstrategie – als der Bösewicht und als der Verursacher von Kriegen. Der eigene Staat wurde immer als der Angegriffene dargestellt. Denn man wusste: Die Menschen, die als Soldaten in den Krieg eintreten und in ihm ihr Leben

riskieren sollten, waren nur mit dem Verteidigungs-Argument bei der Stange zu halten.

Niemand hat die Kritiker des deutschen Militarismus schärfer angegriffen als Adolf Hitler. Er erklärte den Militarismus für eine Erfindung der Juden, Marxisten, Demokraten und Pazifisten. Diese machte er auch dafür verantwortlich, dass das deutsche Volk im Ersten Weltkrieg nicht zu seiner optimalen Kraftentfaltung gefunden habe und daher, als Verlierer des Krieges, den «Schandfrieden» von Versailles hatte unterzeichnen müssen. Mit Blick auf das kaiserliche Deutschland schrieb Hitler: «Während das Judentum durch seine marxistische und demokratische Presse die Lüge vom deutschen ‚Militarismus‘ in die ganze Welt hinausrief, ... verweigerten marxistische und demokratische Parteien jede umfassende Ausbildung der deutschen Volkskraft.»<sup>2</sup> Die eigentliche Aufgabe der Politik bestand für Hitler in der «Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes».<sup>3</sup> Die Politik müsse «die Waffe ihres Kampfes stets so wählen, dass dem Leben im höchsten Sinne gedient» werde.<sup>4</sup> Der Erste Weltkrieg hatte bereits Ansätze zu einem totalen Krieg gezeigt. Darauf gründet sich Hitlers Überzeugung, dass die ständige Aufgabe der zukünftigen Politik nicht die «beschränkte Vorbereitung für einen Krieg als vielmehr die unbeschränkte innere Durch- und Ausbildung eines Volkes»<sup>5</sup> für den Krieg sei. In der Vorbereitung der kriegerischen Machterweiterung fanden nach seiner Ansicht Innen- und Aussenpolitik ihre einheitliche Bestimmung: Das «Schwert zu schmieden», schrieb er, sei «die Aufgabe der innenpolitischen Leitung eines Volkes; die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, die Aufgabe der aussenpolitischen».<sup>6</sup> Alles sei eine Frage des «Machteinsatzes»<sup>7</sup>, also der Gewaltpolitik. Weil die Juden, Marxisten, Demokraten und Pazifisten das nicht begriffen hätten, hielt Hitler sie einerseits für vollständig politikunfähig und andererseits für

so gefährlich, dass er im Jahre 1932 – bezeichnender Weise in einer Rede vor deutschen Industriellen – verkündete, er habe «den unerbittlichen Entschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten».<sup>8</sup> In dem Feindbild Marxismus waren sie alle zusammengefasst: die Juden, die Pazifisten, die Sozialisten und die Demokraten.

Was Hitler vor 1933 angekündigt hatte, realisierte er nach 1933 mit einer ungeheuren Konsequenz, wobei er mit der Reichswehr und späteren Wehrmacht reibungslos zusammenarbeitete. Das nationalsozialistisch geführte Deutschland verfügte 1939 nicht nur über die modernsten und schlagkräftigsten Streitkräfte Europas, sondern auch über eine durch und durch militarisierte «Volksgemeinschaft». Die Entwicklung des preussisch-deutschen Militarismus hatte ihren Höhepunkt erreicht. Hitler-Deutschland stürzte die Welt in einen Krieg, der mehr als 50 Millionen Menschen das Leben kostete.

## **Die Ausrottung des Militarismus 1945 und das grosse Schweigen über ihn**

Beendet wurde der Zweite Weltkrieg durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und den vollständigen militärischen Triumph der alliierten Siegermächte.

Das zentrale politische Ziel der Anti-Hitler-Koalition wurde im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 folgendermassen formuliert: «Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen ... Massnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.»<sup>9</sup> Bei der Entmilitarisierung wollten die Siegermächte die Halbheiten des Versailler Vertrages von 1919 keinesfalls wiederholen, sondern an die Wurzel des Problems

gehen. Die einschlägigen Dokumente belegen die klare Vorstellung der Alliierten vom Systemcharakter des preussisch-deutschen Militarismus. Daher vermochten sie nach der Kapitulation Deutschlands 1945 eine entsprechend breit gefächerte Politik der Entmilitarisierung durchzusetzen.

1946, ein Jahr nach Kriegsende, veröffentlichte der bedeutende deutsche Historiker Friedrich Meinecke seine Gedanken über die Ursachen der «deutschen Katastrophe», wie er den NS-Staat, den Weltkrieg und die erneute deutsche Niederlage zusammenfassend bezeichnete. Unter der Überschrift «Militarismus und Hitlerismus» stellte er einen historischen Zusammenhang zwischen Hindenburg, Reichswehr und Hitler her. Er fragte sich, wie der Reichspräsident, der zugleich Generalfeldmarschall und «ein echter Sprössling des preussisch-deutschen Militarismus» war, Hitler berufen konnte. Seine Antwort: «Fragt man nach der seelisch tiefsten und ursprünglichsten Schicht in seinem Denken, die ihn dazu bringen konnte, so kann es nur der preussisch-deutsche Militarismus sein. Und diesen darf man getrost als diejenige geschichtliche Macht bezeichnen, die den Aufbau des Dritten Reiches wohl am stärksten gefördert hat.»<sup>10</sup> Meinecke hatte also keinen Zweifel daran, dass eine Kontinuitätslinie vom Militarismus des kaiserlichen Deutschlands zum Militarismus des Hitler-Staates führte.

Weder die Vorstellungen der Alliierten über den deutschen Militarismus noch die hellsichtige Analyse Meineckes haben es vermocht, die deutsche Geschichtswissenschaft zu einer gründlichen Erforschung der Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus entlang des Interpretationsmodells Militarismus zu provozieren, insbesondere nicht zu einer systematischen Langzeitanalyse der deutschen Nationalgeschichte unter dem Blickwinkel der militaristischen Prägungen von Politik und Gesellschaft.

Die in Deutschland von Gerhard Ritter, Hans Herzfeld und Ludwig Dehio geführte Diskussion brach, kaum dass sie begonnen hatte, schon wieder ab. Der Zusammenhang mit dem Aufbau der Bundeswehr und der Militarisierung des Ost-West-Konflikts ist unverkennbar. Auch die in den siebziger und achtziger Jahren von Historikern wie Volker R. Bergahn<sup>11</sup>, Emilio Willems<sup>12</sup>, Wilfried von Bredow<sup>13</sup> und Stig Förster<sup>14</sup> kurzzeitig wieder belebte Debatte hat an diesem Defizit nichts zu ändern vermocht.

Wir haben zu registrieren, dass der Militarismusbegriff selbst in Standardwerken zur Geschichte der Wehrmacht vermieden wurde und bis heute vermieden wird. Was die nationalsozialistische Zeit angeht, so verfügen wir über eine grosse Anzahl von Darstellungen, in denen das diktatorische Herrschaftssystem beschrieben wird,<sup>15</sup> und über eine nicht minder grosse Anzahl von Arbeiten zur Geschichte der Wehrmacht.<sup>16</sup> Aber merkwürdigerweise gibt es kaum ein Buch, in dem NS-Staat, Wehrmacht und Militarisierung von Gesellschaft und Wirtschaft miteinander verknüpft werden.<sup>17</sup> Diktatur auf der einen und Wehrmacht/Krieg auf der anderen Seite stehen so gleichsam beziehungslos nebeneinander. Dabei bietet das Interpretationsmodell Militarismus durchaus einen geeigneten Ansatz, um die Diktaturgeschichte und die Militär- und Kriegsgeschichte der Jahre 1933-45 endlich zusammenzufügen und in den weiteren historischen Zusammenhang zu stellen.

Der Abbruch der wissenschaftlichen Militarismus-Diskussion in den fünfziger Jahren mag auch mit den politisch motivierten Bestrebungen Zusammenhängen, das «Dritte Reich» Hitlers als einen historischen Betriebsunfall erscheinen zu lassen und es damit aus der Kontinuität der Geschichte des deutschen Nationalstaats herauszunehmen.<sup>18</sup> Solchem Bedürfnis entsprach es, den Militarismus im wilhelminischen Kaiserreich zu lokalisieren oder ihn *vor* der eigentlichen



*Das neue alte Gesicht des Militarismus: Reichskanzler Hitler begrüßt den Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall des Ersten Weltkrieges, Paul von Hindenburg, zum Staatsakt in Potsdam am 21. März 1933.*

Machtentfaltung des nationalsozialistischen Systems für beendet anzusehen. Von dem Tatbestand, dass es in Deutschland auch in der Zwischenkriegszeit einen Militarismus gab – ideologisch, militärisch, gesellschaftlich, politisch –, der als Bindeglied zwischen dem wilhelminischen und dem nationalsozialistischen fungierte, wurde entweder wenig Notiz genommen oder er wurde nicht in die Kontinuitätslinie eingebettet.

Eine merkwürdige Argumentation entwickelte der renommierte Kölner Weltkriegs-Historiker Andreas Hillgruber (1924-1989). Er erkannte klar, welche Rolle Grossmachtpoli-

tik und Militarismus in der deutschen Politik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielten,<sup>19</sup> rezipierte auch die Forschungsergebnisse von Michael Geyer,<sup>20</sup> die besagten, dass führende deutsche Militärs seit Mitte der zwanziger Jahre Pläne zu einer gesamtgesellschaftlichen Militarisierung entwickelten, hielt dann aber inne und behauptete, dieser «revolutionäre» Militarismus habe mit dem älteren, sozusagen elitär-konservativen Militarismus nichts zu tun.<sup>21</sup> Gleichzeitig blieb ihm nicht verborgen, dass diese gesamtgesellschaftlich ansetzenden Militarismus-Konzeptionen der Modernisierer in der Reichswehrführung eine «bis 1945 haltende ‚Brücke‘ zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der Wehrmacht» darstellten.<sup>22</sup> Obwohl er damit, vielleicht wider Willen, eine Kontinuitätslinie des Militarismus über das Jahr 1933 hinaus bis zum Kriegsende 1945 hin gezogen hatte, liess er den preussisch-deutschen Militarismus in der Mitte der dreissiger Jahre gleichsam versiegen. Wegen der rassistischen Ziele Hitlers sei es zu einer «Aufhebung» des Militarismus im Nationalsozialismus gekommen.<sup>23</sup> Dabei setzte doch der Prozess der gesamtgesellschaftlichen Militarisierung erst jetzt in vollem Umfang ein. Mit seiner Argumentation begab sich Hillgruber in die Nähe der These vom nationalsozialistischen Betriebsunfall. Während des Zweiten Weltkrieges nahm die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, der Wirtschaft, der Propaganda, des Denkens und des Alltagslebens dann ein Ausmass an, das die Geschichte bis dahin nicht kannte. Das heisst: Die Militarisierung Deutschlands erreichte unter der Herrschaft des Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges ihren absoluten Höhepunkt.

Trotz aller Entwicklungsschübe, die der preussisch-deutsche Militarismus in seiner Geschichte zwischen 1871 und 1945 durchlief, wird man sagen können, dass er als ein durchgängiges ideologisches Denk- und Politikmuster existierte.



Die verschiedenen Militarismustypen, die sich in dieser nationalstaatlichen Phase der deutschen Geschichte gewiss unterscheiden lassen und auch unterschieden werden müssen, sind zugleich Ausdruck einer militaristischen Kontinuität.

## **Der Militarismus der Kaiserzeit im Spiegel seiner Kritiker**

Die Karikatur des Monokel tragenden, zackig-dummen preussischen Leutnants ist das wohl bekannteste Sinnbild für den preussisch-deutschen Militarismus der Kaiserzeit. Aber es stellt nur eine Facette des Phänomens dar – und keineswegs die bedeutsamste. Stig Förster untersucht den Militarismus von Angehörigen der militärischen Führungsschicht, die er als eine Ingroup von etwa 100 Generalstabsoffizieren definiert.<sup>24</sup> Sie bildeten den eigentlichen Kern des Militärsystems der Kaiserzeit, da sie über eine grosse Macht verfügten und – vornehmlich auf dem Wege über die kaiserliche Kommandogewalt – die deutsche Innenpolitik wie auch die Aussenpolitik massgeblich zu beeinflussen vermochten. Förster legt dar, dass es in der damaligen Militärelite eine eher konservative Fraktion gab, die in erster Linie auf Herrschaftswahrung im Innern fixiert war, und eine radikale Fraktion, die das Ziel eines imperialistischen Ausgriffs verfolgte. Die Meinungsverschiedenheiten trugen sie insbesondere auf den Gebieten der Rüstungspolitik und der allgemeinen Wehrpflicht aus. Ihre ideologischen Klammern bestanden in der grundsätzlichen Bejahung des Krieges, im Glauben an seine Naturnotwendigkeit und an seine positive Funktion als Kräftiger der Völker.

Die so genannten Frühliberalen um die badischen Politiker und Staatsrechtler Carl von Rotteck (1775-1840) und Karl

Theodor Welcker (1790-1869) hatten bekanntlich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Kritik am preussischen Militärstaat geübt, die durchaus schon als eine systematische Militarismuskritik verstanden werden konnte. Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 trat die entstehende sozialdemokratische Arbeiterbewegung in die Fussstapfen der Frühliberalen. Nur wenig bekannt ist dagegen, dass es bereits seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch eine lebhaft, ins Grundsätzliche gehende Militarismuskritik katholischer Provenienz gab. Wie Dieter Riesenberger zeigt, waren ihre massgeblichen Vertreter der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler, der Jesuit Georg Michael Pachtler, der unter dem Pseudonym Annuaris Osseg publizierte, der hessische Politiker Philipp Wasserburg und der Jesuit Victor Cathrein. Pachtler definierte den Militarismus in kompakter Weise als «Beanspruchung aller lebenden und toten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges».<sup>25</sup> Die katholischen Denker erkannten in der Allgemeinen Wehrpflicht gleichsam den Kern des Militarismus, da mit Hilfe dieser Institution die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben werde. Angesichts des besonders in Preussen gezüchteten Gewaltglaubens entwickelten sie bereits die helllichtige Vision einer Gesellschaft, die sich in eine grosse Kaserne verwandeln werde. Die Ursache der Kriege suchten sie in den innenpolitischen Verhältnissen, nicht in der zwischenstaatlichen Politik. In ihrem konservativen, eher rückwärts gewandten Staats- und Gesellschaftsbild erschien die militärische Machtpolitik der Gegenwart als ein Ersatz für die verloren gegangene, geistig-moralische Einheit der christlichen Völker Europas.

Die bekannteste Militarismuskritik linksliberaler Provenienz stammt aus der Feder von Ludwig Quidde. 1893 erschien seine Streitschrift «Der Militarismus im heutigen deutschen Reich». Dort legte er dar, wie unter dem neudeutsch-preussi-

schen Militarismus immer stärker militärische Formen und Symbole das politische und gesellschaftliche Leben prägten. Er sah darin eine kulturfeindliche Entwicklung und eine bedrohliche Abkehr vom Ideal einer Zivilgesellschaft. Quidde beschäftigte sich mit den Missständen innerhalb der preussischen Armee, mit der Korruption des Bürgertums durch die Institution des Reserveleutnants, mit der gesellschaftlichen Heraushebung des Offiziers und beobachtete, welche Auswirkungen diese militaristischen Erscheinungen auf die Mentalität der Menschen hatten. Wie Karl Holl zeigt, wollte Quidde den Militarismus in erster Linie über das parlamentarische Budgetrecht zurückdrängen, also durch politische Einflussnahme «von oben».

Von der stärksten oppositionellen Kraft im Kaiserreich, der Sozialdemokratie, weiss man, dass sie die preussische Armee als ein Instrument der Klassenherrschaft ablehnte. In diesem Sinne definierte sie sich selbst als antimilitaristisch. Weniger Aufmerksamkeit hat eine andere Facette der sozialdemokratischen Militarismuskritik gefunden, die Bernhard Neff für die beiden Jahrzehnte zwischen 1890 und 1911 näher untersucht hat. Gemeint ist die Auseinandersetzung sozialdemokratischer Politiker mit den «dekorativen», vor allem der militärischen Selbstdarstellung dienenden Erscheinungen innerhalb der preussischen Armee. Sie wurden als Ausdruck eines konservativen Militarismus kritisiert und als dysfunktional angesehen. Auch der Parteivorsitzende August Bebel selbst monierte immer wieder den «militaristischen Firlefanzen» und die unzeitgemässe Bewaffnung und Ausrüstung der Soldaten. Diese Kritik wird verständlich vor dem Hintergrund der politischen Annahme Bebels, dass Deutschland eines Tages durch einen russischen Angriff zu einem Verteidigungskrieg gezwungen werden könnte. Er betrachtete es als seine Pflicht, darauf zu dringen, dass für die vielen einfachen, dem Proleta-

riat entstammenden, zwangsverpflichteten Soldaten, die diesen Krieg auszufechten haben würden, eine optimale Vorsorge – im Sinne einer «kriegsmässigen» Ausbildung – getroffen werden müsse. In diesem Kontext ist auch Bebels Eintreten für eine vormilitärische Jugendausbildung<sup>26</sup> zu sehen, die jedenfalls nicht als ein Beitrag zur Entmilitarisierung der wilhelminischen Gesellschaft gewertet werden kann.<sup>27</sup>

Einen deutlich anderen Zugang zum zeitgenössischen Militarismus hatte die anarchistische Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, die sich in erster Linie als eine Freiheitsbewegung verstand. Ihre Anhänger sahen den militärischen Gehorsam, die Untertanenmoral und die freiwillige Subordination der Menschen unter den repressiven Staat als nicht vereinbar mit der persönlichen Freiheit an. Die Anarchisten erblickten im Staat den Organisator bewaffneter Gewalt, damit zugleich die eigentliche Ursache von Militarismus und Kriegen. Im Zentrum ihrer Staatskritik stand daher zwangsläufig die Institution des Militärs. Damit unterschieden sich die Anarchisten deutlich vom Antimilitarismus der sozialistischen Arbeiterbewegung, die lediglich das stehende Heer des Klassenstaates ablehnte, um selbst eine «Volkswehr» zu fordern. Der Anarchismus verfolgte stattdessen das Ziel, die staatliche Gewaltorganisation zu zersetzen und – so die Utopie seiner Protagonisten – eine soziale Ordnung zu schaffen, in der es keine Herrschaft von Menschen über Menschen geben würde. Ulrich Bröckling berichtet über die publizistischen Auseinandersetzungen dieser intellektuellen Individualisten über Militär und Militarismus vor dem Ersten Weltkrieg sowie in den zwanziger Jahren.

## Militarismuskritik von Frauen

Unter den wenigen Frauen, die sich im ausgehenden 19. Jahrhundert mit den Themen Krieg, Frieden und Militarismus beschäftigten, ragt die österreichische Schriftstellerin und Politikerin Bertha von Suttner (1843-1914) heraus.<sup>28</sup> Lange bevor sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde (1905), war sie weit über den deutschen Sprachkreis hinaus bekannt geworden durch ihr 1889 erschienenes Buch «Die Waffen nieder!»<sup>29</sup>, in dem sie ein Kontrastprogramm zu den vorherrschenden militärischen und politischen Denkmustern der Zeit formuliert hatte. Sie liess sich in ihrer Auseinandersetzung mit der Militarismus-Problematik allerdings nicht von einer Gender-Pespektive leiten, sondern bewertete den Militarismus von einer ethischen Position aus als ein fortschrittsfeindliches politisches Phänomen, das unvernünftig, unmoralisch und selbstzerstörerisch sei.<sup>30</sup> Suttner glaubte fest an eine stetige Entwicklung des Menschen hin zum «Edelmenschen». Ebenso wie der Jesuit Pachtler war auch sie nicht auf den preussischen Militarismus fixiert, sondern betrachtete militaristische Entwicklungen in ganz Europa. Aber Berlin stellte für sie ganz eindeutig «la citadelle du militarisme» dar, und den nationalistischen Historiker Heinrich v. Treitschke bezeichnete sie als den «Urpapst des Militarismus».<sup>31</sup>

In der Zeit des deutschen Kaiserreiches beschäftigten sich nur wenige sozialdemokratische Politikerinnen mit dem Militarismus. Wenn man bedenkt, dass das preussische Vereinsrecht bis zum Jahre 1908 den Frauen jede politische Betätigung verbot und dass die Frauen in Deutschland erst durch das Dekret der sozialdemokratischen Regierung der Volksbeauftragten vom November 1918 das Wahlrecht und damit die politische Gleichberechtigung erhielten, wird einen das nicht verwundern. Militär und Militarismus galten auch in der SPD

*Bertha von Suttner  
im Jahr 1890 nach  
dem Erscheinen des  
Romans «Die Waffen  
nieder».*



als Männerdomäne. Versuchten Frauen wie Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Luise Zietz sich da einzumischen, stiessen sie bei den Männern auf Misstrauen und Gegenwehr. Besagte Frauen kritisierten den Militarismus, wie Ute Kätzel zeigt, zunächst von einem ethischen Standpunkt aus als ein Militärsystem, das zur Verrohung der Menschen führe. Soldatenmisshandlungen sahen sie ebenso als sein Produkt an wie Frauengewalttaten in Kriegszeiten. Im Kontext der marxistischen Kapitalismustheorie erklärten sie den Militarismus als Gewaltorganisation des Klassenstaates. Daher müsse der Kampf gegen den Militarismus den Kampf gegen den Kapitalismus einschliessen.

Zwei Zeitgenossinnen, die dem linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung angehörten und die in der 1919 gegründeten «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit» (IFFF) über eine politische Plattform verfügten, entwi-

ckelten den bemerkenswerten Ansatz, den Militarismus aus einer feministischen Perspektive heraus zu analysieren und zu kritisieren.<sup>32</sup> Die Rede ist von den beiden deutschen Pazifistinnen und Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg (1857-1943) und Lida Gustava Heymann (1868-1943), deren Militarismusanalyse von Jennifer A. Davy vorgestellt wird.

Die Grundannahme ihrer – in Ansätzen schon während des Weltkrieges entwickelten, aber erst in den zwanziger Jahren systematisch ausgearbeiteten – feministischen Theorie des Militarismus lautete, der Militarismus und der aus ihm hervorgehende Krieg müssten als Resultat männlicher Herrschaft interpretiert werden. Sie verwiesen auf die sexuelle Ausbeutung der Frau in Kriegszeiten und auf den Tatbestand, dass das militaristische System die Frau zur «Gebärmaschine» degradiere. Dem «männlichen Prinzip» stellten sie das weibliche gegenüber: Frauen schätzten wegen ihrer Mutterrolle das menschliche Leben generell höher ein als die Männer und sie seien schöpferischer und lebensbehahender als diese. Daraus leiteten sie die These ab, dass Frauen besonders geeignet seien, als «Friedensstifterinnen» zu agieren. Der destruktiven Männerwelt des Militärs und des Krieges, die mit dem Weltkrieg mehr denn je den Beweis ihrer Untauglichkeit erbracht habe, stellten sie die Utopie einer radikalpazifistischen Kultur und Politik gegenüber, wohl wissend, dass sich in der patriarchalischen Gesellschaft der Gegenwart unzählige Frauen dem männlichen Gewaltprinzip untergeordnet und angepasst hatten, die «Umerziehung» der Frauen in ihrem Sinne also noch Jahrzehnte dauern würde.

## Militarismuskritik pazifistischer Offiziere und Politiker

Der Begriff «preussisch-deutscher Militarismus» nimmt die Erfahrung auf, dass der preussische Militärstaat nach den erfolgreichen Reichseinigungskriegen dem Deutschen Reich insgesamt seinen Stempel aufprägte. Allerdings hielten sich in den süddeutschen Staaten traditionelle Vorbehalte gegen den preussischen Militarismus.<sup>33</sup> Einer der Offiziere, die ihre antipreussischen Affekte in einer systematischen Analyse des zeitgenössischen Militarismus zu fundieren wussten, war der bayerische Oberst Alfons Falkner von Sonnenburg (1851-1929). Er war ein gebildeter und weit gereister Mann und gehörte zu jener kleinen Gruppe von «pazifistischen Offizieren», die sich im Kaiserreich und hernach in der Weimarer Republik immer mehr aus dem militaristischen Milieu lösten und zu friedenspolitischen Positionen gelangten.<sup>34</sup> Lange vor 1914 erkannte Sonnenburg, dass im Weltmachtstreben Berlins die Ursachen eines künftigen Krieges lagen. Im Laufe seines Lebens gewann er einen Einblick in die Komplexität des zeitgenössischen Militarismus, als deren massgebliche Träger er die Offizierskaste, die Nationalisten und die Schwerindustrie ausmachte. Ebenso erkannte er die gesellschaftspolitische Dimension des Militarismus und das Überwuchern der zivilen Politik durch militärische Einflüsse.

Generalmajor Paul Freiherr von Schoenaich, ein ehemaliger preussischer Berufsoffizier, der von 1929 bis 1933 den Vorsitz der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) innehatte, gehörte ebenfalls zu dieser Gruppe der «pazifistischen Offiziere». In den zwanziger Jahren war er einer der prominentesten Vorkämpfer der deutschen Friedensbewegung.<sup>35</sup> Seiner militärischen Sozialisation in den Friedensjahrzehnten des deutschen Kaiserreiches entsprechend, neigte er zunächst zu



einer durchaus ambivalenten Auffassung vom preussischen Militarismus. Wie Friederike Gräper darlegt, rang er sich erst in den zwanziger Jahren zu einer grundsätzlichen Kritik am Militarismus durch. Weitsichtig verknüpfte Schoenaich Einsichten in die weltwirtschaftlichen Verflechtungen, in den qualitativen Wandel der Kriegstechnik und die besondere Bedrohung der Zivilbevölkerung zu einer fundierten Militarismuskritik. In Anlehnung an den Offizier und Schriftsteller Franz Carl Endres<sup>36</sup> und an den Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster suchte der «Vernunftpazifist», wie Schoenaich sich selbst bezeichnete, den Ausweg in einer «Abrüstung der Köpfe».

Ein herausragender Kritiker des Militarismus war der sozialdemokratische Politiker Heinrich Ströbel (1869-1944). Er ist heute fast vergessen, obwohl er mehr als drei Jahrzehnte lang zu den Spitzenpolitikern seiner Partei gehörte und in den Revolutionsmonaten November 1918 bis Januar 1919 sogar das hohe politische Amt des preussischen Ministerpräsidenten bekleidete. Vergessen hat man ihn wahrscheinlich absichtsvoll, weil er ein nonkonformistischer Politiker war, der seine pazifistischen, sozialistischen und demokratischen Überzeugungen mit grosser Konsequenz durchhielt. Wenn es um die Fragen von Militarismus und Krieg ging, legte er sich sowohl mit den Kommunisten als auch mit seiner eigenen Partei an. Sein ganzes Leben war, wie Lothar Wieland resümiert, dem Bestreben gewidmet, den preussisch-deutschen Militarismus zu überwinden. Dieser bedeutete für ihn: Gewaltverherrlichung, Verlust von Humanität, kulturelle Rückständigkeit, Untertanengesinnung, Barbarei, Demokratiefeindschaft und friedensfeindliche Mentalität. Ströbel quälte sich bei dem Gedanken, dass sich seine eigene Partei 1914 in den Militarismus hatte hineinziehen lassen<sup>37</sup> und sich während der Revolution von 1918/19 durch die Zusammenarbeit mit der Offizierskas-

te<sup>38</sup> erneut kompromittierte. Er verlangte den Bruch mit den militärstaatlichen Traditionen im Sinne einer geistigen, an weltbürgerlichen Idealen orientierten Revolution.

## **Deutscher, französischer und englischer Militarismus im Vergleich**

Der preussisch-deutsche Militarismus wird in der internationalen wissenschaftlichen Literatur häufig als Prototyp des Militarismus angesehen, als das historische Musterbeispiel von Militarismus, allenfalls noch vergleichbar mit dem japanischen Militarismus.<sup>39</sup> Leider sind jedoch internationale Vergleichsstudien bis heute Mangelware. So beruht die Bewertung des preussisch-deutschen Militarismus primär auf einer qualitativen politischen Einschätzung und weniger auf einer empirischen Analyse.

Wenn man den Militärkult in Deutschland und Frankreich in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende miteinander vergleicht, so entdeckt man, dass es hier wie dort einen «Folkloremilitarismus» gegeben hat, also üppige Selbstdarstellungen des Militärs in der Öffentlichkeit mit Militärparaden, Militärmusik und allerlei nationalem Brimborium. Bürger, Bauern und Arbeiter feierten solche Zurschaustellungen des Militärischen als regelrechte Volksfeste, was Jakob Vogel<sup>40</sup> als Ausdruck einer «eher unpolitischen Militärbegeisterung» interpretiert. Vogel erörtert, ob solche Begeisterung für militärisches Gepränge ausschliesslich als Ergebnis einer Indoktrination der Bevölkerung «von oben», also seitens der Repräsentanten des Militärstaats, zu erklären ist, oder ob sie spontan «von unten» entstand. Da es in Deutschland wie in Frankreich auch schon vor dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 üblich war, dass sich zivile Organisationen wie

Bürgerwehren und Schützenvereine militärischer Symbole bedienten,<sup>41</sup> kann man von einer längeren Tradition dieses Folkloremilitarismus sprechen. Signifikante Unterschiede zwischen den beiden Ländern gab es im Hinblick auf die politische Akzeptanz des Militärkults. Während in Deutschland die Bewunderung für alles Militärische dominierte, kam es in Frankreich immer wieder zu öffentlichen Protesten gegen Militärparaden – Indiz für die unterschiedlichen politischen Kulturen beider Länder, die sich nicht zuletzt im Verhältnis von Politik und Militär sowie im Selbstverständnis der Menschen als Staatsbürger oder Untertanen niederschlugen.

Für das Verständnis besagter Unterschiede mag es erhellend sein, die Einsichten des Schriftstellers Felix Stössinger zur Kenntnis zu nehmen, eines kritischen Kopfes aus den Jahren der Weimarer Zeit, der die 1919 in Berlin gegründete illustrierte Wochenzeitung der USPD «Freie Welt» herausgab.<sup>42</sup> Er schrieb im Jahre 1924: «Militarismus, das war unsere Verfassung mit dem Primat des Militärischen über das Politische, das war unser verzückter Glaube an Blut und Eisen, das war unsere Schule, unsere Philosophie, unser ganzes Leben bis hinunter zur albernsten Imitation der militärischen Geste durch das Zivil. Hatte man schon nicht das Glück, Militär zu sein, so wollte man es wenigstens durch einen Schnurrbart scheinen. – Ist es wahr, dass dieser ekelhafte Geist nun in Frankreich herrscht? Nein, das ist nicht wahr! Frankreich hat eine grosse Armee, aber es ist nicht militaristisch. Frankreich glaubt, ohne militärisch starke Bundesgenossen nicht gesichert zu sein; aber es ordnet sich in keiner Beziehung, weder politisch noch geistig, den Waffen unter. Keine französische Partei nimmt von der Armee politische Direktiven an, kein Franzose von ihr gesellschaftliche Allüren. – Das Militär ist in Frankreich, trotz des Sieges, keine herrschende Klasse geworden, die sich als Träger oder Retter des Staates gebärden

dürfte. Das Militär tritt überhaupt kaum hervor. Es hat überhaupt keine militärische Geste, und man sieht diesen Soldaten und Offizieren an, dass sie verkleidete Zivilisten sind, während bei uns die Zivilisten verkleideten Soldaten gleichen...»<sup>43</sup>

Etwa zur gleichen Zeit entwickelte der Militarismus-Analytiker Franz Carl Endres die These, dass der Militarismus in erster Linie als eine «Geistesverfassung des Nichtmilitärs» definiert werden müsse.<sup>44</sup> Ähnlich hatte übrigens schon Karl Liebknecht im Jahre 1907 den preussisch-deutschen Militarismus «als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste» sowie mit dem «Sklaven-Geiste» definiert.<sup>45</sup> Stössinger sah nun, dass sich diese militaristische Geistesverfassung durch jahrzehntelange Praxis zu einer Mentalität der Deutschen verfestigt hatte, die weder dem französischen Soldaten noch Zivilisten eigen sei.

Von einem englischen Militarismus hat man selten etwas gehört, obwohl sich dieses Land in mehreren Jahrhunderten durch militärische Gewalt ein grosses Imperium schuf. England galt als ein ziviles Land, in dem das Berufsmilitär ein von der Politik kontrolliertes Gewaltinstrument war, das fernab von der Gesellschaft agierte. Schon während des Ersten Weltkrieges kam in dem Inselstaat allerdings die Frage auf, ob nun der preussische Militarismus imitiert werden müsse, um diesen besiegen und überwinden zu können, ob man also einen «British Prussianism» einführen müsse. Wie Christoph Jahr deutlich macht, bewahrte unter anderem das Fehlen der allgemeinen Wehrpflicht vor 1916 die englische Gesellschaft vor nationalistischen Überhöhungen des Militärischen. Anders als in Deutschland stand die antimilitaristische Linke in den freiheitlichen Traditionen des Landes. Auch wenn der Erste Weltkrieg in England zu einer gesellschaftlichen Militarisierung führte, konnte die Dominanz des Zivilen niemals gebrochen werden.

## Nationalsozialistischer Militarismus

Auf das Kaiserreich und die Weimarer Republik zurückgreifend, fragt Manfred Messerschmidt nach den Besonderheiten des deutschen Militarismus in der NS-Zeit. Diese sind mit dem traditionellen Militarismusbegriff eines Gerhard Ritter oder Friedrich Meinecke, die auf die Einwirkung des Militärs auf die Politik abhoben, nicht hinreichend zu erfassen. Denn es gehörte zu den charakteristischen Kennzeichen des nationalsozialistischen Militarismus, dass er die Trennlinien zwischen politischer und militärischer Führung wie auch zwischen Zivilgesellschaft und Militärorganisation tendenziell aufhob. Der Nationalsozialismus bewirkte eine umfassende Durchdringung der Gesellschaft mit militärischen Denkmustern, Haltungen und Feindbildern sowie eine in seiner Intensität neuartige Ausrichtung der Wirtschafts-, Innen- und Sozialpolitik auf militärische Bedürfnisse hin. Das «neue Gesicht» des Militarismus der NS-Zeit bestand also in der Einbeziehung der gesamten «Volksgemeinschaft» in die Kriegsvorbereitungen sowie in einer Fundierung der Staatsgewalt auf zwei bewaffneten «Säulen», der NSDAP mit ihren bewaffneten Kräften auf der einen Seite und der Wehrmacht auf der anderen. Dadurch wurden sämtliche älteren Formen des Militarismus integriert und in der Weise radikalisiert, dass der Militarismus jetzt als ein «kriminelles Ereignis in Erscheinung trat».

Messerschmidt leitet die Besonderheiten des Militarismus der NS-Zeit aus dem Vergleich mit früheren Formen des Militarismus her und beschreibt die Entwicklung hin zu einem totalitären Höhepunkt der Militarisierung. So macht er deutlich, dass der NS-Militarismus grundsätzlich als in der Kontinuität des Militarismus der Kaiserzeit und der militaristischen Denkmuster der Nationalisten der Weimarer Zeit stehend begriffen werden muss und sein «neues Gesicht» in der systema-

tischen Bündelung und Radikalisierung älterer Traditionen bestand.

## Perspektiven

Die Analyse der historischen Erscheinungsformen von Militär und Militarismus gehört zu den Aufgaben, die sich die Historische Friedensforschung selbst gestellt hat.<sup>46</sup> Dabei arbeiten die «Friedenshistoriker» eng zusammen mit jenen Vertretern der politikwissenschaftlich dominierten Friedens- und Konfliktforschung, die ebenfalls in historischen Kategorien zu denken gewohnt sind. Ekkehart Krippendorff fordert eine gründliche, ernsthafte, radikale und geduldige Entmilitarisierungsforschung. Immerhin habe die Militär- und Militarismuskritik in den letzten hundert Jahren die früher selbstverständliche Legitimität von Militär und Krieg zumindest teilweise zu Fall gebracht. Der historisch gewachsene Zusammenhang von Staat und Krieg bedürfe noch gründlicher Aufklärung.<sup>47</sup> Wenn der Krieg eine prinzipiell heilbare Krankheit sei, so müsse die wissenschaftliche Forschung durch eine Analyse der vieldimensional wirkenden Institution Militär ihren Teil zur Therapie beizutragen versuchen.

Wer die neuen Formen von Militarismus verstehen will, die sich in der Welt nach 1945 herausbildeten, tut gut daran, sich klar zu machen, dass der Militarismus der NS-Zeit nicht das Modell sein kann, an dem alle anderen Militarismen gemessen werden. Die moderne Hochtechnologie bringt andere Formen von Militarismus hervor, welche einer Massenmobilisierung nach dem Muster des NS-Militarismus nicht bedürfen.

**1. DER MILITARISMUS  
DER KAISERZEIT IM SPIEGEL SEINER  
KRITIKER**

*Stig Förster*

## **MILITÄR UND MILITARISMUS IM DEUTSCHEN KAISERREICH**

*Versuch einer differenzierten Betrachtung*

### **Das Militarismusproblem**

Der preussisch-deutsche Militarismus gab im Kaiserreich für Pazifisten, Sozialisten, aber teilweise auch für Liberale und politische Katholiken ein ziemlich eindeutiges Feindbild ab: Militärisches Gepränge, Kasernenhofdrill, Soldatenmisshandlungen, Bestrebungen zur Militarisierung der Gesellschaft, hohe Rüstungskosten, wiederholte Staatsstreichdrohungen und dauernde Kriegstreiberei stellten eine ausserordentliche Bedrohung für das zivile Leben dar. Sinnbild des Militarismus war der monokelbewehrte, zackige, preussische Offizier, in dessen schnarrend-schnoddriger Sprache Verachtung für alles Zivile zum Ausdruck kam. Doch was war Karikatur und was war Realität? War die Hunderttausende von Soldaten und Zehntausende von Offizieren und Unteroffizieren zählende Armee tatsächlich ein derart monolithisches Gebilde, wie viele Antimilitaristen glaubten? War sich auch nur die militärische Führungsspitze in ihrer Geisteshaltung, im Hinblick auf die Militärdoktrin und den militärischen Alltag wirklich einig? Existierte der Militarismus als fest gefügtes, geschlossenes Phänomen überhaupt?

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die schon mit der zeitgenössischen Diskussion begann und bis zur Gegenwart andauert, wurde der Militarismus lange Zeit als einheitliches Ganzes behandelt.<sup>1</sup> Karl Liebknecht, Franz Carl Endres und Gerhard Ritter, um nur drei Namen zu nennen, hatten zwar durchaus unterschiedliche Vorstellungen über die



inhaltliche Ausgestaltung des Militarismusbegriffs, doch sie alle hielten weitere Ausdifferenzierungen nicht für nötig.<sup>2</sup> Erst in den achtziger Jahren begann die Forschung, den oben gestellten Fragen intensiver nachzugehen. Jetzt erst wurden die monolithischen Militarismusmodelle überwunden und eine stärkere Differenzierung nach weltanschaulichen Inhalten, politischer Stossrichtung und vor allem nach soziopolitischen Grundlagen postuliert.<sup>3</sup> Gerade am Beispiel des Kaiserreiches war nämlich deutlich geworden, dass militaristische Politik sehr unterschiedliche, ja geradezu gegensätzliche Positionen beinhalten konnte. Eine Studie konstatierte sogar die gleichzeitige Existenz zweier, in vieler Hinsicht antagonistischer Militarismen in der wilhelminischen Epoche.<sup>4</sup> Diese neuartigen Ansätze hoben die Militarismuskussion auf eine andere Ebene und erlaubten eine exaktere Bestimmung militaristischer Politik.

Damit aber stellte sich die Frage nach einer brauchbaren Definition auf noch eindringlichere Weise, weil nur über sie eine theoretische Klammer für die empirischen Ausdifferenzierungen geschaffen werden konnte. Eine Untersuchung hat eine Arbeitsdefinition vorgelegt, die nach wie vor eine tragfähige Diskussionsgrundlage zu bilden scheint: «Militarismus bedeutet die Zweckentfremdung der Streitkräfte für die innere Politik und/oder für die Aggression nach aussen und damit eng zusammenhängend die Überbetonung der Militärpolitik gegenüber anderen Bereichen der Politik, die zwangsläufig den objektiven Interessen auch der Militaristen widerspricht und insofern irrational ist».<sup>5</sup> Es mag dahingestellt bleiben, ob der letzte Nebensatz wirklich weiterführend ist. Diskussionen über angeblich objektive Interessen und Irrationalität in der Geschichte haben sich doch als sehr problematisch erwiesen. Allerdings herrscht wohl weitgehend Konsens darüber, dass zumindest im modernen Verfassungsstaat der Missbrauch der

Streitkräfte zu anderen Zwecken als denen der Landesverteidigung und damit verbunden die Überbetonung des Militärischen im Rahmen des gesamtpolitischen Bereichs den eigentlichen Kern des Militarismus ausmacht. Der Vorteil einer derart weitgefassten Militarismusdefinition liegt zudem darin, dass sie eine grosse Bandbreite von Erscheinungsformen zu erfassen erlaubt.

Dies gilt auch und gerade für die Tatsache, dass sich das Phänomen Militarismus keineswegs nur auf den militärischen Bereich beschränkt. Man muss vielleicht nicht so weit gehen wie Endres, der den Militarismus als die «Geistesverfassung der Nichtmilitärs» bezeichnete.<sup>6</sup> Es lässt sich aber kaum leugnen, dass militaristische Auffassungen immer wieder von Zivilisten propagiert wurden. Dieser Umstand trat im Kaiserreich besonders deutlich zutage. Berühmt ist etwa der erzmilitaristische Ausbruch des konservativen Abgeordneten von Oldenburg-Januschau im Reichstag:

«Der König von Preussen und der Deutsche Kaiser muss jeden Moment instande sein, zu einem Leutnant zu sagen: nehmen Sie zehn Mann und schliessen Sie den Reichstag.»<sup>7</sup>

Die aggressiv nach aussen gerichtete Variante des wilhelminischen Militarismus formulierte seinerzeit niemand schärfer als Rechtsanwalt Heinrich Class, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes:

«Oben habe ich die Ansicht bekämpft, dass wir ‚saturiert‘ seien – stellt die öffentliche Meinung sich dazu in gleicher Weise, so wird sie auch unzweideutig aussprechen: *Heer und Flotte sind auch Waffen des Angriffs, wenn die Sicherung unseres Daseins es verlangt.*»<sup>8</sup>

So waren denn militaristische Ansichten bei Konservativen und Rechtsradikalen weit verbreitet. Ebenso militaristisch durchseucht waren die Nationalliberalen. Doch selbst das Zentrum und die Linksliberalen waren in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch nicht ganz frei von militaristischen Tendenzen. Hinzu kamen noch die Militarisierung des öffentli-

chen und privaten Lebens, der Schulen und der Kirchen, die gesellschaftliche Rolle der Kriegervereine und dergleichen mehr. Insgesamt trug der zivile Militarismus massgeblich dazu bei, Deutschland in den Ersten Weltkrieg zu stürzen.<sup>9</sup>

Im Bereich des Militärs fand der Militarismus der Zivilisten seine Entsprechung. Auf beiden Ebenen waren sich widersprechende Tendenzen erkennbar. Die nicht mehr ganz so neue Studie über den «doppelten Militarismus» diagnostizierte zwei Hauptlinien:

1. Der «Konservative Militarismus»: Hierbei handelte es sich um die vorwiegend preussische Tradition, bei der die rückwärts gewandte Systemerhaltung mit deutlich antikonstitutionellen Zügen im Mittelpunkt stand. Insbesondere der Armee kam hierbei die Rolle einer innenpolitischen Schutztruppe der Monarchie zu, weshalb konservativen Militaristen die soziale und gesinnungsmässige Homogenität der Truppe besonders am Herzen lag. In der Militärpolitik dieser Gruppierungen rangierte denn auch die Erhaltung der innenpolitischen Loyalität des Heeres vor dem Ausbau von Umfang und Effizienz als Machtmittel nach aussen. Träger des konservativen Militarismus waren traditionalistische Offiziere, die militärische Entourage des Kaisers, Militärkabinett und preussisches Kriegsministerium sowie die konservativen Parteien.

2. Der «Bürgerliche Militarismus»: Diese Variante war moderner als ihr konservativer Gegenpart. Sie war durchaus darauf ausgerichtet, Staat, Gesellschaft und Militär tiefgreifenden Veränderungen zu unterziehen und dabei traditionalistische Zöpfe abzuschneiden. Da die Machtentfaltung nach aussen zur Durchsetzung aggressiver imperialistischer Ziele zentrales Anliegen war, forderten bürgerliche Militaristen mit zunehmender Vehemenz den möglichst weitgehenden Ausbau der Streitkräfte. Für die Armee bedeutete das die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehr-



*Militarisiert:*

*Der Kaiser und König,  
der Kanzler und der  
Generalstabschef*

*Kaiser Wilhelm I. in der Uniform  
eines Feldmarschalls des  
1. Garderegiments zu Fuss (o. l.)*

*Otto von Bismarck in der Pose  
des «eisernen Kanzlers» (o. r.)*

*Generalfeldmarschall Graf  
Helmuth von Moltke*

pflicht, ohne Rücksicht auf die soziale Homogenität der Truppe. Die radikalsten Vertreter dieser Form des Militarismus fanden sich in den rechtsradikalen Agitationsvereinen und innerhalb der Nationalliberalen Partei. Aber auch unter modernistisch denkenden Offizieren, für die die militärische Schlagkraft des Heeres Vorrang besass, fand der bürgerliche Militarismus zunehmende Verbreitung. Dies galt insbesondere für den Generalstab.

Die beiden Militarismen des Kaiserreichs lieferten sich zum Teil heftige Auseinandersetzungen, die vor allem auf dem Gebiet der Rüstungspolitik ausgetragen wurden. Dahinter standen unterschiedliche politische Grundanschauungen, die aus tiefgreifenden gesellschaftlichen Spannungen zwischen traditionellen Eliten und machtbewussten bürgerlichen Schichten resultierten. Der Machtkampf der Militarismen hatte erheblichen Einfluss auf die politische Entwicklung im wilhelminischen Deutschland.<sup>10</sup>

Die hiermit vorgelegte Differenzierung des wilhelminischen Militarismus war sicherlich hilfreich. Sie erleichterte das Verständnis der oft gegenläufigen Tendenzen des damaligen Gesamtmilitarismus. Sie schuf auch die Voraussetzungen für weitergehende Untersuchungen zum Scheitern des zeitgenössischen Antimilitarismus, liefen doch dessen Vertreter häufig schon deswegen ins Leere, weil sie die grosse Gefährlichkeit des bürgerlichen Militarismus nicht richtig einzuschätzen vermochten.<sup>11</sup> Allerdings war die These vom «doppelten Militarismus» vielleicht doch ein wenig zu schematisch. Weitere Differenzierungen und Nuancierungen erscheinen sinnvoll, um den historischen Zusammenhängen gerecht zu werden. Dies soll allerdings nicht zu einer vollständigen Zerfaserung des Phänomens Militarismus in seine atomisierten Bestandteile führen. Eine derartige Auflösung des Bildes würde seinen Erklärungswert weitgehend zerstören. Schliesslich war der Machtkampf der Militarismen ein Faktum. Im

Einzelfall würden jedoch neue Zuordnungen das Ergebnis stimmiger gestalten. Ein derartiger Versuch soll im Folgenden umrissartig am Beispiel wichtiger militärischer Führungspersönlichkeiten unternommen werden. Dabei ist zu hoffen, dass diese zusätzliche Präzisierung bei der Untersuchung antimilitaristischer Politik von Nutzen ist.

## **Das preussische Kriegsministerium und die Politik des konservativen Militarismus**

Das preussische Kriegsministerium war fast während der gesamten wilhelminischen Epoche ein Hort konservativer Vorstellungen. Bis auf Personalangelegenheiten, die dem Militärkabinett unterlagen, war das Kriegsministerium die zentrale Verwaltungsinstanz der Armee. Alle Etatfragen, insbesondere die Regelung der Friedenspräsenzstärke, der Ausrüstung und der Organisation gehörten ausschliesslich in den Verantwortungsbereich des Kriegsministers, der zudem die Belange der Armee im Reichstag vertrat. In Friedenszeiten hatte das Kriegsministerium somit den grössten Einfluss auf die Entwicklung des Heeres.<sup>12</sup>

So gut wie alle Kriegsminister betrachteten es als ihre vornehmste Aufgabe, die Armee als Stütze von Staat und Krone zu erhalten. Dies bedeutete nicht nur die bedingungslose Verteidigung der verfassungsrechtlich fragwürdigen, uneingeschränkten Kommandogewalt des Monarchen. Zentral war darüber hinaus, die Armee als «prätorianerartiges Machtinstrument»<sup>13</sup> der Krone für etwaige innenpolitische Konflikte zu sichern und auszubauen. An dieser von oben absegneten Vorgabe wagte kaum ein Kriegsminister zu rütteln. Im Gegenteil: Durch Anweisungen und Erlasse wurde die Armee in Zusammenarbeit mit anderen Stellen systematisch auf einen möglichen Bürgerkriegseinsatz vorbereitet.<sup>14</sup>

All dies hatte konkrete Konsequenzen für die Rekrutierungspolitik des Kriegsministeriums. Da die allgemeine Wehrpflicht nicht vollständig durchgeführt wurde, konnten die Militärbehörden politisch verdächtige Arbeiter aus den städtischen Industrieregionen in der Einberufungspraxis diskriminieren.<sup>15</sup> Der hochkonservative Kriegsminister von Einem brachte die Dinge 1903 öffentlich auf den Punkt, als er im Reichstag dem sozialdemokratischen Parteiführer Bebel entgegenschleuderte:

«... mir ist ein auf königstreuer und religiöser Grundlage fussender Soldat, wenn er auch ein paar Ringe weniger schiesst, lieber als ein Sozialdemokrat.»<sup>16</sup>

Ähnlich wurde beim Offizierkorps verfahren, das sich fast ausschliesslich aus gesinnungsmässig zuverlässigen «gewünschten Kreisen» rekrutierte, nämlich aus dem Adel und dem gehobenen Bürgertum. Unteroffiziere wurden demgegenüber primär unter loyalen Kleinbürgern angeworben.<sup>17</sup> Die Politik der relativen sozialen Homogenität liess sich jedoch nur bei Nichtdurchführung der allgemeinen Wehrpflicht aufrechterhalten. Dies war der Grund, weshalb das Kriegsministerium fast durchgehend rüstungspolitisch bremste. Das Kriegsministerium als Hort des konservativen Militarismus, der die Armee zum Zwecke der Systemerhaltung innenpolitisch zu missbrauchen trachtete, behinderte daher den Ausbau des Heeres. Kriegsminister von Heeringen sprach diesbezüglich Klartext, als er sich Anfang 1913 mit folgenden Argumenten gegen exorbitante Rüstungsforderungen des Generalstabs wehrte:

«Die Offizier- und Unteroffizierfrage steht dabei im Vordergrund. Ich halte eine Vergrösserung der deutschen Armee um fast ein Sechstel ihres Bestandes für eine so entscheidende Massnahme, dass eingehend erwogen werden muss, ob nicht ihr innerer Gehalt – gerade was die Offiziere und Unteroffiziere anlangt – wesentlich darunter leidet. Ohne ein Hineingreifen in für die Ergänzung des Offizierkorps wenig geeigne-

te Kreise, das, von anderen Gefahren abgesehen, dadurch der Demokratisierung ausgesetzt wäre, und ohne Herabminderung der Anforderungen werden wir in beiden Klassen den ausserordentlich erhöhten Bedarf nicht decken können. Nicht geringer erscheinen mir die Bedenken bezüglich der Rekrutierungsmöglichkeiten.»<sup>18</sup>

Bei all dem war es in erster Linie die institutionelle Rolle des Kriegsministeriums, die seine Vertreter veranlasste, sich in die konservative Ecke zu stellen. Unzuständig für strategische Fragen und vom Generalstab nicht in die Geheimnisse der operativen Planungen eingeweiht,<sup>19</sup> musste sich das Kriegsministerium geradezu auf Organisationsfragen konzentrieren und dabei den Geist der Truppe in den Mittelpunkt stellen. Hier wirkte sich der polykratische Behördenwirrwarr des Wilheiminismus aus, in dem die einzelnen Ressorts sich ständig bekämpften, da es an übergeordneter Koordination mangelte. In diesen intrigenreichen Machtkämpfen konnte nur überleben, wer ganz egoistisch seinen eigenen Bereich verteidigte.<sup>20</sup> Für das Kriegsministerium war dies eben die Organisation der Armee als loyale Schutztruppe der Krone.

All dies waren jedoch Entwicklungen, die sich erst seit den späten 1890er Jahren verfestigten. Vor dieser Zeit wurden durchaus noch andere Optionen verfolgt. Das Kriegsministerium trat nämlich keineswegs immer als rüstungspolitischer Bremsen auf. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Amtszeit des Kriegsministers von Verdy du Vernois.

Verdy war zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges einer der engsten Mitarbeiter des älteren Moltke gewesen. Er besass also – im Gegensatz zu vielen seiner Nachfolger – durchaus Verständnis für die Belange des Generalstabs. Diese Beziehung wurde darüber hinaus durch den Umstand gefördert, dass der amtierende Generalstabschef Waldersee



sich für die Ernennung seines Duzfreundes Verdy stark gemacht hatte. Als Verdy Anfang 1889 sein neues Amt antrat, riet ihm Waldersee, sich zur Stärkung seiner Stellung ein Programm zu machen. Zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich bzw. Russland auf das Äusserste gespannt. Da die Entwicklung der Armee seit Jahren stagnierte, drohte zudem die Überrüstung durch diese beiden Mächte. Verdy entwickelte deshalb bis zum März 1890 einen Plan, demzufolge über eine Verstetigung der Rüstung die allgemeine Wehrpflicht vollständig durchgeführt werden sollte. Ziel war die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 150'000 Mann. Der Plan war langfristig angelegt und sollte in Etappen verwirklicht werden. Der Reichstag sollte jedoch sofort dem gesamten Projekt zustimmen und damit das Recht verlieren, alle sieben Jahre über die Friedenspräsenzstärke zu befinden. Genau daran aber scheiterte der Verdy-Plan. Bismarck verweigerte aus innenpolitischen Gründen seine Unterstützung. Sein Nachfolger Caprivi – selbst ein hoher Militär – wagte es nicht, das Parlament herauszufordern. Dies tat jedoch Verdy umso mehr, als er die Abgeordneten, ohne hierzu autorisiert zu sein, anlässlich der Beratung einer verkleinerten Heeresvorlage mit seinen langfristigen Absichten konfrontierte. Im anschliessenden Sturm der Entrüstung wurde zwar die Heeresvorlage gerettet, doch die Reichsleitung musste die Verabschiedung von vier Resolutionen hinnehmen, die neben unangenehmen Reformen die Aufgabe aller Pläne zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht verlangten. Nach diesem Desaster musste Verdy seinen Hut nehmen.<sup>21</sup>

Der Verdy-Plan blieb somit Episode. Nie wieder übernahm das Kriegsministerium in Rüstungsfragen die Initiative. Dennoch hatte der Vorgang sehr interessante Aspekte. Michael Geyer sieht in Verdy einen innovativen Reformen, der die verkrusteten Strukturen der deutschen Heeresrüstungspolitik

aufbruch.<sup>22</sup> Dabei spielt Geyer allerdings das klägliche Scheitern des Verdy-Plans arg herunter. Zu betonen ist auch, dass Verdys Projekt eine hochkonservative Seite besass, beabsichtigte er doch, den Reichstag des letzten Restes seiner Einflussrechte auf die Rüstungspolitik zu berauben. Auf der anderen Seite darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass Verdy einen fundamentalen Angriff auf den konservativen Militarismus gestartet hatte. Sein Plan zur vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nahm keinerlei Rücksicht auf die soziale Homogenität der Truppe. Auch wenn die vorgesehene Beibehaltung der dreijährigen Dienstpflicht den Disziplinierungseffekt einer langdienenden Truppe zur Herstellung einer gewissen gesinnungsmässigen Loyalität nutzbar gemacht hätte, so wären doch wesentliche Prinzipien konservativer Militärpolitik gefährdet worden. Selbst das preussische Kriegsministerium war also zumindest zeitweise in der Lage, neuartige Überlegungen anzustellen. Die Fronten zwischen den Institutionen und den Militarismen verliefen also nicht immer so eindeutig.

## **Der Grosse Generalstab und die Politik des bürgerlichen Militarismus**

Die Gruppe der Berufsoffiziere beim Heer war zahlenmässig ziemlich klein. Bei Kriegsausbruch 1914 verfügte das preussische Kontingent über 22'112 aktive Offiziere.<sup>23</sup> Hinzu kamen noch die Offiziere der wesentlich kleineren Kontingente anderer Bundesstaaten. Bei einer Friedenspräsenzstärke von über 750'000 Mann war das nicht viel. Bei einer Gesamtbevölkerung von über 65 Millionen war dies sogar eine verschwindend kleine Gruppe. Umso erstaunlicher war der Einfluss, den diese Kaste in der Gesellschaft ausüben konnte.

Noch extremer werden die Verhältnisse, wenn man einen Blick auf den Generalstab wirft. Im Jahre 1914 dienten im Grossen Generalstab nicht mehr als 625 Offiziere.<sup>24</sup> Dabei handelte es sich bei dieser Institution um den eigentlichen Kopf, das geistige Zentrum und die Machtzentrale der Armee für den Kriegsfall. Dort wurden jene Planungen und Entscheidungen getroffen, von denen das Schicksal der Nation im Ernstfall abhängen konnte. Die Gruppe der unmittelbaren Entscheidungsträger, der Chefs, Oberquartiermeister, Abteilungsleiter und ihrer direkten Gehilfen war sogar noch winziger: zwischen zehn und zwanzig Männer. Bezogen auf die ganze Geschichte des Kaiserreiches von 1871 bis 1914 handelt es sich hier um einen Kreis von allerhöchstens hundert Offizieren, die unter den vier aufeinanderfolgenden Generalstabschefs arbeiteten. Und doch waren es diese wenigen Männer, die die eigentlichen «Halbgötter» des Generalstabs verkörperten, von denen die Nation mit einer Mischung aus Bewunderung und Furcht sprach. Die aktiven und ehemaligen Generalstäbler bildeten die Elite innerhalb des Offizierkorps, und der Generalstab war die Eliteschule. Nicht zufällig waren es gerade die Generalstäbler, die in der Armee zumeist die steilsten Karrieren machten. Sie traten aber auch als militärpolitische Denker hervor und beeinflussten durch schriftstellerische Tätigkeit das gesamte Offizierkorps massgeblich. Vor allem aber bestimmte diese Offizierselite die planerische Vorbereitung des nächsten Krieges entscheidend mit.<sup>25</sup>

Seit den Tagen des älteren Moltke hatte sich der Generalstab zu einer modernen Bürokratie entwickelt, vielleicht der modernsten seiner Zeit überhaupt, mit Sicherheit aber der modernsten innerhalb der Armee. Innerhalb des Generalstabs herrschte striktes Leistungsprinzip. Die Generalstabsoffiziere wurden im Geiste reinen Technokratentums erzogen. Damit hob sich der Generalstab nicht nur vom Rest der Armee ab,

sondern verinnerlichte geradezu Grundvorstellungen der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft. So war es denn auch kein Zufall, dass der Anteil bürgerlicher Offiziere innerhalb des Generalstabs beständig zunahm. Unter ihnen waren so prominente Vertreter wie die Obersten Köpke, Groener, Lüdendorff und Tappen. Allerdings blieb die Chefposition bis kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges durchweg mit adligen Offizieren besetzt. Doch dies änderte nichts daran, dass der Generalstab zu den konservativen Traditionen des preussischen Offizierkorps nicht so recht passen wollte.<sup>26</sup>

Der Generalstab stellte das eigentliche Gehirn der Armee dar. Seine zentrale Aufgabe war die operative Planung für den nächsten Krieg. Die operativen Überlegungen der Chefs bildeten die Grundlage für die jährlich ausgearbeiteten Aufmarschpläne. In Manövern, Übungsreisen und Kriegsspielen wurden immer wieder verschiedene Kriegsszenarien durchprobiert, um neue Erkenntnisse für die Planung zu gewinnen. Viel Arbeit wurde auf die Erstellung brauchbaren Kartenmaterials verwandt. Eine kleine nachrichtendienstliche Abteilung sammelte Informationen über fremde Heere. Die kriegsgeschichtliche Abteilung bearbeitete frühere Feldzüge und veröffentlichte ihre Ergebnisse zu Schulungszwecken und als Grundlage für die weitere Planung. Darüber hinaus bildete der Grosse Generalstab Offiziere für die Truppengeneralstäbe aus, die als verlängerter Arm der Zentrale fungieren sollten. Diesen wichtigen Funktionen stand jedoch die merkwürdige Tatsache gegenüber, dass der Generalstab im Frieden keine direkte Befehlsgewalt über die Truppe ausübte. Hier befanden sich das Kriegsministerium, das Militärkabinett und die Kommandierenden Generale in der Vorhand. Über allem thronte mit Wilhelm II. ein inkompetenter «oberster Kriegsherr», der dem militärischen Behördenwirrwarr freien Lauf liess.<sup>27</sup> Vor diesem Hintergrund erklärt sich der institutionelle Konflikt

zwischen Kriegsministerium und Generalstab, der zunehmend entlang den Linien des Machtkampfes zwischen den beiden Militarismen verlief.

Im Mittelpunkt dieses Konfliktes stand die Rüstungspolitik. Seit Ende der 1890er Jahre griff der Generalstab nämlich die alte Forderung Verdys nach vollständiger Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht auf. Da der Generalstab für die Durchführung seiner operativen Ziele in einem wahrscheinlichen Zweifrontenkrieg gegen die immer stärker rüstenden Grossmächte Frankreich und Russland möglichst zahlreiche Truppen benötigte, bombardierte er geradezu das Kriegsministerium phasenweise mit Rüstungsforderungen. Schlieffen und ab 1912 der jüngere Moltke und Ludendorff traten in diesem Sinne ein. In seinem militärischen Testament, das seinen berühmt-berüchtigten operativen Plan enthielt, stellte Schlieffen dementsprechend emphatisch fest:

«Wir haben die allgemeine Wehrpflicht und das Volk in Waffen erfunden und den anderen Nationen die Notwendigkeit, diese Institution einzuführen, bewiesen. Nachdem wir aber unsere geschworenen Feinde dahin gebracht haben, ihre Heere ins Ungemessene zu vermehren, haben wir in unseren Anstrengungen nachgelassen. Wir pochen immer auf unsere hohe Einwohnerzahl, auf die Volksmassen, die uns zu Gebote stehen, aber diese Massen sind nicht in der vollen Zahl der Brauchbaren ausgebildet und bewaffnet.»<sup>28</sup>

Die ganz grosse Auseinandersetzung fand allerdings erst ab Ende 1912 im Vorfeld der Heeresvorlage von 1913 statt. Nun griffen Moltke und Ludendorff Schlieffens Gedankengang auf und forderten:

«Wir müssen wieder das Volk in Waffen werden, zu dem wir einst in grosser Zeit durch grosse Männer geschaffen wurden. Es darf darin für Deutschland kein Zurück, es darf nur ein Vorwärts geben.»<sup>29</sup>

Zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht verlangte der Generalstab eine Heeresvermehrung um 300'000 Mann. Rücksicht auf die Prinzipien konservativer Militärpolitik wurde bei all dem nicht mehr genommen. Für den Generalstab besass der quantitative Ausbau der Armee eindeutig Vorrang vor ihrer sozialen Homogenität. General Wandel vom Kriegsministerium meinte deshalb bereits Anfang November 1912 gegenüber Ludendorff:

«Wenn Sie es so weiter treiben mit Ihren Rüstungsforderungen, dann bringen Sie das Deutsche Volk zur Revolution.»<sup>30</sup>

Das Kriegsministerium setzte sich dementsprechend heftig zur Wehr und es gelang ihm, die Kürzung der Rüstungsforderungen um mehr als die Hälfte durchzusetzen. Doch der Streit um die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zog sich noch bis Anfang Juli 1914 hin.

Mit seinen exorbitanten Rüstungsforderungen stellte sich der Generalstab eindeutig auf die Seite der bürgerlichen Militaristen. Vor allem in den letzten Vorkriegsjahren verlangten schliesslich Nationalliberale, Alldeutsche und der Deutsche Wehrverein ebenfalls die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die damit verbundenen aggressiven imperialistischen Absichten und die dezidiert antikonservativen Vorstellungen der bürgerlichen Rechten waren darüber hinaus zumindest einem Erich Ludendorff sicherlich nicht fremd.<sup>31</sup>

Dennoch gab es auch in der Haltung des Generalstabs Nuancen, die nicht unbeachtet bleiben sollten. Im Generalstab waren nämlich ebenfalls konservative Ansätze vorhanden. So beteiligte sich die operative Planungsinstanz durchaus an den Bürgerkriegsvorbereitungen der Heeresverwaltung. Im Jahre 1907 wurde eine geheime Studie über die Niederschlagung von städtischen Unruhen vorgelegt, die anhand von historischen Beispielen zu einem Vorgehen mit äusserster Brutalität riet.<sup>32</sup> Auch wenn es sich hierbei wohl um eine Auftragsstudie

handelte, so zeigte dieses Dokument, dass der Generalstab die Möglichkeit eines System erhaltenden Einsatzes der Armee nach innen keineswegs für undenkbar hielt.

Sogar in der operativen Planung für den Krieg nach aussen konnte eine zutiefst konservative Grundeinstellung zum Ausdruck kommen. Dies galt jedenfalls für den Schlieffenplan. Die Entwicklung des modernen Kriegsbildes seit 1870 bereitete den Generalstabschefs erhebliches Kopfzerbrechen. Im Zeitalter des industrialisierten Volkskrieges, das schwer bewaffnete Millionearmeen, hinter denen ganze Völker standen, gegeneinander aufmarschieren liess, war mit einem schnellen und entscheidenden Sieg nicht mehr zu rechnen. Angesichts des Zweifrontendrucks geriet das Reich somit in eine sehr prekäre strategische Situation. Dies war aber nicht alles. Ein langwieriger Krieg unter Einsatz aller menschlichen und materiellen Ressourcen, so warnten viele Zeitgenossen, konnte unabhängig von seinem militärischen Ausgang zur völligen Erschöpfung, zur Systemdestabilisierung, ja zum Zusammenbruch und zur Revolution führen. Besonders die Belastung der Wirtschaft konnte unerträglich werden, wenn es nicht gelang, den Krieg schnell zu gewinnen. Schlieffen brachte dieses Problem auf den Punkt:

«Die Maschine mit ihren 1'000 Rädern, von der Millionen ihren Unterhalt finden, kann nicht lange stillestehen. Man kann nicht 1-2 Jahre hindurch mit 12-tägigen Schlachten von Position zu Position rücken, bis die Kriegführenden gänzlich erschöpft und ermattet beide um Frieden bitten und beide sich gestellten Bedingungen fügen. Wir müssen suchen, den Feind schnell niederzuwerfen und zu vernichten.»<sup>33</sup>

Schlieffen versuchte, dieses Dilemma durch minutiöse Vorausplanung des Feldzuges im Westen, Konzentration der Hauptkräfte auf den Angriff, sowie eine riskante und politisch

höchst bedenkliche Offensivoperation durch die neutralen Niederlande und Belgien nach Nordfrankreich hinein mit dem Ziel einer gigantischen Kesselschlacht zu lösen. Dieser hasardartige Plan besass jedoch derart viele Ungereimtheiten, dass er kaum Aussicht auf Erfolg versprach. Es handelte sich hierbei um einen Verzweigungsschritt, der aus der Hoffnung resultierte, trotz der widrigen Umstände das Kriegführen zu ermöglichen, ohne dabei das Herrschaftssystem des Kaiserreichs zu zerstören. Bei all seiner technokratischen Modernität war der Schlieffenplan, so gesehen, zutiefst konservativ motiviert. Wie ambivalent das Militarismusproblem im Kaiserreich sein konnte, wird dabei aus dem Umstand deutlich, dass es gerade dieser konservativ ausgerichtete Operationsplan war, der den Generalstab ursprünglich zu seinen hochbrisanten Rüstungsforderungen trieb. Denn wenn die offensiv ausgerichtete Planung überhaupt eine Chance auf Verwirklichung haben wollte, dann durfte die zahlenmässige Unterlegenheit der deutschen Armee gegenüber Russland und Frankreich nicht zu gross werden.<sup>34</sup>

Man darf wohl davon ausgehen, dass die grosse Mehrheit der Generalstabsoffiziere ähnlich wie ihre Kameraden in anderen Bereichen der Armee liebend gerne auf konservativen Positionen beharrt hätte. Schliesslich hatten sich gerade die Generalstabsoffiziere eine ausgesprochen privilegierte Position in der Gesellschaft erworben. An Veränderungen hatten sie somit nicht das geringste Interesse. Wie konservativ die Grundeinstellung auch bei dieser Elite war, demonstrierte ausgerechnet der ansonsten recht unorthodox, ja geradezu modernistisch denkende Colmar von der Goltz, zweifellos eine der herausragenden Persönlichkeiten aus der Schule des Generalstabs. In seinem Bestseller «Das Volk in Waffen» postulierte er die Offizierskaste ausdrücklich als eigenen Stand im Sinne von «Ordensbrüderschaften». Das Offizierkorps, so Goltz weiter, «soll als ein ächtes Ritterthum erscheinen».



Nicht das Streben nach Besitz und Wohlstand solle seine Mitglieder beflügeln, sondern unbedingte Pflichterfüllung und Idealismus:

«Ein idealer Zug muss seinem ganzen Wesen eigen sein, sonst kann es seine Aufgabe nicht erfüllen.»

Nicht zuletzt wegen dieser Opferbereitschaft könne das Offizierkorps auch im Frieden «eine hervorragende Stellung» in Staat und Gesellschaft beanspruchen.<sup>35</sup>

Das im Generalstab anerzogene technokratische Denken hinderte auch manche seiner originellsten Köpfe nicht daran, starrköpfig an antiquierten Vorstellungen im Hinblick auf die Kriegführung festzuhalten. So hielt der pensionierte General Friedrich von Bernhardt rein gar nichts von den technisch-modernistischen Aspekten der durch Schlieffen verbreiteten Doktrin. Dementsprechend merkte er kritisch an:

«Unter solchen Verhältnissen ist das Kriegführen kaum noch als eine Kunst zu bezeichnen. Es wird zum Handwerk, und der Feldherr gewissermassen zum Maschinisten. Seine Haupttätigkeit würde darin bestehen, den Mechanismus des Kriegsheeres dem Eisenbahn- und Strassennetz entsprechend in Bewegung zu setzen, das Räderwerk gehörig zu schmieren und der Armee in Gestalt von Munition, Lebensmitteln und Ersatzmannschaften immer von Neuem neue mechanische Kraft zuzuführen.»

Statt sich wie Schlieffen auf den Wandel des modernen Kriegsbildes einzulassen, beharrte Bernhardt auf den falsch verstandenen Traditionen des 19. Jahrhunderts. Auch mit den ihm prinzipiell unsympathischen Millionenheeren hoffte er Bewegungsfeldzüge führen zu können, wo doch der Stellungskrieg drohte. Trotz der ungeheuren Feuerkraft moderner Waffen hielt er nichts von Umfassungsmanövern, sondern wollte immer noch Durchbruchschlachten schlagen. Vor allem aber vertraute er auf die Moral der Truppe, ihre überlegene Qualität und nicht ihre Quantität sowie auf den Genius der

Feldherrn. Dann würden sich alle Probleme des modernen Krieges – auch die wirtschaftlichen Gefahren – schon von alleine lösen.<sup>36</sup>

Doch angesichts der militärischen Realitäten konnte sich der Generalstab derartige konservative Blüenträume nicht leisten. Schlieffens Nachfolger, der jüngere Moltke, und dessen unmittelbare Untergebene glaubten nicht an die Möglichkeit eines kurzen, siegreichen Feldzuges. Für sie war der abgewandelte Schlieffen-Plan nur der Eröffnungsschachzug in einem langwierigen, verlustreichen Krieg an mehreren Fronten. Gerade deshalb verlangten insbesondere Moltke und Ludendorff die radikale und systematische Kriegsvorbereitung, ohne Rücksicht auf konservative Widerstände. Zu diesen Vorbereitungen zählte nicht nur die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, sondern auch die finanzielle und wirtschaftliche Kriegsvorsorge. So verlangten sie wiederholt Massnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Bereitstellung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Munition. Auch wenn ihnen der Gedanke an einen totalen Krieg noch fremd war, so tendierten sie doch bereits in diese Richtung.<sup>37</sup>

Mit einer Politik konservativer Systemerhaltung war all dies nicht mehr vereinbar. Daraus ergaben sich denn auch die Berührungspunkte zum bürgerlichen Militarismus. Auf der anderen Seite aber richteten sich die konservativen Widerstände auf allen Ebenen gerade gegen die System gefährdenden Forderungen des Generalstabs. An diesen Widerständen scheiterten Moltke und Ludendorff, weshalb das Reich immer mehr Gefahr lief, militärisch gegenüber Frankreich und Russland ins Hintertreffen zu geraten. Moltke zog aus dieser Entwicklung den Schluss, mit wachsender Eindringlichkeit den Präventivkrieg zu verlangen, bevor sich die Lage noch weiter verschlechterte. So manövrierte sich der Generalstabschef in die paradoxe Lage, mit Vehemenz einen Krieg zu propa-

ren, von dem er wusste, dass er in die Katastrophe münden würde.<sup>38</sup> Als Bethmann Hollweg im Verlauf der Julikrise 1914 tatsächlich den von Moltke empfohlenen Weg einschlug, sah der Generalstabschef daher dem bevorstehenden Krieg mit äusserst gemischten Gefühlen entgegen. In einer denkwürdigen Szene, die sich in der Nacht zum entscheidenden 31. Juli abspielte, verlieh er gegenüber Major von Haefthen seiner Verzweiflung über die verfahrenere Lage beredten Ausdruck:

«Dieser Krieg wird sich zu einem Weltkriege auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur Wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand.»

Haefthen zufolge war Moltke zutiefst niedergeschlagen.<sup>39</sup>

Diese Niedergeschlagenheit war allerdings Moltkes persönliches Problem. Die überwiegende Mehrheit seiner Kameraden innerhalb der Offizierselite begrüßte den Krieg geradezu enthusiastisch als Erlösung aus der unbehaglichen Phase jahrelangen Zuwartens. So schrieb etwa Feldmarschall von der Goltz kurz nach Kriegsausbruch an einen ihm nahestehenden Kameraden:

«Mein liebster teurer Freund, Ja! Jetzt geht's aufs Ganze. Schade, dass es so spät kam – gut, dass es nicht später gekommen ist.»<sup>40</sup>

Hinter der Kriegsbegeisterung vieler Militärs stand unter anderem das seit der Jahrhundertwende wie ein Lauffeuer um sich greifende Welterklärungsmodell des Sozialdarwinismus. Dabei handelte es sich um eine zutiefst bürgerliche Ersatzreligion, die konservative christliche Wertvorstellungen zurückwies.<sup>41</sup> Diesem Weltbild zufolge waren alle Völker in einen dauernden «Kampf ums Dasein» verstrickt, den nur die Stärksten überleben würden, also jene Völker, die am kriegstüchtigsten waren. Krieg wurde in diesem Zusammenhang nicht nur zu einem natürlichen Phänomen deklariert, sondern

erhielt geradezu eine Funktion als «Kulturschöpfer» zugewiesen, weil er angeblich die Völker kräftige und dem Starken die Möglichkeit eröffne, sich gegenüber dem Schwachen, Dekadenten, zum Absterben Verurteilten durchzusetzen. Mit besonderer Schärfe brachte dies Friedrich von Bernhardi in seinem berühmten Buch «Deutschland und der nächste Krieg» zum Ausdruck. Emphatisch stellte Bernhardi fest, «der Krieg ist in erster Linie eine *biologische Notwendigkeit*». Das Recht habe dabei immer der Stärkere. Der Krieg sei das Mittel zum Rechtsentscheid, «der zugleich immer biologisch gerecht entscheidet.» Deutschland müsse sich deshalb freudig auf den nächsten Krieg vorbereiten, den Kampf um Weltmacht oder Niedergang, denn jegliche Friedenspolitik verstoße gegen die Gesetze der Natur.<sup>42</sup> In eine ähnliche Richtung dachte Colmar von der Goltz, als er im Jahre 1907 schrieb:

«Ich wünsche dem deutschen Vaterlande freilich von allen guten Dingen *zwei*, nämlich völlige Verarmung und einen mehrjährigen harten Krieg. Dann würde sich das deutsche Volk vielleicht noch einmal wieder erheben und für Jahrhunderte vor moralischer Auflösung schützen.»<sup>43</sup>

Für Goltz und Bernhardi, wie auch für viele ihrer Kameraden, galt somit, dass konservative Anschauungen durchaus mit modernen, rechtsradikalen und bürgerlichen Vorstellungen Hand in Hand gehen konnten. Diese Ambivalenzen zeigen erneut, wie fließend die Grenzen zwischen den Militaristen in der Praxis waren. Dennoch blieben die institutionell bedingten Konflikte zwischen den beiden Spielarten des Militarismus mitunter sehr hart, wie gerade die letzten Vorkriegsjahre demonstrierten.

Als es dann jedoch zum Krieg kam, konnten sich die Militaristen aller Couleur ungeachtet aller früheren Differenzen schnell darauf einigen, dass nun ihr gemeinsamer Wunsch in Erfüllung ging. So meinte der konservative Kriegsminister

von Falkenhayn, der bis zum Beginn der Julikrise die Rüstungsforderungen des Generalstabs entschieden bekämpft hatte: «... wenn wir auch darüber zugrunde gehen, schön war's doch.»<sup>44</sup>

## Fazit

Sicherlich wäre es verfehlt zu behaupten, dass es die dumm-dreisten preussischen Offiziere der Karikatur, wie sie etwa in Heinrich Manns «Der Untertan» auftreten, in Wirklichkeit nicht gegeben habe. Doch handelte es sich hierbei eher um Truppenoffiziere, namentlich in der Garde und in Kavallerieeinheiten. In den Führungsinstanzen des Heeres sah das Bild anders aus und war wesentlich komplexer. Hier existierten insbesondere nach der Jahrhundertwende zwei miteinander konkurrierende Militarismen, die in einen heftigen Machtkampf verstrickt waren. Allerdings – und es war der Zweck dieses Aufsatzes, das zu zeigen – sollte man sich auch im Hinblick auf diese Differenzierung vor Schematismen hüten. Die Grenzen zwischen den Militarismen waren nämlich eher fließend und traten erst krass zutage, wenn es zu institutionell bedingten Konflikten kam. Auch dann noch konnte aber über Grundfragen Einigkeit erzielt werden. Für Krieg jedenfalls waren alle Beteiligten zu haben. Doch hatten schon bald nicht mehr alle ihren Spass daran.

*Dieter Riesenberger*

## **KATHOLISCHE MILITARISMUSKRITIK IM KAISERREICH**

In seiner im Jahre 1951 erschienenen Dissertation über «Die publizistische Diskussion um den Militarismus» stellte Erhard Assmus fest: «Es ist bisher vollständig übersehen worden, dass die ersten ausführlichen Streitschriften der siebziger Jahre von katholischer Seite gegen den Militarismus geschrieben wurden. In der Zeit des Kulturkampfes bot sich das eben aufgekommene Wort Militarismus geradezu für die Verwendung gegen das Bismarcksche Preussen an.»<sup>1</sup> E. Assmus verwies dabei auf die Schriften des hessischen Politikers Philipp Wasserburg<sup>2</sup> und des Jesuiten Georg Michael Pachtler; letzterer hatte seine Kritik des Militarismus im Jahre 1875 unter dem Pseudonym Annuarus Osseg veröffentlicht.<sup>3</sup> Historiker wie Volker Berghahn und – etwas ausführlicher – Michael Geyer erwähnen zwar die Existenz einer katholischen Militarismuskritik,<sup>4</sup> reduzieren sie jedoch auf die Person des Jesuiten G. M. Pachtler. Kaum jemand hat sich bisher mit der Entstehung, Ausprägung und Verzweigung der katholischen Militarismuskritik näher befasst.

Die katholische Militarismuskritik war jedoch nicht, wie E. Assmus annimmt, eine Begleiterscheinung des Kulturkampfes, sondern eine Folge des preussischen Krieges gegen Österreich und der Gründung des Norddeutschen Bundes unter der Führung Preussens. In der nationalliberalen Zeitschrift «Die Grenzboten» wurde im Jahre 1867 die Haltung der «radikalen und ultramontanen Presse» in Süddeutschland gegenüber dem Norddeutschen Bund heftig kritisiert; die Taktik der «antina-

tionalen Parteien» gehe dahin, die Ansicht im Volk zu verbreiten, die «Schöpfung des Norddeutschen Staatswesens sei ein ephemeres Werk der Gewalt, sei ein Kartenhaus, das zusammenfallen werde, sobald man in Paris oder in Wien nur anfangen zu blasen. Die österreichisch-französische Allianz ist das tägliche Brod, von dem diese Presse lebt; ... so repräsentieren diese beiden Länder die Freiheit gegen den in Norddeutschland verkörperten Absolutismus, Cäsarismus, Militarismus, Corporalismus.»<sup>5</sup> Gegenstand der katholischen Kritik in Süddeutschland war die «Durchführung der allgemeinen dreijährigen Wehrpflicht im Rahmen des stehenden Heeres» in Preussen, die nach 1866 auch auf süddeutsche Länder übertragen wurde.<sup>6</sup> Dieser Vorgang wurde in der Publizistik heftig diskutiert und kritisiert, was von der Geschichtsschreibung aber kaum zur Kenntnis genommen wurde.<sup>7</sup> In diese Diskussion griff auch – was noch weniger bekannt ist – der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler frühzeitig ein.

Von Ketteler setzte sich in seiner umfangreichen Schrift «Deutschland nach dem Krieg von 1866» bekanntlich für einen deutschen Bundesstaat «unter Führung des Königs von Preussen mit Wahrung der rechtmässigen Selbständigkeit der deutschen Fürsten und Länder und in engem und unauflösllichem Bündnisse mit Österreich» ein. Dies sei die einzige realistische Möglichkeit, durch welche «bei den bestehenden Thatsachen das, was von den Hoffnungen aufrichtiger Vaterlandsfreunde noch übrig geblieben, gerettet und das grösste unter allen Übeln, nämlich der völlige Ruin Deutschlands und dessen schmachvolle Abhängigkeit vom Auslande, abgewendet werden kann»<sup>8</sup>. Wenn von Ketteler die Führung Preussens in einem Bundesstaat akzeptierte, dann jedoch nur mit grossen Bedenken gegenüber einer Entwicklung in Preussen, die er als «Borussianismus» bezeichnete. Unter «Borussianismus» verstand der Mainzer Bischof die «fixe Idee über den

Beruf Preussens, eine unklare Vorstellung einer Preussen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Überzeugung, dass dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut notwendige sei ..., und dass es daher unstatthaft sei, diesem Weltberufe sich im Namen des Rechtes oder der Geschichte entgegenzustellen. Bei den Anhängern des Borussianismus steht dieser Beruf Preussens obenan, höher als alle Rechte, und alles, was sich ihm entgegenstellt, ist deshalb Unrecht. Es vollzieht sich mit absoluter innerer Notwendigkeit.»<sup>9</sup> Eine solche Vorstellung bezeichnete von Ketteler als «ihrer ganzen Natur nach aggressiv gegen alles, eine Art Kriegserklärung gegen alles, was sich diesem naturnotwendigen Berufe entgegenstellt ... Wo ist bei solcher Willkür noch eine Grenze? Solchen Theorien gegenüber ist kein Recht und kein Staat mehr gesichert. Warum soll dieser naturnotwendige Gedanke am Main stehenbleiben, warum an der Donau u.s.f.?»<sup>10</sup> Als Repräsentanten dieser «fixen Idee» nannte von Ketteler den Historiker J.G. Droysen, der in der vierhundertjährigen Geschichte Preussens eine «Stetigkeit des Wachsens, eine Bestimmtheit der Richtungen, einen geschichtlichen Charakter» gefunden haben wollte, wie sie «nur die lebensvollsten staatlichen Bildungen haben ... Was diesen Staat gegründet hat, was ihn trägt und leitet ..., ist eine geschichtliche Notwendigkeit.»<sup>11</sup>

Die grösste Gefahr des Borussianismus bestand für von Ketteler darin, dass er «alle Mittel für erlaubt» halten müsse, die zu dem «naturnotwendigen Ziele» führten. Der Mainzer Bischof warnte vor einer Doppelmoral, die davon ausgehe, dass «im Privatleben schlecht, unrecht und verwerflich sein könne, was in der höheren Politik recht, gut, ja notwendig sei». Die Folge sei eine «niedere Nützlichkeitspolitik», eine Politik, bei welcher «der Egoismus das einzige und massgebende Gesetz ist».<sup>12</sup> Die Doktrin des Borussianismus stellte von Ketteler in den Kontext einer innenpolitischen Entwicklung in Preussen, die einen «monarchistischen Absolutismus,



ein absolutes preussisches Königtum» anstrebte und sich auf Kräfte stützte, die «mit dem preussischen Königtum eine Art religiösen Kult treiben und die Überzeugung haben, dass das preussische Königtum etwas Einziges in der Welt sei, das durch eine besondere göttliche Vorsehung das Heilmittel für alle Übel der Welt in sich trage. Es gehört diese Anschauung einer eigentümlichen Färbung des Protestantismus in Preussen an.»<sup>13</sup> Mit dieser Richtung verwandt sei schliesslich eine Tendenz in Preussen, die «von einem preussischen Militärstaat, einem absoluten preussischen Kriegsherrn das Heil für Preussen und für Deutschland erwartet.» Bischof Ketteler hielt die Vorstellung für gefährlich, dass «ein solcher preussischer Militärstaat, wo das Volk in Waffen, das aber auch deshalb, weil es unter dem Gewehre steht, keinen eigenen Willen haben darf, als das allein massgebende Volk betrachtet würde.» Es sei ein Irrtum, zu glauben, dass ein «preussisches Militärkönigtum» befriedigende innere Verhältnisse schaffen könne: «Ein reiner monarchischer Militärstaat würde bald in sich selbst zugrunde gehen.»<sup>14</sup> Die Entwicklung Preussens zu einem Militärstaat hielt von Ketteler bereits für weit fortgeschritten, die Militärorganisationen seien «mehr und mehr selbständige Körper mit einem eigenen Geiste und einer bis zum höchsten Punkt getriebenen Zentralisation und Disziplin» geworden.<sup>15</sup>

Bischof Ketteler setzte sich mit der innenpolitischen Entwicklung in Preussen so intensiv auseinander, weil er davon überzeugt war, dass innenpolitische Zuspitzungen wie die gegenseitige Blockade bei der Heeresreform zu «äusseren Eruptionen» führen konnten. Nach seiner Beobachtung traten Kriege «in unserer Zeit... hauptsächlich ein nicht der äusseren Verwicklungen, sondern der inneren Lage wegen und haben nicht mehr in sich selbst den Grund, sondern in den inneren Verhältnissen.»<sup>16</sup> Fast beschwörend wies von Ketteler darauf

hin, dass die innenpolitischen Fragen die «grössten Zeitfragen» seien, von deren Lösung «die Zukunft der europäischen Staaten abhängt. Nur wenn Preussen in seiner inneren Politik die rechten Wege einschlägt und diesen Impuls auch jenen Staaten mitteilt, die sich seiner Führung hingeben, kann es dauernde Verhältnisse begründen und eine bleibende Machtstellung gewinnen; sonst wird die Revolution die Rache für Königgrätz übernehmen.»<sup>17</sup> Mit dieser geradezu modern anmutenden Diagnose der preussischen Situation wollte der Mainzer Bischof dazu beitragen, dass es in einem künftigen deutschen Bundesstaat unter preussischer Führung doch noch gelingen könne, für die innere Politik «wahre, gerechte, gesunde Grundsätze zu finden, die, getragen von einer starken Regierung, wahrhaft zu einem inneren Frieden führen können.... Nicht äussere Siege, sondern innere Siege tun uns Noth.»<sup>18</sup>

Der richtige Weg war für Bischof Ketteler die Rückbesinnung auf christliche Werte, die Orientierung an einer föderalistisch-monarchischen Staatsordnung und an einer ständisch gegliederten Gesellschaft, verbunden mit der Bekämpfung sozialistischer und liberaler Anschauungen. Wenn sich von Ketteler trotz seiner Kritik an den absolutistisch-militaristischen Tendenzen in Preussen für die kleindeutsche Lösung unter preussischer Führung aussprach, dann vor allem deshalb, weil er das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und preussischem Staat positiv beurteilte. So ist es auch nicht erstaunlich, dass sich von Kettelers Kritik am preussisch-deutschen Militarismus verschärfte, als Bismarck den Kulturkampf auslöste. Die katholische Militarismuskritik stellte der Bischof in den Rahmen der katholischen Kritik an der sich seit dem 17. Jh. durchsetzenden «absolutistischen Staatsidee» und an der «schrackenlosen Machtfülle» des modernen Staates, die sich «nirgendwo vollständiger als in Preussen» entwickelt hätten.<sup>19</sup> Mit der Etablierung des monarchischen Absolutismus korre-

lierte eine «Aufhebung der vielen korporativ gestalteten Organe» und die «Auflösung der ganzen gesellschaftlichen Ordnung». Der somit «desorganisierten» Volksmasse stehe nunmehr der Staatsverband unmittelbar gegenüber, der die aufgelöste gesellschaftliche Ordnung durch eine «militärische Organisation» ersetzen will: «Ein ganzes Volk unter dem Militärgesetz, das scheint das Ideal vieler unserer Zeitgenossen zu sein, welches in ihren Augen besser als jede bürgerliche Gliederung des Volkes geeignet sei, es im Zaume zu halten.»<sup>20</sup> Das Instrument dieser militärischen Organisation war nach Kettelers Auffassung die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht; die Folge musste der Verlust der Freiheit sein.<sup>21</sup>

Mit der Eröffnung des Kulturkampfes ging es Bismarck nach Kettelers Auffassung um die Beseitigung der Freiheiten, die man der katholischen Kirche im Jahre 1837 eingeräumt hatte. Damit versuche Bismarck die «germanische Freiheit», die Ketteler als «Freiheit des Einzelnen in eigenständigen Korporationen» verstand, auszulöschen und den monarchisch-absolutistischen Staat «in seiner ganzen Integrität» wiederherzustellen.<sup>22</sup> Kulturkampf und allgemeine Wehrpflicht waren für Ketteler gleichermassen Ausdruck und Mittel dieser Absicht. In einer Notiz aus der Kulturkampfzeit hielt Ketteler fest: «Wohin gehen wir? Einem militärischen Despotismus entgegen, unterstützt von einem Scheinchristentum, unter dem sich eine konfessionslose Staatskirche, ein serviles Pfaffentum, mit allem äusseren Glanz ausgestattet, verstecken würde als Polizeiventil. Das antike Heidentum mit christlichem Flitter. Werden wir dahin kommen? Nein, weil Gott lenkt ... Es sind aber diese Gefahren, welche in der Entwicklung unserer Verhältnisse liegen.»<sup>23</sup> Noch in den neunziger Jahren bemängelte die katholische Militarismuskritik heftig die Staatsnähe des preussischen Protestantismus; der preussisch-protestantische Staat wurde charakterisiert als

«Aufsaugung und Zusammenfassung aller geistigen, sittlichen und sonstigen Kräfte eines Volkes, um sie für den Staatszweck zu schulen und auszunützen.»<sup>24</sup> Diese Charakterisierung des protestantischen Staates lehnte sich sehr stark an die Definition des Militarismus als «Beanspruchung aller lebenden und toten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges», die durch G. M. Pachtler bekannt wurde. Preussischer Staat, preussischer Protestantismus und Militarismus wurden damit weithin gleichgesetzt.

Die Kritik Kettelers am preussisch-deutschen Militarismus blieb nicht ohne Wirkung; sie beeinflusste in hohem Mass das Standardwerk des katholischen Antimilitarismus, die von dem Jesuiten Georg Michael Pachtler unter dem Pseudonym Annuaris Osseg verfasste «Kritik am europäischen Militarismus» (1875). Pachtler war zumindest dem Namen nach Bischof Ketteler bekannt; ob sich beide Männer auch persönlich gekannt haben, lässt sich nicht mehr feststellen.<sup>25</sup> Pachtler war Feldkaplan der Vorarlberger Landesschützen und 1869/70 Militärgeistlicher einer deutschen Truppenabteilung des päpstlichen Heeres. Nach Deutschland zurückgekehrt, übernahm er die Redaktion der «Stimmen aus Maria Laach», die er zu einer regelrechten Zeitschrift ausbaute und später in «Stimmen der Zeit» umbenannte. In den siebziger Jahren veröffentlichte der kämpferische Jesuit Schriften gegen den Sozialismus, Liberalismus und gegen die Freimaurer. Seine Kritik des Militarismus wurde mindestens zweimal aufgelegt; die Auflagenhöhe ist jedoch nicht bekannt.<sup>26</sup> Pachtlers «Kritik am europäischen Militarismus» darf jedoch nicht isoliert gesehen werden; sie steht im Kontext einer nach 1870/71 neu belebten katholischen Militarismuskritik, die sich u.a. in den Zeitschriften «Historisch-politische Blätter» und «Stimmen aus Maria Laach» artikulierte. Anlässe für diese Kritik waren nicht nur der von Bismarck inszenierte Kulturkampf, sondern

auch das von der Reichsregierung angestrebte Septennat (1874) und die unmittelbare Erfahrung des Krieges 1870/71.

Noch im Jahre 1871 erschien in den «Historisch-politischen Blättern» ein Artikel, der den Deutsch-Französischen Krieg als Scheitern des bürgerlich-liberalen Fortschrittsgedankens bezeichnete; die Hoffnung, dass Technik und Wissenschaft, Handel und Verkehr zu einem allgemeinen Weltfrieden führen würden, habe getrogen: «Die Eisenbahnen, anstatt den Krieg zu hindern, machen allein den jetzigen Massenkampf ... möglich. Deshalb besitzt das Heer im Felde, das wandernde Volk, seine Eisenbahnabteilungen, seine Feldtelegraphen und Feldpost, und dazu noch seine bürgerlichen Beamten, um die besetzten Länder zu verwalten ... Kunst, Wissenschaft und Gewerbe dienen mehr als je dem mordenden Völkerkampfe ... Die Vervollkommnung der Stahlerzeugung hat eigentlich nur der Geschützkunst wesentlich genützt ... Selbst die Fortschritte der Heilkunde und ihrer Hilfsmittel dienen der Kriegführung. Die Kochkunst macht sogar eigene Erfindungen zum Zwecke der Ernährung des Krieges ... Wo ist überhaupt ein Zweig der menschlichen Tätigkeit, welcher nicht mitteloder unmittelbar dem Kriege dienstbar gemacht worden wäre?»<sup>27</sup> Die entscheidende Voraussetzung dafür, dass der Krieg «in einer nie gekannten Weise in alle Verhältnisse eingreift», sei die allgemeine Wehrpflicht, die wiederum auf dem staatlichen Schulzwang und auf einer zentralistischen Verwaltung beruhe. Die vom Staat erzwungene «Inanspruchnahme aller lebenden und toten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges und des entsprechenden Staatsgedankens» – eine Formulierung, die von Pachtler übernommen wurde – führte zu einer radikalen Kritik am modernen Staat überhaupt, dessen «materielle Einheit sich durch Zusammenfassung und wohlgeordnete Ausnutzung aller Kräfte zu dem Kriegszwecke in der überraschendsten Weise» entwickelt habe: «Der viel gepriesene moderne Staat ist weiter nichts als

von Dichter & Holz 2/4 70  
19  
160

Der  
europäische Militarismus.



Von

Annarius Osseg.

Unde bella et lites in vobis? Nonne  
hinc? Ex concupiscentiis vestris.  
Jac. 4, 1.

Magistrat St. Pölten  
Museum un. i. d. St. Pölten  
7727

Amberg.

Druck und Verlag von J. Habel.

1876.

*Annarius Osseg: Der europäische Militarismus. Titelblatt*

das vollkommenste Kriegswerkzeug, das es geben kann. Alle Ergebnisse des Arbeitens und Denkens dienen Zwecken der Vernichtung.»<sup>28</sup> Der Grund dafür, dass «die Staaten sich selbst Zweck geworden sind», liege in der Missachtung der Religion und in der Spaltung der Kirche.

Wenn sich auch die Kritik am modernen Staat in dieser Radikalität nicht mehr wiederholte, so blieb doch die Kritik an der allgemeinen Wehrpflicht als Kern des Militarismus weiterhin bestehen; sie wurde immer dann besonders laut, wenn neue Heeresvermehrungen anstanden. Im Jahre 1874 veröffentlichte der hessische Politiker Philipp Wasserburg eine Schrift gegen den Militarismus, die er dem «hohen Reichstage zur Debatte über den Militärgesetzentwurf» widmete. In dieser Schrift wurde die Stellung des Monarchen als oberster Kriegsherr heftig angegriffen; sie sei mit dem Konstitutionalismus nicht zu vereinen. In der herausgehobenen Stellung «des Königs als oberster Kriegsherr und somit auch des Militärs» lagen für den katholischen Politiker die Gründe für «die militärischen Standesvorzüge, die militärischen Ehrenrechte, die Bevorzugung vor den bürgerlichen Elementen. Darin wurzeln ... der militärische Übermut und die Säbelaffären ... So wird es denn auch erklärlich, wenn in dem ganzen Staatsleben das Militärwesen die erste und vorzüglichste Rolle spielt, wenn die Anforderungen an Geld und Menschen mit jedem Jahr zunehmen, so dass wir in der Tat, wenn nicht verfassungsgemäss, doch tatsächlich bald an dem Standpunkt angelangt sein werden, in welchem Person und Vermögen der Bürger lediglich noch als militärische Objekte einigen Werth besitzen.»<sup>29</sup> Damit sei das Deutsche Reich in Gefahr, ein Militärstaat zu werden, in dem «das Volk wegen des Militärs da ist».<sup>30</sup> Mit seiner Forderung nach Einbindung des Königs und der Armee in die Verfassung konnte sich Wasserburg auf den Staatsrechtler C. Frantz berufen, der in der herausgehobenen

Stellung der Armee die Voraussetzung für ihre allmächtige Bedeutung im Staatsleben erkannt hatte. Die aussergewöhnliche Stellung der modernen preussischen Armee war für C. Frantz das entscheidende Kriterium eines militaristischen Systems, das auch durch Armeereduktionen nicht beseitigt werden könne; das Übel liege «tiefer, so gewiss als dieser Militarismus selbst das ganz natürliche Produkt eines langen Entwicklungsprozesses ist und insbesondere der letzten achtzig Jahre»<sup>31</sup>. Frantz und in seiner Nachfolge Ph. Wasserburg hatten in der engen Verschränkung von bestehender Staats- und Verfassungsordnung mit dem preussischen Armeesystem das Grundübel des Militarismus diagnostiziert.<sup>32</sup>

Die allgemeine Wehrpflicht lehnte Wasserburg ab; sie bewirke, dass «der Mensch als Soldat denkt. Er soll aber nicht aufhören, als Bürger zu denken. Er soll sich bewusst bleiben, dass er eine bürgerliche Pflicht erfüllt und nicht aufhört, Bürger zu sein, wenn er Soldat ist.»<sup>33</sup> Der Gegensatz zwischen dem Soldaten als «Kriegsmaterial» und dem Bürger, der auch als Verteidiger seiner Heimat «seinem Herde, seinem Berufe, seiner Familie» nicht entrissen werden dürfe, wurde eindrucksvoll betont. Auch Pachtler hatte schon den «Bürger» dem «Kriegsknecht» gegenübergestellt.<sup>34</sup> Als Kronzeugen führte Wasserburg den nationalliberalen und protestantischen Staatsrechtler Johann Caspar Bluntschli an, der erklärt hatte: «Ein Staatszwang, welcher die Individuen ohne Not aus ihren bürgerlichen Verhältnissen, aus ihrer Wirtschaft, ihrem Gewerbe, ihren Studien herausreisst und denselben auf viele Jahre hin entfremdet, ist ein sehr bedenklicher Eingriff in die persönliche Freiheit.»<sup>35</sup> Die Bedrohung von Familie und Ehe durch die allgemeine Wehrpflicht und durch die Kasernierung war ein immer wiederkehrendes Element der katholischen Militarismuskritik.

Ph. Wasserburg empfahl als Alternative zur allgemeinen



Wehrpflicht eine Berufsarmee als Kader für ein im Notfall agierendes «Volk in Waffen», das er dem «Volk in Uniformen» der allgemeinen Wehrpflicht gegenüberstellte; dem Reichstag empfahl er, folgende Massnahmen zu beschliessen:<sup>36</sup>

- Einführung der parlamentarischen Kontrolle des Heeres und der Zuständigkeit des Parlaments für Kriegserklärung und Friedensschluss;
- Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Unterstellung des Militärs unter die allgemeine Gerichtsbarkeit;
- Verbot des Waffentragens ausserhalb des Dienstes, das Tragen von Uniformen sei freizustellen;
- Vergütung aller Leistungen der Bürger für Militärzwecke durch den Staat, Aufhebung des Rayon- und des Einquartierungsgesetzes;
- Entwaffnung Europas durch internationale Abkommen und Senkung der drückenden Militärlasten;
- Reduzierung des Militärdienstes und der Präsenzzeit; Gamaschen-, Parade- und Wachdienst seien keine Beschäftigung für Männer, welche «zu Hause ihre Zeit für sich und den Wohlstand des Staates besser zu verwenden den Trieb haben».

Neben den materiellen Belastungen durch die allgemeine Wehrpflicht kritisierte Wasserburg die moralischen Schäden, die «auf das Engste mit dem Militarismus verbunden» sind. Er kritisierte die Schulen, die den Gedanken an «kriegerische Taten und an kriegerische Erfolge» pflegten; der junge Mensch wachse in das Militär geradezu hinein: «Sein Vater ist Soldat, der Meister, zu dem er in die Lehre kommt, ist Soldat, seine Freunde sind Soldaten.» Der Eid des Soldaten auf unbedingten Gehorsam sei unsittlich, da er die «Dressur der Bestie» anstrebe.<sup>37</sup>

Die Bedeutung der im Jahre 1875 veröffentlichten Schrift des Jesuiten Pachtler besteht darin, dass sie die seit 1866 entstandene Literatur gegen den preussisch-deutschen Militarismus

mus und die allgemeine Wehrpflicht als dessen Kern auswertete und in systematischer Weise ausbaute; insoweit bildet Pachtlers Kritik den Höhepunkt, nicht jedoch den Beginn der katholischen Militarismuskritik. Pachtler übernahm die Definition des Militarismus als «Beanspruchung aller lebenden und toten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges» und verurteilte das neue Landsturmgesetz von 1875 als «höchste Stufe des Militarismus in Deutschland». Nunmehr sei nur noch «eine einzige Steigerung» denkbar, dass man nämlich, um «die Zahl der Kombattanten zu erhöhen, das weibliche Geschlecht für gewisse, bisher von Männern versehene Heeresleistungen beizöge. Schon bald hat man den Anfang mit so genannten Lazarett-Gehilfinnen gemacht.»<sup>38</sup> Tatsächlich hat in den siebziger Jahren die systematische Einbeziehung von Frauen in logistische und pflegerische Dienste zur Unterstützung der Heeressanität durch die Rotkreuzorganisation begonnen.

Im Mittelpunkt von Pachtlers Militarismuskritik stand – wie nicht anders zu erwarten – die allgemeine Wehrpflicht. Mit ihrer Einführung habe Preussen die anderen Staaten gezwungen, ebenfalls aufzurüsten. Die Staaten seien «unermessliche Kasernen, unsere Heere sind Nationen in Waffen».<sup>39</sup> Der Allgemeinheit des Wehrzwangs habe sich «das Reich der Natur und Gnade, die Familie und das Privateigentum, Leib und Seele» beugen müssen.<sup>40</sup> Wie schon Bischof Ketteler sah auch Pachtler die allgemeine Wehrpflicht als Folge des religiösen, politischen und wirtschaftlichen Individualismus einerseits und des staatlichen «Zentralismus von oben» andererseits, als Mittel der staatlichen Einheit und als «Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes». In Verbindung mit einem neuen Nationalitätsprinzip sei der Militarismus der «verkörperte Offensivkrieg» und stelle eine «bleibende Kriegsgefahr» dar.<sup>41</sup>

Konstitutives Merkmal des Militarismus ist für Pachtler,

dass «das Kriegswesen oberster Staatszweck» ist und der Kriegsdienst bzw. der «Wehrzwang» zur wichtigsten Bürgerpflicht erklärt wird. Als wesentliche Merkmale des Militarismus führt Pachtler an:<sup>42</sup>

- eine übergrosse Friedensstärke des Heeres, da nur so es möglich ist, alle waffenfähigen Männer des Staates militärisch zu schulen; die «Heranziehung aller nur irgendwie Tauglichen zur Heeresfolge im Kriegsfall»;
- und eine damit verbundene Konzentration der Staatseinkünfte auf die Vorbereitung des Krieges. Die Folge ist eine «Überbürdung des Volkes mit Steuern».
- die Ausrichtung des politischen Lebens und des «ganzen gesellschaftlichen Lebens der Völker» auf den Krieg.

Als weitere Merkmale des Militarismus nennt Pachtler den «Geist des cäsaristischen Absolutismus» in Form der Militärdiktatur oder des modernen Konstitutionalismus. Politische Fragen würden nicht mehr vom Standpunkt der Sittlichkeit und des Rechts, sondern als Machtfragen behandelt und «zufolge der physischen Übergewalt» entschieden; massgeblich sei das Recht des Stärkeren.<sup>43</sup> Vehement wandte sich Pachtler gegen den Staatsphilosophen Adolph Lasson (1832-1917) und dessen Reduzierung staatlichen Handelns auf Machterweiterung; Krieg «ohne hinreichenden Grund gegen Nachbarvölker, der Krieg ohne Gewissen, ohne Religion und ohne Reue, die Gewalt als einziges internationales Gesetz: das sind die Errungenschaften des modernen heidnischen Staates»<sup>44</sup>. Als konkrete Folgen der allgemeinen Wehrpflicht führte Pachtler an:<sup>45</sup>

«Die ideale Richtung der Völker, Kunst und Wissenschaft gehen nieder, die Kultur der rohen Kraft, kriegerischen Tüchtigkeit und des physischen Mutes steigt.

Missbehagen über Kriegspflicht und hohe Besteuerung bemächtigt sich der Bürger, Misstrauen voreinander beherrscht die Völker in ihrem gegenseitigen Verkehre.

Handel, Industrie und Ackerbau leiden, weil ihnen zu viele und gerade die kräftigsten Arme entzogen werden, und das Vertrauen auf dauernden Frieden, demnach die Grundlage jeder grösseren Unternehmung, erlahmt.

Die edlere Zivilität, feiner Umgangs ton, die bürgerliche Höflichkeit, die Herzlichkeit im Umgänge weichen täglich mehr; an ihre Stelle tritt ein barscher Kasernenton, Kommandir- und Kritisirsucht gegen Seinesgleichen und Untergebene, Servilismus gegen alle Gewaltbefehle, und Rebelliersucht, wo es an genügender Macht von oben gebricht.»

Im Jahre 1882 – das zweite Septennat stand zur Diskussion – wandte sich auch der Jesuit Victor Cathrein (1845-1931), ein bedeutender Vertreter des Neothomismus, gegen die allgemeine Wehrpflicht, da sie nicht nur den Staat «in eine grosse Kaserne» verwandele, sondern auch «erschütternd in die Grundlage der Familien» eingreife. Die allgemeine Wehrpflicht führe zwangsläufig zum Militarismus, der wiederum «den Schwerpunkt des staatlichen Lebens in den Krieg verlegt, ja den Krieg zu einer unentbehrlichen, bleibenden Institution macht»<sup>46</sup>. Dadurch werde der Staat in einen erdrückenden Zentralismus getrieben, der «kein freies selbständiges Leben aufkommen lässt». Der Militarismus erfordere immer höhere Steuern und verhindere die Lösung der sozialen Frage. Zu ähnlichen Einsichten war bereits Bischof Ketteler gelangt.

Während sich der Philosoph Cathrein mit einer allgemeinen Charakterisierung des Militarismus und seiner Auswirkungen begnügte, setzte sich der Publizist Pachtler auch mit der Politik Bismarcks auseinander, die er als «massive Realpolitik» verurteilte. In der «Krieg-in-Sicht-Krise» sei das Deutsche Reich durch sein «barsches Auftreten» überall auf Misstrauen gestossen; Deutschland sei «isoliert, ohne Freunde. Wohl stark genug gegen jeden Staat im disjunktiven Sinne, muss es dennoch vor einer Kollektiv-Allianz gegen sich bange sein.» Für Pachtler hat die Krise von 1875 aber auch

gezeigt, dass man künftig weder die Deutschen noch die Franzosen «mit dem europäischen Frieden» spielen lassen wolle. Die Zeit der lokalisierten Kriege sei «unwiederbringlich vorüber. Der europäische Frieden darf von gar Niemandem mehr gestört werden ... Der nächste Krieg wird ein Krieg der europäischen Koalition gegen den Frieden störenden Staat sein.»<sup>47</sup>

Die katholische Militarismuskritik machte den Militarismus, wie er «namentlich in Preussen-Deutschland sich ausgebildet hat», verantwortlich für «die Neigung zur Gewalttätigkeit und Willkür sowie zur Überhebung gegenüber dem Bürger.» Sie berichtete über die systematische Soldatenschinderei eines Seconde-Lieutenant und seiner Unteroffiziere oder über Militärexzesse bei Requirierungen gegenüber der Bevölkerung. Dieses Verhalten entspreche zwar nicht den bestehenden Vorschriften, sei aber dem militaristischen System inhärent; es werde auch dadurch gefördert, dass in Preussen die Öffentlichkeit bei Militärprozessen ausgeschlossen sei.<sup>48</sup>

Die Militarismuskritik flammte erneut auf, als zwischen 1890 und 1893 die Verabschiedung eines neuen Militärgesetzes diskutiert wurde, das «alle vorangegangenen Rüstungsmassnahmen in den Schatten stellte».<sup>49</sup> Die Härte der Kritik zeigt, dass man die Bedeutung dieses Rüstungsprojekts durchaus erkannte. Die Militärvorlage sei der «erste Schritt zu endlosen Folgen»; ihre Bewilligung führe zu einer «allgemeinen Wehrpflicht bis zum Äussersten». Die Militarisierung der Monarchie sei so weit fortgeschritten, dass man sie sich im Volk «kaum mehr anders als in Generalsuniform» vorstellen könne. Die Folgen der «fortwährenden Erhöhung der Armeestärke zwingen von selbst zur Zurückdrängung des bürgerlichen Lebens und zur Beschlagnahme des Civil.» Die Rüstung sei an dem von H. von Moltke prophezeiten «toten Punkt» angelangt, wo es «überhaupt nicht weiter geht».<sup>50</sup> An

eine Umkehr dieses Rüstungsprozesses glaubte man nicht mehr; ein Schritt zur «Wiederherstellung menschlicher Zustände» sei nicht zu erwarten. Die «preussischen Überlieferungen» hätten dazu geführt, dass «der Militarismus Selbstzweck geworden ist, Selbstzweck im Dienste einer besonderen Kaste».<sup>51</sup>

Allgemeine Wehrpflicht, Beamtentum und «Grossgeldmacht» waren für die katholische Militarismuskritik die drei Machtmittel, auf die sich der preussisch-deutsche Staat stützte. Die allgemeine Wehrpflicht und die «militärische Drillung» seien das Ferment der staatlichen Einheit: sie waren der Ersatz für die «fehlende moralisch-religiöse Einheit ..., sind eine Staatsnotwendigkeit: die unentbehrliche – Erziehungsanstalt».<sup>52</sup> Gleichwohl erkannte man, dass der Staat «seiner in allen Fugen krachenden Gesellschaft ratlos gegenübersteht».<sup>53</sup> Die Diagnose der katholischen Militarismuskritik, dass das Kaiserreich mit Militarismus und Nationalismus seine innere Unsicherheit und seine gesellschaftlichen Widersprüche überspielen und kompensieren wollte, erscheint erstaunlich modern.

Zusammenfassend lässt sich feststellen:

Die katholische Militarismuskritik entstand nach dem Krieg 1866 im Zusammenhang mit der Diskussion über eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter Führung Preussens und der Haltung der deutschen Katholiken. In den Schriften des Mainzer Bischofs Ketteler zwischen 1866/67 und 1875 finden sich bereits fast alle Argumentationsmuster der katholischen Militarismuskritik. Die katholische Militarismuskritik seit 1866 war Bestandteil einer – wie Thomas Kühne es nannte – historischen Alternative zum preussisch-autoritär-militaristischen Modell.<sup>54</sup>

Die katholische Kritik richtete sich in erster Linie gegen die allgemeine Wehrpflicht. Ihre Einführung in Preussen und ihr Ausbau im Kaiserreich wurde als Ersatz für eine verloren gegangene geistig-moralische Einheit bekämpft; in der interna-

tionalen Politik hat sie zu einer bisher unbekanntem Aufrüstung geführt.

Die katholische Militarismuskritik war grundsätzlich, umfassend und konkret; ausführlich analysierte sie die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sittlichen Schäden der allgemeinen Wehrpflicht. Sie artikuliert sich immer dann besonders heftig, wenn Heeresvermehrungen anstanden.

Die katholische Militarismuskritik entwickelte sich vor dem Hintergrund eines konservativen und rückwärtsgewandten Staats- und Gesellschaftsbildes. Vielleicht gelang ihr gerade deshalb eine eindrucksvolle und hellsichtige Kritik der bestehenden Verhältnisse.

Als Alternative zu der bestehenden Situation, die als «fauler Friede» charakterisiert wurde, empfahl die katholische Militarismuskritik eine Rückkehr des Staates zur christlichen Lehre. Pachtler hielt es für notwendig, dass der Staat wieder Gott «als höchsten Gesetzgeber und Urquell des Rechts» und als «obersten Herrn des Menschenlebens» anerkenne; damit würden «Massenmord, Raub und Plünderung» ausgeschlossen.<sup>55</sup> Die «barbarische Missachtung des Menschenlebens» durch den Staat bezeichnete er als «schreiendes Vergehen gegen die Gerechtigkeit». Krieg sei nichts anderes als ein «Todesurteil gegen unbestimmt viele freie Bürger ... Das ist eine schauerliche Allmacht über Leben und Tod, die sich der moderne Staat zuschreibt.»<sup>56</sup> Schliesslich forderte Pachtler die Anerkennung der «Selbstregierung der einzelnen Körperschaften». Je freier die einzelnen Korporationen und je unabhängiger die einzelnen Provinzen und Gemeinden seien, desto mehr schütze die Gemeinschaft sich selbst. Die «soziale Atomisierung» und «kopflöse Zentralisierung» zwingen den Staat dazu, allein für die öffentliche Sicherheit zu sorgen.<sup>57</sup>

Auf internationaler Ebene sah man in der Anerkennung des Rechts und in der Rückkehr zur Gerechtigkeit die einzige

Möglichkeit, den Zustand der «Anarchie» zu überwinden und die christliche Völkerfamilie wieder aufzubauen. Unter dieser Voraussetzung könnten auch Technik und Wirtschaft, Handel und Verkehr einen wichtigen Beitrag zu einem «brüderlichen Nebeneinander-Wohnen der Völker» leisten.<sup>58</sup> Pachtler forderte die Wiedereinführung des Völkerrechts auf der Grundlage der Zehn Gebote, um den «schönen Machiavellismus der doppelten Moral» zu überwinden, die für die «Schrecken der Massenbewaffnung und des Völkermordes» verantwortlich sei.<sup>59</sup> Wie schon Bischof Ketteler betrachtete Pachtler die Doktrin des europäischen Gleichgewichts als ein Surrogat für die verlorene Einheit der christlich-europäischen Völker, das durch Napoleon III. unwirksam gemacht und durch die militärische Macht des Deutschen Reiches obsolet geworden sei. Die gegenwärtige Situation sei ausweglos: «Entwaffnen hiesse die Sicherheit des Staates blossstellen; die schauerliche Waffenmacht beibehalten, heisst dem Bankrotte entgegengehen.» Zu überwinden sei diese paradoxe Situation nur durch die Herrschaft des Rechts über die Gewalt unter Menschen und Staaten. Die Staaten müssten sich einem Kodex von Grundregeln unterwerfen, aufgestellt von der Kirche als einer «neutralen, sittlich-religiösen Behörde».<sup>60</sup> Bei internationalen Streitigkeiten müsste ein oberstes Völkertribunal entscheiden, dem der Papst als «Haupt der christlichen Völkerfamilie» vorstehe – ein Vorschlag, den Matthias Erzberger in seinem Buch «Der Völkerbund» (1918) wieder aufgriff.

Diesem Plan eines «Friedenstribunals auf christlicher Grundlage» stellte Pachtler die machtpolitische Variante einer europäischen Friedensordnung entgegen, die Helmuth von Moltke auf der Sitzung des Norddeutschen Reichstages am 15. Juni 1868 entworfen hatte: «Welcher vernünftige Mensch würde nicht wünschen, die ungeheuren Ausgaben, die in Europa in Voraussicht des Krieges gemacht werden, für Werke



des Friedens verwendet zu sehen? ... Ich sehe, um den erwähnten Zweck zu erreichen, nur ein Mittel, und dieses ist, dass sich im Herzen Europas eine Macht bilde, welche, ohne selbst erobernd zu sein, stark genug sei, um ihren Nachbarn den Krieg zu verbieten. Auch habe ich den Glauben, dass, wenn dieses segensreiche Werk erfüllt werden soll, es von Deutschland aus gehen muss, aber nur dann, wenn Deutschland genügend stark, d.h. einig sein wird.»<sup>61</sup> Das aber bedeutete für Pachtler die Vertreibung des Militarismus durch den Militarismus, die Vertreibung des Teufels durch Beelzebub. Die Folge wäre ein übermächtiges Militärreich in Europa, bereit und fähig zur Führung eines Universalkrieges und zum Aufbau einer «asiatischen Universalmonarchie und dem Despotismus des Säbels.»<sup>62</sup>

Ob und in welchem Umfang die Militarismuskritik die Politik der Zentrumsparterie beeinflusste, kann hier nicht beantwortet werden, da entsprechende Untersuchungen fehlen; es können deshalb nur wenige Hinweise gegeben werden. So formulierte das Programm des Zentrums vom Juni 1870: «Der Militarismus lastet auf dem ganzen Kontinente Europas mit der Wucht einer politischen und sozialen Kalamität. Er ist politisch von Übel, weil er den Frieden mehr gefährdet als sichert. Er ist aber auch ein soziales Übel, weil er dem Lande gerade seine tüchtigeren Arbeitskräfte im Übermasse entzieht... und weil er die Steuerkraft der Bürger in solchem Masse absorbiert, dass die übrigen Aufgaben des Staates darunter leiden müssen.»<sup>63</sup> Die Zentrumsparterie lehnte bis in die neunziger Jahre alle Militärvorlagen im Reichstag ab. Im Jahre 1890 schlossen die sog. «Windthorst'schen Resolutionen» eine «strangulierende Durchführung des Grundsatzes der allgemeinen Dienstpflicht, welcher der Militärvorlage freie Bahn brechen sollte, unbedingt aus.»<sup>64</sup> Spätestens mit dem beginnenden 20. Jahrhundert scheint die katholische Mi-

Litarismuskritik zu verstummen. So heisst es in einer Stellungnahme des Volksvereins für das katholische Deutschland aus dem Jahre 1903<sup>65</sup> zu «Militarismus und Marinismus»: «Das Zentrum muss der modernen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens Rechnung tragen, auch durch die Zustimmung zu entsprechenden militärischen Rüstungen.» Die Existenz einer lebhaften Militarismuskritik bis zur Jahrhundertwende belegt jedoch, dass die in der Literatur vertretene Auffassung nicht richtig ist, es könne von einem «dezidierten Antipreussentum» im deutschen Katholizismus nicht die Rede sein.<sup>66</sup> Der Kern der katholischen Militarismuskritik war antipreussisch, weil Preussen und das «verpreusste» Deutschland als Verkörperung des Militarismus galten.

*Karl Holl*

## **MILITARISMUSKRITIK IN DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE DES WILHELMINISCHEN REICHES**

*Das Beispiel Ludwig Quidde*

Ludwig Quidde im Frühjahr 1893 unter dem Titel «Der Militarismus im heutigen deutschen Reich. Eine Anklageschrift. Von einem deutschen Historiker» anonym erschienene und drei Auflagen erlebende Streitschrift<sup>1</sup> ist vordergründig nur ein politisches Pamphlet im Kampf gegen die zweite Militärvorlage (Rüstungsprogramm) von Bismarcks Nachfolger im Amt des Reichskanzlers, Graf Leo von Caprivi. Die neue Militärvorlage<sup>2</sup> war im November 1892 im Reichstag eingebracht worden. Sie baute auf der Heeresvorlage von 1890 auf, und sie liess nur entfernt jenes ebenso instinktive wie ehrgeizige Programm wieder erkennen, das auf den preussischen Kriegsminister Justus von Verdy du Vernois zurückging und wegen seiner geringen parlamentarischen Realisierungschancen aus Gründen politischer Taktik von Caprivi zurückgezogen worden war. Die Militärvorlage von 1892/93 stellte eine militärorganisatorische und rekrutierungstechnische Antwort dar auf die innerhalb der Reichsleitung und bei den militärischen Spitzen des Reiches mit grosser Sorge kalkulierten langfristigen Auswirkungen der Annäherung zwischen Frankreich und Russland, die einen Zweifrontenkrieg des Reiches als Extremfall denkbar werden liess und deshalb aus der Sicht der Reichsleitung und der militärischen Führung eine massive Heeresvermehrung erforderlich machte.

Bei seiner Absicht, angesichts dieser Problemlage eine angemessene und politisch durchsetzbare Lösung in Gestalt einer neuerlichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres zu finden, stiess Caprivi auf höchst divergierende Interes-



*Ludwig Quidde  
(1858-1941) im Alter  
von 30 Jahren  
(1888), fünf Jahre vor  
dem Erscheinen sei-  
ner Schrift «Der Mili-  
tarismus im heutigen  
deutschen Reich».*

sen der Reichstagsfraktionen. Dabei erwies sich die im Prinzip vielseitig als sozial gerecht bejahte, ausnahmslose Umsetzung der allgemeinen Wehrpflicht abermals als unüberwindliche Hürde wegen der zu erwartenden Belastung des Reichshaushaltes, jedenfalls für die Fraktionen links von den beiden konservativen Parteien. Diese wiederum – Deutschkonservative wie Reichspartei – befürchteten von einer kompletten Ausschöpfung der Wehrkraft, also der tatsächlichen Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht, das Eindringen politisch unerwünschter Elemente aus dem grossstädtischen, der Sozialdemokratie aufgeschlossenen Proletariat und aus dem städtischen Bürgertum in die Armee, und zugleich galt den Konservativen die von Caprivi schliesslich zugunsten der zweijährigen Dienstzeit zur Disposition gestellte dreijährige Dienstzeit nach wie vor als unverzichtbar: als disziplinierendes Erziehungsinstrument im Sinne monarchischer, systemkonformer Indoktrination der Rekruten. In beiderlei Hinsicht stimmten die Konservativen mit dem Kaiser überein.

Mit Zugeständnissen an die weit auseinander liegenden Vorstellungen und Forderungen des Reichstages – erstens eine drastische Reduzierung der verlangten Heeresverstärkung, zweitens die Hinnahme der zweijährigen Dienstzeit, drittens den Übergang vom Septennat zum Quinquennat – hoffte Caprivi letzten Endes die Zustimmung des Parlaments zu seiner Vorlage zu erlangen. In dieser Hoffnung mochte sich der Kanzler auch dadurch bestärkt fühlen, dass sich von den unter der Führung Eugen Richters mehrheitlich entschieden opponierenden Deutschfreisinnigen eine kompromissbereite Minderheitsgruppe abgespalten hatte, die künftig als «Freisinnige Vereinigung» neben dem jetzt als «Freisinnige Volkspartei» firmierenden Linksliberalismus Richterscher Orientierung auftrat. Weittragende Veränderungen zeitigte das Ringen um die Militärvorlage nicht nur im Linksliberalismus, sondern auch innerhalb des politischen Katholizismus: In der Zentrumsparterie ging die Führung von dem konservativen, aristokratischen Flügel an demokratischere, volksnähere Kräfte über.

Das trotz aller Konzessionen der Reichsregierung ablehnende Votum des Reichstages am 6. Mai 1893 zog dessen Auflösung nach sich. Der folgende Wahlkampf kannte kaum ein anderes Thema als die Militärvorlage. Er wies ein wahlagitatorisches Novum insofern auf, als in der Gestalt neuer, auf Massenanhang zielender, ultranationalistischer Organisationen die Umrisse eines radikalen bürgerlichen Militarismus hervortraten, für den im Dienste des Reichskanzleramtes der Oberstleutnant August Keim hierbei erstmals die Trommel rührte – mit sozialdarwinistischen, den angeblichen Rassenkampf zwischen Germanen und Slawen und den angeblich naturgesetzlichen Charakter des Krieges beschwörenden Argumenten.

Nun zu Quiddes Militarismusschrift! Was auf den ersten Blick wegen des Zeitpunktes der Veröffentlichung als couragierte publizistische Intervention in den Meinungsstreit um

die Militärvorlage erscheinen mochte, ist in Wahrheit eine fundamentale Abrechnung mit dem Phänomen Militarismus als einem gesellschaftlichen und zivilisatorischen Ärgernis ersten Ranges. Offenbar angeregt von der öffentlichen Auseinandersetzung über die Militärvorlage, betrachtete Quidde den zeitgenössischen Militarismus und seine für die Entwicklung der deutschen Gesellschaft absehbaren Folgen mit äusserster Sorge.

Mochte Quidde sich in seiner Jugend für einen Liberalismus nach dem Vorbild Eduard Laskers erwärmt haben, so hatte der Linksliberalismus für ihn inzwischen jegliche Anziehungskraft verloren.<sup>3</sup> Bei den Zerfallsprodukten der Deutschfreisinnigen Partei stiess ihn in der Freisinnigen Volkspartei die autoritäre, demokratiefeindliche Rolle Eugen Richters ab, auch wenn er dessen militärkritische Haltung gewiss schätzte; bei der Freisinnigen Vereinigung missfiel ihm deren militärpolitischer Gouvernamentalismus. Auf der Suche nach seinem eigenen politischen Standort hatte er inzwischen seine Sympathien der bürgerlichen Demokratie zugewandt, die sich als am weitesten links stehende liberale Gruppierung in Süddeutschland und besonders im Königreich Württemberg als «Deutsche Volkspartei» etabliert hatte.<sup>4</sup>

In Quiddes Militarismus-Schrift artikulieren sich in markanter Weise sowohl die damals noch längst nicht völlig zurückgedrängte militärkritische Mentalität des liberalen Bildungsbürgertums als auch der namentlich südlich der Mainlinie fortbestehende Widerstand gegen die borussifizierende Wirkung der preussischen Dominanz. So lässt sich Quiddes Streitschrift gegen den Militarismus zugleich als ein quasi-offiziöser Kommentar der Deutschen Volkspartei zum militärpolitischen Kurs des Reiches lesen. Darüber hinaus stellt sie die erste konsistente Formulierung der demokratisch-pazifistischen Überzeugungen Quiddes dar.<sup>5</sup>

Quiddes Eröffnungszug besteht darin, dass er die Behauptung Caprivis, «Militarismus» sei nichts als ein abgenutztes Schlagwort, mit drei sprechenden Beispielen für die ungebrochene Wirksamkeit des Militarismus im öffentlichen Leben Deutschlands widerlegt. Mit seiner vor Generälen und Offizieren ausgesprochenen Kritik an der Ablehnung der Militärvorlage durch den Reichstag habe sich der Kaiser selbst zum Kronzeugen des Militarismus gemacht, da «die Angehörigen des aktiven Heeres von der Beteiligung am politischen Leben und an der Wahl zu unseren Volksvertretungen gesetzlich ausgeschlossen»<sup>6</sup> seien, und da es kein Publikum mit geringerer Legitimation zur Kritik an Beschlüssen des Reichstages gebe als eine militärische Zuhörerschaft. – Caprivi solle den bezeichnenden Umstand bedenken, dass er als bis dahin aktiver und der Politik fernstehender General an die Spitze der Reichsregierung berufen worden sei. Und schliesslich: Dass der konservative Politiker Albert von Levetzow als Reichstagspräsident die Grundsteinlegung zum Bau des Reichstages in der Uniform eines Landwehrmajors vorgenommen habe, sei mehr als eine Äusserlichkeit, sondern ein Triumph des Militarismus, und dies sei als «Herabsetzung des Reichstages und als eine beleidigende Herausforderung des ganzen Bürgertums empfunden worden»<sup>7</sup>.

In den nun folgenden drei Kapiteln untersucht Quidde erstens den «Militarismus in der Armee, zweitens den Militarismus in seiner Einwirkung auf die bürgerliche Gesellschaft und den Volksgeist» und drittens den Militarismus im Staate, in der Regierung, Verwaltung und «Gesetzgebung». Das Leitmotiv von Quiddes Analyse ist der Charakter des Militarismus als «Feind der Kultur».

Mit zahlreichen Belegen untermauert Quidde seinen Befund, wonach der neudeutsch-preussische Militarismus mit elitärem Gehabe, mit brutalen Strafen bei geringfügigen Vergehen gemeiner Soldaten, häufig mit krasser Verachtung von

Individualrechten, mit der Geringschätzung des allgemeinen Rechtsempfindens und der Grundsätze der zivilen Rechtsprechung jeden Sektor des öffentlichen Lebens in Deutschland durchdringe und infiziere. Allenthalben in der Armee stünden der bürgerlichen Rechtsauffassung in scharfem Kontrast die Exzesse disziplinierender Strafen barbarischen Charakters gegenüber, überdies verschlimmert dadurch, dass auch die berechnigte Verteidigung der Soldaten gegenüber ungerechten Strafen mit neuen, noch schärferen Sanktionen bedroht werde. Dem bürgerlichen Rechtsempfinden widerspreche auch die in der Militärgesetzgebung vorgesehene Ungleichbehandlung entsprechend der militärischen Rangordnung, wodurch der in der preussischen Verfassung verankerte Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz für die deutsche Militärgesetzbarkeit faktisch aufgehoben sei, wie hier, so überhaupt mit dem Ergebnis, dass ein dem bürgerlichen Rechtsleben entzogener Rechtsbereich entstehe.

Aus solchen Missständen leitet Quidde die Forderung nach einer grundlegenden Reform des Militärgerichtsverfahrens ab. Sie müsse vor allem folgende Postulate erfüllen: die bisher nur in Bayern praktizierte Öffentlichkeit der Verfahren, die Ersetzung des bisherigen Beschwerderechts wegen seiner schikanösen Einschüchterung des Beschwerdeführers, und zwar die Ersetzung durch ein Beschwerderecht, das den Beschwerdeführer und seine Zeugen vor Sanktionen wirksam schütze, schliesslich die Beschränkung der Militärstrafrechtspflege auf Disziplinarvergehen innerhalb der Armee, wogegen die Verfolgung aller ausserhalb der militärischen Ordnung auftretenden Gesetzesbrüche von Soldaten ebenso wie die Verfolgung schwerer Vergehen innerhalb des militärischen Dienstes, soweit sie gegen das allgemeine Strafrecht verstiessen, der ordentlichen Gerichtsbarkeit überlassen werden müssten.

Allerdings macht sich Quidde wenig Hoffnung auf die bal-



dige Realisierbarkeit seiner Forderungen unter den bestehenden Verhältnissen. «Das Heer» sei, so Quidde, «in seiner heutigen Verfassung ... eine Gemeinschaft, die vom Untergebenen blinden Gehorsam fordert, und die kein schwereres Vergehen kennt als die Verletzung dieses Gehorsams.» Die Macht, über die der Vorgesetzte unter solchen Umständen gegenüber dem Untergebenen verfüge, müsse zwangsläufig zu missbräuchlicher Anwendung verleiten. Infolge ihrer Sozialisation in Kadettenanstalten und Unteroffiziersschulen seien Offiziere und Unteroffiziere in der Regel ausserstande, sich in die «freieren Anschauungen von Unterordnung, die ihre Rekruten aus dem bürgerlichen Leben ... mitbringen, überhaupt hineinzusetzen».<sup>8</sup> Ihre junkerliche, gutsherrschaftliche Herkunft hindere nicht wenige Offiziere daran, in einer auf dem Herr-Knecht-Verhältnis beruhenden inhumanen Behandlung ihrer Untergebenen Unrecht als Unrecht zu erkennen. Bei einem grossen Teil der Unteroffiziere werde die ihnen vorher zugefügte Schinderei an die Rekruten bedenkenlos weitergegeben. Zu solchen Bedingungen trage letztlich, so Quidde, «die unausrottbare Härte und Rohheit des Waffehandwerks» unvermeidlich bei. Quidde: «Die Institution unterjocht eben die Individuen.»<sup>9</sup>

Den erzieherischen Wert des Militärs schätzt Quidde sehr gering ein. Das Wenige, was sich zugunsten der Erziehung der Rekruten in der Armee sagen lasse, gehe auf Kosten des Volksschulunterrichts, der wegen der für den Militarismus aufzubringenden immensen öffentlichen Mittel vor allem in den ländlichen Regionen sträflich vernachlässigt werde. Überhaupt sei es bezeichnend, dass die militärische Erziehung besonders durch die «herrschenden und besitzenden Klassen» gerühmt werde. Denn, so Quidde: «Die Leute werden anstelliger für die Dienste, die man von ihnen verlangt, der gewesene Offiziersbursche gibt einen ausgezeichneten Diener ab, und in ländlichen Arbeitsverhältnissen fügen sich

die Leute, die beim Militär gewesen sind, und die Ordre parieren gelernt haben, rascher und williger dem halb militärischen Regiment des Gutsbesitzers.»<sup>10</sup>

Höchst bedenklich ist nach Quiddes Überzeugung der Einfluss des Militarismus auf die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland – als das Ergebnis der Tatsache, dass «der grösste Teil der männlichen Bevölkerung einige Jahre dem Heere angehören muss und dass das Heer ihn auch nach Erfüllung seiner Dienstpflicht nicht völlig frei zu seinem Berufe zurückkehren lässt»<sup>11</sup>. Infolgedessen werde die Gesellschaft von militärischen Auffassungen tief durchdrungen, ja, korrumpiert. In dem seiner kulturellen Bedeutung unangemessenen gesellschaftlichen Rang des Offiziers – nach Quidde ein «Überbleibsel aus Zeiten niederer Kulturstufe»<sup>12</sup> – spiegele sich jener Einfluss am augenfälligsten wider. In der Institution des «Reserveleutnants» erkennt Quidde – lange vor Eckart Kehr – die wirksamste und zugleich verhängnisvollste Form der Korruption des Bürgertums durch den Militarismus.

Aus Quiddes Analyse spricht die Sorge des weitsichtigen, hochpolitischen, wachen, kritischen bürgerlichen Zeitgenossen um die Erhaltung des gesellschaftlichen Friedens in Deutschland, wenn er beobachtet, wie unter dem Einfluss des Militarismus die politische Selbständigkeit des Bürgertums, seine Unabhängigkeit, seine «Fähigkeit zu einer freien Auffassung des Lebens» zu schwinden drohen. Für Quidde ist das Bürgertum aber als ausgleichender Faktor zwischen ‚Militarismus‘ und dem «aufstrebenden vierten Stand als dem allein ungebrochenen Vertreter aller, die noch Freiheit schätzen»,<sup>13</sup> unersetzlich. Verfällt das Bürgertum, stehen Deutschland nach Quiddes Prognose unruhige Zeiten bevor. Quidde scheint für diesen Fall mit dem Sieg des Proletariats zu rechnen.

Die Militarisierung des Bürgertums liest Quidde an vieler-

lei Einzellerscheinungen ab. Es fällt ihm auf die Verkleinbürgerlichung des Militarismus in der Gestalt der Kriegervereine und deren banalen und folkloristischen Erscheinungsformen; er weist hin auf die der Durchsetzung des Leistungsprinzips im Erwerbsleben abträgliche Konkurrenz frühzeitig pensionierter Offiziere mit Zivilisten; er beklagt die Spannung zwischen einer von dem unaufhaltsamen sozialen und ökonomischen Fortschritt der Zeit gebieterisch verlangten individuellen Qualifikation – der Fähigkeit zu selbständigem Denken und Handeln – einerseits, der Unterdrückung der «Entwicklung zur Selbständigkeit» durch den Militarismus andererseits.

Zu besonderer Eindringlichkeit steigert sich Quiddes Militarismuskritik dort, wo er sich pazifistischer Argumente bedient. Er nimmt hier seine Entscheidung zum Anschluss an den organisierten Pazifismus, den er im folgenden Jahr durch die Gründung des Münchener Friedensvereins vollziehen wird, in gewisser Weise vorweg. Die in Deutschland herrschende nationale Strömung werde, so Quiddes allzu optimistische Erwartung, durch eine kosmopolitische Entwicklung abgelöst werden und zwar im nationalen Interesse der Deutschen und als Ausdruck des politischen und ökonomischen Fortschritts. Gleichwohl registriert Quidde das Fortbestehen nationaler Einseitigkeit und Symptome «blinden nationalen Dünkels» bei den Deutschen. Den Militarismus hat er dabei als «Förderer nationaler Vorurteile» und auch in dieser Hinsicht als «ein Hindernis für den Fortschritt der Kultur»<sup>14</sup> ausgemacht.

Indem der Militarismus zu einem Vehikel nationaler Voreingenommenheit werde, dringe auch seine «Auffassung vom Krieg, von seiner Berechtigung und seiner Stellung in der Kulturentwicklung» in die bürgerliche Gesellschaft ein – eine nach Quiddes fester Überzeugung verhängnisvolle Entwicklung. Denn entgegen der Behauptung der Militaristen sei der Krieg, so Quidde, kein «Element der von Gott gewollten Ord-

nung», er sei vielmehr eine mit «gar nicht auszumalenden Gräueln» einhergehende «entsetzliche Barbarei, die Ursache sittlicher Verwilderung selbst dann, wenn ein Volk den aufgezungenen Kampf im heiligsten Gefühl seines Rechtes beginnt»<sup>15</sup>. Auch angesichts einer Barbarei, deren gänzliche Überwindung im Ungewissen liege, müsse der Wille zu ihrer Überwindung «Leitstern aller Kulturbestrebungen» sein. Indem er hier die Erinnerung an Immanuel Kants Friedenstraktat von 1795 beschwört, macht Quidde sich zum Kündler und Anwalt eines pazifistischen Pflichtethos.

Seine zentrale These von der Omnipräsenz des Militarismus in Deutschland illustriert Quidde im dritten Kapitel mit zahlreichen Beispielen aus der staatlichen Sphäre. Er ergänzt sie durch den Hinweis auf die Nähe des Militarismus zur politischen Mentalität der oberen Gesellschaftsschichten, die sich der «mächtigen Stütze» des Militarismus gegenüber dem, so Quidde, «veredelnden Demokratisierungsprozess der Zeit»<sup>16</sup> allzu gern bedienten. Er nennt es eine die deutschen Verhältnisse – etwa im Vergleich zu England – charakterisierende «Monstrosität», dass es als Selbstverständlichkeit hingenommen werde, wenn ein General in das höchste Staatsamt gelange, so Caprivi, oder dass dessen Vorgänger im Reichskanzleramt trotz seiner nur marginalen direkten Berührung mit dem Militär zuletzt mit der Ernennung zum Generaloberst ausgezeichnet worden und stets in Uniform vor dem Reichstag erschienen sei.

Die Veralltäglichung des Militarismus in der preussischen Verwaltung verkörpert sich für Quidde im Gehabe der Regierungsreferendare, die «vielfach nichts anderes als Lieutenants in Zivil» seien. In ihnen lasse sich «die alte Überhebung des Beamtentums noch gesteigert erkennen, denn sie seien voll Dünkel nicht auf ihre Kenntnisse, sondern auf ihre Stellung und ganz unfähig zu fassen, dass sie doch die Diener der Na-

# Der Militarismus

im heutigen

deutschen Reich.

---

---

Eine Anklageschrift.

---

---

Don

einem deutschen Historiker.

---

Stuttgart.

Verlag von Robert Cuz.  
1898.

*Der Militarismus im heutigen deutschen Reich, 1898.  
Anonym veröffentlichte Schrift von Ludwig Quidde. Titelblatt*

tion sind», und ihr Umgang mit dem Publikum zeichne sich aus durch «militärische Schneidigkeit, hochmütige Behandlung schnarrenden Lieutenants und geckenhafte Posierung». <sup>17</sup> Ihr Verhalten setze sich fort bei den aus der Armee hervorgegangenen Subalternbeamten, und an der Spitze der Verwaltung sehe es vielfach nicht besser aus. Quidde führt hier die hohen Beamten in Preussen an, etwa einen die Wahlen «machenden» Oberpräsidenten <sup>18</sup> oder das Auftreten des Generalpostmeisters Heinrich von Stephan im Reichstag und sein autoritäres Verständnis von der unbedingten Gehorsamspflicht der Postbeamten.

Weitere Beispiele für das Wirken des Militarismus liefern Quidde die Verhältnisse im preussischen Schulwesen, wo der «Geist der Bevormundung und der Unterordnung», <sup>19</sup> die Unterdrückung der Lehrer weiter um sich greife; das Fortbestehen der preussischen Gesindeordnung; das Koalitionsverbot für die Landarbeiter in Preussen sowie die willkürliche Auslegung der Strafbarkeit der öffentlichen Aufforderung zum «Kontraktbruch» bei Streiks – mit dem Ziel, Arbeitskämpfe durch Einschüchterung zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Anhand der im Reichshaushalt sich niederschlagenden Militärlasten macht Quidde deutlich, wie sehr demgegenüber dringend notwendige staatliche Massnahmen etwa im Schulwesen, im Wohnungsbau, in der Zivilverwaltung aus finanziellen Rücksichten hintangestellt würden. Sein Optimismus verleitet Quidde nun allerdings zu der Annahme, die desaströsen ökonomischen Folgen müssten die europäischen Mächte eines Tages zur Abkehr vom Wettrüsten und zur «jetzt bespöttelten Abrüstung» <sup>20</sup> veranlassen.

Schliesslich wendet Quidde sich dem Einfluss des Militarismus auf den Reichstag zu. Er stellt fest, dass selbst Teile derjenigen Kräfte des Parlaments, die den Militarismus im Allgemeinen ablehnen, ihm am Ende dennoch nachzugeben

pflegen, und zwar nicht aus Überzeugung, sondern aus Gründen der Opportunität. Der Blick auf den Reichstag gibt Quidde Gelegenheit, sich mit dem Verhältnis des Linksliberalismus zum Militarismus auseinander zu setzen. Quidde hält die Taktik des kompromissbereiten Teils des Freisinns, durch Zugeständnisse an den Militarismus «in anderen Dingen die Regierung zugunsten liberaler Ideen» zu drängen, für verfehlt, da der Freiheit im Staat nur durch den entschlossenen Angriff auf den Militarismus zum Durchbruch verholfen werden könne. Die Kritik an der Freisinnigen Vereinigung – diese ist gemeint – dient Quidde an dieser Stelle zugleich als Beleg für die virtuelle Schwäche der Berufspolitiker: «ihre teils furchtsame, teils allzu kluge Rücksichtnahme»<sup>21</sup> auf den Militarismus, welche die Lähmung des Reichstages in der Kritik militärischer Forderungen zur Folge habe. Angesichts der Reichstagswahlen verlässt Quidde sich deshalb ganz im Sinne seiner demokratischen Überzeugungen auf die Urteilsfähigkeit des Volkes als entscheidender Korrekturinstanz für den Militarismus.

Im vierten und letzten Kapitel seiner Schrift stellt Quidde seine Militarismuskritik in den aktuellen Zusammenhang des Kampfes um die Militärvorlage. Er erweist sich dabei als jemand, der die Argumente der Reichsregierung genau abgewogen hat, deren Schlussfolgerungen vom Standpunkt der Demokratie aus jedoch verwirft, und dieser Standpunkt ist offensichtlich zugleich jener der Deutschen Volkspartei. Also fordert er: in Übereinstimmung mit der Regierung die Abkehr vom Septennat, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, jedoch entgegen der Regierung für den Fall, dass sich damit die von der Regierung für erforderlich erklärte Zahl der auszuhebenden Rekruten nicht erreichen liesse, die Erhaltung der Ersatzreserve und deren weitere Ausbildung, schliesslich die drastische Reduzierung der Kosten. Denn, so Quidde: «So

lange wir sehen, wie viel Allotria im Militär getrieben wird, so lange der die Ausbildung schädigende Wachdienst nicht eingeschränkt wird, so lange wir die dienenden Soldaten als Lakaien der Offiziere verwendet sehen und so lange wir hören, dass man die Leute als Treiber bei Jagden hoher Herrschaften benützt oder in grossen Massen den Grundbesitzern für die Ernte zur Verfügung stellt, so lange werden wir dem Militarismus auf seine unangemessenen Mehrforderungen mit der Gegenforderung antworten, dass er erst einmal durch Abstellung dieser Missstände den Ausgleich für Mehrbedürfnisse finden möge ...»<sup>22</sup> Quidde schliesst mit den Worten: «Wie verkennt man doch ... das Wesen des Militarismus: der Militarismus ist hart, und nur vor fremder Härte hat er Respekt, nur durch Härte kann man ihm etwas abgewinnen. Wer sich vor ihm beugt und dann auf gnädige Behandlung hofft, wird vor den Triumphwagen gespannt, um später geopfert zu werden.»<sup>23</sup>

Mit Immer deutlicherer Steigerung gibt sich Quiddes Militarismusschrift zugleich als Agitationshilfe im Reichstagswahlkampf von 1893 zu erkennen, in welchem die Deutsche Volkspartei hoffen mochte, ihre Mandate erfolgreich verteidigen zu können. Tatsächlich erhöhte die Partei Leopold Sonnemanns, Friedrich Payers und Conrad und Friedrich Haussmanns ihre Stimmenzahl von 147'600 im Jahre 1890 auf die nie wieder erreichte Zahl von 166'757 Stimmen,<sup>24</sup> und sie büsste keines ihrer Reichstagsmandate ein, ja, sie gewann zu ihren bisher zehn Mandaten, die allesamt in Württemberg erungen worden waren, ein elftes hinzu, das ihr im Wahlkreis Mittelfranken-Ansbach zufiel und das vorher in nationalliberaler Hand gewesen war. Dies sollte ihr einziger bayerischer Reichstagsstz bleiben. Im Übrigen machte das Ergebnis der Reichstagswahl deutlich, dass das Auseinanderbrechen der Deutschfreisinnigen Partei dem Linksliberalismus insgesamt geschadet hatte. Von den zuletzt 66 Reichstagsmandaten der



Deutschfreisinnigen Partei blieben nur 37 übrig, von denen auf die Freisinnige Volkspartei 24 Mandate, auf die Freisinnige Vereinigung 13 Mandate entfielen.

Die in den neuen Reichstag abermals eingebrachte Militärvorlage wurde mit 201 Stimmen bei 185 Gegenstimmen angenommen. Dafür stimmten: die Deutschkonservative Partei, die Deutsche Reichspartei, die Nationalliberale Partei, die Freisinnige Vereinigung, die polnische Fraktion und die Antisemiten.<sup>25</sup>

Die Sorge Quiddes, das deutsche Bürgertum werde dem Militarismus vollends erliegen, blieb bestehen, und sie verstärkte sich, wenn er die Wirkung des Byzantinismus beobachtete, die der junge Kaiser Wilhelm II. in der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands hervorrief. Im folgenden Jahr wird Quidde den Militarismus mit noch weiter reichenden Argumenten attackieren: mit seiner gegen den Kaiser gerichteten gelehrten Satire «Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn». Darin machte Quidde den allerhöchsten Förderer des Militarismus zur Zielscheibe seines Spottes. Natürlich vergeblich: So leicht liess sich der preussisch-neudeutsche Militarismus nicht erschüttern. Gegen ihn halfen weder homerisches Gelächter noch kaustischer Witz.

*Bernhard Neff*

## «DEKORATIONSMILITARISMUS»

*Die sozialdemokratische Kritik eines vermeintlich nicht kriegsgemässen Militärwesens (1890-1911)*

### **Einführung**

Der Begriff Militarismus diente der SPD in den 1890er Jahren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts primär als agitatorisches Schlagwort für die Kritik der negativen Auswirkungen des preussisch-deutschen Heeressystems auf die Gesellschaft. Die Sozialdemokratie sah im stehenden Heer Preussen-Deutschlands ein Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung und Niederhaltung der sozialistischen Bewegung. Sie wandte sich darüber hinaus gegen den Militarismus, weil sie ihn als zu kostspielig erachtete. Rüstungskosten, so die Argumentation, verhinderten den kulturellen und sozialen Fortschritt und sorgten für eine hohe steuerliche Belastung, die besonders der Arbeiterschaft zum Nachteil gereichte. Bisweilen wurde Militarismus auch schon als ein Phänomen der politischen Kultur wahrgenommen und mit dem in der Armee herrschenden Geist, der die Gesellschaft in zunehmenden Masse durchdringe, identifiziert und kritisiert. Die an diesen Punkten von den Sozialdemokraten geübte moralische Fundamentalkritik am wilhelminischen Militarismus sowie das von ihnen entwickelte positive Gegenbild der ‚Volkswehr‘ ist Gegenstand intensiver Forschung gewesen<sup>1</sup> und bedarf hier keiner weiteren Ausführungen.

Demgegenüber soll im Folgenden die zeitgenössische linke Kritik an den schädlichen Auswirkungen des Militarismus *in* der Armee skizziert werden. Damit sind hier nicht die Soldatenmisshandlungen angesprochen, die von Bebel seit 1891

kontinuierlich auf die Agenda des Reichstags gesetzt wurden. Vielmehr soll die ebenfalls seit Ende des 19. Jahrhunderts besonders von Sozialdemokraten in Parlament und Presse häufig vorgebrachte Kritik an den unzweckmässigen und vermeintlich anachronistischen Ausrüstungsgegenständen, Ausbildungsmethoden, Taktiken und militärischen Führungsmethoden der Armee thematisiert werden. Es wird also eine zeitgenössische Sichtweise des wilhelminischen Militärwesens akzentuiert werden, die in der Forschung über die Sozialdemokratie im Kaiserreich bislang – wie ich meine – nicht genügend Aufmerksamkeit gefunden hat. Besonders August Bebel setzte sich für mehr Zweckmässigkeit in der Armee ein, machte sich aber Ende des Jahrhunderts noch wenig Hoffnung, dass aus seiner Sicht vernünftige Vorschläge hinsichtlich der Uniform und Ausrüstung, wie er sie in seiner 1898 erschienenen Broschüre «Nicht stehendes Heer sondern Volkwehr!»<sup>2</sup> ausgebreitet hatte, von der Heeresverwaltung aufgegriffen werden würden. Trotzdem wies er anlässlich der jährlichen Militäretatverhandlungen im Plenum des Reichstages immer wieder darauf hin, «wie meines Erachtens ohne den geringsten Schaden für die Schlagfertigkeit der Armee – ja dass dadurch die Schlagfertigkeit sogar erhöht würde, aber die Ausgaben bedeutend eingeschränkt würden, – Änderungen eintreten könnten».<sup>3</sup>

Detlef Haritz hat in seiner Studie über den Milizgedanken in der sozialistischen Militärtheorie 1983 die Vermutung geäußert, dass «die Kritik an der mangelnden militärischen Effektivität des stehenden Heeres» mehr als lediglich eine taktische Funktion besass.<sup>4</sup> Mit Jürgen Lampe hat auch ein Vertreter der DDR-Historiographie darauf hingewiesen, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion seit den 1890er Jahren «mangelnde Effektivität im Heer» kritisiert habe.<sup>5</sup> So habe die SPD die Dienstzeit verkürzen und das Leben der Soldaten erleichtern und schützen wollen. Lediglich der revisio-

nistische Flügel sei später um die militärische Schlagkraft besorgt gewesen.<sup>6</sup>

Ungeachtet dieser eher beiläufigen Einschätzungen blieben die Vorwürfe gegen einen vermeintlich ‚unkriegsmässigen‘<sup>7</sup> Militarismus kein Monopol der SPD, sondern waren – ausgehend von militärinternen Kritikern – seit etwa 1900 auch in dem liberal bzw. linksliberal dominierten Teil der wilhelminischen Öffentlichkeit anzutreffen. Bemerkenswert ist allerdings die Vorreiterrolle, die der SPD seit etwa 1890 in der öffentlichen Militärkritik zufiel.

Das theoretische Rüstzeug einer hier nur anzudeutenden Analyse liegt mit der erstmals 1937 erschienenen Arbeit «A History of Militarism»<sup>8</sup> des deutsch-amerikanischen Historikers Alfred Vagts vor. Militarismus wurde von ihm nicht als das bellizistische Gegenstück zum Pazifismus erachtet. In seiner Studie schied Vagts vielmehr den «military way», worunter er Massnahmen und Vorbereitungen verstand, die direkt auf das effiziente Kriegführen abzielen, vom «militaristic way», will heissen: die Bewahrung und Kultivierung von farbenprächtigen Uniformen und Paraden, Ständedünkel und anachronistischen Ehrencodices von Offizieren. Beide Tendenzen lassen sich Vagts zufolge in einer Armee und innerhalb einer Gesellschaft in unterschiedlichem Masse nachweisen.

Im Folgenden will ich die zeitgenössische Perzeption des «militaristic way» der Armee skizzieren, die in der sozialdemokratischen Publizistik jener Zeit mit Komposita wie «feudaler Militarismus», «Dekorationsmilitarismus», «Parademilitarismus» und «Zunftmilitarismus» belegt wurde. Die Begriffe implizieren den Vorwurf, dass im Mittelpunkt des konservativ-militaristischen Denkens nicht der moderne Krieg, sondern die soziale Stellung des Friedensoffiziers sowie die bürokratisch verwaltete und ständisch aufgebaute Friedensarmee mit all ihren Atavismen standen.<sup>9</sup> Kurz: Die Sozialdemokraten beklagten den Selbstzweck der Armee.

## Drei vermeintlich ‚unkriegsmässige‘ Erscheinungen in der Armee

Drei seit den 1890er Jahren militärintern diskutierte und vor allem von den Sozialdemokraten kritisierte und popularisierte Auswüchse eines anachronistischen Kriegertums innerhalb der Armee waren und sind bis heute besonders augenfällig:

### a) *Das Festhalten an der anachronistischen «Schlachtenkavallerie»*

Trotz des Prestiges, das die Kavallerie in militärischen Kreisen genoss, geriet die Reiterwaffe angesichts der Entwicklung der modernen Kriegswaffen und des sich ausprägenden technischen Kriegsbildes seit Ende des 19. Jahrhunderts in eine ernste Existenzkrise. Obgleich die Beurteilung des militärischen Werts der Kavallerie gemäss Reichsverfassung in den Bereich der kaiserlichen Kommandogewalt fiel, nahmen sich seit den 1890er Jahren Parlamentarier der Linken – allen voran der militärpolitische Hauptredner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, August Bebel<sup>10</sup> – immer wieder kritisch des Themas Kavallerie an.

Im Jahre 1893 wandte er sich anlässlich der Etatverhandlungen entschieden gegen die Kavallerieattacken, wie sie alljährlich in den Kaisermanövern gezeigt wurden. Seiner Überzeugung nach hatte die moderne Kriegführung dem «schneidigen Draufgehen» ein Ende bereitet. Vor allem die Massenattacke gegen «gedeckte» Infanterie, wie sie während des Kaisermanövers im Elsass im Jahre 1893 dargeboten worden war, veranlasste ihn im Reichstag zu der für den Kriegsminister heiklen Frage, ob «wirklich im Falle eines Krieges die Leitung der Armee in Händen ist, dass man mit besonderem Vertrauen dem Ausgange entgegensehen kann. (Bewegung.)



*Dekorationsmilitarismus: Parade in Berlin (mit Wilhelm II.) vor dem Zeughaus*

Ich will mich auf dieses Gebiet nicht weiter verirren. Ich glaube, ich bin in meinen Äusserungen deutlich genug gewesen, um verstanden zu werden.»<sup>11</sup> Der Adressat dieser Anspielung war zweifellos der Inhaber der militärischen Kommandogewalt, der junge Kaiser Wilhelm II. «Unser Wilhelm», so schrieb Bebel im selben Jahr an Engels, «scheint in allem das Auffallende, das Übertriebene zu lieben, so seine Liebhaberei für die Panzerkolosse und für die Kavallerie und ihre dreifache Verteidigungsfähigkeit, Lanze, Karabiner und Säbel. Wenn's drauf und dran kommt, leidet alles jämmerlich Schiffbruch.»<sup>12</sup>

Die späte Replik des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff im März des folgenden Jahres im Reichstag offenbar-

te die argumentative Unterlegenheit der Militärführung in der Frage der Kavallerieattacken und konnte keinesfalls die Bedenken der Kritiker zerstreuen: «In den drei Feldzügen, die ich mitgemacht habe, habe ich den Eindruck und die Überzeugung gewonnen – und die ist auch bisher nicht erschüttert worden –, dass eine gute Kavallerie, die im richtigen Moment, in der richtigen Zahl und mit dem richtigen Schneid an der rechten Stelle einsetzt, nach wie vor Tod und Verderben in die Reihen des Feindes tragen kann.»<sup>13</sup>

Es ist bezeichnend, dass der neokonservative Kritiker des wilhelminischen Systems, Maximilian Harden, an die angeführte Reichstagsrede Bebels von 1893 vier Jahre später anknüpfte. In der Rubrik «Notizbuch» in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift «Die Zukunft» datierte er den Beginn der nur noch «dekorativen Zwecken» dienenden Manöver auf Anfang der 90er Jahre zurück, was sowohl als Anspielung auf den Regierungsantritt von Wilhelm II. als auch auf die Entlassung Bismarcks und den Tod von Feldmarschall Moltke (1891) interpretiert werden kann. Dabei verwies er auf Bebels Kritik aus dem Jahre 1893. «Im Reichstag hat Herr Bebel früher einmal tadelnd erwähnt, dass seit ein paar Jahren in den grossen Manövern mit Vorliebe gewaltige Kavalleriemassen gegen die Infanterie losgelassen werden, obwohl diese Strategie in einem wirklichen, nicht nur scheinbaren Kriege sicher zu einer Abschichtung von Rossen und Reitern führen und nicht die mindeste Hoffnung auf einen militärischen Erfolg lassen würde. ... seine [Bebels] Ansicht über den Wert gewisser Kavallerieattacken scheint aber, wie man jetzt in Privatgesprächen recht oft hören kann, auch von besseren Strategen geteilt zu werden.» Harden befürchtete angesichts des vermeintlichen Missbrauchs der Kaisermanöver die Beeinträchtigung der «Wehrkraft unseres Vaterlandes» und fügte mahnend hinzu: «Früher wusste jeder, auch der sozialdemokrati-

sche Arbeiter, dass in der deutschen Armee mit nüchterner Zähigkeit und mit vorsichtiger Klugheit gearbeitet wird und dass täuschender Schein in diesem ehernen Gefüge keine Stätte hat; es wäre ein nie wieder zu ersetzender Verlust, wenn nun auch diese Zuversicht schwinden und im Sinn des Volkes misstrauischem Zweifel Platz machen würde.»<sup>14</sup>

In der Tat verfestigte sich das von Harden befürchtete Misstrauen auf Seiten der Sozialdemokraten sowie der Linksliberalen in den folgenden Jahren. Der Militärverwaltung wurde zum Vorwurf gemacht, sie wolle die Schlachtenreiterei Friedrichs des Grossen wieder aufleben lassen. Diese Tendenz ging nach Ansicht des «Vorwärts» mit der Lust an Farbenpracht und Romantik einher. Bemerkenswert bleibt die Tatsache, dass die Kavallerie nicht als Waffengattung verteufelt, sondern bisweilen sogar die nutzbringende Aufklärungstätigkeit der Reiterei hervorgehoben wurde.<sup>15</sup> Die Kavalleriekritik wurde also weniger fundamental als vielmehr militärfachlich vorgetragen. Den Vorwurf des möglichen ‚inneren Einsatzes‘ der Reiterei sucht man in der sozialdemokratischen Kritik vergebens.

### *b) Die übermäßige Wertschätzung von Drill und Paraden und die Vernachlässigung der Gefechtsausbildung*

Die SPD lehnte den Drill in der Rekrutenausbildung ab, da er ihrer Ansicht nach dazu geeignet war, den Soldaten in ein willenloses Werkzeug in der Hand der herrschenden Klasse zu verwandeln. Zudem fürchtete die Parteiführung den Werbeeffect bzw. das Blendwerk der Parade. Dennoch argumentierte man in Fragen der Gefechtsausbildung durchaus systemimmanent. Denn nach eigenem Bekunden war die Sozialdemokratie auch «in den Angelegenheiten der Armee die reformatorisch treibende Kraft».<sup>16</sup> Als ihr Parteiführer während der zweiten Beratung des Etats für 1901 auf den «veralteten



militärischen Krimskrams» zu sprechen kam, kritisierte er vor allem die Paradeausbildung beim Heer. Er wandte sich entschieden gegen den Parademarsch und das «Griffekloppen», d.h. das monotone Einüben von Paradegriffen, da diese Tätigkeit «mit dem eigentlichen Zweck der Kriegsausbildung nicht das Geringste zu tun hat». <sup>17</sup> Ein Leserbriefschreiber im «Vorwärts» beurteilte, inspiriert durch den Burenkrieg, die militärische Ausbildung für das Gefecht unumwunden als mangelhaft. <sup>18</sup> Eine verstärkte Ausbildung für das Gefecht und eine Verringerung der Paradeausbildung bedeutete für die SPD offenbar eine Annäherung an das Volkwehrkonzept.

Anfang 1904 – in Deutsch-Südwestafrika und in der Mandschurei war es bereits zu ersten kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen – trat Bebel im Plenum entschieden für eine Reformierung der militärischen Ausbildung ein. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Beobachtung, dass die militärische Ausbildung nach zwei sich ausschliessenden Methoden erfolge und damit die Soldatenmisshandlungen geradezu provoziere. Einerseits werde nach dem Burenkrieg im Militär der Gefechtsausbildung langsam, aber stetig ein höherer Stellenwert eingeräumt. Andererseits werde weiterhin der exzessive Paradedrill geübt, der den Erfordernissen des modernen Krieg kennzeichnenden «zerstreuten Gefechts» widerspreche. Anstatt die Selbständigkeit des Soldaten zu fördern, wie es die militärtaktischen und -technischen Neuerungen erforderten, verleiteten die militaristischen Spielereien und Paradeübungen den Wehrdienst. <sup>19</sup> Der «Vorwärts» beklagte sich in einem Leitartikel Ende 1908 über den atavistischen Drill: «Dass die Lineartaktik den Drill brauchte, während er jetzt, wo der Soldat zur Selbständigkeit erzogen werden muss, ein geistiges und moralisches Gift vorstellt, wird leider nicht eingesehen.» <sup>20</sup>

Anlässlich der ersten Beratung des Etats für 1905 äusserte der Parteivorsitzende der SPD vor dem Hintergrund des russisch-japanischen Krieges erneut Kritik an dem übermässigen Exerzieren und dem Drill, der für den Parademarsch aufgewendet werden müsse. «Wir wollen keine Paradetruppe, wir wollen eine Kriegstruppe, wir wollen eine Truppe, für den Kriegsfall ausgebildet, möglichst zweckmässig und einfach.»<sup>21</sup> Lapidar hielt der Protokollant eine Stellungnahme Bebels in der Budgetkommission des Reichstages am 2. März 1905 in der indirekten Rede fest, ohne dass Bebel dagegen später Einspruch eingelegt hätte: «Was zu einer wirklichen kriegerischen Ausbildung der Armee notwendig ist, sei er bereit zu bewilligen. Aber es seien unendlich viele Auswüchse vorhanden, die der Kriegsausbildung schädlich sind. Grössere Truppenmanöver halte er unter diesen Gesichtspunkten für sehr notwendig.»<sup>22</sup> Auch der «Vorwärts» monierte 1906 anlässlich der Herausgabe des neuen Exerzierreglements für die Infanterie den immer noch vorherrschenden konservativen Militarismus: «Die Fakta, dass in den letzten drei Jahren sich just die zwei Armeen, die am meisten drillten und drillen, im Ernstfall schwer blamiert haben – Russland in Ostasien, Deutschland in Südwestafrika – sind an den Reglementmachern anscheinend spurlos vorübergegangen.»<sup>23</sup>

### *c) Die militärischen Zwecken widersprechenden, ständig wechselnden Uniformmoden*

Die bunten Uniformen der Linienregimenter und die zum Teil prachtvollen Röcke der Garde lassen sich historisch damit erklären, dass im Zeitalter der Schwarzpulverwaffen leuchtende Uniformen der kämpfenden Truppe Orientierung boten. Darüber hinaus sollten sie motivierend und erhebend auf den Regimentsangehörigen wirken. Mit dem Aufkommen des rauchschwachen Nitro-Pulvers in den 1880er Jahren sowie der mo-

dern, zielgenauen Geschütze und Handfeuerwaffen stellte sich aber das Problem der Deckung und Tarnung. Es war zu Beginn der 90er Jahre zunächst die SPD, die das Zögern und die Versäumnisse der konservativen Heeresverwaltung schonungslos aufdeckte und anprangerte: «Ist es überhaupt nicht eine Verschwendung und eine Vernachlässigung pflichtgemässe» Sorge ohne Gleichen, wenn man fortgesetzt eine Uniformierung und eine Ausrüstung beibehält, die im Ernstfalle den Zwecken nicht dient, für welche doch einzig und allein eine Armee vorhanden sein soll?»<sup>24</sup>

Im Jahre 1904 führte Bebel im Reichstag vehement Klage über die Inflation von Litzen, Borden, Medaillen, Schnüren und all den «Kinkerlitzchen», die «im Laufe der letzten 15 Jahren<sup>25</sup> in der Armee Einzug gehalten hätten. Dass er hier den Auftakt zu den häufigen Uniformänderungen mit dem Regierungsantritt Wilhelms II. zeitlich verknüpfte, dürfte wohl kaum ein Zufall gewesen sein, sondern muss von den Zeitgenossen als ein ‚Wink mit dem Zaunpfahl‘ verstanden worden sein. Angesichts des Verlangens der Konservativen nach äusserem Glanz, Prunk und prachtvollen Uniformen attestierte Bebel den deutschen Militärs den naiven Glauben, «dass ein grosser europäischer Krieg so leicht nicht eintreten wird, dass es nach dieser Richtung hin nicht pressiere»<sup>26</sup>. Mit dieser Äusserung lieferte der Parteivorsitzende der deutschen Sozialdemokratie ein bemerkenswertes Beispiel für seine Auffassung vom vermeintlich ‚unkriegsmässigen‘, also dysfunktionalen und damit gefährlichen Dekorationsmilitarismus der konservativ-militärischen Eliten im Reich.

Es ist kennzeichnend für die Sozialdemokraten wie auch für die Linksliberalen, dass sie dem Dekorationsmilitarismus in der Armee immer wieder eine utilitaristische Gegenrechnung aufmachten. Der unter Wilhelm II. ständig zunehmende ‚Firlefanze‘ und das Demonstrative der militärischen Uniform

wurde von ihnen aber nicht nur als zweckwidrig und mit Hinblick auf den modernen Krieg als gefährlich, sondern auch als unmännlich und verwehlicht angesehen. Zum militärischen «Giggerltum» meinte Bebel 1894 im Reichstag: «Das sind Zeichen der Verwehlichung, die sich für den Soldaten am allerwenigsten schicken „...»<sup>27</sup> Diese Form der Kritik wäre noch kurz nach den Einigungskriegen undenkbar gewesen. Doch mit der Zeit war der Nimbus der preussisch-deutschen Armee verblasst. Um die Jahrhundertwende war das Gleichgewicht zwischen dem militärischen Ansehen und dem feminin<sup>28</sup> wirkenden Putz und Pomp in den Augen der Kritiker offensichtlich zerstört. Der Vertrauensverlust konnte auch durch die zuversichtliche Selbstdarstellung der jungen Leutnants nicht kompensiert werden – im Gegenteil: Der demonstrative Müßiggang der Gardeleutnants verstärkte das öffentliche Unbehagen an dem in der Armee kultivierten Kasten- bzw. Ständewesen.

## **Der Vorwurf mangelnder ‚Kriegsmässigkeit‘ und ‚Wehrhaftigkeit‘**

August Bebel, der einen Krieg zur Herbeiführung der Revolution vor allem aufgrund moralischer Beweggründe ablehnte, verschloss doch seine Augen nicht vor der Gefahr eines europäischen Krieges. Aussenpolitisch sah Bebel das Reich eingeklemt zwischen Frankreich und Russland. Folgerichtig lag im deutschen Interesse, eine Feindschaft mit England zu vermeiden. Seine verstärkte Kritik des konservativen Militarismus seit der Jahrhundertwende kann deshalb auch als eine Ablenkung von der Flottenrüstung und ein Hinweisen auf die Versämnisse in der Armee gedeutet werden. Helmut Bley hat in seiner immer noch sehr lesenswerten Studie über Bebels Stra-

tegie der Kriegsverhütung bereits darauf hingewiesen, dass der Parteivorsitzende der deutschen Sozialdemokratie in den vermeintlich defensiven «kontinentaleuropäischen Traditionen der preussischen Armee» ein positives Gegengewicht zum aggressiven Flottenbau sah.<sup>29</sup>

Es ist auffallend, dass er im Zeitraum von 1890 bis 1913» der Reichsleitung durchgehend unterstellte, sie wolle keinen Krieg, weil sie die Revolution fürchte.<sup>30</sup> Folgerichtig wurde ein möglicher Krieg der Zukunft von ihm immer als Verteidigungskrieg gedacht. So prophezeite Bebel im Frühjahr 1894 den Konservativen im Plenum, dass ein zukünftiger Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg sei, der dem Reich alles abverlangen werde: «... und dann dürften Sie ebenfalls froh sein, wenn die grosse Partei der Sozialdemokratie Ihnen zur Seite steht und diesen Strauss gegen zwei Seiten zugleich Ihnen kämpfen hilft. (Sehr richtig! links.)»<sup>31</sup> Dies war ein eindeutiges Signal Bebels. In einem» Zweifrontenkrieg gegen Russland und Frankreich durfte die Reichsleitung also bereits 20 Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges mit der Sozialdemokratie rechnen. Auch in den Krisen jahren 1911 bis 1913 verneinten Bebel und mit ihm die Revisionisten den Kriegswillen der deutschen Reichsleitung, nur die Radikalen waren davon überzeugt.<sup>32</sup>

Am Vorabend der russisch-französischen Militärkonvention von 1892 korrespondierten Bebel und Engels intensiv über das Thema der Landesverteidigung. Nur auf der Grundlage eines gesicherten Reiches, so glaubten beide, sei in Zukunft eine erfolgreiche Revolution, getragen von der Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, möglich. Ein europäischer Krieg würde hingegen – neben allen damit verbundenen Verheerungen und Leiden – im Falle einer deutschen Niederlage die sozialdemokratische Bewegung um Jahre zurückwerfen.<sup>33</sup> Schlimmer noch als die bitter empfundene Ausgrenzung seiner

Partei durch die Reichsleitung standen Bebel die Folgen einer potentiellen Kriegsniederlage Preussen-Deutschlands vor Augen.

Bebels Sorge in militärischen Angelegenheiten galt angesichts der Perspektive eines Zweifrontenkrieges vor allem dem einfachen Soldaten. Er rechtfertigte deshalb seine parlamentarische Forderung nach zweckmässigen Uniformen gegenüber dem Tadel von Parteilinken auf dem Parteitag zu Halle (1890) mit dem Argument, er wolle angesichts der «Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung»<sup>34</sup> nicht das Leben von sozialdemokratischen Soldaten aufs Spiel setzen.

Für Friedrich Engels als der militärpolitischen Autorität des europäischen Sozialismus war der Tod des älteren Moltke im Jahre 1891 ebenfalls Anlass zur Beunruhigung. «Denn jetzt nach Moltkes Tod ist das letzte Hindernis weggefallen, das der Desorganisation der Armee durch launenhafte Besetzung der Kommandoposten noch im Weg stand, und jedes Jahr muss jetzt dazu beitragen, dass der Sieg [gegen Russland] ungewisser und die Niederlage wahrscheinlicher wird.»<sup>35</sup> Die Russophobie und die damit einhergehende Antizipation eines russischen Angriffskrieges waren zweifellos eine Konstante im sicherheitspolitischen Denken und Fühlen der führenden deutschen Sozialisten. Nicht zuletzt deshalb wurde die sozialdemokratische Milizforderung damit begründet, dass das stehende Heer nicht im Stande sei, die Sicherheit des Reiches gegenüber feindlichen Übergriffen zu gewährleisten.

befürchteten, eine Volkswehr würde einem unkontrollierbaren Volkskrieg Vorschub leisten,<sup>36</sup> nutzte Bebel für seine Milizpropaganda. In diesem Zusammenhang pflichtete er noch im Jahre 1899 implizit den Anschauungen des damaligen Chefs des Generalstabs des 16. Armeekorps, Oberst Friedrich von Bernhardt,<sup>37</sup> bei, der die Vorbereitung auf einen Volkskrieg öffentlich angemahnt hatte. Im Reichstag zitierte er

Bernhardi mit den Worten: «Kein Kulturstaat, der allen Chancen eines grossen Krieges gewachsen sein will, kann im modernen politischen Leben auf dieses Kraftmittel verzichten. Welche ungeheuren Mächte durch denselben wachgerufen werden können, das haben uns die Befreiungskriege gezeigt, das hat auch der jüngst gekämpfte deutsch-französische Krieg ahnen lassen. ... Die Freude am Schiessen und an der Waffenführung muss im Volk geweckt, der Gedanke an den Volkskrieg muss im Volke dauernd lebendig gehalten werden ...»<sup>38</sup>

Es steht ausser Frage, dass Bernhardi mit seinen Ausführungen im Gegensatz zu Bebel, der immer wieder den defensiven Charakter der Miliz hervorhob, aggressive Intentionen verfolgte. Dennoch fällt auf, wie sorglos der Führer der SPD die kommenden Vertreter des bürgerlichen Militarismus' als Kronzeugen anführte.<sup>39</sup>

Der spanisch-amerikanische Krieg (1898) veranlasste die Parteiführung, das angeblich von den «junkeralichen Zunftmilitärs» beherrschte Militärwesen Preussen-Deutschlands mit dem maroden spanischen Heer gleichzusetzen. Dabei wurde den preussischen Militärs wiederholt der Vorwurf gemacht, sie hätten nicht nur in der Schlacht von Valmy sowie bei Jena kläglich vor dem Feind versagt, sondern betrieben auch in der Gegenwart eine gefährliche «Donquixotterie».<sup>40</sup> Die viel beklagte Renommiersucht der Offiziere und die oberste Kommandogewalt des sich am Militärtheater ergötzenden Kaisers, der, von seiner militärischen Umgebung abgeschirmt, immer mehr den Bezug zur Truppenpraxis verlor, sowie die Bevorzugung von vermeintlich unfähiges Hofgenerale» musste nach Ansicht sozialdemokratische» Kritiker zu einem neuerlichen ‚Jena‘ führen.

Der 1899 ausbrechende Burenkrieg schien die Überlegenheit einer hoch motivierten Miliz gegenüber einer Berufsarmee zu beweisen.<sup>41</sup> Der anfängliche Erfolg der Burenmilizen gab der marxistischen Parteiführung somit willkommene

Schützenhilfe gegen die sich formierenden Revisionisten in der eigenen Partei, die unter Führung von Max Schippel die Miliz-Forderung zugunsten einer pragmatischen? linken Militärpolitik aufgaben. Es bleibt aber festzustellen, dass die Kritik von vermeintlich nicht kriegsgemässen Zuständen in der Armee weiterhin eine gemeinsame Basis der militärpolitischen Forderungen von Marxisten wie Revisionisten darstellte. Der revisionistische Flügel sah vornehmlich in den Junkern, das marxistische Parteizentrum hingegen im ‚feudalisierten Bürgertum‘ eine Gefahr für die ‚Wehrhaftigkeit‘. Die beiden Richtungen zugrunde liegende Perzeption wurde in einem Aufsatz mit dem Titel «Antimilitarismus» in der «Neuen Zeit» von Karl Emil vor dem Hintergrund der internationalen Militarismusdebatte im Jahre 1907 nochmals eindrücklich wiedergegeben: «Sie [die Sozialdemokratie] bekämpft die militaristische Seite der Armee, deren Bekämpfung durchaus keine Verringerung, sondern eine Vermehrung der Wehrfähigkeit bedeutet. ... Sie kann beweisen, dass gerade der Militarismus nicht nur gegen das Interesse der Demokratie, sondern ebenso gegen das Interesse der Nation verstösst, da er deren Wehrhaftigkeit nur schwächt.»<sup>42</sup> Die Linken waren davon überzeugt, dass das «Volk» im Ernstfall einen besseren kriegerischen Geist besitze und zu einer demokratischen und damit effektiveren Organisation der Landesverteidigung befähigt sei als eine privilegierte und feudalisierte Kriegerkaste.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht auch der von Bebel im selben Jahr im Reichstag an die militärische Führung gerichtete Vorwurf, sie vernachlässige die äussere Sicherheit des Reiches. Deutschland, das seinem Empfinden nach lange Zeit eine vorbildliche militärische Ausbildung aufzuweisen gehabt hätte, sei mittlerweile von anderen Militärmächten überholt worden.<sup>43</sup> August Bebel war ein von dem Ende des 19. Jahrhunderts vorherrschenden Technik- und Fortschrittsglauben



geprägter Zeitgenosse. Für ihn erledigten sich – ein durchaus zeittypischer Gedanke – viele gesellschaftliche Probleme allein durch den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt. Übertragen auf das militärische Gebiet, bedeutete dies, dass er von der Weiterentwicklung der Waffentechnik eine allgemeine Modernisierung der Gefechtstaktik, eine Verringerung des mechanischen Drills, die Abschaffung der Schlachtenkavallerie und der bunten Uniform erwartete. Da allerdings die Militärs nach aussen wenig Reformwillen erkennen liessen, wies Bebel immer wieder auf die vermeintlichen Versäumnisse seitens des preussisch-deutschen Militärs hin. Auffallend sind hierbei die Konstanz seiner Kritik sowie seine von Beginn an positive Haltung zur Schlagkraft der Armee.

In der Forschung wird bisweilen das Jahr 1907 als eine besondere Zäsur in der sozialdemokratischen Militärpolitik herausgestellt. Die hier nur angedeuteten sozialdemokratischen Kritiken und Invektiven seit 1890 liefen jedoch, wie gezeigt werden konnte, schon lange zuvor auf eine reformistische Militärpolitik hinaus. Die 1907 einsetzende, vornehmlich von den Revisionisten und vom SPD-Parteizentrum getragene Reformpolitik, die auch bei den Linksliberalen und Teilen des Zentrums Unterstützung fand, basierte auf der weit verbreiteten Perzeption eines feudalen und anachronistischen Militärwesens. Im Februar 1911, vier Jahre nach Beginn der Einführung der feldgrauen Uniform, konnte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ledebour in der Budgetkommission mit Recht darauf verweisen, dass die SPD schon lange vor der Militärverwaltung die Beseitigung der bunten Uniform gefordert hatte. Noch im Mai 1913 betonte sein Fraktionskollege Schöpflin in der Haushaltskommission, dass die wertvollsten Anregungen zur Vereinfachung des militärischen Dienstes und damit die Forderung nach militärischer Zweckmässigkeit von Laien stammten.<sup>44</sup>

Ungeachtet dieses Selbstbildes sollte freilich nicht in Vergessenheit geraten, dass in den 1890er Jahren der Friedensmilitarismus auch militärintern Zielscheibe der Kritik reformorientierter Offiziere war. Die linken Kritiker griffen vielfach sogar auf den Tadel von zumeist vorzeitig aus dem Dienst ausgeschiedenen Offizieren, also den potentiellen späteren Wehrvereinsmitgliedern, zurück. Systemimmanente Kritik an den Zuständen in der Armee kann also nicht als genuin links bezeichnet werden.

Das höchst ambivalente Verhältnis zwischen den linken Kritikern und dem aufkommenden bürgerlichen Militarismus illustriert ein Artikel in der sozialdemokratischen «Schwäbischen Tagwacht» mit dem Titel «Generäle gegen den deutschen Militarismus» vom 8.4.1910. Darin wurde die Kritik der beiden späteren führenden Vertreter des deutschen Wehrvereins, Keim und Litzmann, an der, wie jene meinten, mangelhaften Schulung der deutschen Reserveoffiziere und Berufsoffiziere im Truppendienst folgendermassen kommentiert: «Obwohl die beiden Generäle von chauvinistischen Anschauungen ausgehen, kommen sie doch in ihrer Kritik zu Konsequenzen, die mit den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in recht weitgehendem Masse übereinstimmen.»<sup>45</sup> Erst mit der 2. Marokkokrise und der Gründung des Deutschen Wehrvereins erfolgte eine klare Distanzierung von der Militärkritik der neuen Rechten, und die Perzeption bzw. Kritik anachronistischer Erscheinungen innerhalb der Armee wurde seitens der SPD seltener.

### *Die Sicht konservativer Militärs*

Es war paradoxerweise zunächst vornehmlich die Linke, die um die Jahrhundertwende in der Öffentlichkeit ‚Kriegsmässigkeit‘ annahmte. Sie liess dabei weder militärische Traditionen noch von Wilhelm II. in die Armee eingeführte invented

traditions' gelten. Bebel ahnte wohl die Gefahr, die mit dem Atavismus in der Armee verbunden war, wenn er in einem Brief an Engels bemerkte, die konservativmilitärische Führung stecke «bei allen Revolutionen in der technischen Ausrüstung der Armee auf allen anderen Gebieten bis über die Ohren im dicksten Konservatismus. ... Auf der einen Seite vollkommen klare Einsicht in das Wesen der Dinge, auf der anderen borniertester, vorjenaischer Geist, welcher möglicherweise im Ernstfalle dem System den Hals bricht.» Und weiter: «Wir können nichts tun als aufklären, und lassen den Dingen ihren Lauf.»<sup>46</sup>

Als eine geradezu exemplarische Apologie des vorherrschenden konservativen Militarismus ist ein Aufsatz von Ernst Flocke, einem preussischen Landwehrmann, in den «Neuen Militärischen Blättern» von 1901 zu bezeichnen. «Der Nichtsoldat, der nüchterne Vernunftsmensch», so Flocke, «lächelt höhnisch darüber, er kann es nicht begreifen, welchen Wert alte Vorrechte, tote Helden, längst vergessene Waffentaten und – das alte historische Kleid für den lebenden Soldaten haben kann. Diese Vernunftsmenschen sind heutzutage leider sehr zahlreich, sie haben seit langer Zeit leidenschaftlich daran gearbeitet, um alte lieb gewordene Einrichtungen in der Armee auszurotten, d.h. nach ihrer Sprache den alten überflüssigen Krempel über Bord zu werfen, um dafür zu nivellieren, alles gleichmässig, einheitlich und einfach, ‚kriegsmässig‘ zu machen, sie lassen sich nur leiten von der kalten praktischen Vernunft.»<sup>47</sup>

Im Gegensatz zur heutigen Vorstellung von Militär und Krieg beschreibt der Autor durchaus zeittypisch die militärische Sphäre als bestimmt durch Irrationalität, Psychologie, ja sogar Gefühl und Romantik, wohingegen er den zivilen Einflussbereich mit Begriffen wie Rationalität, Kälte und Zweckmässigkeit belegt. Dabei gilt es anzumerken, dass die konservativen Militärs davon überzeugt waren, die Pflege ihrer Werte und Traditionen diene der militärischen Schlagkraft. Dennoch

stellte die Apologie Flockes – und dies war ihm wohl bewusst – bereits ein Rückzugsgefecht dar. Zukünftig war das Ansehen der Armee primär davon abhängig, dass sie in der Öffentlichkeit den Eindruck vermitteln konnte, als eine Armee der Nation die Kompetenz der modernen Kriegführung zu besitzen.<sup>48</sup>

## Schluss-Thesen

Die SPD war, allein schon aus taktischen Gründen, darum bemüht, das ‚Unkriegsgemässe‘ am preussisch-deutschen Heer herauszustellen. Es soll hier die These vertreten werden, dass die militärpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, die die Ausrüstung, Ausbildung und die Verfasstheit des Offizierkorps betrafen, allerdings nicht nur als Ausdruck ihrer Oppositionsrolle und Parteitaktik zu verstehen sind. Die auffallende Detailkritik eines Bebel und der Motivationsüberschuss, der in der Kritik am feudalen Militarismus zum Ausdruck gelangte, sind Hinweise auf eine ernst gemeinte und bisweilen besorgte Sachkritik. Es deutet einiges darauf hin, dass Bebel nach der französisch-russischen Annäherung zu Beginn der 90er Jahre fürchtete, die preussisch-deutsche Armee könne militärisch ins Hintertreffen geraten. Nicht nur für Bebel, sondern für grosse Teile der Partei war das Selbstbild von der Avantgarde der europäischen Arbeiterbewegung Ausgangspunkt für die immer wieder erhobene Forderung nach ‚Wehrhaftigkeit‘. In der Sicht der Linken war der vorherrschende feudale Dekorationsmilitarismus mit seinen Rückständigkeit und Unzweckmässigkeiten der militärischen Leistung abträglich. Es galt mithin, den einfachen Soldaten nicht nur gegen Misshandlungen, sondern auch gegen unzweckmässige Ausbildung, Bekleidung und Führung zu bewahren.

Die Wahrnehmung der militaristischen Auswüchse des wilhelminischen Militärsystems war die Basis, auf der sich die unterschiedlichsten politischen Gruppierungen ungeachtet ihrer jeweiligen politischen Ziele verständigen konnten. Der auf der Grundlage dieses ‚hidden consensus‘ geführte Diskurs kann als antiwilhelminisch und in Teilen antiadlig bezeichnet werden. Es gilt hervorzuheben, dass die SPD, Revisionisten wie Marxisten, eine Demokratisierung und damit Effizienzsteigerung der Landesverteidigung anstrebte, während der ‚bürgerliche Militarismus‘ – darauf hat Stig Förster bereits mehrfach hingewiesen – kompromisslos militärische Schlagkraft zum Zwecke einer aussenpolitischen Aggression forderte. Der Purismus, der in der sozialdemokratischen Kritik bisweilen zum Ausdruck gelangte, beförderte ungewollt die radikalen Forderungen der neuen Rechten, die das Thema ‚Kriegsmässigkeit‘ nicht der Linken überlassen wollte. Es zeigt sich, dass die sozialdemokratische Beteiligung am ‚Kriegsmässigkeit-Diskurs‘ ein taktischer Fehler war. Am Vorabend des Weltkrieges triumphierten der moderne Rüstungsmilitarismus über den feudalen Friedensmilitarismus und die nationale Rechte über die lange Zeit zu sehr auf den dekorativen Charakter des wilhelminischen Militärwesens konzentrierten Sozialdemokraten.

*Ulrich Bröckling*

## **KRIEGE GIBT ES NUR, WEIL ES STAATEN GIBT**

*Facetten anarchistischer Militärkritik 1849-1934*

### **I.**

Walter Benjamins Wort, seit Bakunin habe es «in Europa keinen radikalen Begriff von Freiheit mehr gegeben»,<sup>1</sup> benennt den Kerngedanken anarchistischer Theorie und Praxis: Anarchismus ist Freiheitsbewegung; sein Ziel soziale Ordnung ohne Herrschaft von Menschen über Menschen. Wie die übrigen revolutionären Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts knüpfte auch der Anarchismus an die bürgerliche Emanzipation und das Denken der Aufklärung an, um sie radikalisierend zu überschreiten. Während der sozialdemokratische wie der parteikommunistische Teil der Arbeiterbewegung allerdings die Eroberung der politischen Macht auf ihre Fahnen schrieben, bekämpften die Anarchisten den Staat als mächtigste Zusammenballung organisierter Gewalt. An seine Stelle sollte die freie Assoziation treten, den sozialen Zusammenhang ein Netzwerk freiwilliger, stets kündbarer Vereinbarungen zwischen souveränen Individuen und Gruppen stiften. Der Anarchismus verallgemeinerte das Vertragsdenken des Liberalismus, der uneingeschränkte Freiheit nur für die Sphäre der Ökonomie gelten lassen, auf rechtliche Reglementierung und staatliches Gewaltmonopol zum Schutze des Privateigentums aber nicht gänzlich verzichten wollte.

Dem Ziel der Herrschaftslosigkeit korrespondierte ein anthropologischer Optimismus: Wenn nur die Organe der Unterdrückung und die Ideologien der Autorität abgeschafft wären, so die Überzeugung der Anarchisten, würden die Menschen in spontaner Solidarität ihre Beziehungen regeln. Nicht von Appellen und Petitionen, nicht von Beteiligung an Parla-

menten erhofften sie die Befreiung der Gesellschaft, sondern von direkter Aktion und egalitärer Selbstorganisation. Sie propagierten daher Dienstverweigerung, Boykott, Sabotage, Streik bis hin zur allgemeinen Volkserhebung. Ergänzt werden sollten die Aktionen der Nichtzusammenarbeit und Obstruktion durch den Aufbau autonomer, rätendemokratisch organisierter Institutionen: selbstverwalteter Betriebe und Konsumgenossenschaften, freier Schulen oder Siedlungsprojekte. Dem ausgeprägten Voluntarismus der Anarchisten entsprach das moralische Pathos ihrer Schriften: Letztlich sollte alles von der Entscheidung des Einzelnen abhängen, sich in revolutionärer Assoziation mit Gleichgesinnten zusammenschließen und die Zersetzung der Macht zu organisieren.

Aus der Kritik des staatlichen Gewaltmonopols folgte zwangsläufig die radikale Opposition gegen seine Exekutoren, insbesondere gegen die Institution des Militärs. Anti-Staatlichkeit war ohne Antimilitarismus nicht zu haben; umgekehrt mussten alle Anstrengungen scheitern, Krieg und Bürgerkrieg aus der Welt zu schaffen, wenn sie nicht zugleich auf die Abschaffung aller staatlichen Macht zielten. Wie für die Anarchisten die Differenzen zwischen Monarchie und Republik gegenüber den allen Staatsformationen gemeinsamen Prinzip zentralisierter Herrschaft in den Hintergrund traten, so richtete sich ihre Militärkritik gegen jede Form von Heeresorganisation. Es mochte aggressive und weniger aggressive Staaten und Armeen geben, die Durchdringung der Gesellschaft mit soldatischen Wertvorstellungen und Verhaltensnormen mochte ausgeprägter oder weniger ausgeprägt sein – militaristisch war letztlich jedes Militär. Wenn von einem spezifisch anarchistischen Antimilitarismus zu sprechen ist, so kennzeichnet diesen nicht eine originäre Kritik bestimmter Militarismen oder militaristischer Phänomene, sondern die Konzentration auf den konstitutiven Zusammenhang von Staat und Krieg.

Hier liegt auch der wesentliche Unterschied zum Antimilitarismus der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung, die zwar das Heer des bürgerlichen Staates als Instrument imperialistischer Expansionspolitik und repressiver Klassenorganisation attackierten, deren Miliz-Konzepte für den kommenden sozialistischen Volksstaat aber trotz aller defensiven Orientierung auf eine Durchmilitarisierung der Gesellschaft hinausliefen – man denke nur an Bebels Vorschläge zur obligatorischen Wehrrüchtigung schon in der Schule.<sup>2</sup> Die Staatsozialisten kritisierten nicht das Prinzip der Subordination unter ein Gesamtinteresse, sondern vielmehr dass die bürgerlichen Staaten eben dieses Gesamtinteresse zugunsten einer privilegierten Minderheit verrieten. Für die Anarchisten dagegen bedeutete schon die militärische Disziplin (wie die der Partei) den Tod individueller Freiheit; gegen die Zumutungen des Gehorsams proklamierten sie die allgemeine Insubordination. Die strikt antiautoritäre Ausrichtung schärfte ihren Blick sowohl für die sozialpsychologischen Mechanismen der Soldatenfabrikation wie für die Verstaatsbürgerlichung und Militarisierung der sozialdemokratischen und parteikommunistischen Opposition. Auf diese beiden Aspekte konzentriert sich auch der folgende Überblick. Er erhebt nicht den Anspruch einer systematischen Darstellung, so bleibt die *Praxis* des libertären Antimilitarismus vollständig ausgeblendet<sup>3</sup>, sondern skizziert anhand exemplarischer Fundstücke aus der anarchistischen Publizistik zwei Kernthemen antistaatlicher Militärkritik.

## II.

Den Auftakt bildet eine weithin unbekannte Kritik der Revolution von 1848/49, insbesondere des badischen Aufstands vom Frühjahr 1849, die lange vor Bakunin, Kropotkin, Landauer oder den Anarchosyndikalisten bereits *in nuce* alle Ar-



gumente des anarchistischen Antimilitarismus versammelt.<sup>4</sup> Ihr Verfasser, Christian Gottlieb Abt, ein radikaldemokratischer Publizist, veröffentlichte sie im Schweizer Exil wenige Monate nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands, der mit einer Meuterei nahezu der gesamten badischen Truppen begonnen hatte. Abt feierte diese Meuterei überschwänglich «als revolutionärsten Akt unseres Jahrhunderts ..., vor dem alle Pariser Strassenkämpfe zu kindischen Versuchen herabsinken»: «Tausende von Menschen, zusammengedrückt zu einem abstrakten Kollektivum, lösten sich, bestimmt durch die Rücksicht auf ihre individuellen Interessen, aufgeklärt über ihren wahren Vorteil, lösten sich auf in ihre natürlichen Bestandteile, in ihre menschlichen Wesenheiten, Soldaten machten sich zu Menschen.»<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang stellte Abt grundsätzliche Überlegungen über die Quellen des militärischen Gehorsams an. Dieser beruhe, so sein Fazit, gleichermassen auf Gewalt wie auf Moral: «Auf der Gewalt insofern, als der Einzelne stets die Organisation der Übrigen als höhere Gewalt sich gegenüber hat, die den geringsten Versuch von seiner Seite, sein Interesse geltend zu machen, schonungslos niederschmettert. Auf der Moral insofern, als dem Einzelnen, eben die freiwillige Unterwerfung unter das Kommando, die freiwillige Subordination unter ein ihm fremdes Interesse als sein höchstes solidarischeres Interesse erscheint, als das einzige Motiv seiner Tätigkeit gilt. Wie die Untertanenmoral die wichtigste Stütze der staatlichen, so ist die Soldatenmoral, jene Gesinnung des Einzelnen, welche in der Insubordination das grösste Verbrechen, in der Zufriedenheit der Vorgesetzten die grösste Befriedigung findet, die Grundlage der militärischen Organisation.»<sup>6</sup> Gegen eine repressionsfixierte Perspektive, die den gehorsamen Soldaten ausschliesslich als Opfer militärischer Zwangspraktiken sah, setzte Abt die Erkenntnis, dass keine Herrschaft sich dauerhaft allein auf gewaltsame Unterwerfung stützen kann, son-

dern der wie auch immer motivierten Loyalität der Befehlsempfänger bedarf.

Bewegte er sich damit noch ganz in den Bahnen traditioneller Kritik an der «freiwilligen Knechtschaft», wie sie seit dem gleichnamigen Essay des Montaigne-Freunds Etienne de La Boétie<sup>7</sup> als subversive Unterströmung die politische Philosophie der Neuzeit begleitet hatte, so gelangte er im Weiteren zu grundlegenden Einsichten in die fatale Dialektik von Revolution und Krieg: Die badische Revolutionsregierung hatte angesichts der Intervention preussischer Truppen vor der Alternative gestanden, entweder kampfflos aufzugeben oder das «Fest des Ungehorsams» zu beenden und eine disziplinierte Streitmacht aufzustellen. Mit meuternden Soldaten, die es leid waren, sich gleich von wem herumkommandieren zu lassen, liess sich weder ein Staat machen noch ein feindliches Invasionsheer zurückschlagen. Trotz angeordneter allgemeiner Mobilmachung und verzweifelter Abwehrkämpfe hatten die Aufständischen schon nach wenigen Wochen vor der preussischen Übermacht kapitulieren müssen. Die militärischen Anführer der Volkswehren und Freikorps gaben nicht zuletzt der mangelnden revolutionären Disziplin die Schuld an der Niederlage. Der Kommandant der badischen Truppen, der polnische General Mieroslawski, forderte gar in jakobinischer Manier, man hätte bei den Revolutionstruppen nicht nur jeder Aufreisserei «durch die furchtbarsten Strafen und ein unnachsichtiges Überwachungssystem» entgegenarbeiten, sondern auch das gesamte «öffentliche Leben in die Feldlager verlegen und daselbst die ganze wehrfähige Nation zur Pünktlichkeit, zur Uniform, zu der heroischen Unempfindlichkeit der regelmässigen Truppen nötigen müssen».<sup>8</sup>

Abt zog die entgegengesetzte Konsequenz und weigerte sich, die durch Aufkündigung des Gehorsams gewonnene Freiheit den militärischen Notwendigkeiten zu opfern:

«Wie, ich soll gezwungen werden», schrieb er, bezogen auf die Ausrufung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Revolutionsregierung, «mein Leben aufs Spiel zu setzen, für die Erhaltung von Zuständen, die mich gar nicht interessieren, für die Erhaltung einer Regierung, die meiner Ansicht nach alles verpfuschen muss! Ist das Freiheit, ist das die Errungenschaft der Revolution, das die Frucht meiner langjährigen Opposition gegen die Herrschaft? ,Wenn keine Zwangspflicht zu Militärdiensten existiert? , erwidert man mir, ,dann kann die Revolution nicht behauptet werden. In diesem Falle, sage ich, hat die Mehrzahl der Bevölkerung kein Interesse für die Revolution und braucht keine Freiheit, und wird sie auch nicht behaupten; wenn aber ihre Interessen an die Revolution geknüpft sind, dann stehen die Kämpfer freiwillig auf, um den Feind ihrer Freiheit zurückzuschlagen. Jede Revolution ist verloren, welche sich nicht auf das Prinzip der Freiwilligkeit stützt, und welche dieses Prinzip nicht zum leitenden Gedanken aller ihrer Massregeln macht.»<sup>9</sup>

Abts Antimilitarismus *avant la lettre* speiste sich nicht aus einem Gewaltlosigkeitsimperativ, sondern aus seinem radikalen Individualismus. Militärische Organisation und persönliche Freiheit, so seine Überzeugung, schlossen einander aus, und eine Revolution, die diesen Namen verdiente, war nicht mit kriegerischen Mitteln zu verteidigen, ohne ihre Grundlagen zu verraten. Während andere geschlagene Demokraten aus dem Exil das hohe Lied der revolutionären Disziplin sangen, die sie doch nicht hatten organisieren können,<sup>10</sup> blieb Abts Urteil aporetisch: «So erfreulich und wünschenswert auch die Meuterei der badischen Soldaten als politisches Ereignis erscheinen musste, als ebenso beklagenswert und unzweckmässig musste sie vom militärischen Standpunkt aus betrachtet werden.»<sup>11</sup>

### III.

Als Abt seine Abrechnung mit der badischen Revolution publizierte, konnte von einer anarchistischen Bewegung noch keine Rede sein. In Frankreich übten zwar Proudhons Schriften – der erste, der das Attribut «Anarchist» zur Selbstbezeichnung wählte – schon seit den frühen vierziger Jahren grossen Einfluss auf die junge Arbeiterbewegung aus, doch erst nach 1860 entwickelte sich insbesondere im schweizerischen Jura wie in den romanischen Ländern der Anarchismus unter dem Einfluss Bakunins zu einer sozialrevolutionären Bewegung. In Deutschland wiederum waren es vor allem abtrünnige oder von der Partei ausgeschlossene Sozialdemokraten, die in der Zeit des Sozialistengesetzes die ersten anarchistischen Zirkel bildeten.<sup>12</sup> Die Kritik an der im Vergleich zu den marginalen libertären Keimen übermächtigen Arbeiterpartei nahm deshalb in der anarchistischen Presse grossen Raum ein. Anarchistischer Antimilitarismus, das war im Deutschen Kaiserreich zunächst eine publizistische Auseinandersetzung mit dem «proletarischen Patriotismus» und der ausschliesslich parlamentarischen Kriegsgegnerschaft der SPD. Zu dieser Engführung trug die staatliche Repression nicht unwesentlich bei, die sich mit besonderer Härte gegen die anarchistischen Organe richtete und eine unzensurierte Agitation und erst recht direkte Aktionen massiv behinderte. Solange es nicht offen gegen den Kaiser und sein Militär, sondern gegen die von staatlicher Seite ebenfalls als Vaterlandsverräter diffamierten Sozialdemokraten ging, war die Zensur weniger streng.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ragten, zumindest in Sachen Antimilitarismus, zwei Zeitschriften und ihre beiden Redakteure aus der radikalen Publizistik in Deutschland heraus: der «Sozialist», den Gustav Landauer redigierte<sup>13</sup>, und Franz Pfemferts Wochenzeitschrift «Die Aktion»<sup>14</sup>. Beide sa-

hen sich nicht allein als politische bzw. antipolitische Publizisten. Landauer schrieb selbst literarische Texte und verfasste zahlreiche literaturkritische und -historische Beiträge; Pfemfert bot mit seiner Zeitschrift den «jungen Wilden» des literarischen Expressionismus ein Forum. Anarchist auch dem eigenen Verständnis nach war von den beiden nur Landauer, der mit dem «Sozialistischen Bund» ein auf kommunitäre Siedlungsprojekte gegründetes Programm der Entstaatlichung verfolgte.<sup>15</sup> Pfemfert dagegen ordnete sich – zumindest vor dem Weltkrieg – keiner politischen Organisation zu, sondern wollte mit seiner Zeitschrift, wie er in der ersten Nummer erklärte, «den imposanten Gedanken einer ‚Organisierung der Intelligenz‘ fördern» und sie zum «Organ des ehrlichen Radikalismus» machen. 1918 schloss er sich zunächst dem Spartakusbund an, fand sich dann bald in der rätekommunistischen Opposition zur KPD wieder und näherte sich in den zwanziger Jahren der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter Union an.<sup>16</sup>

So unterschiedlich der feingeistige Landauer, der Meister Eckart übersetzte, und der Polemiker Pfemfert, der ähnlich Karl Kraus seiner Zeit das Urteil anhand ihrer Zeitungen sprach, im Übrigen auch waren, sie trafen sich in ihrer kompromisslosen Ablehnung nationaler Kriegsmobilisierung und des vorausseilenden Gehorsams der Sozialdemokratie. Pfemfert brachte das Programm 1912 auf eine Formel: «In einer Zeit, in der Berufssozialdemokraten es fertigbringen, ‚ein Volksheer, gross und stark an Zahl‘ zu wünschen, das ‚bereit dem fremden Eroberer...‘, in dieser Zeit ist es heilige Pflicht, die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu verteidigen.»<sup>17</sup> Landauer erinnerte an die Erkenntnis des «Kommunistischen Manifests», dass der Proletarier kein Vaterland hat. Der «sozialistisch fühlende Arbeiter», schrieb er, will keinen Krieg, «weil der Krieg ihm Blut und Tod und Schrecken und Not bedeutet,

dabei aber die sämtlichen Interessen der Eroberungs- und Staatenpolitik ihn nicht interessieren. Man mag ihm noch so oft sagen, dass die Interessen seiner Unternehmer, solange er im kapitalistischen Staat ein beraubter und entwurzelter Prolet ist, seine eigenen sind und sein müssen, dass es ihm nicht gleichgültig sein kann, wie der Erdball unter den Mächten verteilt wird, er wird immer mit einer Hartnäckigkeit, die dem Staatspatrioten wie Verstocktheit klingen muss, antworten: Mir egal.»<sup>18</sup>

Dass nur eine Minderzahl der Arbeiter, von den Repräsentanten der Arbeiterpartei ganz zu schweigen, in diesem Sinne «sozialistisch fühlte», das war Landauer wie Pfemfert durchaus bewusst. «Unsere Wirkung beschränkt sich auf einen kleinen Kreis», konstatierte Pfemfert, «die Parteipapiere beherrschen das Land.»<sup>19</sup> Landauer wiederum entwarf eine politische Psychologie der Deutschen, in der er ihre Kriegs- und Gehorsamsbereitschaft realistisch einschätzte: «Die Deutschen sind in ihrer grossen Mehrheit politisch völlige Kinder; die Franzosen übrigens auch. Chauvinisten, die einen ‚frischen fröhlichen Krieg‘ wünschen. Malthusianer, die einen Aderlass für nötig erklären, Oberlehrer, die den Krieg gegen den ‚Erbfeind‘ predigen, gibt es nicht ganz wenige, und sie haben auch einiges Gefolge, besonders unter den Studierten, Beamten, Handwerkern und Bauern. Die allermeisten sind aber für starke und immer vermehrte Rüstungen, bei uns wie in allen Ländern, aus ängstlicher Friedensliebe und dem Wunsche, dass Deutschland, dessen Industrie und Handel seit 1870 einen mächtigen Aufschwung genommen haben, so stark bleiben möge, wie es jetzt ist; Eroberungsgedanken liegen den meisten ganz fern; Elsass und Lothringen wollen sie behalten, erstens, weil sie von der Schule her gar nichts anderes wissen, als dass das alte deutsche Länder wären, die Frankreich in früheren Jahrhunderten geraubt hätte; zweitens, weil man ihnen gesagt hat, dass diese Länder um der militäri-

schen Verteidigung willen durchaus deutsch bleiben müssten; und drittens, weil sie denken, es sei eine Schande, etwas wieder herzugeben, was man hat. Wenn es nun in der nächsten Zeit aufgrund des Treibens der Regierungen zum Krieg kommen sollte, werden die deutschen Sozialdemokraten kaum eine grössere Rolle spielen als 1870, trotz ihren vielen Wählern; darüber sollte sich niemand einem Zweifel hingeben. Das liebe deutsche Volk wird in seiner Gesamtheit tun, und zwar mit Begeisterung und Pflichttreue tun, was die Beamten befehlen.»<sup>20</sup>

So realistisch eine solche Prognose auch war, ein antimilitaristisches Aktionsprogramm liess sich schwerlich darauf gründen. Solange die Menschen im Bann der Staatlichkeitsideologie standen, blieb dem konsequenten Kriegsgegner nur das individuelle Bekenntnis seiner Überzeugung ohne die Hoffnung, damit den Lauf der Geschichte aufhalten zu können. Landauer steigerte denn auch Pfemferts Einschätzung vom beschränkten Wirkungskreis zu einem geradezu lutherischen «Ich stehe hier und kann nicht anders»: «Kriege gibt es nur, weil es Staaten gibt; und solange wird es Kriege geben, als es Staaten gibt. Die armen betörten Menschen glauben, es sei umgekehrt, und die Staaten mit ihrer Militärmacht seien nötig, weil sonst der Feind käme und das Volk unterjochte; jedes Volk hält sich für friedlich, weil es weiss, dass es friedlich ist; und hält den Nachbarn für kriegerisch, weil es die Regierung des Nachbarn für den Vertreter des Volksgeistes nimmt. Alle Regierungen sind am letzten Ende kriegerisch, weil ihre Aufgabe und ihr Beruf die Gewalt ist. Wer also den Frieden wahrhaft will, muss wissen, dass er vorerst in jedem Lande nur der Sprecher einer ganz kleinen Minderheit ist, und darf seine Entschliessungen nicht von irgendwelchen politischen Parteien abhängig machen. Mag doch die törichte Welt sein wie sie will – wenn nur ich vor meinem Gewissen meine Pflicht tue.»<sup>21</sup>



*«Zeichnet Kriegsanleihe». Plakat aus dem Jahr 1917, das mit dem Porträt Hindenburgs für die Zeichnung von Kriegsanleihen warb.*



Geschrieben im März 1913. Zwei Jahre zuvor hatte Landauer noch für einen Generalstreik im Falle akuter Kriegsgefahr agitiert, genauer gesagt: zu agitieren versucht: Eine aus seiner Feder stammende, aber nicht namentlich gezeichnete Flugschrift «Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes» war zwar in einer Auflage von 100'000 Exemplaren gedruckt, aber noch vor ihrer Verbreitung polizeilich beschlagnahmt und vernichtet worden. Herausgegeben hatte sie ein «Ausschuss für den freien Arbeitertag in Deutschland», den Landauers «Sozialistischer Bund» ins Leben gerufen hatte, um internationale antimilitaristische Aktionen zu beraten.<sup>22</sup> Landauer erklärte in der Broschüre einem imaginären Dialogpartner nicht nur die zwingende Kraft einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, sondern setzte sich auch mit den Argumenten auseinander, die seitens der sozialdemokratischen Mehrheit gegen die General- bzw. Massenstreikforderungen ins Feld geführt worden waren. Dem Einwand Kautskys etwa, ein Streik bei Kriegsbeginn komme zu spät und müsse angesichts der zu erwartenden nationalen Hysterie und staatlichen Ausnahmegesetze für die Arbeiterbewegung fatale Folgen haben, stimmte Landauer zwar im Grundsatz zu und forderte deshalb, den Streik schon auszurufen, wenn «feststeht, dass eine oder mehrere Regierungen den Krieg wollen».<sup>23</sup> Umso schärfer jedoch war seine Kritik am Attentismus der SPD, den er als eigentlichen Antrieb der konsequenten Obstruktionspolitik ausmachte, mit der die sozialdemokratische Mehrheit jede Festlegung der Zweiten Internationale auf direkte Aktionen gegen den Krieg sabotierte. Deren «ganze schlaue Beweisführung», schrieb er, «geht ja von den Furchtsamen aus, deren Prinzip es ist, dass das Heil aus der unheilvollen Tätigkeit der Herrschenden und Bevorzugten und aus dem Abwarten der Arbeiter kommen muss. Diese ungehinderte Tätigkeit der Regierenden in Verbindung mit dem

überzeugungstreuen Nichtstun der Gedrückten nennen sie Entwicklung.»<sup>24</sup> Gegen den ebenso fortschrittsgewissen wie lähmenden Geschichtsdeterminismus setzte Landauer den Vorrang des Wollens: «Das ist das Verderben, das über die Menschen unserer Zeit gekommen ist, dass sie äussere, bewiesene, verbrieftete Sicherheiten haben wollen. Gerade dadurch werden die äusseren Unsicherheiten ihrer Lage und das innere Schwanken ihres Gemüts und ihrer Gesinnung nur immer ärger. Wo es um das letzte Mittel zur Abwendung grässlicher Gefahr geht, da kann uns kein Gott und kein Marx bare Sicherheit auf den Tisch zählen. Innen müssen wir die Sicherheit haben, die noch immer den Weg zum Sieg gewiesen hat, und diese Sicherheit hat den Namen Tapferkeit. Wir müssen den Willen haben, und wir müssen's versuchen.»<sup>25</sup>

Wo Landauer das Pathos des Beginnens beschwor, schütete Pfemfert seinen Spott über die sozialdemokratische «Revolution G.M.B.H» aus – «G.M.B.H.» stand für «Gesellschaft mit besonnener Haltung» –, zu deren Charakterisierung ihm ein abgedroschener Kalauer gerade gut genug erschien: «,Ick möchte mal wieder nach Norderney.' – ,Wieder?' – ,Ich habe schon mal gemöcht.' ... Sie hat immer nur gemocht, diese deutsche Sozialdemokratie, dabei blieb sie. Nie hat sie versucht, ein revolutionäres Vorhaben kühn zu beginnen, nein, so unvernünftig war sie nie. Sie hat nur immer gemocht.»<sup>26</sup> Dass die Parteimehrheit regelmässig alle Massenstreikanträge niederstimmte, gleich, ob sie von den Linken in den eigenen Reihen stammten oder von Schwesterparteien aus anderen Ländern eingebracht wurden, das erschien Pfemfert nicht als Verrat, sondern als überfälliger Abschied von einem bloss verbalen Radikalismus: die Sozialdemokratie hörte auf «vorzutäuschen, was sie nicht ist». Aus seiner Sympathie mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den «einzig (n) ernsthafte (n) sozialdemokratisch (en) Antimilitarist (en)», machte er

keinen Hehl, für ihre trotz aller Niederlagen – zumindest vorerst noch – unverbrüchliche Treue zur Partei brachte er jedoch kein Verständnis auf: «Rosa Luxemburg ist klug, geistreich, temperamentvoll, ehrlich. Aber sie hat in der netten Sozialdemokratie, wie sie heute ist, nichts mehr zu suchen. Alles, was sie über den Generalstreik sagt, ist unwiderlegbar. Aber es muss als Unsinn wirken, da sie es innerhalb der Sozialdemokratie sagt.»<sup>27</sup>

Kultursozialistische Gegenentwürfe wie Landauers «Bund», dessen Mitglieder sich genossenschaftlich organisieren und so gemeinschaftlich ihren Austritt aus Staat und Kapitalismus ins Werk setzen sollten – Landauer nannte das «aktiven Generalstreik»<sup>28</sup> –, waren Pfemferts Sache nicht. War Landauer Antimilitarist, weil er Anarchist war, so verhielt es sich bei Pfemfert umgekehrt: Seine Invektiven gegen den wilhelminischen Staat und dessen staatsfromme Opposition speisten sich aus einem kompromisslosen Antimilitarismus, der die Ideologie der Nation als Treibmittel militärischer Mobilmachung durchschaute: «Die Sozialdemokratie ist stolz auf ihren Internationalismus. In Wahrheit handelt es sich nicht darum, international zu sein, sondern international. In Wahrheit ist der ‚Internationalismus‘ Humbug, Schwindel, Phrase. Und es sind nur feige Ausflüchte, wenn man zwischen Nationalismus und Chauvinismus einen Unterschied feststellen möchte. Es gibt hier keinen Unterschied; es ist keine Frage der Vernunft, es ist lediglich eine Angelegenheit des Zufalls, wann die Krankheit Nationalismus chauvinistische Fieberzustände bringt.»<sup>29</sup> Als die «chauvinistischen Fieberzustände» dann im August 1914 epidemisch wurden, gehörten Landauer und Pfemfert zu den mehr als raren publizistischen Stimmen in Deutschland, die sich nicht von der Kriegseuphorie anstecken liessen. Klarer als andere hatten sie das Unheil kommen sehen, aufhalten konnten sie es nicht.

## IV.

Hatte vor dem Weltkrieg die Abgrenzung von der Sozialdemokratie die anarcho-antimilitaristischen Debatten dominiert, so rückten in den zwanziger Jahren zwei andere Probleme ins Zentrum der Auseinandersetzung: Zum einen stellten die Industrialisierung und Totalisierung der Kriegführung die traditionellen Kampfmittel des Antimilitarismus in Frage, zum anderen nötigten die Ereignisse in Russland die Anarchisten dazu, ihr Verhältnis zur revolutionären Gewalt und zur militärischen Verteidigung der Revolution zu klären. Anarchismus in den zwanziger Jahren bedeutete *Anarchosyndikalismus*, revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die politische Organisation strikt ablehnte und sich ganz auf den ökonomischen Kampf konzentrierte. Während der unruhigen Jahre nach dem Kriegsende konnten die syndikalistischen Gruppen in Deutschland in einigen Branchen und Regionen zeitweise erheblichen Einfluss gewinnen, in der Stabilisierungsphase der Republik nach 1923 schrumpften sie jedoch wieder auf das Vorkriegsniveau von einigen tausend Mitgliedern.<sup>30</sup>

Antimilitarismus war für die Anarchosyndikalisten elementarer Bestandteil einer gleichermassen antistaatlichen wie antikapitalistischen Strategie, welche «die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst» mittels direkter Aktionen gipfelnd im Generalstreik zu erreichen hoffte. Klassenkampf und Kampf gegen Krieg und Militär mussten dabei schon deshalb zusammenfallen, weil die im Weltkrieg deutlich gewordene Tendenz zur gesamtgesellschaftlichen Kriegführung Aktionsformen zur Wirkungslosigkeit verdammt, die sich allein gegen die Institution Militär richteten: Die Kriegsvorbereitung, schrieb 1929 Arthur Müller-Lehning, Sekretär des anarchosyndikalistischen «Internationalen Antimilitaristischen Büros», ist «heute ganz auf maschinelle und wissenschaftliche Kriegsmittel konzentriert: auf Tanks, U-



Boote, Flugzeuge und Giftgas. Weil Verkehrsflugzeuge im Kriegsfall zum militärischen Bereich zu zählen sind, weil die chemischen Industrien ohne weiteres auf die Produktion von Giftgas umgestellt werden können und andere wichtige Industriezweige – so die Petroleum-Industrie – unentbehrliche Kriegsprodukte herstellen, ist eine Unterscheidung zwischen friedlicher Produktion und Kriegsproduktion unter kapitalistischen Bedingungen nicht mehr möglich. Das ganze gesellschaftliche Leben im Kapitalismus, das durch seine ökonomischen Grundlagen den Krieg notwendigerweise immer wieder verursacht, ist zugleich zu einer einzigen Kriegsproduktionsstätte und zu einem einzigen Kriegslieferanten geworden. Kriegsursache, Kriegsvorbereitung und Kriegsinteressen sind einfach nicht mehr zu unterscheiden. Die Richtigkeit der Auffassung des revolutionären Antimilitarismus, dass Krieg und Kapitalismus unverbrüchlich zusammengehören und nur gemeinsam zu bekämpfen sind, war niemals deutlicher als jetzt. (...) Die Entwicklung der modernen Kriegstechnik hat dazu geführt, dass eigentlich kein anderes Mittel übrigbleibt als der Kampf gegen den Kapitalismus selbst.»<sup>31</sup>

Die antimilitaristischen Analysen nahmen die zeitgenössischen Diagnosen einer Totalisierung der Kriegführung auf, die führende Militärs und Protagonisten der politischen Rechten verbreiteten, und wie diese sahen auch sie im Krieg die *raison d'être* staatlicher Existenz. Doch während Ludendorffs, Soldans oder Jüngers<sup>32</sup> Lehren vom «totalen Krieg» selbst Teil jener «totalen Mobilmachung» waren, die sie beschworen, zogen die linksradikalen Kriegsgegner die entgegengesetzte Konsequenz und propagierten eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende totale Kriegsdienstverweigerung – wohl wissend, dass zwischen der Einsicht in das Notwendige und den eigenen organisatorischen Möglichkeiten eine grosse Lücke klaffte. Ihren deutlichsten Niederschlag

fand diese Gegen-Totalisierung und Gegen-Mobilisierung in einem geradezu enzyklopädischen «Streitplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung», den der niederländische Anarchist und Antimilitarist Bart de Ligt 1934 auf einer Konferenz der Internationale der Kriegsdienstgegner vorlegte.<sup>33</sup> De Ligt listete darin für sämtliche Berufsgruppen spezifische Möglichkeiten der antimilitaristischen Propaganda, der Verweigerung, des Boykotts und der Sabotage in Friedenszeiten wie im Fall von Mobilmachung und Krieg auf und nahm damit vieles von dem vorweg, was – gekappt um den sozialrevolutionären Impetus – seit den sechziger Jahren von pazifistischer Seite unter dem Schlagwort der Sozialen Verteidigung propagiert wird.<sup>34</sup> Dass er alle Massnahmen strikt auf das Prinzip der Freiwilligkeit gründete, verstand sich für einen Anarchisten von selbst; dass die vorgeschlagenen Aktionen auch die Aufforderung zur Zerstörung und Unbrauchbarmachung von Kriegsgerät sowie der kriegswichtigen Transport- und Kommunikationsmittel einschlossen, stand durchaus in Übereinstimmung mit dem Gewaltlosigkeitspostulat de Ligts, der allein menschenverletzende oder tötende Handlungen konsequent ablehnte und im Übrigen betonte, wenn man die Wahl habe, «sollte man es immer vorziehen, Kriegsmittel – in Zeiten der Mobilisierung und Krieg ist sozusagen alles ein Kriegsmittel – in Mittel des Friedens umzuwandeln als sie zu zerstören».<sup>35</sup>

Über die Gewaltfrage herrschte innerhalb der anarchosyndikalistischen Gruppen keineswegs Konsens: Verfechter prinzipieller Gewaltlosigkeit, die sich auf Tolstoi oder Gandhi beriefen, standen neben Vertretern einer taktisch begründeten Kritik der revolutionären Gewalt, wie sie Müller-Lehning und sein Kollege im Internationalen Antimilitaristischen Büro Albert de Jong formulierten; diesen standen wiederum Positionen gegenüber, die den Aufbau bewaffneter Milizorganisationen forderten.

Eine erste Auseinandersetzung mit dem «roten Militarismus» hatte bereits 1921 der unter dem Pseudonym Pierre Ramus publizierende österreichische Anarchist Rudolf Grossmann verfasst. Für ihn war es keine Frage, «dass der Antimilitarismus auch den rein defensiven Krieg einer volkstümlichen, revolutionären Regierung oder einer sowjetistischen (sic!) Diktaturminorität oder des so genannten kommunistischem Proletarierstaats nicht anerkennen kann. ... Die Ähnlichkeit zwischen bürgerlichem Staat und sowjetdiktatorischem Proletarierstaat wächst und wird zur Identität, wenn wir ihre beiderseitigen Methoden in der Kriegführung vergleichen. Beide besitzen einen Militarismus, der auf zwangsweiser Unterwerfung des Individuums und seiner Individualität beruht, auf der allgemeinen Wehrdienstsklaverei; beide bedienen sich des Volkes und insbesondere des Proletariats gegen die Klassenbrüder des anderen Volkes zur Durchsetzung von vor allen Dingen dem Staate und seinen Machtkriterien förderlichen Interessen; beide geleiten somit zu einem internationalen Völkergemetzel, dessen Wesensgehalt eine gegenseitige Hinschlachtung von Bauern und Arbeitern bildet, gerade aber die das Staats- und Kriegsprinzip verkörpernden und organisierenden Persönlichkeiten in völliger, oftmals feiger Sicherheit belässt, dies umso mehr, je höher diese in ihrer staatlich geschützten Machtposition stehen.»<sup>36</sup> Der marxistischen Losung von der «Bewaffnung des Proletariats» hielt er entgegen, sie übersehe zum einen, «dass in allen modernen Kriegen, besonders im Weltkrieg, das Proletariat das von allen Staaten meist bewaffnete Soldatenkontingent war und sich in seiner überwiegenden Mehrheit als gefügiges Instrument der Kriegsmordbestialität erwiesen hat», zum anderen belasse sie «dasjenige innerhalb der Gesellschaft unangetastet ..., was für die ausbeuterischen und machtgerigen Elemente der Bourgeoisie und Gegenrevolution das Allerwichtigste ist: Die Waf-



fen, die Munition und die Fortführung wie Steigerung ihrer Produktion.»<sup>37</sup> Einer Invasion fremder Truppen werde eine anarchistischkommunistische Gemeinschaft daher keinerlei militärischen Widerstand entgegensetzen, sondern «ein wohl föderativ miteinander verbundenes, sonst aber über das ganze Land verstreutes Widerstandselement des passiven Ungehorsams ..., welches die sozialwirtschaftlichen Mittel der Obstruktion, der Sabotage und des passiven Widerstandes vereint zur Anwendung bringt».<sup>38</sup>

Anders als de Ligt und Grossmann/Ramus wandten sich Lehning und de Jong gegen militärische Methoden in der sozialen Revolution nicht aufgrund einer Doktrin der Gewaltlosigkeit, sondern «einfach aufgrund revolutionärer Nützlichkeitsüberlegungen»<sup>39</sup>: In ihrer publizistischen Debatte mit dem französischen Syndikalisten Lucien Huart<sup>40</sup> kritisierten sie dessen Milizkonzepte als hoffnungslos antiquiert. «Wir werden uns von der revolutionären Romantik einer gewalttätigen revolutionären Tradition befreien müssen, sei es auch, dass in dieser Tradition der heroischste Kampf der Arbeiterklasse seit einem Jahrhundert verkörpert ist.»<sup>41</sup> Das technische Niveau der Kriegführung diktiert auch einer revolutionären Militärorganisation die Mittel des Kampfes; in einer Zeit der «guerre totale» müsse daher der militärisch geführte Klassenkampf zur «guerre sociale totale» eskalieren. Das bringe nicht nur die Gefahr einer politisch-militärischen Diktatur mit sich, sondern laufe in der Konsequenz auch auf die «Vernichtung der eigenen Massen oder der des Gegners» hinaus, was nichts mehr mit «Organisation der Revolutionsverteidigung», umso mehr aber mit organisiertem Wahnsinn zu tun habe.<sup>42</sup>

Achtzig Jahre zuvor war Christian Gottlieb Abt in seiner Kritik der badischen Revolution auf das gleiche Dilemma gestoßen, doch während er es nur hatte benennen können, glaubten die Anarchosyndikalisten der Zwischenkriegszeit ei-

nen Ausweg aus der fatalen Alternative von Militarisierung oder kampfloser Niederlage der Revolution aufzeigen zu können – nicht militärische, sondern «ökonomische Wehrhaftigkeit»: «Die Macht des Staates basiert hauptsächlich auf der Passivität des Volkes, auf seiner passiven Mitwirkung. Bei einem wohlorganisierten passiven Widerstand fällt der Staat in sich zusammen. Das zweckmässigste Mittel, den Staat zu vernichten, ist seine Ausschaltung aus dem gesellschaftlichen Leben. Gegenüber dem passiven Widerstand auf ökonomischem Gebiet, gegen Steuerverweigerung, Boykott und Non-Cooperation ist die militärische Gewalt des Staates machtlos, wie der Kampf in Britisch-Indien bewiesen hat.»<sup>43</sup>

Die Kritik der revolutionären Gewalt hinderte Arthur Müller-Lehning und andere anarchosyndikalistische Antimilitaristen nicht daran, sich wenige Jahre später im spanischen Bürgerkrieg auf die Seite der Confederacion Nacional de Trabajo (CNT) zu stellen. Nicht ohne Kritik an den Militarisierungsprozessen innerhalb der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsorganisation, aber doch überzeugt, dass der Putsch der faschistischen Franco-Truppen und die Verteidigung der in einigen Regionen kurzzeitig verwirklichten Ansätze freiheitlich-kommunistischer Gesellschaftsorganisation auch bewaffneten Widerstand verlangten. Man mag darin einen Bruch mit den theoretischen Positionen sehen – und Bart de Ligt etwa hielt ihnen genau das vor<sup>44</sup> –, aber in der politischen Konfrontation zumal angesichts der faschistischen Gewalt liess sich der Gegensatz zwischen Krieg und Revolution nicht zu einer Seite hin auflösen. Die Geschichte sperrte sich gegen allzu eindeutige Antworten. Vielleicht macht gerade das die Radikalität des anarchistischen und anarchosyndikalistischen Antimilitarismus aus: Immer wieder rückte er von der Gewalt ab, aber niemals um jeden Preis.

## **11. MILITARISMUSKRITIK VON FRAUEN**

*Ute Kätzel*

## **MILITARISMUSKRITIK SOZIALDEMO KRATISCHER POLITIKERINNEN IN DER ZEIT DES WILHELMINISCHEN KAISERREICHES**

Militarismuskritik als Teil grundlegender Staatsdebatte war im wilhelminischen Kaiserreich eine Domäne männlicher Politiker.<sup>1</sup> Unzweifelhaft bewegten sich viele Aktivistinnen der damaligen Zeit in sogenannten «traditionell weiblichen Politikfeldern», wenn sie verschiedene Aspekte der «Frauenfrage» erörterten. Doch diese Schwerpunktsetzung war nicht etwa «frei» gewählt, sondern beruhte auf einer rigiden Geschlechterhierarchie als Resultat einer rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen. So hatten Frauen bis 1918 kein politisches Mandat, waren sie doch von aktivem und passivem Wahlrecht ausgeschlossen. Karin Hausen kritisiert, «dass die schliesslich erfolgte gleichberechtigte Zulassung der Frauen zum aktiven und passiven Wahlrecht in unserem Geschichtsbild wenn überhaupt, dann nur als Episode ohne grössere politische Relevanz erscheint».<sup>2</sup>

Wenn wir die Militarismuskritik sozialdemokratischer Politikerinnen betrachten wollen, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, dass diese Frauen bis 1908 in ihrer parteipolitischen Tätigkeit eingeschränkt waren und im wilhelminischen Kaiserreich nicht als Parlamentarierinnen wirken konnten. Frauen hatten also aufgrund ihres Geschlechts Nachteile, sich in politische Debatten einzubringen. Im ersten Teil wird es um die Möglichkeiten gehen, die sich die Frauen dennoch schaffen konnten, und die Aktionen, die sie trotz aller Behinderungen durchführten. Im zweiten Teil werden die inhaltlichen Schwerpunkte darzulegen sein und es ist zu fragen, ob die sozialdemokratischen Politikerinnen eine eigene Militarismus-

kritik in die Debatte einbrachten, die vom Standpunkt der Frauen aus formuliert war und ob diese Kritik als «feministisch» zu bezeichnen ist.<sup>3</sup>

Zum Begriff «sozialdemokratische» Politikerinnen ist anzumerken, dass bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges hinein die Begriffe «sozialdemokratisch» und «sozialistisch» von den Frauen selbst als Synonyme gebraucht wurden. Ihre eigene Bewegung nannten sie «proletarische», «sozialdemokratische» oder «sozialistische Frauenbewegung».

## I.

Welche Möglichkeiten hatten sozialdemokratische beziehungsweise sozialistische Politikerinnen innerhalb der SPD, ihre Militarismuskritik zu äussern? Die Redelisten der SPD-Parteitage waren bis auf wenige Ausnahmen den männlichen Politikern vorbehalten, ganz abgesehen davon, dass Frauen als Parteitagsdelegierte deutlich in der Minderzahl waren.<sup>4</sup> Wenn eine Politikerin auf einem Parteitag sprach, dann in erster Linie über die verschiedenen Aspekte der «Frauenfrage». Ausnahmen bildeten hier Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, die sich häufig als Rednerinnen betätigen konnten. Als sich die Militarismusdebatte innerhalb der Partei ab 1910 verschärfte und beide an den Positionen der Sozialistischen Internationale festhielten, fanden sie jedoch immer weniger Anerkennung auf nationaler Ebene (auf internationalen sozialistischen Zusammenkünften war das anders).

Auf sozialdemokratischen Frauenzusammenkünften konnten Politikerinnen sprechen. Aber diese Zusammenkünfte fanden selten statt,<sup>5</sup> an ihnen nahmen stets Männer teil,<sup>6</sup> und schliesslich wurden sie ganz eingestellt. Nicht wenige männliche SPD-Mitglieder hatten solche Versammlungen von Anfang an als «Weiberdiktatur» abgelehnt und bekämpft.<sup>7</sup> Die



*Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Weg zur Tagungsstätte des Parteitages in Magdeburg, 1910.*

*Die von den Frauen gewünschte 6. SPD-Frauenkonferenz war am Widerstand der Partei gescheitert.*

Parteiführung befürchtete gar, die «Sonderbestrebungen der Genossinnen» würden sich ihrer Kontrolle entziehen. Mit der vom Parteivorstand angeordneten Auflösung des Frauenbüros verlor die proletarische Frauenbewegung «eines ihrer historisch wichtigsten Organe». Die so genannte Frauenagitation ging nun in den Verantwortungsbereich einer Sekretärin über, die dem Parteivorstand eingegliedert und daher leichter zu kontrollieren war.<sup>8</sup> 1910 wurden auf Antrag von Clara Zetkin, Käthe Duncker und anderen Internationale Frauentage ins Leben gerufen.<sup>9</sup> Schon ab 1911 fungierten sie als Forum für eine Antikriegspolitik der sozialistischen Frauen<sup>10</sup> und insbesondere Clara Zetkin nutzte sie, um «gegen den wachsenden revisionistischen Einfluss» innerhalb der Arbeiterbewegung zu agitieren.<sup>11</sup> Bei Kundgebungen anlässlich der Internationalen Frauentage gab es häufig massive Polizeiaufgebote. An eini-

gen Orten kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, worüber die «Gleichheit» ausführlich berichtete.<sup>12</sup> Doch die Veranstaltungen waren stets gut besucht und das formale Erfolgskriterium, neue Mitglieder für die Partei zu werben, wurde erfüllt. Frauen stellten den Hauptteil des SPD-Mitgliederzuwachses in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Möglicherweise war es aber gerade «dieser mobilisierende, von Kampfstimmung und -bereitschaft getragene Effekt des Frauentages, der dem Parteivorstand ein Dorn im Auge war». 1913 auf dem Parteitag in Jena wurde die organisatorische Durchführung an den Parteivorstand übertragen und damit eine bessere Kontrolle durch die Partei ermöglicht.<sup>13</sup> Als eigenständiges Forum der Sozialdemokratinnen für Militarismuskritik konnten diese Internationalen Frauentage also nur von 1911 bis 1913 Einfluss erlangen.<sup>14</sup>

Gegenwind kam nicht nur von Seiten der Behörden, sondern auch aus den eigenen Reihen. Vor allem während der Kriegszeit hinderte der SPD-Parteivorstand die Frauen daran, eigene Veranstaltungen abzuhalten. Als Clara Zetkin zur Ersten Internationalen Frauenkonferenz aufrief, die vom 26. bis 28. März 1915 in Bern stattfinden sollte, untersagte der Parteivorstand die Teilnahme. Sieben Frauen aus Deutschland fuhren dennoch nach Bern.<sup>15</sup> Die Begründung lautete, «dass Fragen der internationalen proletarischen Politik zunächst der Entscheidung der sozialistischen Parteien unterliegen»<sup>16</sup>. Aber innerhalb dieser sozialistischen Parteien waren die Frauen in der Minderzahl und hatten obendrein kaum Einfluss. 1916 verhinderte der Parteivorstand die Kriegsfrauenkonferenz der SPD mit dem Argument, in Anbetracht der tiefgreifenden Differenzen innerhalb der Partei sei eine Frauenkonferenz zum gegebenen Zeitpunkt nicht nützlich.<sup>17</sup> Dass der Parteivorstand ein öffentliches Auftreten seiner Kritikerinnen nicht zulassen wollte, steht ausser Zweifel.

Vor diesem Hintergrund sind eine ganze Reihe von Frauenaktionen zu betrachten, die sich insbesondere in Berlin schon ab 1915 offen gegen die kriegsunterstützende Haltung der SPD richteten. Am 1. August 1915 kritisierten die Rednerinnen bei der Frauenkonferenz Gross-Berlins die Haltung der Parteiführung insbesondere gegenüber der Berner Konferenz. Einige Wochen später, am 29. Oktober 1915, sprengten rund 200 Frauen eine Sitzung des Parteiausschusses und forderten klare Aussagen gegen den Krieg und die dadurch verursachte Lebensmittelteuerung.<sup>18</sup> Und zur Berliner Frauenkonferenz vom 21. bis 23. September 1916, bei der die Kriegsfrage im Mittelpunkt stand, reisten auch aus anderen deutschen Städten Frauen an und stellten sich auf die Seite der zu diesem Zeitpunkt noch parteiinternen Opposition.<sup>19</sup> Toni Sender resümierte später: «Je mehr unser Einfluss zuzunehmen schien, desto stärker wurden die Gelegenheiten zur Diskussion eingeschränkt. Schliesslich wurde es gänzlich unmöglich, den Mitgliedern die Auffassung der Kriegsgegner darzulegen.»<sup>20</sup>

In der Folge gaben immer mehr weibliche SPD-Parteimitglieder ihre Parteibücher zurück; diese Tendenz verstärkte sich mit der Gründung der USPD im April 1917 noch, so dass zwischen 1914 und 1917 rund zwei Drittel der Frauen der SPD den Rücken kehrten.<sup>21</sup> Möglicherweise ist die auffallend zahlreiche Beteiligung von Frauen an den Friedensdemonstrationen,<sup>22</sup> Hungerunruhen und Streiks während der Kriegszeit ein Ausdruck ihrer parteipolitischen Einflusslosigkeit. Frauen mussten bei diesen Aktionen, wie Ute Frevert betont, «keine institutionelle Rücksicht» nehmen, da sie «organisatorisch nicht gebunden waren».<sup>23</sup> An den primär politisch geprägten Streikbewegungen zwischen April 1917 und Januar 1918 waren ebenfalls Frauen beteiligt. Vor allem für Letztere fehlen jedoch nähere Angaben.<sup>24</sup>



Wie viele in der SPD verbliebene Frauen diese kriegskritische Haltung teilten, lässt sich zahlenmässig derzeit nicht bestimmen. Doch schon aufgrund der staatlichen Repressionen, welchen sich die Kriegsgegnerinnen ausgesetzt sahen, ist anzunehmen, dass die kontinuierlich aktiv gegen den Krieg handelnden Frauen innerhalb der SPD eine Minderheit waren.<sup>25</sup> Das hatte sicherlich auch damit zu tun, dass die Frauen in der Kriegswirtschaft eine ständig steigende Last zu tragen hatten als Familienernährerinnen und -Versorgerinnen, ein Aspekt der hier jedoch nur angedeutet werden kann. Viele Sozialdemokratinnen und vor allem viele Funktionärinnen leisteten in der Kriegswohlfahrt und im Nationalen Frauendienst «Dienst an der Heimatfront».<sup>26</sup>

Gemeinsame Aktionen der proletarischen Frauenbewegung mit den Pazifistinnen aus der bürgerlichen Frauenbewegung kamen weder vor dem Ersten Weltkrieg noch in der Kriegszeit zustande. Die Ansatzpunkte waren zu unterschiedlich und die einmal gezogenen Grenzen offenbar unüberwindlich. So fanden die beiden Frauenfriedenskonferenzen im Jahre 1915 ohne die Beteiligung der jeweils anderen Seite statt. Im Unterschied zu vorher bekundete Clara Zetkin jedoch Respekt für die Pazifistinnen beim Ersten Internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag. Sie selbst hatte eine Teilnahme zwar erwogen, dann aber verworfen.<sup>27</sup>

Einzelne SPD-Frauen, so zum Beispiel Lily Braun oder Henriette Fürth, setzten sich in ihren persönlichen Aktivitäten vor dem Krieg über den von Clara Zetkin vehement vertretenen Grundsatz der «reinlichen Scheidung» hinweg<sup>28</sup> und warben für eine stärkere Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Frauenbewegung. Die Zusammenarbeit von Sozialdemokratinnen, welche die Burgfriedenspolitik ihrer Partei guthiessen, und Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung in dem von ihnen gegründeten Nationalen Frauendienst machte



*SPD-Führungsgruppenbild mit Dame um 1913. Luise Zietz war seit 1908 als erste und lange Zeit einzige Frau im SPD-Parteivorstand.*

schliesslich ein Zusammengehen unter anderen Vorzeichen möglich. Kritik am Krieg war dort allerdings kein Thema. Gerade die Anfangszeit des Nationalen Frauendienstes ist geprägt von nationalistischen Schwärmereien über die Neubewertung «weiblicher Tätigkeiten» durch den Krieg. In ihrem Eifer dem Vaterland zu Diensten zu sein, wandelten sich sozialdemokratische Frauen, die vor dem Krieg durchaus mit pazifistischen Ideen sympathisiert hatten, zu euphorischen Kriegsbefürworterinnen. Allen voran ist hier Lily Braun zu nennen, die nun sogar die Friedenszeit verantwortlich machte für «Effeminisierungserscheinungen» bei Männern und den

Krieg rühmte, weil er die «männischen» Gelüste der Frauen zerstöre und «ihren sentimental Pazifismus, ihren törichtem Traum von der Schwesternschaft aller Menschen weiblichen Geschlechts».<sup>29</sup> Erst durch den Krieg, so die Auffassung Brauns, kommen Männer und Frauen zur Besinnung und nehmen den Platz ein, der ihnen in der Gesellschaft zusteht.

Während des gesamten Zeitraums von 1892 bis 1917 begleitete «Die Gleichheit», redigiert von Clara Zetkin, die Aktivitäten der protestierenden Frauen und die Diskussionen innerhalb der SPD. Die Zeitschrift wurde damit, trotz aller Behinderungen durch die staatliche Zensur selbst während des Krieges, das mit Abstand grösste Forum für die Militarismuskritik sozialdemokratischer Frauen. Darum ist es umso bedeutsamer, dass Zetkin diese Position so lange halten konnte, zumal sie kritischen Äusserungen zur Parteilinie immer Raum gab, ohne es zum Bruch mit der Partei kommen zu lassen. Die Parteiführung hatte jedoch seit Kriegsbeginn «eine Kündigungskampagne der Abonnentinnen lanciert», die zwischen 1915 und 1916 zum Verlust eines Viertels der Leserinnen führte.<sup>30</sup>

Lange Zeit war «Die Gleichheit» überhaupt das einzige Blatt für sämtliche sozialdemokratische Frauenanliegen. 1916 erhielt sie Konkurrenz durch die «Gewerkschaftliche Frauenzeitung», in der sozialistische Theorien und politische Kontroversen weitgehend vermieden wurden. SPD und Gewerkschaft wollten damit dem Anti-Kriegskurs der «Gleichheit» entgegensteuern. Zur Schriftleiterin wurde Gertrud Hanna ernannt, die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats bei der Generalkommission der Gewerkschaften.<sup>31</sup> Während des Ersten Weltkrieges «bewährte» sie sich als Vertreterin der Burgfriedenspolitik; sie war eine der Rednerinnen bei der am 7./8. Juli 1917 von der SPD-Parteiführung doch noch einberufenen sozialdemokratischen Frauenkonferenz, die sich

mehr mit den Themen der Kriegsorganisation aus Frauensicht beschäftigte, als seine Beendigung zu fordern.<sup>32</sup> Schon in ihrer 1916 erschienenen Schrift «Die Arbeiterinnen und der Krieg» hatte sie den Krieg gewissermassen als «Vater der Frauenemanzipation»<sup>33</sup> betrachtet, der mehr Frauen in neue Berufsfelder geführt hatte,<sup>34</sup> und in diesem Sinne äusserte sie sich auch bei der SPD-Burgfriedens-Frauenkonferenz.

1917 wurde Clara Zetkin die Redaktion der «Gleichheit» vom SPD-Parteivorstand entzogen und an die Burgfriedenspolitikerin Marie Juchacz, der späteren Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, übergeben. Clara Zetkin verlor damit ihr Forum für Anti-Kriegspolitik, ein Forum, das die im April 1917 gegründete USPD hätte nutzen können. Sie redigierte zwar anschliessend die Frauenbeilage der «Leipziger Volkszeitung», konnte damit jedoch weit weniger Frauen erreichen als mit der «Gleichheit». Über die Erste Konferenz des USPD-Reichsfrauenausschusses am 17. Juni 1917 berichtete Zetkin nun dort. In seinem Beschluss erklärte der Reichsfrauenausschuss, «für einen Frieden der Völkerverständigung, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen wirken zu wollen». Zugleich reklamierte er «das Recht für die Frauen, an den Friedensbedingungen mitzuarbeiten, die für die kulturelle Entwicklung, für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Völker von bestimmendem Einfluss sind».<sup>35</sup>

## II.

Bei Anti-Kriegsaktionen waren Frauen in der Überzahl. Doch innerhalb der sozialdemokratischen Militarismusdebatte konnten sie sich mit Ausnahme von Rosa Luxemburg kaum Gehör verschaffen. In ihrer Militarismuskritik<sup>36</sup> argumentierte sie weder vom «Frauenstandpunkt» aus, noch wollte sie der Rubrik «Frauenfrage» zugeordnet werden.<sup>37</sup> Sie schrieb zwar für die «Gleichheit», allerdings auf Anregung von Clara Zet-

kin, um die proletarischen Frauen mit allen Politikfeldern zu konfrontieren. Die «Proletarierin» müsse den «herkömmlichen ‚echt weiblichen‘ Abscheu vor der Politik» überwinden und einsehen, dass «Panzerschiffe und Kanonenboote» Dinge seien, die sie interessieren sollten, so Zetkin. Deshalb ermahnte sie ihre Leserinnen immer wieder, sich nicht von der Staats- und Weltpolitik abhalten lassen.<sup>38</sup>

Zetkin selbst orientierte sich in ihrer Militarismuskritik an den Beschlüssen internationaler sozialistischer Kongresse<sup>39</sup> und berief sich auf August Bebels Losung, diesem Militarismus «keinen Mann und keinen Groschen». Sie argumentierte, dass die Hauptursache der Kriege im Kapitalismus selbst liege, der zur Durchsetzung seiner Interessen nach Aussen und nach Innen den Militarismus brauche. Das starke Heer werde auf Kosten des Proletariats finanziert und im Notfall auch gegen Arbeiterinnen und Arbeiter eingesetzt.<sup>40</sup> Den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, bedeute zugleich den Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen und umgekehrt. Nur die «Verbrüderung des Proletariats aller Länder» könne «zur Menschheitsverbrüderung, zum Weltfrieden» führen.<sup>41</sup>

Ende des 19. Jahrhunderts gab es auch innerhalb der SPD eine breite Basis im Kampf gegen Militärvorlagen und Flottenausbauprogramm. Wählerstimmen für die Sozialdemokratie wurden als Volksabstimmung gegen die Militärvorlage und gegen den Militarismus schlechthin gewertet.<sup>42</sup> Anders als die Parteispitze wiederholte Zetkin bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges in immer neuen Artikeln zu aktuellen Krisen: Wo Militarismus ist, ist auch der Krieg nicht weit. Diese Linie verfolgte sie auch dann noch konsequent, als innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Grundpositionen, wie «diesem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen», verwässert wurden und schliesslich am 4. August 1914 die SPD-

Reichstagsabgeordneten den Kriegskrediten zustimmten.<sup>43</sup> Clara Zetkin verurteilte diese Haltung zwar, liess es aber noch nicht zum offenen Bruch mit der Sozialdemokratie kommen.

Unter dem Blickwinkel des gender-Ansatzes ist natürlich zu fragen, ob es innerhalb der sozialdemokratisch-sozialistischen Frauenbewegung eine besondere Art der Militarismuskritik gab, die sich von derjenigen der männlichen Parteistrategen unterschied und im Sinne des heutigen Diskurses über Krieg und Militär als «feministisch» zu bezeichnen ist.

Um die «Proletarierin» besser erreichen zu können, argumentierten sozialdemokratische Politikerinnen vom Frauenstandpunkt aus. Daher muss unterschieden werden, ob es sich in erster Linie um eine bestimmte Art der Rhetorik handelte oder um das konsequente Verfolgen einer inhaltlichen Position. Im Falle des Frauenwahlrechts hofften tatsächlich viele Politikerinnen, ihre Geschlechtsgenossinnen würden den Wahlzettel nutzen, um ein klares Frauenvotum gegen den Militarismus abzugeben. In einem Aufruf zum 1. Internationalen Frauentag am 19. März 1911 hiess es: «Wo wäre wohl eine Mutter, die nicht sehlichst den Besitz des Wahlrechtes wünschte, um auf das Heer und seine Einrichtungen mit einwirken zu können?»<sup>44</sup> Frausein wurde allerdings häufig gleichsetzt mit Muttersein. Frauenrhetorik bestand also häufig aus Mütterrhetorik. «Gerade weil wir Frauen, weil wir Mütter sind»<sup>45</sup>, betonte Clara Zetkin auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Basel 1912 in ihrer Rede gegen Militarismus und Krieg. Doch dieser Standpunkt der «Frau und Mutter» wurde im Zweifelsfall dem der «Sozialistin» untergeordnet. Dann zählten die besonderen Interessen der Frauen weniger als der Klassenkampf, welcher solidarisch und gemeinsam mit den Männern geführt werden musste. Eine femi-

nistische Betrachtung im Sinne einer Zuspitzung des Frauenstandpunktes konnte somit nicht entwickelt werden.

Das Idealbild der proletarischen Frau und Mutter, der Arbeiterin und Sozialistin, war jedoch nicht das Bild einer von Natur aus friedfertigen Frau, die im politischen Kampf auf Gewalt verzichtete. Kämpfende Frauen wurden in der «Gleichheit», dem wichtigsten Organ der proletarischen Frauenbewegung, auffallend häufig portraitiert und geradezu als Vorbilder präsentiert, doch nur insofern, als sie Kämpferinnen für das Proletariat, die Revolution oder den Sozialismus waren. Generellen Gewaltverzicht, wie ihn die Radikalpazifistinnen forderten, betrachteten die Sozialistinnen nicht als Basis ihrer politischen Anschauungen. Für Frauen den Zugang zum Militär zu fordern wäre allerdings einer überzeugten Sozialdemokratin und Sozialistin nicht in den Sinn gekommen.<sup>46</sup> Unter Berufung auf Bebels Broschüre von 1898 vertraten neben Clara Zetkin Sozialdemokratinnen wie Luise Zietz<sup>47</sup> die Ansicht, «nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr»<sup>48</sup>.

Zetkin forderte zwar niemals explizit die Beteiligung der Frauen an einer Volksmiliz. Doch sie bemühte sich, den Frauen die Angst vor Revolutionen zu nehmen. Gerade in den Anfangsjahren der «Gleichheit» schrieb sie selbst häufig über Barrikadenkämpferinnen und Revolutionärinnen.<sup>49</sup> Der Kampf für eine gerechte Sache wurde anders bewertet als der Krieg als Folge des Imperialismus. Diese Haltung spiegelte sich auch in der Frage der Kindererziehung wieder. Beim Internationalen Sozialistenkongress in Basel am 25. November 1912 sagte Clara Zetkin, die Mütter sollten die Kinder mit «tiefstem Abscheu gegen den Krieg» erfüllen und «das Bewusstsein sozialistischer Brüderlichkeit in ihre Seelen pflanzen». Andererseits könnten die Frauen sehr wohl die Ihrigen «kämpfen und fallen sehen, wenn es die Sache der Freiheit gilt».<sup>50</sup>

An keiner Stelle sprach sich Clara Zetkin dafür aus, dass Frau-

# Die Gleichheit

## Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal, breis des Monats 15 Pfennig, wozu die Post versandtlich eine Beilage 15 Pfennig; wozu Abrechnung 15 Pfennig. Jahres-Abrechnung 2.00 Mark.

Stuttgart  
2. April 1913

Veröffentlichung an der Redaktion der Gleichheit  
für die Mütter an Frau Maria Juchacz, Militärstraße,  
10-12 gegenüber der Post, Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Gerthold-Strasse 12.

### Inhaltsverzeichnis.

Internationale Pflicht. — Von der Tötung der christlichen Arbeiterinnen. Von G. H. — Luise Ditto-Peters. Von Kathilde Warten. (Schluß.) — Vegetarierkonferenzen. IV. Von Luise Diez. — Überforderung in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. — Der sozialdemokratische Frauentag: In England. Von Helene Klotz. In Belgien. Von Paula Koch. In Ungarn. Von der Bewegung: Der sozialdemokratische Frauentag in Deutschland. — Von der Agitation. — Was den Organisationen. — Von der proletarischen Frauenbewegung im Kreis Holtenburg. Von R. Anjorge. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Was der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Was der Angehörigenbewegung. Von F. O. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. P. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Familienrecht.

### Internationale Pflicht.

Was noch den Wesen der kapitalistischen Ordnung gehen mußte, das geschieht. Aus der Hölle des Balkanrieges ragen die Turm neuer Kämpfe für die Völker Europas hervor. Der Kapitalismus kann heute nicht anders, er muß die Verlängerung seiner Lebensdauer vom Imperialismus verlangen, ohne Krieg und Vetrüßen droht ihm der Atem auszugehen. Wo er zur Herrschaft gelangt ist, da gerügt er seinen Ausbeutungsbedürfnis der Boden und das Volk der einmal nicht mehr. Er muß als Eroberer über den Erdball breiten, muß die von ihm beherrschten Staaten in Völkleinleinanden verstricken, die den Weltkrieg in ihrem Schoße legen, muß den Rüstungswahnsinn ausströmen, der dem Weltfrieden vorbeugen soll und der doch nur näher zum internationalen „Menschenschlachthaus“ führt. Noch eh, doch auf dem Balkan der letzte Schrei von Kriegergeschichten und

In Holland und Belgien, in Dänemark, Schweden und Norwegen ist das Vetrüßen mit großen Schritten vorgegangen und drängt weiter vorwärts. Normales Leben ist in der kapitalistischen Welt, was als Wahnsinn, als furchtbare Sünde im Leben der Völker erscheinen konnte. Aber großen Ideale vor, ohne Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und Kultur löst der Kapitalismus in unseren Tagen die Völker zwischen Volkhaus und Schlachthaus hin und her. Die Klassen, die seine Nutznießer sind, denken nicht daran, dem imperialistischen Wüten Einhalt zu tun. Nach ihnen, die jetzt genießen, die Einkauf sie phantastisch auch immer die Opfer an Gut und Blut sein mögen, die das Vetrüßen in einem Lande jenseitig fördert: es findet sich eine Mehrheit bürgerlicher Politiker, die sie bewilligt.

Unabweisbar, zwingend ist in der Folge von allem die Aufgabe für die Arbeiterklasse aller Länder, mit dem äußersten Kraftaufwand wie die Kriegsthege so auch den Rüstungswahnsinn zu bekämpfen, wo und mit welchen Forderungen er auftritt. Soweit es noch eine bürgerliche Opposition gegen den Imperialismus gibt, mag sie sich an dem kindischen Spiel genügen lassen, mit diesen gewalttätigen Geiellen um ein paar Millionen Mark mehr oder weniger zu feilschen, die er verschlingt. Unter der Führung der Sozialdemokratie muß dagegen das Proletariat mit ihm um das Ganze ringen. Das gebietet die Not der Stunde, aber auch der Mensch auf das Zukunftsziel des proletarischen Massenkampfes. Was es sich darum handelt, wie in Deutschland die Dienstzeit wieder zu verlängern oder wie in Deutschland neue Wehrtaufstände unter den Kerperlitz zu bringen: durch die Verhältnisse selbst wird die Forderung des sozialdemokratischen Programms in den Vordergrund gehoben: Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der Volkswaffnung. Mit

*Clara Zetkin machte das Militär verantwortlich für «verdummende und vertierende Einflüsse auf die Soldaten».*

*Die Gleichheit, 2. April 1913.*

en als Mütter ihren Körper einsetzen sollten, um den Militarismus zu unterwandern, in dem sie sich weigerten, Soldaten für den Krieg zu gebären. Denn damit hätte sich das Proletariat selbst geschadet, so ihr Credo. Vielmehr sollten die Proletarierinnen «für die Sache der Freiheit» Kinder gebären, denn die Arbeiterklasse dürfe nicht vergessen,



dass für ihren Befreiungskampf die grosse Masse ausschlaggebend sei, schrieb Clara Zetkin am 24. August 1913 im «Vorwärts». Ein Blick in die Geschichte zeige, dass die aufstrebenden Klassen, «nicht durch ihre Qualität», sondern durch «ihre Masse» gesiegt habe. Kinderreichtum sei ein sehr gesunder Reichtum und ein Gebärstreik verringere die Zahl der «Soldaten der Revolution».<sup>51</sup> Andere führende sozialdemokratische Politikerinnen wiederholten diese Position vor allem in der Debatte um Geburtenkontrolle und Gebärstreik, die auf Initiative der sozialdemokratischen Ärzte Julius Moses und Alfred Bernstein 1913 innerhalb der SPD geführt wurde.<sup>52</sup> Weder im Umfeld der beiden grossen SPD-Versammlungen «Gegen den Gebärstreik» in Berlin<sup>53</sup> noch in der «Gleichheit» argumentierten die Wortführerinnen aus der Sicht der Frauen, sondern stets aus der Perspektive des erfolgreich zu führenden Klassenkampfes. Indem sich sozialdemokratische Politikerinnen in der Gebärstreikdebatte in die Defensive drängen liessen, konnten sie aus ihrem «Frau-und-Mutter-Sein» keine «politische Waffe» entwickeln.

Dass der Frauenstandpunkt stets der Parteiräson beziehungsweise den Zielen der Arbeiterklasse untergeordnet wurde, lässt sich auch an der Debatte um «Soldatendruck» und «Soldatenmisshandlungen» verfolgen, die innerhalb der Militarismuskritik der sozialdemokratischen Politikerinnen eine wichtige Rolle spielte. So verurteilte Luise Zietz in ihrer 1911 erschienenen Schrift «Die Frauen und der politische Kampf» den Militarismus, weil er die ganze Gesellschaft «durchseuche» und das «bürgerliche Wesen» überall dem «militärischen» untergeordnet werde. Die Soldaten würden zum «Kadavergehorsam» gedrillt und die «eiserne Disziplin» schliesse jede «eigene Willensäusserung» aus.<sup>54</sup>

Soldatenmisshandlungen wurden auch innerhalb der SPD immer wieder thematisiert und als Argument gegen den Militarismus verwendet. Anders als in der allgemeinen Debatte kritisierte

die «Gleichheit» an vielen Stellen nicht nur die gezielte Misshandlung von Soldaten als Teil dieses «Drills»,<sup>55</sup> sondern vor allem, welche Folgen der Militärdienst und die damit einhergehende Behandlung für die Psyche der Männer hatte: «Die Organisation des Heeres und ihr Wesen – Widerspiegelung des Kapitalistenstaates – entfesseln verdummende und vertierende Einflüsse, die den Geist stumpf werden lassen, das Gemüt verrohen, den Charakter zermürben.»<sup>56</sup> Dass gerade die Frauen unter diesen «vertierenden Einflüssen» des militärischen Drills auf Männer zu leiden hatten, ob nun in Kriegs- oder in Friedenszeiten, wurde zwar bisweilen angedeutet, doch nie konsequent erörtert. Nur an wenigen Stellen wird deutlich, dass diese «verrohten» Männer eine Bedrohung für Frauen und Mädchen darstellten. Eine der wenigen Aussagen dazu findet sich am 22. Juli 1914 in der «Gleichheit», kurz vor Kriegsbeginn. Hier heisst es: «Auch an den Missetaten des im Frieden mordenden, verkrüppelnden und verrohenden Militarismus haben wir Frauen am schwersten zu tragen.» Daher sollten keine Männer heranwachsen, die das Menschentum anderer schänden und ihr eigenes schänden lassen, lautet das Fazit.<sup>57</sup>

Gerade der Beitrag der Sozialdemokratinnen zur Debatte über soldatischen Drill auf die Psyche der Männer zeigt, dass sie zwar bisweilen die Folgen des Militarismus sehr treffend für die Gesellschaft einschätzten, daraus jedoch keine feministischen Ableitungen zogen. Bei aller Parteinahme für die Sache der Proletarierin wurde dem Grundsatz der Klassensolidarität zwischen Männern und Frauen des Proletariats höhere Priorität zugeordnet. An keiner Stelle berichtete die «Gleichheit» über Gewalt gegen Frauen, verübt durch Männer aus der Arbeiterklasse. Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird äusserst selten zum Thema und in diesen Fällen sind die Opfer stets Frauen aus dem Proletariat und die Täter Angehörige der herrschenden Klasse.<sup>58</sup>

Während des Krieges findet sich in der «Gleichheit» keine einzige Notiz über Gewalt gegen Frauen, die durch deutsche Soldaten ausgeübt wurde. Allerdings muss angemerkt werden, dass die bürgerliche Frauenbewegung Gewalt bzw. sexuelle Gewalt gegen Frauen ebenfalls tabuisierte. Auch in deren Zeitschriften werden deutsche Soldaten nicht als Vergewaltiger angeprangert.<sup>59</sup>

### III.

Die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung ist zu Recht als eine «Geschichte ihrer Repression»<sup>60</sup> bezeichnet worden. In Bezug auf die politischen Möglichkeiten ihrer Akteurinnen im wilhelminischen Kaiserreich ist zu ergänzen, ihre Geschichte ist auch eine Geschichte der Repression durch die eigene Partei, die SPD. Sozialdemokratische Politikerinnen waren weitgehend aus politischen Machtstrukturen ausgeschlossen und wurden von politischer Verantwortung ferngehalten. Bis auf wenige Ausnahmen gelang es ihnen nicht, in der parteipolitischen Debatte zur Militarismuskritik gehört zu werden. Zwar bauten sich die Frauen innerhalb der SPD Strukturen auf, mit denen sie versuchten, sich dennoch einzumischen. Doch kurz vor und vor allem während des Ersten Weltkrieges wurden diese von der Partei systematisch beschnitten, blockiert oder gar aufgelöst. In diesen Strukturen war Kritik laut geworden an der Haltung der SPD und ihrem Verzicht auf die Grundposition «diesem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen». Auf diese Weise gelang es, die sehr zahlreichen Kriegsgegnerinnen innerhalb der Partei an den Rand zu drängen. Viele Frauen gaben deshalb ihr Parteibuch zurück und nicht wenige beteiligten sich an der Gründung der USPD und des Spartakus-Bundes. Der Schwerpunkt der Aktionen verlagerte

sich auf Friedensdemonstrationen, Streiks und Hungerunruhen. Andere wieder blieben in der SPD, vertraten offensiv die Burgfriedenspolitik der Partei und beteiligten sich am von der bürgerlichen Frauenbewegung gegründeten Nationalen Frauendienst.

Inhaltlich erarbeiteten die Führerinnen der proletarischen Frauenbewegung zwar sehr wohl eigene Positionen und übten Militarismuskritik vom Standpunkt der Frau und Mutter aus, ohne deshalb in der Frau ein von Natur aus friedfertiges Wesen zu sehen. Doch sie verzichteten auf eine Zuspitzung ihrer Position und ordneten im Zweifelsfall die Interessen der Frauen den Interessen der Partei beziehungsweise den Zielen der Arbeiterbewegung unter. Eine feministische Militarismuskritik konnte auf diese Weise nicht entstehen.

*Jennifer A. Davy*

## **„MÄNNLICHE“ GEWALT UND „WEIBLICHE“ FRIEDFERTIGKEIT**

*Die Militarismuskritik von Anita Augspurg und Lida  
Gustava Heymann*

«Der alte, nun zusammengebrochene Staat war ausschliesslich von Mannesgeist geformt und regiert; an dessen höchster Steigerung zu Militarismus ging er zugrunde.»<sup>1</sup>

Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, «beide völlig unabhängige» und «freie Menschen», die sich «von hemmendem Familienanhang» emanzipierten und ihr Leben «nach Veranlagung und eigenen Wünschen» gestalteten, lernten sich im Jahre 1896 auf dem in Berlin tagenden «Internationalen Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen» kennen.<sup>2</sup> Ihre Freundschaft entwickelte sich zu einer Lebensgemeinschaft, die bis zum Jahre 1943 – das Jahr, in dem beide starben – hielt. Rege intellektuelle Aktivitäten und langjähriges politisches Engagement zeichnet ihre Zusammenarbeit als Frauenrechtlerinnen und Pazifistinnen aus.<sup>3</sup> Im wilhelminischen Kaiserreich agierten sie als führende Vertreterinnen des radikalen Flügels der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung. Die Aufhebung der «Geschlechtshalbiertheit»<sup>4</sup> des Staates, der auf dem systematischen Ausschluss von Frauen beruhte, blieb das Hauptziel ihres Kampfes für die soziale, politische, ökonomische und rechtliche Gleichstellung der Frau.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges traten Augspurg und Heymann der im Bildungsbürgertum stark ausgeprägten nationalistischen Kriegsbejahung entgegen, zu der sich auch die gemässigte und konservative Richtung der bürgerlichen Frauenbewegung bekannte. Sie gehörten zu jenen Frauen, die 1915 auf dem internationalen Haager Frauen friedenskongress ihre Stimmen ge-



*Anita Augspurg*

gen den Krieg erhoben. Danach gründeten sie mit anderen Pazifistinnen eine Frauenfriedensorganisation, den Deutschen Zweig des Internationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden, der im Jahre 1919 in die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit umbenannt wurde.<sup>5</sup> Wegen ihrer pazifistischen Haltung während des Ersten Weltkrieges wurden die Vertreterinnen der Frauenliga innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung stark marginalisiert.

Augspurg und Heymann gehörten im wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Zeit zu den Kritikern des tradierten Militärstaates und des weit verbreiteten Gesinnungsmilitarismus. Sie verwarfen den preussisch-deutschen Militarismus als eine Hauptursache zur Verhinderung einer gewaltfreien nationalen und internationalen Politik. In ihren Veröffentlichungen und pazifistischen Aktivitäten setzten sich Augspurg und Heymann mit den Ursachen und Folgen des Militarismus eingehend auseinander. Daraus leiteten sie Vorstellungen ab, auf welchen

Wegen und mit welchen Mitteln dieser beseitigt werden könnte. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, entwickelten Augspurg und Heymann ihre Militarismuskritik sowohl aus ihrem feministischen Politikverständnis als auch aus ihrer radikal-pazifistischen und antimilitaristischen Grundüberzeugung.

## **1. Feministische Ansätze einer Kritik am Militarismus**

### *2. Feministische Geschlechteranalyse und Kritik am «männlichen Gewaltprinzip»*

Auch nach der Aufhebung des preussischen Vereinsgesetzes im Jahre 1908 und mit der Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts im Jahre 1918 waren die in politischen Parteien aktiven Frauen starken Diskriminierungen ausgesetzt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen,<sup>6</sup> wurden Politikerinnen bis in die Weimarer Zeit Spitzenpositionen in Parteien verweigert. Männliche Abgeordnete machten «keinen Hehl daraus, dass wichtige politische Fragen nicht von Frauen entschieden werden durften»<sup>7</sup>. Da sich weibliche Abgeordnete fast ausschliesslich mit frauen- und familienpolitischen Themen – von manchen männlichen Abgeordneten als «Weiberkram»<sup>8</sup> betrachtet – beschäftigten, blieben sie aus den Wirtschafts- und Finanzgremien ausgeschlossen.<sup>9</sup>

«Eigene Wege gehen», «Frauen das Wort geben» und «selbstständige politische Betätigung»<sup>10</sup>: Nur diese Möglichkeiten kamen für Augspurg und Heymann in Frage, um sich aus männlicher Bevormundung im politischen Bereich zu befreien. So beharrten sie auf dem Grundsatz der Überparteilichkeit als dem besten Weg, Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben und ihre Unabhängigkeit in politischen Fragen zu bewah-

# DIE FRAU IM STAAT

Herausgegeben von

DR. ANITA AUGSPURG UND  
LIDA GUSTAVA HEYMANN

parteilose unabhängige Monatsschrift

für Frauenpolitik / Völkerverständigung  
Lebensreform.

**D**ie Frau im Staat ahmt nicht die traditionelle Politik der Männer nach, sondern sucht – deren viele Mängel und Zweckwidrigkeit erkennend – durch selbständige politische Betätigung der Frau dem Staate neue Werte zu schaffen.

Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 1,50, jährlich Mk. 6,—.

KOMMISSIONSVERLAG

**KÄTHE BEISSEL**

Frankfurt M.-Süd, Schwanthaler Str. 25

*Die Monatsschrift «Die Frau im Staat» erschien von 1919 bis 1933.*



ren. Durch Herausgabe eigener Publikationsorgane – wie den Zeitschriften «Völkerversöhnende Frauenarbeit» und «Die Frau im Staat» – verschafften sie sich eine eigene politische Stimme. Über ihre rege publizistische Tätigkeit hinaus versuchten sie durch Eingaben, Denkschriften und Initiativen bei Parlamenten, Regierungen und Behörden die politischen Diskussionen ihrer Zeit zu beeinflussen. Der Autonomie-Anspruch von Augspurg und Heymann kann als feministisch betrachtet werden, denn durch ihre überparteiliche Arbeit entwickelten sie politische Handlungsspielräume und Gedanken, die nicht von Männern – sei es in einer Partei oder überhaupt – bestimmt waren. Schon der Weg, den sie wählten, um ihre Militarismuskritik zu äussern, ist als explizit feministisch zu bewerten.

Augspurg und Heymann verbanden ihren Anspruch auf eigenständige politische Tätigkeit mit einem feministischen Politikverständnis. In ihrer Geschlechteranalyse setzten sie sich systematisch mit den patriarchalischen Verhältnissen auseinander. Sie betonten das Selbstbestimmungsrecht der Frau gegenüber dem Staat und kämpften im wilhelminischen Kaiserreich wie in der Weimarer Zeit für rechtliche, soziale, wirtschaftliche und politische Änderungen, die der Frau ökonomische Unabhängigkeit vom Mann,<sup>11</sup> das Selbstbestimmungsrecht über den reproduktiven Bereich und ihre volle Gleichstellung im politischen Bereich sichern sollten.<sup>12</sup> Die Wurzeln für die Unterdrückung der Frau sahen sie auch in ausserökonomischen und rechtlichen Faktoren. Ihre Schlussfolgerung: Eine grundlegende Veränderung der Mentalität jedes Individuums durch die Abschaffung traditioneller weiblicher und männlicher Rollenverteilungen sei ein unverzichtbarer Schritt zur vollen Gleichberechtigung der Frau. Deren Emanzipation könne erst durch die Überwindung traditioneller Denk- und Verhaltensmuster zwischen den Geschlechtern erreicht werden.



*Völkerversöhnende Frauenarbeit Januar 1921 bis Juli 1923. Titelblatt*

Darüber hinaus thematisierten Augspurg und Heymann die spezifischen Auswirkungen der Kriegspolitik und des militärischen Systems auf Frauen. Die feministischen Pazifistinnen prägten den Begriff «männliches Gewaltprinzip» und kritisierten dessen Erscheinungen. Da Frauen von politischen Entscheidungsprozessen des Staates ausge-

schlossen waren, bezeichneten sie die «modernen Zivilisationsstaaten» als «Männerstaaten». «Alles» in den «Männerstaaten», «die Familie, Schule, Gefängnisse, Rechtswesen, ... [und] die Politik», werde «auf dem Grundsatz des männlichen Prinzips aufgebaut, d.h. dem Grundsatz der Gewalt, der Autorität, des Kampfes aller gegen alle, der Furcht des einen vor dem andern .. .»<sup>13</sup> Damit betonten Augspurg und Heymann nicht nur die gesellschaftliche Ungleichheit der Geschlechter, sondern setzten das «männliche Prinzip» mit der von Männern ausgeübten Gewalt gleich. Für Heymann bewies der Erste Weltkrieg – «in dem das von den Männern vergötterte Prinzip der Gewalt die höchsten Orgien gefeiert hat»<sup>14</sup> –, «dass der durch Gewalt aufgebaute und beherrschte Männerstaat auf der ganzen Linie versagt hat; der Beweis seiner Untauglichkeit wurde wohl noch nie anschaulicher erbracht. Das männliche Prinzip ist zersetzend und wird, wenn fortgeführt, die völlige Vernichtung der Menschheit herbeiführen.»<sup>15</sup> «Die Ultima Ratio der Staatsweisheit der Männer»<sup>16</sup> sei, so Augspurg und Heymann, für die Entstehung von Kriegen verantwortlich, da Männer – bevor die politischen Partizipationsmöglichkeiten für Frauen eingeführt wurden – die alleinige politische Entscheidungsmacht darüber besäßen, sie zu führen oder nicht.

In ihrer Kriegsanalyse und Militarismuskritik hoben Augspurg und Heymann sowie andere Vertreterinnen der Frauenliga die Gewalt gegenüber Frauen in Kriegszeiten und die sexuelle Ausbeutung des weiblichen Körpers für militaristische Zwecke hervor. Schon 1915, beim Ersten Kongress der Frauenliga in Den Haag, protestierten die Teilnehmerinnen gegen «die Behauptung, dass Kriege zum Schutze für Weib und Kind geführt werden». Vielmehr seien viele Frauen «jeder Gewalt» ausgeliefert und ihre Leiden «unbeschreiblich». «Ihr Los» sei «so furchtbar, dass nach stillschweigendem Übereinkommen der Männer, dieses im Ge-

folge des Krieges herrschenden Zustandes möglichst wenig Erwähnung getan wird».<sup>17</sup> Die Amerikanerin Jane Addams hatte auf dem Haager Kongress von 1915 Heymann zitiert: «Worse than death, yes, worse than hellish, is the defenselessness of women in warfare and their violation by the invading soldier.»<sup>18</sup> Diese bezeichnete später Vergewaltigungen an Frauen als «typisch für den Soldatenstand im Allgemeinen» und fragte, ob es «überhaupt Soldaten irgendeiner Nation [gebe], bei denen Vergewaltigungen von Frauen nicht an der Tagesordnung wären»<sup>19</sup>.

Vertreterinnen der Frauenliga schrieben in der Zeitschrift «Die Frau im Staat» über die sexuelle Ausbeutung der Frau als «Gebärmachine». Die sexuelle Ausbeutung betrachteten sie als Folge eines immer präsenten Gewaltpotentials gegenüber Frauen. Zum militaristischen System gehöre – so die in der Frauenliga tätige Berliner Psychologin Rosa Schwann-Schneider – «auch automatisch die Unterdrückung der Frau»<sup>20</sup>: «Unter dem Szepter des Militarismus» gebe es nur «Männlichkeit als Wehrkraft und das Weib als Gebärerin oder sonstiges Sexualwesen».<sup>21</sup> Auguste Kirchhoff, Ortsleiterin der Frauenliga in Bremen, polemisierte gegen die Instrumentalisierung der Gebärfähigkeit der Frau für die Bevölkerungspolitik.<sup>22</sup> In der offiziellen Erklärung der Frauenliga zu den spezifischen Folgen der Kriegspolitik für Frauen hiess es: Diese müssten sich auf internationaler Ebene «jeglicher Kriegsunterstützung, sei es durch Arbeit, Geld oder Propaganda», verweigern.<sup>23</sup>

Die Thematisierung der spezifischen Gewalt an Frauen in Kriegszeiten und der Ausbeutung des weiblichen Körpers für militaristische Zwecke bleibt ein herausragender Aspekt der feministischen Militarismuskritik von Augspurg und Heymann wie der gesamten Frauenliga. Weder pazifistische Männer noch Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung setzten

sich so dezidiert mit den spezifischen Begleiterscheinungen des Militarismus in Bezug auf Frauen auseinander. Der Ansatz von Augspurg und Heymann ist als feministisch zu bewerten, da er das latente Gewaltpotential gegenüber Frauen in der Gesellschaft – das in Kriegszeiten besonders anschaulich wird – unterstrich. Die ‚Neue‘ oder ‚Zweite Frauenbewegung‘ der späten sechziger Jahre und in den siebziger Jahren widmete dem Thema sexuelle Gewalt an Frauen erneut besondere Aufmerksamkeit.<sup>24</sup> Die ‚Vor-denkerinnen‘ auf diesem Gebiet waren die Frauen des radikalen Flügels der ‚Alten‘ oder ‚Ersten Frauenbewegung‘.

### ***3. Verwendung von ‚Mütterlichkeitsrhetorik‘ und ‚maternal politics‘***

Augspurg und Heymann waren davon überzeugt, dass dem «männlichen Gewaltprinzip» nur entgegengetreten werden könne, wenn das «weibliche Prinzip» in die politische Sphäre des Staates eingeführt werde. In der 1917 verfassten Abhandlung «Frauenstimmrecht und Völkerverständigung» begründete Heymann diese Ansicht: «Vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet», schrieb sie, «sind die verschiedenen Eigenschaften der Menschen, von denen viele behaupten, sie seien spezifisch männlich oder spezifisch weiblich, weder das eine oder andere, sondern sie sind rein individuell.» Doch in einem Punkt unterscheide sich die Frau vom Mann: «in ihrer Empfindung dem schaffenden Leben gegenüber».<sup>25</sup> Durch «eine besondere leibliche und dadurch auch geistige Gemeinschaft mit dem Kinde» schätze die Frau das menschliche Leben höher als der Mann.<sup>26</sup> Daher sei «weibliches Wesen, weiblicher Instinkt ... identisch mit Pazifismus»<sup>27</sup>. Das «weibliche Prinzip» beschrieben Augspurg und Heymann in «Die Frau im Staat» mit Eigenschaften wie

fruchtbar, bejahend oder aufbauend. Das spezifisch ‚Weibliche‘ und ‚Frauengeist‘ stünden zudem für das Prinzip der Gewaltlosigkeit.

Auch wenn der Glaube an einen ‚weiblichen Pazifismus‘ innerhalb der ersten internationalen Frauenfriedensbewegung umstritten war, appellierten Aktivistinnen der Frauenfriedensbewegung oft an die Frau als Mutter. Dabei verwiesen sie wie Augspurg und Heymann auf den Tatbestand, dass Frauen aufgrund ihrer ‚mütterlichen‘ Empfindung das menschliche Leben besonders hoch schätzten. Germaine Malaterre-Sellier, eine französische Frauenrechtlerin, rief aus: «Women who have given life must always have a horror of war.»<sup>28</sup> Die Ukrainerin Milena Rudnycka fragte auf dem im Jahre 1929 in Prag tagenden Kongress der Frauenliga: «Are we not as mothers of our children ... steeped in the sacredness of each single human life through the mysteries of bringing forth life?»<sup>29</sup>

Nach der Ansicht vieler Frauenfriedensaktivistinnen konnten die politischen und gesellschaftlichen Sphären des Staates durch einen erhöhten ‚weiblichen‘ Einfluss ‚humanisiert‘ werden. Frauen könnten wesentlich dazu beitragen, Kriegen und militaristischen Erscheinungsformen vorzubeugen. So schrieb eine Mitarbeiterin von Augspurg und Heymann, sie habe sich als «Frau und Mensch» die Aufgabe gestellt, «den Militarismus in jeglicher Form zu bekämpfen und zwar deshalb, weil er eine einseitige Auswirkung der zerstörenden Kraft des Mannes ist, welchem die Frauen jahrhundertlang die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse überliessen, ohne ihr die eigene aufbauende, alles belebende Kraft des Weibes entgegenzustellen».<sup>30</sup>

Die Propagierung spezifischer, auf der Mütterlichkeit der Frau basierender, ‚weiblicher‘ Werte von Vertreterinnen der ersten internationalen Frauenfriedensbewegung lässt sich mit dem Begriff «maternal politics» umschreiben.

Dies wird von der amerikanischen Historikerin Ann Taylor Allen als «a feminism that takes women's experience as mother and nurturer as the basis for interpretations of women's history, for distinctively female approaches to ethical and social questions, and for improvements in women's status»<sup>31</sup> definiert. Die in der ersten Frauenbewegung weit verbreitete Verwendung von «maternal politics» kann als ein Versuch von Frauen betrachtet werden, ihren Eingang in die politische Sphäre zu begründen und zu ermöglichen. Um ihre Anhängerinnen zu mobilisieren, appellierten sie an die Frau in ihrer Rolle als Mutter: Die Frauenliga teilte in einer Schrift «What is the League?» mit, dass der Appell an Frauen als «guardians of life» einen gemeinsamen Nenner für Frauen «from all quarters of the globe and of most various types» sein könne.<sup>32</sup> Durch eine Ideologie der Differenz,<sup>33</sup> in der die besonderen ‚weiblichen‘ Werte für eine ‚Humanisierung‘ in gesellschaftlichen und politischen Bereichen des Staates hervorgehoben wurden, versuchten Frauen ihren Eintritt in die politische Sphäre zu legitimieren und Anhängerinnen zu mobilisieren.<sup>34</sup>

Nach Auffassung der Gemäßigten und Konservativen der bürgerlichen Frauenbewegung hatte die Mutter dem Staat während des Ersten Weltkrieges zu dienen – und notwendigerweise im Kriege auch ihre Kinder für den Staat zu ‚opfern‘. Sie folgten der seinerzeit verbreiteten Propaganda, die die mütterliche Funktion zur Staatspflicht für die Erhaltung der Nation erhob. Laut Augspurg und Heymann hingegen stellte die Frau durch ihre mütterliche Funktion das Leben der Menschen über eine solche Pflicht. Ihre Interpretation der ‚mütterlichen‘ Mission führte daher zur entgegengesetzten Konsequenz, nämlich zur Antikriegsarbeit und zur Förderung internationaler Verständigung. Auch mit ihrer Lebensgemeinschaft stellten Augspurg und Heymann die gesellschaftliche Heroisierung der mütterlichen Rolle radikal in Frage.

Heymann ignorierte keineswegs, dass viele Frauen ihrer Zeit im militaristischen und nationalistischen Geist befangen waren. Die Hauptströmung der bürgerlichen Frauenbewegung erbrachte durch die Gründung des «Nationalen Frauendienstes» während des Ersten Weltkrieges eine im Bereich der Kriegswohlfahrtstätigkeit ausserordentliche «soziale Kriegsleistung», die als «ein Novum der Geschichte militärischer Konflikte»<sup>35</sup> bewertet werden kann. Augspurg und Heymann hofften jedoch unbeirrt, dass Frauen, wenn sie einmal an die Spitzenpositionen im politischen Bereich gelangten, eine Politik des Friedens vollziehen würden. Für Heymann hatte der Mann wegen seiner «jahrtausendlangen Unterdrückung der Frau»<sup>36</sup> «die grösste Schuld» daran, dass des Weibes Wesen und Art nicht zur Auswirkung kam und dem Pazifismus in der Vergangenheit verloren ging».<sup>37</sup> Es werde viel Zeit brauchen, «um die vom Manne mit allen Mitteln künstlich zu seiner Bequemlichkeit herangezüchtete Frau zu überwinden»<sup>38</sup>. Erst wenn die Frauen sich dem «männlichen Prinzip» nicht mehr anpassten, könne ihr «weibliches Wesen» zur Geltung gebracht werden.

Die Hoffnung von Augspurg und Heymann, durch den erhöhten Einfluss von Frauen im politischen Bereich lasse sich eine gewaltfreie Politik sichern, erwies sich als illusorisch. Neuere Untersuchungen über die geschlechtergeschichtlichen Aspekte von Krieg und Militär zeigen die Involvierung von Frauen in Kriegen und im militärischen System auf.<sup>39</sup> Man müsse sich daher von der Vorstellung verabschieden, «Frauen seien per se Opfer von Militär und Krieg»<sup>40</sup>. Dies gilt auch für den Mythos von der friedfertigen Frau, an den Augspurg und Heymann glaubten. Eine einheitliche Haltung von Frauen zum Krieg und zum Militär hat es weder zu Lebzeiten Augspurgs und Heymanns noch in der Nachkriegsgeschichte gegeben.



## II. Antimilitaristische Kritik am Militarismus

### 1. Basis einer antimilitaristischen Kritik am Militarismus

Die antimilitaristische Gesinnung von Augspurg und Heymann basierte auf ihrer radikal-pazifistischen Grundüberzeugung, die sie seit der Gründung der Frauenliga bis zum Zweiten Weltkrieg beibehielten. Diese Überzeugung wiederum resultierte aus ihrer feministischen Kritik an der Destruktivität der «männlichen Gewaltpolitik». Sie verurteilten jede Form von Gewalt – und damit jede Art des Krieges, auch den Sanktionskrieg, Verteidigungskrieg und Bürgerkrieg.<sup>41</sup> Die Forderung der absoluten Gewaltlosigkeit von Antimilitaristinnen führte in der Weimarer Zeit zu einem nicht überbrückbaren Gegensatz zwischen antimilitaristischen Friedensorganisationen und den gemässigten, völkerrechtlich orientierten Gruppierungen der Friedensbewegung, die glaubten, dass ‚Friede durch Recht‘ in manchen Fällen notfalls mit militärischer Gewalt erreicht werden müsse.<sup>42</sup>

Die Frage nach einem ‚richtigen‘ Gewicht des Militärs innerhalb der Gesellschaft stellte sich für Augspurg und Heymann nicht. Da der Einfluss des Militärs immer bis in zivile, wirtschaftliche und soziale Bereiche des «Männerstaates» reiche, müssten nicht nur der Krieg an sich bekämpft werden, sondern alle militärischen Staatsapparate, die die Ausführung eines Krieges überhaupt möglich machten. Augspurg schrieb: «Man darf nicht glauben, dass Krieg zwischen den Regierungen der Ausnahmezustand sei, dass sie in so genannten Friedenszeiten auf die Ausübung von Gewalt verzichten. Frieden ist nur suspendierte, nur latente Gewalt. Ihr ausübendes Organ, das Heer und die Rüstungen, verschwindet im Frieden nicht, es steht in Erwartung immer aktionsbereit.»<sup>43</sup> Konsequenterweise sei die radikale Abrüstung eine



*Lida Gustava  
Heymann*

Voraussetzung des Friedens, nicht eine Folge. Eine gewaltlose Politik könne es nach Augspurg und Heymann nur geben, wenn das Militär schlechthin abgeschafft werde. In der Weimarer Zeit verlangten beide die Abschaffung der Reichswehr und die Errichtung eines Friedensministeriums. Zudem propagierten sie die Kriegsdienstverweigerung – einen Kernpunkt des antimilitaristischen Pazifismus –, denn erst die Existenz eines Heeres erlaube realiter die Durchführung eines Krieges.<sup>44</sup> Das Militär und die militärischen Apparate, die es stützten, seien eine an sich immer drohende Gefahr für die Menschheit, die beseitigt werden müsse.

## ***2. Sozioökonomische, wirtschaftliche und technologische Dimensionen***

Mitglieder der Frauenliga waren nicht nur bestrebt, die «Teilnahme an jeder Art des Tötens zu verweigern und friedliche Lösungen zu suchen», sondern sie wollten ihre «Anstrengungen dem Ziel weihen, alle

politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Krieges zu untersuchen, klar zu stellen und zu beseitigen»<sup>45</sup>. Dies galt auch für den Militarismus, dessen sozioökonomische, wirtschaftliche und technologische Dimensionen sie in ihre Analyse einbezogen. «Während der gemässigte, völkerrechtlich orientierte Pazifismus sich vor allem für den Ausbau des Völkerbundes, für die Lösung des Sicherheitsproblems und für die Regelung der Abrüstungsproblematik einsetzte, kämpfte die radikal-antimilitaristische Richtung ,zunehmend mit einer nach innen, gegen den deutschen Militarismus und die bestehenden sozialökonomischen Machtstrukturen gerichteten Front'.»<sup>46</sup> Da die Vertreter/innen der radikal-antimilitaristischen Richtung der Friedensbewegung die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg anerkannten, wandten sie sich auch der Innenpolitik zu. Die Auseinandersetzung mit dem Militarismus und den ihn unterstützenden gesellschaftlichen und politischen Kräften blieb eine Hauptaufgabe ihrer pazifistischen Arbeit.

Mitglieder der Frauenliga erklärten, Militarismus sei Ausdruck einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Klassengegensatz beruhe und durch den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit geprägt sei. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, getragen von den Grossindustriellen, Junkern und Grossagrariern, sei eine Hauptquelle des Militarismus. In der Zeitschrift «Die Frau im Staat» wurde darauf hingewiesen, «dass Kapitalismus und Militarismus so eng verkoppelt sind, dass der Kampf gegen den Militarismus auch Kampf gegen den Kapitalismus bedeutet»<sup>47</sup>. Ein Frieden, der nicht gleichzeitig für die soziale Revolution eintrete, sei trügerisch. Wenn Mitglieder der Frauenliga ein sozialistisches Gesellschaftsmodell befürworteten, so sollte dies nicht durch eine gewaltsame Revolution erreicht werden. Vielmehr traten sie für die Verschmelzung von Sozialismus und Pazifismus ein.

Es sollte gelingen, «Mittel und Wege zu finden zur Verständigung zwischen den ihre Übermacht einbüssenden und den nun zur Macht gelangenden Klassen durch Ausgleich der Besitz- und Bildungsverhältnisse, durch ein Ausbeutung und Konkurrenz ausschaltendes, auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse gegründetes Wirtschaftssystem»<sup>48</sup>. Die Frauenliga entwickelte ein detailliertes wirtschaftliches Programm, dessen Forderungen darauf zielten, den enormen Anteil der Wirtschaft am System des Militarismus zu beseitigen.<sup>49</sup>

Vertreterinnen der Frauenliga erkannten auch die Bedeutung der technologischen Faktoren für ein Verständnis des Militarismus im 20. Jahrhundert. Eine 1929 von der Frauenliga in Frankfurt am Main organisierte Konferenz «Die modernen Kriegsmethoden und der Schutz der Zivilbevölkerung» fand in der Öffentlichkeit grosse Resonanz. Die Resolutionen der Konferenz hoben hervor, dass es im Kriegsfall keine effektiven Schutznahmen der Zivilbevölkerung gebe, und warnten, «dass ein neuer Krieg, der seine Verheerungen auf die Zivilbevölkerung ausdehnen würde, ein Krieg der gegenseitigen Vernichtung der Völker wäre und den Untergang der Menschheit bedeuten könne».<sup>50</sup> Technik und chemische Wissenschaft seien «ad absurdum» geführt worden.<sup>51</sup> «Wissenschaft und Technik, die diese Gifte und Waffen erdenken, entwürdigen sich zu Werkzeugen des Militarismus, die Arbeiter, die sie herstellen, zu seinen Sklaven.»<sup>52</sup>

### **III. ‚Revolution der Köpfe‘**

Die Übertragung militärischer Denkstrukturen in verschiedene Sphären der Gesellschaft wurde von Vertreterinnen der Frauenliga als eine Hauptursache für den weit verbreiteten Gesinnungsmilitarismus betrachtet. So schrieb eine Mitarbeiterin von Augsburg

purg und Heymann: «Es ist nicht der Krieg allein, dem der Widerstand der Frau gilt, gelten muss: ... ist der Krieg doch nur ein Symptom, nur der stärkste Ausdruck einer Ordnung, die auf dem Kampfprinzip ruht.»<sup>53</sup> In ihren Texten verbanden Augspurg und Heymann dieses «Kampfprinzip» mit der spezifischen Machtpolitik Preussens: Sie gebrauchten den Ausdruck ‚preussischer Geist‘ mit dem preussischen Militarismus synonym.<sup>54</sup> Das auf Militarismus und Nationalismus gerichtete Erziehungswesen führe zur Übertragung des militaristischen Geistes auf die Gesellschaft. Dies sei in der militaristischen Erziehungsart durch die Schaffung eines «Herdenmenschentums» möglich, weil «der preussisch-deutsche Schulmeister ... jede sich regende Eigenart und Eigenkraft zu Tode gewälzt, mechanisiert [und] organisiert» habe.<sup>55</sup> Dabei würden der Jugend Konformität und Gehorsam beigebracht:

«Jedes Abweichen von den Normen wird den jungen Kindern so abschreckend wie möglich gemacht. Als kleine Eigenbrötler treten sie in die Schule ein, voll tiefer Spekulationen, philosophischer Weltbetrachtung, individueller Gedanken;... nach Verlauf der Schulzeit sind sie Uniformknöpfe, behaupten sich nur unter 11 anderen als Dutzend, mit 99 anderen als Hundertschaft, fühlen sich nur ‚in der Gemeinschaft« stark, einer für sich ist nichts, will nichts sein, darf nichts sein.»<sup>56</sup>

Über die Abschaffung der Individualität hinaus werde durch die militaristische Erziehung seit Generationen gelehrt, «dass Kriege ewig bestanden haben und ewig bestehen werden, unausrottbar sind, dass man ihnen den das Kriegshandwerk ausübenden Mann als den grössten Helden hingestellt hat, als den männlichsten Mann, dem höchste Ehre und Bewunderung zu zollen ist».<sup>57</sup> Solche Verherrlichungen des kriegerischen Mannes und tapferen, männlichen Helden werden in dieser Analyse als Säulen des mili-

taristischen Denkgebäudes herausgestellt. Mit ihrer Kritik an dem «Glorioschein der Mannherrlichkeit», «dem Heldentum», und der «Herrschermission» stellten Augspurg und Heymann einen kriegerisch-virilen Männlichkeitsentwurf an den Pranger.

Der militaristische Geist konnte ihrer Auffassung nach nur durch eine Veränderung der Mentalität der Menschen – eine «Revolution der Köpfe» – erreicht werden: «Pazifismus ist schon lange nicht mehr eine äusserliche Sache, die sich in staatlichen Einrichtungen und pazifistischen Forderungen erschöpft.» Vielmehr solle er die «persönliche innerliche Angelegenheit jedes Einzelnen»<sup>58</sup> werden. Heymann forderte auf dem internationalen Kongress der Frauenliga im Jahre 1924 in Washington, D.C.:

«Wir haben unseren inneren Menschen zu wandeln, wir haben jeder Gewalt zu entsagen, wir haben uns frei zu machen. ... Nur innere und äussere Freiheit führt zum Frieden, und wo dieser gestört ist, da ist irgendetwas mit der Freiheit nicht in Ordnung.»<sup>59</sup> Um das militaristische und nationalistische Gedankengut zu überwinden, müsse die Erziehung auf den Pazifismus orientieren,<sup>60</sup> auf «das frühzeitige Kennenlernen aller Völker, das Vertrautsein mit ihrer Lebensweise», einer Erziehung, «deren Grundstein in den Schulen der Welt gelegt werden muss, damit sie erfüllt werde vom Geist der gegenseitigen Hilfe und der Friedfertigkeit»<sup>61</sup>. Die Erziehungsarbeit blieb ein zentraler Aspekt der pazifistischen Aktivitäten der Frauenliga, die vom Kaiserreich bis in die Weimarer Zeit einen für die Gesamtfriedensbewegung wichtigen Beitrag leistete.

#### **IV. Resümee und Ausblick**

Die endgültige Überwindung des Militarismus, so Augspurg und Heymann, setze eine radikale Änderung der Gesellschaft auf den politischen, wirtschaftlichen, sozioökonomischen und erzieheri-

schen Ebenen voraus. Ihre Analyse grenzt sich durch die feministische Perspektive entscheidend von der Militarismuskritik ihrer Zeitgenossen/innen ab. Auch männliche Antimilitaristen z.B. analysierten die Dimensionen von Militarismus und Krieg weitgehend nicht aus feministischer Sicht.<sup>62</sup> Um die weit verbreitete Diskriminierung von Frauen in politischen Parteien zu umgehen, schufen sie mit ihrem Autonomie-Anspruch eigenständige politische Partizipationsmöglichkeiten. Dies ermöglichte es ihnen, eine feministische Militarismuskritik vortragen zu können. Darüber hinaus übten sie scharfe Kritik am männlichen Monopol in den militärischen und politischen Bereichen des Staates und daran, dass Frauen aus den Entscheidungsprozessen über das Führen von Kriegen weitgehend ausgeschlossen blieben. Dieses In-Frage-Stellen männlicher Autorität und Entscheidungsmacht auf der Ebene der ‚hohen‘ Politik in Sachen Krieg und Frieden ist ein explizit feministisches Anliegen. Ausserdem entwickelten Augspurg und Heymann pazifistische Gegen-Entwürfe zu den herkömmlichen «männlichen Gewaltmethoden», die, auf «maternal politics» basierend, die spezifische ‚weibliche‘ Erfahrung von Frauen im Staat hervorhoben. Nicht zuletzt hoben sie in ihrer Militarismuskritik die Begleiterscheinungen kriegerischer Gewalt und militaristischer Politik in Bezug auf Frauen hervor, z.B. die weit verbreitete Praxis von Vergewaltigungen von Frauen in Kriegszeiten und die staatliche Ausbeutung der Gebärfähigkeit der Frau für militaristische Zwecke. Auch wenn die Friedensbewegung am Ende der Weimarer Republik durch die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und den Aufstieg der Nationalsozialisten «gezwungen war, die undankbare Rolle einer angefeindeten und – vom unmittelbaren Ergebnis her gesehen – wirkungslosen Minorität zu spielen»<sup>63</sup>, behält das Gedankengut von Augspurg und Heymann über ihre Zeit hinaus weitreichende Bedeutung.

### **III. PAZIFISTISCHE GEGNER DES MILITARISMUS IN DER WEIMARER ZEIT**



*Detlef Bald*

## **EIN OFFIZIER ALS KRITIKER DES PREUSSISCH-DEUTSCHEN MILITARISMUS**

*Alfons Falkner von Sonnenburg*

«Niemand wusste, dass er in seinem Herzen einen tödlichen Hass ... gegen den preussischen Staat»<sup>1</sup> trug. Mit diesen Worten begann Karl Alexander von Müller den Bericht über einen Mann, dessen Namen er geheimnisvoll verschwieg, den er gleichwohl für einen historisch bedeutsamen Antipoden der deutschen Kriegführung im Ersten Weltkrieg hielt; es habe keinen erbitterteren Feind gegen die Politik der Obersten Heeresleitung gegeben als ihn. Daher war Müller überzeugt, «dass vom ersten Kriegsjahr bis zur Eisnerschen Revolution nicht wenige unterirdische Kanäle bei ihm mündeten, in denen der Umsturz des alten Staates vorbereitet wurde». Kein vernünftiger Mensch hätte so denken können, ein Adliger nicht, erst recht kein Offizier, der im Dienste des Königs stand. Erklärungen für die Kritik am Militarismus finden sich im Lebensweg des Offiziers.

So wurde Oberst i. G. Alfons Falkner von Sonnenburg (1851-1929) ausgegrenzt und seine Politik mit den Worten «unflätiger Ausbruch fanatischen Preussenhasses» diffamiert. Das Schema dieser Schwarz-Weiss-Deutung – hier ein emotionalisierter Bayer, dort das machtvolle Preussen – war in die Welt gesetzt und erleichterte Zeitgenossen wie Historikern, Sonnenburg auf die Gegnerschaft zu Preussen<sup>2</sup> zu reduzieren und sein Anliegen zu verzeichnen. Dabei hatte die frühe Bildungs- und Entwicklungsgeschichte den Pfälzer noch auf der geradlinigen Bahn einer Offizierskarriere gesehen, die der Kadett und 1871 vor Paris dekorierte Offizier auf der Kriessaka-

demie in München betreten hatte. Der intellektuell-historische Zuschnitt, der für seinen Lebensweg insgesamt charakteristisch ist, kann freilich nicht ohne seine Herkunft aus dem liberalen und italienisch geprägten Elternhaus verstanden werden. Sein Selbstverständnis gründete in dem Bewusstsein einer universitären Bildungselite<sup>3</sup> mit starker individueller Eigenwertigkeit. Im Offizierskorps verknüpfte er die realen gesellschaftlichen Vorzüge mit seiner persönlichen Begabung.<sup>4</sup>

Im deutsch-französischen Krieg wurde er allerdings auch mit der fachlichen Unfähigkeit vieler Offiziere konfrontiert, deren unbedarfte Enge ihn im militärischen Alltag nervte. Die korporative Geschlossenheit drängte Sonnenburg in soziale Divergenz. Die profilierte militärtheoretische Arbeit, für die er Unabhängigkeit beanspruchte, begründete den Gegensatz zu den Anforderungen der militärischen Hierarchie nach An- und Einpassung. Auch in München war der Berliner Zeitgeist, geprägt von den «namenlos» wirkenden «Halbgöttern» im Generalstab, zu spüren. Das Militärsystem reagierte mit dem Anspruch nach demonstrativer Unterordnung. Sonnenburg wollte sich nicht verbiegen. Mit aller Energie nahm er die Konsequenzen auf sich und löste sich 1895 durch eine Art Befreiungsschlag, indem er den Dienst quittierte und auf die sichere Laufbahn im Generalstab verzichtete.

Der Militärtheoretiker wandte sich militärpraktischen Problemen zu. Als weltweit reisender Journalist analysierte er die Konflikte der Grossmächte in der kolonialen Welt für den Zeitungsleser in Deutschland und in Vorträgen vor allem in den angelsächsischen Ländern. Nach den ersten Reisen um den Globus hatte sich ein einschneidender Perspektivenwechsel ergeben. Seine Texte lassen erkennen, mit welcher Faszination er die Kategorien des Politischen um die soziale und ökonomische Dimension erweiterte. Schliesslich konnte er

das Recht auf Freiheit der Völker gegen das der europäischen Mächte auf Kolonialbesitz thematisieren.

Immer wieder setzte sich Sonnenburg mit den deutschen Ansprüchen auf Weltmacht auseinander, die sich schon 1901 schillernd von den eigentlichen Strukturen der internationalen Beziehungen abhoben. Er warnte: Das Streben nach Weltmacht und überzogen nationalistisches Pathos könnten den Frieden in Europa gefährden. Der militaristische Charakter der Aussenpolitik wurde deutlich, als er sie mit dem Konzept des Realismus konfrontierte, das auf Kanzler Bismarck und Theodor Mommsen zurückzuführen ist. Die Distanz zu den führenden Schichten<sup>5</sup> Deutschlands, die den Krieg für die Durchsetzung der Kultur in Europa begrüßten, führte Sonnenburg zur Kritik an den Trägern der aussenpolitischen Kriegsziele, den staatstragenden Kräften: dem Militär, dem preussischen Beamtentum, den Alldeutschen und der Wirtschaft.

Der Beginn des Ersten Weltkrieges brachte Sonnenburg, mittlerweile 63 Jahre alt, «bei Jahren, aber ungemein lebenswürdig»<sup>6</sup> und mit eigenständiger Urteilsfähigkeit – der seltene «Typ des wissenschaftlich und weltmännisch gebildeten, weitgereisten Offiziers», wie Ludwig Quidde ihn charakterisierte,<sup>7</sup> – in die Politik. Er übernahm die Leitung der Pressezensur im Kriegsministerium in München und hatte dabei Zugriff auf die Informationen des militärischen Nachrichtenwesens. Doch der eigentliche Reiz dieser Stelle lag in der Aufgabe, den bayerischen Vertreter im Bundesrat, den Kriegsminister, zu beraten – eine ungeahnt attraktive, einflussreiche Position zwischen den Interessen des Militärs und der Reichspolitik in Bayern.

Auf die grossen Umbrüche im Krieg antwortete er mit einem Konzept der politischen, demokratischen und föderalen Selbstbestimmung sowie der sozialen und ökonomischen Reformen. Das Ziel des inneren Friedens der Gesellschaft korrespondierte zugleich mit dem Ausgleich und der Verständli-

gung in einer internationalen europäischen Friedensordnung. Aufklärung und Vernunft, die Freiheit des Einzelnen und die Verbesserung der sozialen Lebenschancen waren die Stichworte für die Nachkriegsordnung; die Pressefreiheit war dafür ein konkretes Mittel. Dieses Konzept bildete einen scharfen Kontrast zu den zeitgenössischen Ideologien vom kollektiven Kampf ums Dasein oder der Ablehnung der westlichen Demokratien.

Sonnenburg stellte seine Dienste daher nach Kriegsende, aber nicht ohne Zögern, dem vom bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner geleiteten Nationalrat «unter Wahrung meiner Gesinnung und Überzeugung freiwillig und aufrichtig im Interesse der Gesamtheit»<sup>8</sup> zur Verfügung. Dieser Schritt entsprach seinem Verständnis von «vaterländischer» Verpflichtung. Im Chaos des Neuaufbaus, zwischen Rätenschaft und Parlamentarismus, blieb er ein Streiter für die liberalen Verfassungsideale, damit die demokratischen Reformen eine Chance gegen den etablierten Militarismus haben könnten. Doch im Sommer 1919 bereitete die Machtergreifung der Gegenrevolution allen Spekulationen oder Visionen ein jähes Ende. Im Exil in der Schweiz blieb Sonnenburg ein engagierter Beobachter der deutschen Verhältnisse, als die alten Kräfte aus dem Kaiserreich sich erneut in der Republik einrichteten.

Die nationale Einigung Deutschlands von 1871 bedeutete Alfons Falkner von Sonnenburg viel. Er hatte eine Position gefunden, die, bayerisch geprägt, doch das übergreifende Deutschland nachdrücklich befürwortete. Am Sinn oder der Notwendigkeit der Vereinigung der deutschen Länder hat er nie gezweifelt. «In der Kaiserproklamation feierte der *deutsche Gedanke* seinen endgültigen Sieg; ein *deutsches* Staatsrecht war geschaffen.»<sup>9</sup> Trotz eines breiten Skeptizismus konnten sich die Wünsche der «alten 48er» verwirklichen. Mit der Gründung des Reiches «kam allmählich ein gewaltiges Gefühl der Erleichterung und Erhebung über das ganze

Volk». Die Einigung erst machte Deutschland handlungs- und artikulationsfähig; sie war das Mittel, den Partikularismus und sogar die «Erbitterung ... in weitesten Kreisen» jener Bevölkerung zu überwinden, deren Staaten von Preussen «annektiert» worden waren.

Denn in der Einigung verwirklichten sich «*die Ideen der Zeit*»,<sup>10</sup> die «schöpferisch» zu Beginn des 19. Jahrhunderts von den «genialen Köpfen» – die Reformen Stein, Gneisenau und Scharnhorst – verkörpert wurden. Sonnenburg bewunderte ihre demokratischen Impulse. Nach der Reichsgründung war die nationale Stabilität zunächst noch «mit unfehlbarer Sicherheit» von König Wilhelm I., Kanzler Bismarck als politischem und Feldmarschall Moltke als militärischem Ratgeber in einer Realpolitik mit Augenmass gewährleistet worden. Damals konnte «unbegrenztes Vertrauen in die deutsche Führung dieser *preussischen Männer*»<sup>11</sup> aufkommen. Der notwendige Primat der Politik habe, wenn auch mit Krisen und Konflikten, jedoch immer wieder gegen die Generalität durchgesetzt werden können.

Der Abgang Bismarcks brachte die Wende im politischen Denken und im System des Reiches. Die diplomatischen Misserfolge – Marokkokrise, Palästina-Expedition u.a. – sowie innen- und aussenpolitische Fehlgriffe – die «verschiedenen gepanzerten Faustreden» – führten landesweit zu einer «gewaltigen Erschütterung»: Die Berliner Führung demonstrierte mehr und mehr «die geistige Sterilität» der Macht. Der Bruch mit der Tradition und die «völlige Abkehr von dem hochangesehenen und hochgewerteten Altpreussentum» begünstigten am Ende den grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Wertewandel: «Die ungeheure Hypertrophie des preussischen Generalstabs und damit des preussischen Militarismus begann erst nach dem Abgang Bismarcks unter Wilhelm II.»<sup>12</sup>

Die «Wurzel des Übels» für das Aufkommen des preussisch-deutschen Militarismus sah Sonnenburg im «Neupreus-

sentum» der Kaiserzeit. In der Phase des ökonomischen Aufschwungs hatte sich in Berlin ein gesellschaftlicher Wertewandel durchgesetzt: «Verdorben in der schwülen Atmosphäre der Gründerzeit in den ersten 5 Jahren nach dem Kriege, berauscht in dem parvenuhaften Drange nach Verschwendung und Luxus entwickelte sich dieses Neupreussentum zu einem ausschliesslichen *Ich- und Machtkultus*; das allgemeine Hasten nach Reichtum und Genuss unterdrückte jeden Sinn für die ethischen Werte. Die luxuriöse Gestaltung des Lebens in allen Kreisen, die epidemische Erscheinung von Geldheiraten aus den Kreisen der Hochfinanz, der Industrie und des Auslandes, die Forderung der höchsten Stellen nach stärkerer Repräsentation, die Bevorzugung der Äusserlichkeiten gegenüber der wirklichen Tüchtigkeit etc., all dies bedeutet eine völlige Abkehr von dem ... Altpreussentum.»<sup>13</sup>

Sonnenburg verbarg seine Ernüchterung und Distanz nicht und äusserte Kritik. Vor den Werten des «neupreussischen Menschen» könne kein Respekt aufkommen. Neidlos erkannte er die «geschäftliche Tüchtigkeit in allen Fragen des Erwerbes», doch diese warf für ihn die Frage nach der eigentlichen «ehrenwerten Anständigkeit» auf. Derartige Beobachtungen beschränkten sich nicht aufs Persönliche; sie liessen sich auf die Haltung der politischen Klasse beziehen. Dabei schärften sich die Konturen des «preussischen Partikularismus», der eine harmonische Entwicklung aller Teile des Reiches behindere. In Berlin werde das Reichsinteresse mit dem preussischen gleichgesetzt. Sonnenburg fand die schöne Formel vom Ganzen des Reiches, das mehr sein müsse «als die Summe seiner Teile und mehr als ein Grosspreussen»<sup>14</sup>.

Als Erstes prangerte Sonnenburg die ökonomische Einseitigkeit der Berliner Politik an: Bei der Förderung der Volkswirtschaft würden unverhohlenen Industrie und Banken sowie die Ernährungs- und die Landwirtschaft Preussens bevorzugt.



*Alfons Falkner  
von Sonnenburg*

In München führte man dies auf die Konzentration der kriegswirtschaftlichen Organisationen und Kartelle in Berlin und die sich daraus ergebende «starke Abhängigkeit des gesamten Wirtschaftslebens aller Bundesstaaten von der Reichshauptstadt» zurück. Diese Entwicklung hatte sich bereits im Frieden abgezeichnet. Mit Beginn des Weltkrieges war diese «zentralistische Organisation der Kriegswirtschaft» weiter «übertrieben» worden, was systembedingt «die Nachteile dieser einseitigen Entwicklung ganz von selbst» hatte «steigern müssen». Verstärkt wurden die Nachteile dieser Zentralisation auch durch den «Berlin-Frankfurter-Geist», «der sich der kriegswirtschaftlichen Organisationen zu bemächtigen wusste». Dieser Geist, «der ein eng kapitalistisch-technischer ist», hatte immens an Einfluss gewonnen, so dass Sonnenburg – aus «staatsmännischen» Gründen – für ein Gegengewicht plädierte, damit nicht das «Staatsganze»<sup>15</sup> gefährdet werde.

In einem Vortrag im Januar 1918 stellte Sonnenburg vor der Leitung des Kriegsministeriums seine Kritik an den preus-

sisch-deutschen Verhältnissen im Zusammenhang dar. Dabei ging es vor allem um die zentralistischen Bestrebungen. Denn: «Hochgestellte Würdenträger sind im Verein mit den preussischen Konservativen, der Schwerindustrie und den ostelbischen Grossgrundbesitzern am Werke, um noch jetzt während des Krieges alle Vorbereitungen zu dem gewaltigen inneren Kampfe zu treffen, der nicht nur die Verhältnisse vor dem August 1914 wieder herstellen, sondern darüber hinausgehend das Deutsche Reich in einen unter überwiegender preussischer Zentralgewalt stehenden Staat mit erheblich gekürzten politischen Rechten ... umwandeln soll.» Diese politischen Bestrebungen in Preussen richteten sich gegen jede weitere Demokratisierung; sie würden geleitet von der «Furcht vor der mit der fortschreitenden Demokratisierung Deutschlands verbundenen Gefahr für ihre Ziele».<sup>16</sup> Dagegen könnten nur die süddeutschen Völker und Dynastien, zumal Bayern, Widerstand aufbauen.

Sonnenburg empfand die eingetretenen Entwicklungen als brisant und gefährlich für die Zukunft. Die Zeit der passiven Abwehr sei nunmehr vorbei, gegen «amtliche Übergriffe» aus Berlin müsse reagiert werden. Prägnant folgte der Rat: «Gegen Organisation hilft nur Organisation, einem organisierten Angriff muss eine organisierte Abwehr gegenübergestellt werden.»<sup>17</sup> Das «Gefühl für Recht und Anstand» werde durch Eingriffe aus Berlin erheblich verletzt. Die Machtakkumulation während des Krieges führte Sonnenburg auf vier Faktoren zurück: erstens die Oberste Heeresleitung («hinter dem Rücken der Bayerischen Staatsregierung»), zweitens die Alldeutschen («wir bekämen schliesslich Verhältnisse wie ... die Demagogenkriecherei der Metternichschen Reaktionsperiode»), drittens die Übergriffe der Geheimpolizei nach Bayern («eine ganz ausserordentliche Gefahr für unser Volksleben wie für den Bestand des Staates») und schliesslich die «*privat-*



*ten Umtriebe der Zentralisiert» (mit ihren «unerschöpflichen Geld- und sonstigen grossen Machtmitteln»).*

Die aufgezeigten wohl organisierten Aktivitäten aus Berlin erklärte sich Sonnenburg im Wesentlichen nicht aus der Rivalität zwischen Preussen und Bayern. Er plädierte für das System der Machtbalance durch Föderalismus, für eine Verstärkung des Parlamentarismus, für eine Wahlrechtsreform, für die Sicherung der Rechte des Einzelnen (von der die Meinungs- und Pressefreiheit nur ein Fall, in den Kriegsjahren gleichwohl seine amtliche Hauptaufgabe war) und für die soziale Fürsorgepflicht des Staates. Auf diese Positionen gründete Sonnenburg seine Kritik an der «grosspreussischen Idee» und an den Erfolgen des «Berlin-Frankfurter-Geistes». Die Sorge, dass diese sich auch nach dem Krieg durchsetzen könnten, trieb ihn um: «Jede freie Meinungsäusserung würde unterdrückt. Eine *völlige Korruption der Gesellschaft* ... wäre das traurige Endergebnis.»<sup>18</sup> Daher ergab sich die Kontinuität, auch 1919 als Mitarbeiter von Eisner in der Bayerischen Staatszeitung den «schärfsten Zentralismus» in Berlin zu be-  
anstanden.<sup>19</sup>

Sein Konzept für die «Bekämpfung der oben geschilderten Auswüchse» verfasste Sonnenburg nicht erst am Ende der Monarchie. Bereits Mitte des Jahres 1916 hatte er mit ähnlichen Gründen in einem Gutachten die bayerische Regierung zur Unterstützung des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg bewegen können. Darin beschwor er die staatsrechtlichen Folgen der weiter ausgebauten Zentralisierung in Berlin, die, so bewertete er die Entwicklung im historischen Vergleich, «letzten Endes auf die Umwandlung des bismarckschen föderativen Deutschland in ein ‚Grosspreussentum‘» abzielten. Bereits in dieser für den internen Gebrauch im Ministerium angefertigten Analyse wurde auf die Verquickung von ausserpolitischer Zielsetzung und ökonomischen Bedingungen in Preussen hingewiesen, welche die Politik bestimmte und ideologisch untermauerte.

Diesbezüglich hiess es: «Der *Grossgrundbesitz*, insbesondere der ostelbische, huldigt auf dem Gebiet der auswärtigen Politik im Allgemeinen den alldutschen Auffassungen, scheint jedoch das Hauptgewicht auf Hinausschieben der Grenzen im Osten zu legen, während die *Schwerindustrie*, bei im Übrigen ähnlichen Auffassungen, vor allem die Erwerbung Belgiens, der französischen Grubengebiete, die Schaffung einer deutschen Rheinmündung und die Niederkämpfung Englands erstrebt.»<sup>20</sup>

Dieser Kontext von Macht und Interesse, Politik und Ökonomie war für Sonnenburg konkret identifizierbar. Seine Amtsführung als Zensor der Presse spiegelt dies beispielhaft wider. Sein liberaler, politisch und nicht rein formal gehandhabter Ansatz<sup>21</sup> erklärt, weshalb in München die nationalistischen und rechtsextremen Publikationen der Alldutschen häufig mit der Zensur in Konflikt gerieten; das Pressereferat sich nicht an Berliner Vorgaben hielt, die Interventionen der Obersten Heeresleitung (OHL) und des Generals Ludendorff mit Bedacht zurückwies; und dass den liberalen, pazifistischen und kritischen Vertretern nicht nur Verständnis, sondern sogar manchmal ein eindeutiger, zumindest ein relativer Schutz gewährt wurde. Sonnenburg ignorierte aus diesen Gründen Verfügungen des Generalstabs, Weisungen des Generalkommandos und Schreiben der OHL. Dabei lag seine Macht im Kampf gegen diese Überschreitungen nur darin, ganz methodisch die rechtlich fixierten Kompetenzen einzuklagen. Er focht immer wieder einen sehr aufwendigen, juristisch differenzierten Aktenkrieg gegen die militärischen Kommandos sowie gegen die militärischen und zivilen Reichsbehörden aus.

In einem entsprechenden Fall bestätigte abschliessend das Münchener Kriegsministerium «das Bestreben einer Zentralisierung aller Regierungsgewalten» in Preussen und nahm dabei Sonnenburgs Entscheidung in der Sache hin, die Berliner

Massnahmen aufzuheben und Ludwig Quidde einen Pass auszustellen, damit er an einem internationalen Pazifistenkongress in der Schweiz teilnehmen konnte. Immerhin hatte es in den Akten geheissen, dass Sonnenburg «keinen Grund hat, an der vaterländischen Gesinnung des Dr. Quidde zu zweifeln», und er «glaubte ihm lediglich wegen seiner pazifistischen Anschauung den Pass nicht verweigern zu dürfen». <sup>22</sup> Sein Begriff des vaterländischen Interesses definierte sich im deutlichen Kontrast zum zeitgenössischen rechtsnationalen Verständnis. <sup>23</sup>

Für Sonnenburg hatte das Militär lange Zeit eine ambivalente Rolle gespielt. War er doch im ersten Teil seines Lebens fachlich als Offizier ein ungewöhnlicher Militärexperte geworden: Immerhin wurde der junge Major nach einer fundamentalen Kritik an den taktischen und operativen Prinzipien des Moltkeschen Generalstabes hoch gerühmt und mit dem historisch nicht unziemlichen Anspruch als «unser moderner ‚Clausewitz‘» <sup>24</sup> öffentlich präsentiert. Damals besass er das Profil eines fachlich und menschlich gebildeten Offiziers und hatte Ursachen des Systems des Militarismus im Innern der Armee erkannt. Besonders verwies er auf die Wirkung der «gedrillten Regel» im Unterschied zur «erspriesslichen Initiative». Er beklagte Norm und Realität des Militäralltags: das starre Befolgen der einfachen «Rezepte», die Reduktion der Armee auf den automatenhaften «Mechanismus, der funktioniert», und «das Exerzieren ... als Disziplinierungsmittel» für den Einzelnen. Stattdessen forderte er «die freieste Entfaltung des Geistes» anstelle der schematischen Gültigkeit der Vorschriften für alle Fälle, «wovon dann zumeist in der Wirklichkeit kein einziger eintritt». Im Zentrum der Argumentation stand jedoch die wichtigste Tugend der militärischen Führung: «der *moralische Mut, der Mut der Verantwortung*» <sup>25</sup> Daran mangelte es grundlegend.

An diese Leitlinie hielt Sonnenburg sich persönlich. Es gab für ihn kein Tabu, Kritik am Grossen Generalstab, an der militärischen Führung, an der OHL wie auch an den bayerischen Kommandobehörden zu üben. Doch scheint es wohl so etwas wie einen letzten, geschützten Residualbereich im Verständnis des Militärs gegeben zu haben. Das Militär als Institution des Staates hatte noch lange einen besonderen Status. Dieser besagte, «dass das Heer *unter allen Umständen* aus dem Streit der politischen Fragen ausgeschieden bleiben muss»<sup>26</sup>.

Die diplomatischen Mängel und die militärischen Fehler nach 1914 bewirkten jedoch den Umschwung. Nach dem anfänglichen Akzeptanzverlust der «als ausschliessliches Vorbild bewunderten preussischen Armee» entzauberten schliesslich die Unzulänglichkeiten und Fehler in der Kriegsführung die militärische Elite. Dazu hatten verschiedene Umstände beigetragen. Zunächst hatte sich die Missstimmung an der Front aufgrund der «vielfachen unkontrollierbaren Erzählungen und Mitteilungen von Kriegsteilnehmern» auf die Bevölkerung übertragen. Ebenso spielte die, wie Sonnenburg vorsichtig erwähnte, «vom feindlichen Ausland lebhaft propagierte Auffassung» eine erhebliche Rolle, «dass die preussische Militärpartei die Schuld an der langen Dauer des Krieges trage». Auch hatte sich die Wende des Krieges nach der Niederlage in der Marne-Schlacht herumgesprochen.

Schliesslich stellte Sonnenburg eine «Erbitterung» über die Unfähigkeit «auf rein militärischem Gebiet» fest. Es gab kaum Zweifel: Viele Stellen der Verwaltung hatten Kenntnis von den «mannigfachen Anmassungen und Übergriffen preussischer Militärbefehlshaber und Führer»<sup>27</sup>. Daneben traten bei der direkten Truppenführung diejenigen Mängel verstärkt zutage, die schon der junge Major, drei Jahrzehnte zuvor, kritisiert hatte und welche «die preussischen Soldaten

und die preussischen Führer im rein Soldatisch-Militärischen ... keineswegs überlegen» erscheinen liessen.

Die Entzauberung des Militärs fand ihren Abschluss, als Sonnenburg analytische Fehler im strategischen Konzept der Kriegführung erkannte. Deren Begrenzung auf das Militärhandwerkliche und -technische trat hervor. Die Auswirkungen waren katastrophal, da die Ressourcen des Landes, vor allem die industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse, nicht als Faktoren der Kriegführung einkalkuliert worden waren. Sonnenburg fasste sein Urteil folgendermassen zusammen: «Urteilsfähige Leute fanden es unbegreiflich, dass nicht wenigstens die im preussischen Grossen Generalstab verkörperte Führung ... die Entwicklung der Dinge vorausgesehen hatte, und bezeichneten das Fehlen eines Ansatzes zu einem wirtschaftlichen Mobilmachungsplane, durch welchen dem von England mit Sicherheit zu erwartenden und jetzt mit unbestreitbarem Erfolg eingeleiteten und durchgeführten Wirtschafts- und Hungerkrieg wirksam hätte begegnet werden können, als eine furchtbare Unterlassung der verantwortlichen militärischen Stellen.»<sup>28</sup>

Das Militär – die kaiserliche Armee – hatte seine fachlichen Aufgaben nicht gemeistert. Es hatte keinen Mut zur Verantwortung aufgebracht. Darüber hinaus hatte es sich parteilich verhalten und das vaterländische Ideal verfehlt, die deutschen Interessen über die preussischen zu stellen. Das Militär hatte aus der Sicht Sonnenburgs den letzten Rest seiner einst geachteten Stellung selbst aufgegeben. Auch hier war das «partikularistisch-preussische Interesse» sichtbar geworden, aus dem Bismarckschen Deutschen Reich ein «Grosspreussen»<sup>29</sup> zu errichten.

Alfons Falkner von Sonnenburg gewann in seinem Leben in direkter und gedrängter Weise Einblicke in die Entfaltung des komplexen Militarismus der Jahrhundertwende. Als kaum zwanzigjähriger Offizier erlebte er 1870/71 vor Paris die

Schrecken der Materialschlachten im Stellungskrieg der Moderne und lernte an der Front die Unfähigkeit der militärischen Führung kennen und verachten. In den achtziger Jahren hatte er als Dozent an der Kriegsakademie in München eine eher theoretische Distanz zur militärischen Profession gewonnen. Man könnte in seiner damaligen Analyse der Taktik auch so etwas wie ein Ideal der guten militärischen Führung erkennen. Beide Pole der Erfahrungen mit dem Militärischen wurden im Horizont einer weltweiten journalistischen Tätigkeit um die politische und gesellschaftliche Dimension erweitert. Militär und Macht, Frieden und Freiheit durchdrangen seine Themen und öffneten die Perspektive auf die internationale Politik. Schon bald bezeichnete er das masslose Weltmachtstreben Berlins als Ursache für einen drohenden mitteleuropäischen Krieg.<sup>30</sup>

Der Weltkrieg schärfte die normative Frage nach einer guten, d.h. friedensauglichen Ordnung im Innern und nach einer friedenssichernden Ordnung in den europäischen Beziehungen. In zwei grösseren Ausarbeitungen vom Dezember 1918 und aus dem Jahre 1921 hat Sonnenburg in etwa die Summe seiner historisch-politischen Erkenntnisse zusammengefasst. Beide Schwerpunkt-Analysen waren auf praktisches politisches Handeln für einen Frieden gerichtet. Es ginge nach dem Kriegsende darum, dass «die *geistigen und moralischen Gewalten* der Völker auch *ohne Kanonen* voll zur Entfaltung kommen werden»<sup>31</sup>.

Konsequent trat Sonnenburg, als er seine Lehren aus dem Weltkrieg zog, für die «Versöhnung auf dem Kontinent»<sup>32</sup> ein. Er geisselte nun die «*Irrwege des menschlichen Geistes*: den *Nationalismus* und den *Militarismus*». Beide waren im 19. Jahrhundert zusammen aufgetreten; ihre «Gemeinschaft» behindere Jede «friedliche Zukunftsentwicklung». Solange diese Ursachen für den Krieg fort dauerten oder neu erweckt würden, wären die Millionenopfer vergebens gewesen. «Im

deutschen Volk», darüber bestand für Sonnenburg kein Zweifel, «ist und bleibt der Träger des militaristischen Gedankens, also des Soldatenstaates, stets *Preussen.*» Dieser Staat mit seinen Ländern östlich der Elbe sei vielleicht «das einzige Gemeinwesen der Erde, das von seinen ersten Anfängen an sich *rein soldatisch* entwickelt» habe.

In einer sozialgeschichtlichen und ideologiekritischen Betrachtung wies er auf die Anfänge des sozialen Militarismus der Frühzeit hin und betonte, dieses militärische Preussentum unterscheide sich geradezu «polar» von der deutschen Tradition und Kultur im Süden und Südwesten, die «durchaus inoffensiv, unkriegerisch und unmilitärisch» seien. Die Befreiung von «jenem alles ertötenden preussischen Soldaten- und Landsknechtsgeiste» konnte nicht gelingen, weil bis zum Ende des Kaiserreichs die «altpreussisch-orientierte Gesellschaftskaste der preussischen Offiziere des aktiven und verschleierte Beurlaubtenstandes» das deutsche Volk «souverän beherrscht hat» und zu einem «Kasten- und Klassenstaat umformte». <sup>33</sup>

Die soziale Kohärenz des Offizierskorps hatte sich schliesslich nach einer exklusiven Abschottung weiter verdichtet und innerhalb des Militärs noch die Elite der Generalstabsoffiziere ausgeformt. Sie bildeten hinsichtlich des Primats der Politik das eigentliche Problem, da sie ihre Sprache und ihr Fachwissen zur «völligen Unterwerfung der politischen Gesichtspunkte unter die militärischen» genutzt hätten. Nur Bismarck wäre es einmal, 1866 im Nikolsburger Kriegsrat, noch gelungen, Moltke und alle übrigen Generale auf das politische Ziel zu verpflichten, nicht mit den Truppen in Wien einzumarschieren, sondern mit Österreich Friedensverhandlungen einzuleiten.

Der Primat des Zivilen in der Politik war für Sonnenburg das Kriterium, um den preussischen von einem französischen Militarismus zu unterscheiden: «Auch bei unseren Gegnern

während des Weltkrieges sind die Generalstäbe (von) deren Riesenarmeen niemals die entscheidenden Machtfaktoren für die Politik der Entente gewesen; die Zivilregierungen sind bis zum Ende die Herren der Lage geblieben»; und er präzierte den internationalen Vergleich der Gegenwart dahingehend, dass beispielsweise in der Schweiz «der *Berufsoffizier* mit seinen militärischen Zunftgeheimnissen *niemals* eine den demokratischen Staat *überwuchernde Gesellschaftskaste* bilden»<sup>34</sup> könnte. Wenn auch die Armeen in allen Staaten die gleichen Wünsche und Ansprüche stellten, dann gelte jedoch für die deutschen Militärs: «die *Herren im Staat* aber sind sie *nur in Preussen*»<sup>35</sup>. Das konstituierte das Militär als Faktor des modernen Militarismus.

Die Ideologie dieses Militarismus stammte noch aus einer weiteren, aus einer nationaldeutschen Wurzel. Sonnenburg ritt scharfe Attacken gegen die alldeutschen Geschichtspromessoren. Unselig habe an ihrer Spitze Heinrich von Treitschke mit seiner «Geschichtslüge»<sup>36</sup> vom deutschen Berufe Preussens gewirkt. «Dieser gutgläubige Fälscher der geschichtlichen Wahrheit» auf dem Hochschulkatheder habe Generationen von Menschen zu der Meinung veranlasst, «dass das Preussentum identisch sei mit dem Deutschtum». Der politisch-völkische Nationalismus des Kaiserreichs wirke über das Ende des Weltkrieges hinaus. Daher drohe die «*konsequentegeistige Vorbereitung der deutschen Intelligenz zu nahem Rachekrieg gegen Frankreich*». Seine Aktualität und Wiederbelebung in der Weimarer Republik erschien als «furchtbarer Kulturrückschritt»<sup>37</sup> gegen eine internationale Verständigung, da weiterhin die alte Devise propagiert werde, am deutschen Wesen solle die Welt genesen. Polemisch zugespitzt, hielten diese Kreise Preussen «für das auserwählte Volk Gottes ..., das der schwarz-weiße königliche preussische Jehova durch die Wüste dieses Weltkrieges ganz be-



stimmt in das gelobte Land seines Propheten Treitschke führen werde».<sup>38</sup>

Sonnenburg bestimmte neben dem Militär und diesen Nationalisten noch einen dritten Faktor des Militarismus der modernen Gesellschaft, der erst die ausschlaggebende Charakterisierung ergab: «der *neue schwerindustrielle kapitalistische Nationalismus*». Auch er stimuliere die nationalistische Propaganda, habe jedoch eindeutig ökonomische Motive. «Für diese Leute ist», spitzte Sonnenburg die Erkenntnisse zu, «der Krieg ein Geschäft, eine *Hochkonjunktur* für alles das, was mit Eisen und Kohle hergestellt werden muss. Und da *kein Friedenszustand* der Welt einen so reissenden und glänzenden Absatz an Eisen und Kohlenprodukten gewährt, so ist für die Geschäftsleute der *Krieg* ebenfalls ein ‚*gelobtes Land*‘, nämlich als Hochkonjunktur ihrer Produktion!»<sup>39</sup>

Sonnenburg stellte eine neuartige Kombination dieser innenpolitischen Faktoren fest, die den einzelnen Faktoren eine jeweils radikalisierte Qualität zurechnete. Analytisch liessen sich Militarismus, Nationalismus und Rüstungsindustrie trennen: «Der Krieg als *Hochkonjunktur der Schwerindustrie* ist daher mindestens ebenso *furchtbar friedens feindlich ...* wie der *preussische Militarismus und Nationalismus*.» Doch vereint hätten diese Phänomene eine weitreichende Gewalt. Denn dieser «schwerindustrielle Nationalismus» begründete ein Bündnis der «politisch-völkischen Nationalisten» mit den Vertretern vom «Industriekapital der Schwerindustrie». Damit war Sonnenburg eine ideologiekritische Charakterisierung des militärisch-industriellen Komplexes seiner Zeit gelungen. Er unterschied «dieses Stadium» der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg grundsätzlich von der Kriegszeit zwischen 1864 bis 1871, als es derartige «Zusammenhänge zwischen Krieg und kaufmännischer Spekulation»<sup>40</sup> noch nicht gegeben hatte. Grundlegende Bedingungen des deutschen «Sonder-

wegs» des politischen und ökonomischen Herrschaftssystems waren damit benannt.<sup>41</sup>

Sonnenburg hatte am Ende des Weltkrieges eine Position entwickelt, die den gesinnungsethischen Pazifismus mit einem realpolitischen Konzept der umfassenden Reformen verband und die Interdependenz innenpolitischer und internationaler Faktoren hervorhebt. Aus der normativen Kultur der gemäßigten Pazifisten kamen wohl letztlich die Anstöße, die zeithistorische Kritik aus der journalistischen Beobachtung zu lösen und zu schärfen, so dass Gewaltbereitschaft und Aggressionspotentiale analytisch stringent auf ihre Ursachen im Spannungsfeld zwischen Militär und Macht, zwischen Politik und Ökonomie zurückbezogen wurden.<sup>42</sup> Sonnenburg erweiterte die sozialdemokratische Militärkritik mit der Perspektive auf den krisenhaften Sozialimperialismus, nach dem innenpolitische und überseeische Fragen sich komplex in Wechselwirkungen banden und die gesellschaftlichen und demokratischen Reformen blockierten. Damit wurden die gefährlichen Spannungen zwischen dem halbkonstitutionellen Obrigkeitsstaat und seinen traditionellen Machteliten sowie dem aufgestiegenen Bürgertum in der funktionellen Wirkung des preussischen Zentralismus überdeutlich; aus den Strukturen des Berliner Machtsystems traten Kriegsbereitschaft und Machtmentalität hervor. Die Warnungen vor der gefährlichen Entwicklung bezeugten bereits um die Jahrhundertwende die krisenhafte Lage mit ihren Gefahren, in eine nicht mehr steuerbare Kriegskatastrophe hinüberzugleiten. Die Erfolgsbilanz des Kaiserreichs blendete Sonnenburg nicht, die Schatten der militaristischen Wirklichkeit unter den Konturen des Glanzes immer wieder ins Licht der Aufmerksamkeit zu rücken.

Die Reformimpulse der Revolution scheiterten schon bald nach 1918 am Machtwillen der Restauration. Sonnenburg wurde verfolgt, sein Konzept einer bürgerlich-demokrati-

schen Gesellschaft und einer europäischen Friedensordnung geriet an den Rand des politischen Spektrums. Er wurde marginalisiert. Was zuvor vernünftig schien, um aus dem Zusammenbruch konstruktiv einen liberalen Staatsaufbau mit zu gestalten, wurde in diffamierender Absicht mit dem Etikett der Radikalität versehen. Sonnenburg begleitete die Restitution des Berliner Zentralismus in der Republik von Weimar mit einer Kritik aus demokratischer und pazifistischer Überzeugung. Seine Vision des Friedens scheiterte an dem Überdauern des deutschen «Sonderwegs».

*Friederike Gräper*

## «MILITARISMUS IST KEINE FRAGE DER TECHNIK»

*Generalmajor Freiherr von Schoenaichs  
Militarismuskritik*

Generalmajor a.D. Paul Freiherr von Schoenaich erklärte den Erfolg seiner Vorträge gegen Krieg und Militarismus 1925 wie folgt: «Einer meiner Freunde hat einmal gesagt, meine Versammlungen seien deswegen so gut besucht, weil in Deutschland ein pazifistischer General als Sehenswürdigkeit unmittelbar hinter einem Kalb mit zwei Köpfen rangiere.»<sup>1</sup>

Tatsächlich gab es innerhalb der kleinen Gruppe von Kritikern der kriegerischen Machtpolitik des Kaiserreiches nur wenige ehemalige Offiziere.<sup>2</sup> Ihre Wirkung darf jedoch nicht unterschätzt werden, denn diese ehemaligen Kameraden verfügten über profunde Fachkenntnisse und eigene militärische Erfahrungen. Dies verlieh ihnen eine Glaubwürdigkeit, die zivilen Militärkritikern fehlte. Die gesellschaftlichen und pazifistischen Analysen eines prominenten «Renegaten-Generals»<sup>3</sup>, wie Schoenaich von seinen ehemaligen Kameraden tituliert wurde, sind in der historischen Forschung bisher wenig bekannt. Paul von Schoenaichs Biographie illustriert die Grenzen, die einer Militärkritik innerhalb des Offizierskorps gesteckt waren, und öffnet den Blick für die Möglichkeiten, die es in der Weimarer Republik für eine Militärpolitik hätte geben können, wenn sich Anhänger der Demokratie wie er durchgesetzt hätten.

Zunächst deutete nichts darauf hin, dass Schoenaich einmal zu einem international bekannten Pazifisten und Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft werden sollte. Als Nachkomme eines alten preussischen Adelsgeschlechtes wurde



*Deutsch-polnische Verständigungskundgebung am 30. April 1929 in Berlin: sitzend v. l. Professor Ludwig Quidde, der polnische Minister Thugutt, Reichstagspräsident Paul Löbe, Professor Pagier, Generalmajor Paul Freiherr von Schoenaich; stehend Hellmut von Gerlach, Heinrich Ströbel, Frau Löbe, Dr. Hasslacher, Professor Anna Siemson, Professor Veit Valentin, Dr. Emil Gumbel, Bern Meyer, Kurt Grossmann, Otto Lehmann-Russbüldt, Dr. Walther Lumthal und Richard Kuenzer.*

Paul Freiherr von Schoenaich am 16. Februar 1866 geboren. Standesgemäss entschied er sich für die Offizierslaufbahn, irritierte seine Familie aber mit einem Einstieg bei der Marine, bevor er den als glanzvoller geltenden Weg als Kavallerieoffizier in Berlin einschlug. Ab 1907 arbeitete er als Fachreferent im preussischen Kriegsministerium. Bei Kriegsbeginn 1914 erhielt er das Kommando über das 14. Dragonerregiment

Colmar. Er kämpfte zunächst im Verband des 15. Armeekorps unter seinem späteren pazifistischen Mitstreiter General Berthold von Deimling im Elsass und in Frankreich, später in der 4. Kavalleriedivision in Polen. Im Sommer 1915 wurde Schoenaich erneut ins preussische Kriegsministerium versetzt. Als Leiter seiner alten Abteilung 3 war er bis zum Ende der Demobilisierung zuständig für Kavallerie und Eisenbahnwesen.

Bis zum Jahr 1919 hatte sich Schoenaich scheinbar nicht wesentlich von seinen Standesgenossen unterschieden. Er war erfolgreich<sup>4</sup> und bei seinen Regimentern beliebt<sup>5</sup>. Seinen eigenen Angaben zufolge genoss er das einem Kavallerieoffizier entgegengebrachte Ansehen und die zahlreichen Anlässe zu militärischem Prunk. Auch in seiner soldatischen und patriotischen Überzeugung will Schoenaich den Kameraden in nichts nachgestanden haben: Als der Krieg ausbrach, habe er sich, berichtet er, «von allergrösstem Hurra-Patriotismus»<sup>6</sup> erfüllt, sofort an die Front gemeldet und in festem Glauben an einen Siegfrieden seien ihm nur graduelle Zweifel an der militärischen Führung des Generalstabes und der offiziellen deutschen Kriegspolitik gekommen. Entsprechend unvorbereitet trafen den Fachmann das Kriegsende und die Niederlage Deutschlands.

Aber anders als die meisten Offiziere der ehemals kaiserlichen Reichswehr konnte sich Schoenaich mit dem Ende der Monarchie und der im Gefolge der Revolution entstandenen Republik als Staatsform abfinden. Mehr noch, der 53-Jährige wurde ein Teil der neuen Ordnung, indem er nach eigenen Angaben schon 1918 der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) beitrug. Wie Schoenaich später selbst vermutete, hatte er damit das Ende seiner Laufbahn besiegelt.<sup>7</sup> 1919 überstand Schoenaich noch unbeschadet zwei «Rationalisierungsmassnahmen» der militärischen Führung: Vor der Auflösung des preussischen Kriegsministeriums ernannte man ihn am

1. März 1919 zum Regimentskommandeur der prestigereichen 2. Gardedragonern, und er übernahm später, als die Stammtruppenteile aufgelöst und seine Gardedragonern mit vier anderen Berliner Kavallerieregimentern zum 9. preussischen Reiterregiment zusammengefasst wurden, dessen Kommando.<sup>8</sup> Am 24. Juni 1919 will sich Schoenaich seinen eigenen Angaben zufolge im Kreise leitender Berliner Offiziere gegen einen Militärputsch und für die Republik ausgesprochen haben. Kurz danach wurde der gerade beförderte Kavallerieoberst vom Dienst suspendiert und zum 1. April 1920 entlassen.<sup>9</sup>

Man mag es als Naivität bezeichnen, dass Schoenaich auch von dieser Entwicklung überrascht wurde. Schliesslich beschrieb er selbst in einem Artikel von 1921 die allmähliche Politisierung des grossagrarisches-elitären Offizierskorps, die ihm hier zum Verhängnis wurde. Der «gesellschaftliche Stand des Junkers» und das Ansehen des von ihm getragenen Offizierskorps, so Schoenaich, seien «mehr oder minder auf die konservative Partei» übergegangen.<sup>10</sup> Diese militärisch-politische Symbiose hatte nach Ansicht des Freiherrn schliesslich ein Denkmuster hervorgebracht, das «die terroristische Anwendung des gesellschaftlichen Zwanges zur Erreichung bestimmter politischer Zwecke» kultivierte, einen «falsch verstandenen Korpsgeist».<sup>11</sup> Der «demütige oder stumpfsinnige Kadavergehorsam, die Korporalsethik und der Orden- und Tittelfimmel»<sup>12</sup> des Kaiserreiches konnten seiner Meinung nach auf diesen «Gesinnungsterror»<sup>13</sup> zurückgeführt werden. Schoenaich räumte ein, dass sich der Konformitätsdruck für die Konservativen lange ausgezahlt hatte. «Auf der anderen Seite», und dies war Schoenaichs Hauptkritikpunkt, «hat sie aber dadurch jeden frischen Zug von sich ferngehalten.»<sup>14</sup> Hier lag in seinen Augen auch die Ursache für den Zusammenbruch des wilhelminischen Systems: «Jedem frischen Wind verschloss man die Fenster und übersah dabei, dass in

der Muffluft die Keime gediehen, die der alten Herrenkaste den durch ihre Kurzsichtigkeit wohlverdienten Tod brachten.»<sup>15</sup>

Die Weimarer Republik bot nun für Schoenaich die Möglichkeit eines Neuanfangs. Auf die Streitkräfte bezogen, schrieb er 1922: «Voraussetzung für einen Bruch des Militarismus ist die ehrliche Erforschung seiner Fehler. Nur dann können alle die edlen und disziplinierten Kräfte sich voll entfalten, die in der alten Wehrmacht vorhanden waren, die aber von den üblen Entartungen des Militarismus überwuchert wurden.»<sup>16</sup> Unter den «üblen Entartungen» verstand Schoenaich einzelne militärpraktische Missstände, beispielsweise die einer modernen Kriegführung unangemessene Uniformierung. Damit ähneln Schoenaichs Argumente denjenigen der Kritiker des «Friedensmilitarismus» im Kaiserreich, die «nicht kriegsgemässe Erscheinungen innerhalb des wilhelminischen Militärs»<sup>17</sup> anprangerten, um die Streitmacht davon zu befreien und sie dadurch effektiver zu machen.<sup>18</sup> Anders als diese beliess Schoenaich es aber nicht bei der technischen Kritik. Es ging ihm auch um eine soziale, politische und mentale Öffnung der Streitmacht. Die «edlen und disziplinierten Kräfte» der alten Wehrmacht bündelten sich für Schoenaich «in dem Gedanken des restlosen Aufgehens in der sittlichen Pflicht, der Allgemeinheit zu dienen»<sup>19</sup>. Der «an sich richtige Grundsatz des Gehorsams und der Disziplin» sei dadurch entwertet, «dass er auf der einen Seite zu einer Überschätzung des Staatsgedankens, auf der anderen zu einer Unterdrückung der persönlichen Freiheit der einzelnen Staatsbürger führte».<sup>20</sup>

Welcher Staatsform die Streitkräfte dienten, war für Schoenaich ohne Belang, denn einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Haltung des Militärs in einer Monarchie und einer Republik konnte er nicht erkennen. In seinen Augen hatte sich die Wehr der Politik immer unterzuordnen. Unver-



hohlen kritisierte er daher auch die politische Eigenmächtigkeit der Obersten Heeresleitung während des Ersten Weltkrieges: «Der Fehler liegt darin, dass die Wehrmacht doch nur ein Mittel sein soll zur Durchführung der Politik. Dann muss aber auch die politische Leitung die Führung behalten und die Wehrmacht in ihren Dienst stellen, nicht umgekehrt, wie es bei uns leider geschah. Das Schlimmste aber war, dass auch die Diktatur der Obersten Heeresleitung auf halbem Wege stehenblieb. Sie hatte tatsächlich die ganze Staatsgewalt in der Hand, versuchte aber, besonders wenn etwas schief ging, den Anschein zu erwecken, dass der Kanzler der verantwortliche Leiter der Gesamtpolitik sei. Diese Halbheit hat das Vertrauen in die Ehrlichkeit unserer Politik im In- und Auslande schwer erschüttert.»<sup>21</sup> Die politische Orientierung der Reichswehrmitglieder betrachtete Schoenaich anfangs nur als ein militärinternes Problem: «Dieser schon in der alten Armee bestehende innere Zwiespalt zwischen konservativen Offizieren und sozialistischen Mannschaften musste sich bis zur Unerträglichkeit auswachsen, als im Kriege Millionen von älteren Sozialisten unter das Kommando von blutjungen, konservativ gefärbten Leutnants gestellt wurden.» Damit wandte er sich nicht nur gegen das nationalistische Ideal der Schützengrabengemeinschaft, der zufolge das Kriegserlebnis die Klassenunterschiede verwischt habe, sondern auch gegen eine Restauration der alten Verhältnisse. Schoenaich hielt es für wenig wahrscheinlich, dass die persönliche politische Überzeugung der Reichswehrmitglieder die Loyalität der Truppe zur jeweiligen Regierung gefährden könne. Selbst nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 glaubte er: «Die Tatsache, dass ausser dem jeweiligen Minister kein Mensch in der ganzen Wehrmacht wirklich auf republikanischem Boden steht, ist unbedenklich, solange der gesunde Sinn und die zweifelsfreie Vaterlandsliebe der massgebenden Männer der

Reichswehr sie von eidbrüchigen Handlungen gegen die neue tatsächlich bestehende Staatsform abhält.»<sup>22</sup> Sein Credo lautete: «Man gebe also Gedankenfreiheit, aber nicht Handlungsfreiheit. Unbedingter Gehorsam gegen jede auf demokratischer Grundlage gewählte Regierung muss die alleinige Richtlinie für alle Organe sein, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufen sind. ... Die Vertreter der extremen politischen Richtungen können ganz ruhig sein. ... Wenn sie dann die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, soll die ausübende Waffengewalt auch ihnen unbedingt Gehorsam schulden.»<sup>23</sup> Den anhaltenden politischen Druck der Wehrvereine auf Mitglieder des Offizierskorps beobachtete er mit Sorge. «Eifrig sind allerlei Bünde am Werk, die Offiziere politisch nach rechts hinüberzuziehen», notierte Schoenaich 1924.<sup>24</sup> Er fürchtete um die labile innere Einheit der Truppe und prophezeite erneute Spannungen innerhalb der Streitkräfte, sollten die Versuche von aussen, das Militär zu politisieren, fortgesetzt werden: «Dass die radikalen Linksparteien das mit einem Einwirken auf die Mannschaften beantworten werden, ist wahrscheinlich. Ein einmal aufgerissener Spalt innerhalb der kleinen Reichswehr wäre sehr schwer wieder zu schließen.»<sup>25</sup>

Schoenaichs Militarismusverständnis, wie es sich in seinen nach 1918 veröffentlichten Schriften darstellt, entsprach also zunächst den gängigen Vorstellungen seiner einstigen Kameraden. Bis nach dem Ersten Weltkrieg dürfte er zu jenen Kräften innerhalb des Militärs gehört haben, die systemkonforme militärische Reformen anstrebten, um die militärische Schlagkraft für künftige Waffengänge zu steigern. Schoenaich kritisierte dabei erstens die in weiten Teilen dem «Friedensmilitarismus» entsprechende gesamtgesellschaftliche Übernahme militärischer Formen und Werte. Zweitens erkannte er im Militarismus das Instrument der Anhänger einer

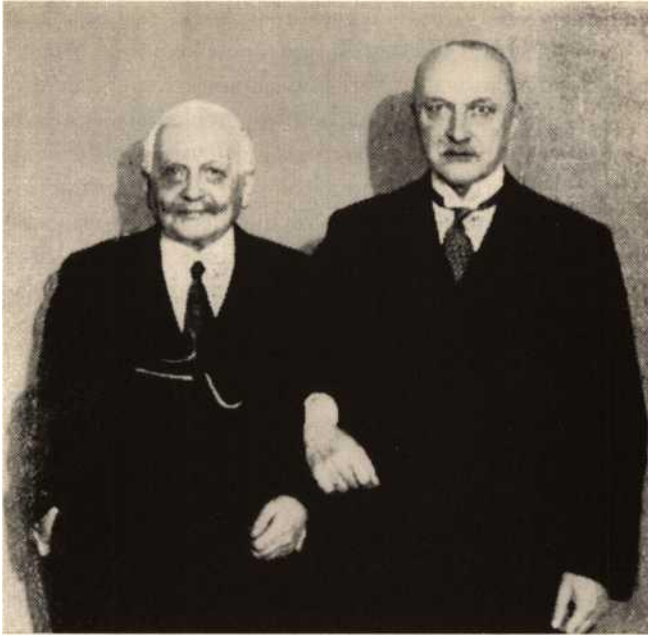
grossagrarisch-feudalen Gesellschaftsordnung, die im Offizierskorps repräsentiert wurden, ohne es jedoch in Frage zu stellen. Die politische Homogenisierung der Offiziere, die durch die vom Versailler Vertrag vorgeschriebene Reduzierung der Streitkräfte befördert wurde, störte ihn nur, weil er interne Fliehkräfte für die Truppe befürchtete. Bis Mitte der zwanziger Jahre hielt Schoenaich an einem idealisierten Militarismus fest, dessen sittlichen Einfluss auf den Staat er nicht aufgeben wollte. «Die Schulung aller wehrfähigen Männer in kurzer Waffenübung hat so ungeheuren erzieherischen Wert, dass kein Volk dies Mittel unbenutzt lassen sollte. Verbunden könnte sie werden mit einer Art Arbeitsdienstjahr, wie man es sogar für die weibliche Jugend gefordert hat. Auch das Wirtschaftsleben fordert heute die Disziplinierung aller Kräfte.»<sup>26</sup> Seine republikanische Haltung und seine Agitation für die DDP könnten Schoenaichs ehemaligen Kameraden bereits ausgereicht haben, um ihn aus ihren Kreisen zu verstossen.

Hinzu kam, dass Schoenaich sich gegen Krieg als politisches Mittel aussprach. Wie kam es zu diesem Wandel, der ihn später zum organisierten Pazifismus führte? Wie die gesamte Reichswehrführung erkannte auch Schoenaich einen qualitativen Wandel der Kriegführung durch «die nie geahnte Steigerung der Kriegstechnik, die noch unabsehbar ist». In Zukunft werde die Bedeutung der industriellen Rücklagen in den kriegführenden Ländern weiter steigen, schrieb er. Denn, so sein Argument, «der Materialkrieg bringt es endlich mit sich, dass der Hauptteil der Kriegführung sich in den wirtschaftlichen Unternehmungen der Heimat abspielt».<sup>27</sup> Unter dem Eindruck des Giftgaskrieges stehend, prophezeite er den totalen Krieg gegen die Zivilbevölkerung und fragte sich, «ob mit der restlosen Vertilgung ganzer Völker vom Erdboden, die für die Tötungstechnik ein nicht unerreichbares Ziel ist, den Siegerstaaten gedient wäre»<sup>28</sup>. Er kam zu dem Schluss,

deshalb müsse der «allein auf Waffengewalt gestellten Machtpolitik» des Kaiserreiches, dessen Ergebnis «in Form eines Trümmerhaufens» vorliege, insgesamt eine Absage erteilt werden. In einem Krieg sah Schoenaich künftig nicht den Weg zur Weltmacht, sondern in die Katastrophe.

Diese pazifistischen Ansätze bezog Schoenaich aus einer wirtschaftlich orientierten Weitsicht: Der Gutsbesitzer war davon überzeugt, dass die Industrialisierung zu einer neuen «Weltordnung» geführt hatte, die militärische Macht weniger hoch bewertete. «Unser Aufstieg fiel in eine Zeit, in der die einzelstaatliche Bedarfswirtschaft die Richtlinien gab», erläuterte er. «Solche Wirtschaft verlangt grobe, auf Waffen beruhende Machtpolitik. Als dann aber die nutzbare Erdoberfläche restlos aufgeteilt worden war, als durch die Entwicklung der modernen Grossindustrie immer weitere Arbeitsteilung entstand, musste bei der Begrenztheit der Märkte diese rein auf Waffengewalt gestellte Politik zur Katastrophe führen.»<sup>29</sup>

Dieses makroökonomische Weltverständnis entsprach den Thesen des britischen Publizisten Norman Angell.<sup>30</sup> Angell zog eine auf wirtschaftlichen Kriterien beruhende Bilanz von Kriegen und verkündete, Kriege machten sich nicht mehr bezahlt. Die internationalen Verbindungen von Industrie, Handel und Kapital machten die Nationen in wirtschaftlicher Hinsicht voneinander abhängig. Kriege könnten zwar im militärischen Sinne gewonnen werden, davon unabhängig richteten sie aber einen allgemeinen Schaden auf ökonomischer Ebene an.<sup>31</sup> Schoenaich formulierte 1922 ähnliche Ansichten: «Die Grossindustrie brachte Verstrickung der Weltwirtschaft. Diese Verstrickung musste zu einem wirtschaftlichen Pazifismus führen, weil der Krieg den Sinn verlor, sowie er auch den Sieger wirtschaftlich mehr schädigte, als er bestenfalls politisch gewinnen konnte.»<sup>32</sup> Silvio Gesells<sup>33</sup> Meinung und die Entwicklung der Freihandelsbewegung liess ihn sogar schluss-



*Zwei ehemalige Kriegsgegner in führender Position treffen sich auf dem Weltfriedenskongress 1924 in Berlin: der französische General Verraux und der deutsche General von Schoenaich.*

folgern, dass Kriege den Interessen eines Nationalstaates widersprechen.<sup>34</sup> Gesell hoffte, durch Bodenreformen den Abbau der Zollschränken und durch die Abschaffung der Goldwährung die Wirtschaft ankurbeln zu können. Schoenaich stimmte dem zu und argumentierte, das für Handelsbeziehungen notwendige Vertrauen sei auf kriegerischem Wege nicht zu erringen. Dem Vertrauen dienten seiner Ansicht nach zum einen aussenpolitische Massnahmen. Darunter verstand Schoenaich die Unterstützung des Völkerbundes, allgemeine Abrüstung und internationale Verständigung. Er selbst ging mit gutem Beispiel voran, organisierte 1924 eine Vortragsreise mit dem französischen General Verraux zum Thema

Frieden und Abrüstung in Deutschland und Frankreich und stellte sein militärisches Wissen internationalen Abrüstungskommissionen zur Verfügung.<sup>35</sup> Die aussenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands waren nach der Niederlage allerdings begrenzt. Schoenaich hoffte daher auf die Signalwirkung innenpolitischer Massnahmen. Darunter verstand er eine mässi-gende Einwirkung der Politik auf revanchistische Kräfte ebenso wie die strenge Kontrolle der Reichswehr durch das Parlament. «Wenn die Kriegshetzer einmal ein paar Monate den Mund halten wollten», so Schoenaichs Kalkül, «dann glaube ich, dass sich eine Atmosphäre bilden wird, die einer Revision der wahnsinnigen sogenannten Friedensverträge auch ohne Waffengewalt günstig ist.»<sup>36</sup> Für eine kriegerische Machtpolitik war in diesem Szenario kein Platz mehr.

Es wird sich nicht klären lassen, ob Schoenaich die ökonomische Argumentation gegen Krieg und Militarismus von Angell oder Gesell übernahm,<sup>37</sup> oder ob sein Interesse für die Volkswirtschaft ihn zu ähnlichen Schlüssen kommen liess.<sup>38</sup> Neuen Impulsen aus der Friedensbewegung ist es jedoch zu verdanken, dass er eine ethische Komponente in seine Kriegsablehnung integrierte. 1922 hatte die südwestfälische Landesgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) und speziell ihr Vorsitzender Fritz Küster den General in seiner Abgeschiedenheit aufgespürt und zu einer Vortragsreise gegen den Krieg eingeladen. Durch die DFG kam er mit den Schriften Friedrich Wilhelm Foersterns in Verbindung, die ihn stark beeindruckten.<sup>39</sup> Schoenaich verband seine historische Herleitung des «entarteten» preussisch-deutschen Militarismus der Gegenwart mit Foersterns ethischen Betrachtungen über eine Gesellschaft, die auf Disziplin und Gehorsam beruhe. «Bismarcks Politik» und «das preussische Schwert» hätten das Reich geschaffen und dadurch sei «der preussische Schwertglaube allmählich auch zum deutschen Dogma» geworden.<sup>40</sup>

Schoenaich wandte sich also aus strategischen, wirtschaftlichen und ethischen Gründen gegen den Krieg. Er war aber bereit, Zugeständnisse hinsichtlich des Verteidigungsfalles zu machen. Denn «unendlich viel» sei gewonnen, «wenn die Völker ... den festen Willen bekunden, in Zukunft nur zu den Waffen greifen zu wollen zur Verteidigung der eigenen Landesgrenzen».<sup>41</sup> Den Verteidigungskrieg wollte Schoenaich durch internationale Schiedsgerichte sanktioniert wissen. Diese Position der systemsprengenden Kritik erreichte er gleichsam unbeabsichtigt durch seine spezifische Analyse der ökonomischen und technischen Entwicklungen. Er liess sich dabei von Überlegungen leiten, die er selbst für vernünftig und patriotisch hielt.<sup>42</sup> Aus diesem Grunde fiel es ihm zunächst auch schwer zu begreifen, weshalb sich die bisherigen Kameraden und Gesinnungsgenossen feindselig von ihm abwandten. Seine Hinwendung zum Pazifismus erklärte Schoenaich selbst mit Ereignissen der unmittelbaren Nachkriegszeit: «Meine Wandlung begann unmittelbar nach dem Zusammenbruch, als ich Zeitungen aller Parteien und aller Länder lesen konnte. Mein Hauptinteresse wandte sich dann dem Gebiet zu, das mich auf früheren zahlreichen Auslandsreisen stets am meisten angezogen hatte, dem Gebiet der verstrickten *Weltwirtschaft*. Der Wahnsinn des Weltkrieges wurde mir vollends klar, als ich sah, dass die wirtschaftlichen Nöte der Sieger fast noch grösser waren als die der Besiegten. Weiter wurde ich nachdenklich über die tiefe Wandlung der *Kriegstechnik*, deren Entwicklung mir noch unabsehbar erschien. Insbesondere das Giftgas erschien mir als ein Hohn auf die so genannte ‚Ritterlichkeit‘ des ‚frisch-fröhlichen‘ Krieges. In meiner politischen Tätigkeit für die Deutsche Demokratische Partei, die mir von allen Parteien damals am nächsten stand, habe ich mich immer als reinen wirtschaftlichen Verstandes-pazifisten bezeichnet. Mit den *sittlichen* Grundlagen des Pazifismus habe ich mich erst zu beschäftigen begonnen, als die

Friedensgesellschaft durch ihre südwestfälische Arbeitsgemeinschaft mich um eine längere Vortragsreise bat.»<sup>43</sup> Es ist immerhin fraglich, ob es sich bei dieser Darstellung nicht um eine nachträgliche Dramatisierung handelt. Dennoch sind alle Argumente, die Schoenaich in seinen zahlreichen Aufsätzen gegen den Krieg immer wieder anführte, in diesem Bekenntnis versammelt.

Mitte der zwanziger Jahre änderte sich dann sein Militarismusverständnis. Irritiert von der breiten revanchistischen Strömung in den Wehrvereinen und enttäuscht von der rätselhaften «Unvernunft» seiner Zeitgenossen in Bezug auf demokratische Politik und militärpolitische Reformen, blieb ihm nur eine Erklärung: «Militarismus ist ... keine Frage der Zahl oder der Technik, sondern eine Frage des geistigen Zustands.»<sup>44</sup> Diese Äusserung lässt darauf schliessen, dass Schoenaich spätestens seit 1924 zu einem Militarismusmodell tendierte, dessen prominentester Protagonist, der deutsche Journalist und Offizier Major Franz Carl Endres,<sup>45</sup> Militarismus als «Geisteshaltung des Nichtmilitärs» definierte.<sup>46</sup> Bevor Schoenaich dessen Schriften gelesen hatte,<sup>47</sup> klang diese neue Betrachtungsweise in einer Antwort an die pazifistische Zeitschrift «Die Friedenswarte» an: «Sie fragen mich, sehr verehrter Herr Goldscheid, worin ich die Hauptpunkte einer wirksamen Friedensstrategie erblicke. Es gibt nur einen: Umstellung der menschlichen Gehirne.»<sup>48</sup> Diese «Umstellung der Gehirne», die Befreiung der Gesellschaft von «Herdengeist» und «Knechtseligkeit», nannte Schoenaich programmatisch «Abrüstung der Köpfe».<sup>49</sup> Darunter verstand der Generalmajor a. D. die Erziehung zu Pazifismus und Demokratie mittels der Tugenden der Aufklärung: Selbständigkeit, Urteilsvermögen und Toleranz. Diesem neuen Verständnis von Militarismus entsprach ein Paradigmenwechsel in Schoenaichs pazifistischer Strategie: Volkserziehung sollte



nun Regierungsmassnahmen ersetzen.<sup>50</sup> Wenn diese Umerziehung abgeschlossen sei, glaubte Schoenaich, werde sich der pazifistische Gedanke von selbst durchsetzen.

Drei Jahre später musste er sich eingestehen, dass seine Idee bisher wenig gefruchtet hatte. «Ich persönlich glaube», stellte er 1927 desillusioniert fest, «dass die seelische Einstellung der Staatsmänner und Militärs heute noch derart ist, dass sie vor keiner Scheusslichkeit zurückschrecken werden, wenn sie glauben, dass ihre eigenen Scheusslichkeiten denen der anderen überlegen sind.»<sup>51</sup> Der Generalmajor a. D. fürchtete nun ernstlich einen neuen Krieg und polemisierte immer stärker gegen die von ihm ausgemachten Lebensverlängerer des «Wehrgedankens». Dabei stiess er auf die «Angst der kapitalistischen Wirtschaftsführer vor dem möglichen Gelingen des russischen Wirtschaftsexperiments» und die mit ihr paktierenden rechtskonservativen Kreise. Diese Kräfte machten sich die Reichswehr als williges Medium zunutze, erkannte Schoenaich. Er schimpfte: «Unsere ganze vergesslerte Reichswehr<sup>52</sup> hat, soweit sie auf dem Lande spazieren geht, nur den Zweck, die Inlandsdeutschen, und soweit sie auf dem Wasser spazierenfährt, die Auslandsdeutschen im Sinne der Rechtsparteien zu politisieren.»<sup>53</sup> Der Militarismus war also nach Schoenaichs Überzeugung nicht allein eine Frage des Einflusses des Militärs auf die Gesellschaft. Auch andere Gruppen hatten ein Interesse an militaristischer Politik, so sein Hinweis. Auf die Unterstützung der demokratischen Parteien setzte Schoenaich dabei immer weniger. Sie stellten sich dem Geist der «Wehrhaftigkeit» nicht genug entgegen und daher verdanke letztendlich ihnen «die Hitler-Bewegung ... ihren rapiden Aufstieg»<sup>54</sup>. Denn eines hatte Schoenaich in seiner aktiven Militärzeit gelernt: Bei einem Konflikt mit dem Militär helfe «keine Sanftmut, sondern Härte». Und er ergänzte

te: «Mit Sanftmut allein gewinnt man sie nicht. Man muss ihnen zeigen, dass man auch zuhauen kann.»<sup>55</sup> Schoenaich, gegen Ende der Weimarer Republik abgeklärter als zu Beginn seines pazifistischen Engagements, kam aufgrund dieser Überlegungen zu der radikalsten und für den lang gedienten Offizier sicherlich auch schwierigsten Forderung seiner Laufbahn: die Abschaffung der Reichswehr! In der sich immer militaristischer gebenden Weimarer Republik verhalten seine Worte allerdings ungehört.

Viele Punkte aus Schoenaichs Analyse sind erst sehr spät in die historische Forschung eingegangen. Bis heute ist sein Name nahezu unbekannt, trotz seines mannigfaltigen politischen Engagements in der Weimarer Republik: Er war 1924 Reichstagskandidat der Deutschen Demokratischen Partei in Mecklenburg-Lübeck, von 1929 bis 1933 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft,<sup>56</sup> Mitglied des Internationalen Friedensbüros in Genf, Abrüstungsexperte und Funktionär vieler dem Pazifismus nahe stehender Organisationen.<sup>57</sup> Sein bedingungsloser Einsatz für eine demokratische und damit friedliche politische und gesellschaftliche Grundordnung beweist, dass für einen Militär in der Weimarer Republik durchaus die Möglichkeit bestand, sich der monarchistischen Bindungen zu entledigen. Auch wenn seine oft als Starrsinn missverstandene Haltung die Zeitgenossen zusehends polarisierte: Die sich in Schoenaichs und anderen Biographien «weisser Raben» spiegelnden Alternativen zugunsten einer friedlichen Fortsetzung der Weimarer Republik können die Unausweichlichkeit kriegerischer Konflikte relativieren. Paul Freiherr von Schoenaich verstarb am 6.1.1954 im Alter von fast achtundachtzig Jahren in Reinfeld.

*Lothar Wieland*

## **ALS GEGNER DES MILITARISMUS IN DER PRAKTISCHEN POLITIK**

*– der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel*

Auf die massenhafte Verbreitung der Lichnowsky-Denkschrift drängend, formulierte ein unabhängiger Sozialdemokrat am 6. Dezember 1917 im preussischen Landtag die rhetorische Frage, wer denn das Land in die furchtbare Notlage gebracht habe, in der es sich zu Beginn des vierten Kriegsjahres befinde. Unter lebhafter Zustimmung seiner Fraktionskollegen und wachsender Unruhe auf den Bänken der anderen Fraktionen gab er eine Antwort, die ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten einbrachte: «Die Unbesonnenheit der Regierung, die Unbesonnenheit der Kreise, die es nicht nur duldeten, sondern dazu aufgemuntert haben, dass jenes unglaubliche Ultimatum an Serbien ergangen ist, die haben das Volk in diese furchtbare Notlage gebracht; sie sind verantwortlich.» Der Sozialdemokrat rechnete bei dieser Gelegenheit mit dem autoritären Preussen ab, dem «festesten Rückhalt unseres Militarismus». Dieses Preussen, ergänzte er wenige Monate später, sei «der kulturell rückständigste Staat der Welt»,<sup>1</sup> in dem «der ödeste Unteroffiziersgeist» das ganze Volksleben beherrsche. Preussen habe Deutschland in «eine ungeheure Kaserne» gesperrt, in der «jedes Verständnis für die wahrhaften Kulturideale der Menschheit ausgelöscht» worden sei. Auf dieses spezifische militärische System, den «Militarismus», sei letzten Endes der Krieg zurückzuführen. Zwischen «dem grauenvollen Krieg und unserem Militarismus, unserem Imperialismus und der preussischen Reaktion», resümierte er, existiere «der engste und unlöslichste kausale Zusammenhang». Also forderte er eine durchgreifende Veränderung

Preussens, und das hiess in erster Linie: Entmachtung der preussischen Adelskaste, der Junker.

Dieser Abgeordnete, der es wagte, in der Hochburg der preussischen Junker die revolutionäre Forderung nach Auflösung des existierenden preussischen Staates zu stellen, und dessen Biographie identisch ist mit dem Streben nach Überwindung des preussisch-deutschen Militarismus und der Schaffung demokratischer Zustände, war Heinrich Ströbel, geboren 1869 im hessischen Bad Nauheim, gestorben 1944 im Schweizer Exil. Mehr als 30 Jahre zählte er zur Führungsgruppe der deutschen Sozialdemokratie, von 1900 bis 1916 als politischer Redakteur des «Vorwärts», von 1908 bis 1918 als einer ihrer ersten preussischen Landtagsabgeordneten, nach 1918 als preussischer Ministerpräsident (November 1918 bis Januar 1919) und Reichstagsabgeordneter (1924-1932), schliesslich als einer der Wortführer der innerparteilichen Opposition und Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In den zwanziger Jahren gab es keine Programmkommission der Partei, in die Ströbel nicht berufen wurde. Görlitz 1921, Nürnberg 1922, Heidelberg 1925, Wehrkommission 1928 – Ströbel gehörte immer dazu. Nicht als charismatischer Volksführer, agitierender Redner oder umsichtiger Organisator machte er auf sich aufmerksam, sondern als präzise analysierender, unermüdlich arbeitender Publizist, Schriftsteller und Politiker, der sich zeit seines Lebens als Anwalt der armen Leute verstand und für soziale Gerechtigkeit eintrat.

Mit Eduard Bernstein und Hermann Wendel zu den produktivsten sozialdemokratischen Publizisten zählend, fühlte Ströbel den Puls der Zeit. Regelmässig studierte er Unmengen von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, mit grossem Fleiss sichtete er statistisches Material, so dass er ein feines Gespür für entscheidende Veränderungen, für gesellschaftspolitische Weichenstellungen entwickelte. Ein Schweizer Sozialdemokrat nannte ihn später nicht zu Unrecht eine Cassandra.<sup>2</sup> Denn



*Heinrich Ströbel (1869-1944),  
sozialdemokratischer Politiker,  
1918/19 preussischer Ministerpräsident.*

Ströbel legte oft mit grosser Sicherheit den Finger auf «die Wunde», um dann mit erstaunlicher Präzision den weiteren Gang der Geschichte vorauszusagen. Er antizipierte den Untergang des sowjetischen Regimes wegen seiner fehlenden demokratischen Legitimation, warnte schon 1922/23 vor der Sprengkraft des sich entfaltenden völkischen Potentials, mahnte seine Partei frühzeitig, dem Nationalsozialismus offensiv zu begegnen, da Hitler und seine Bewegung identisch seien mit einem neuen Weltkrieg. Ströbel war so hellseherisch, dass er bereits Anfang 1932 in das Schweizer Exil ging, weil er keine Zukunftsperspektive für das republikanische Deutschland zu erkennen glaubte. In der Emigration liess er keine Gelegenheit aus, um mit seinen schwachen Kräften und Mitteln eine entschlossene antifaschistische Politik der westeuropäischen Staaten zu fordern. Immer wieder wandte sich der Pazifist Ströbel gegen die Appeasement-Politik der britischen Regierung, die seiner Ansicht nach den hegemonialen Ambitionen Deutschlands Vorschub leistete, und drängte auf die Schaffung eines im Völkerbund verankerten Systems der kollektiven Sicherheit. Dieses Drängen ging so weit, dass sich Ströbel 1938 im Lager Churchills und der britischen Konservativen wiederfand, die die beschleunigte Aufrüstung Englands befürworteten.

Nach 1945 geriet Ströbel infolge der Fronten, die durch den Kampf zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus entstanden waren, in Vergessenheit. Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung hat ihm nie verziehen, dass er die Politik der Bolschewiki und ihrer deutschen Gesinnungsgenossen wie kaum ein anderer kritisierte, nicht vergrößernd, demagogisch, sondern, was viel wirksamer war, nüchtern-rational, die Schwachstellen und Defizite des bolschewistischen Modells von der Position des demokratischen Sozialisten aus schonungslos analysierend. Ströbel, der ehemalige Weggefährte Karl Liebknechts, wurde als «Zentrist», «Opportunist» und «Sozialpazifist» diffamiert. Die SPD wiederum behielt ein gebrochenes Verhältnis zu dem Manne, der die Politik der Sozialdemokraten zwischen 1914 und 1933 mit grosser Skepsis begleitet hatte. Ungern setzte sie sich mit seinen nonkonformistischen Ansichten auseinander, die so sehr von den Auffassungen eines marxistischen Sozialdemokraten der zwanziger Jahre abwichen.

Ströbel wurde am 7. Juni 1869 im hessischen Bad Nauheim geboren;<sup>3</sup> über seine Jugend ist nur sehr wenig bekannt. Bei seiner Beerdigung im schweizerischen Exil 1944 stellte sich heraus, dass er im Freundeskreis zwar von seiner späteren politischen Tätigkeit zu erzählen pflegte, aber kaum von seiner Jugendzeit, und so wusste keiner der Trauergäste, wie er aufgewachsen war. Ströbel kam nicht wie viele Sozialdemokraten aus einer Handwerker- oder Arbeiterfamilie. Als Sohn eines Kaufmanns, also eines relativ gut situierten Bürgers, hätte er eigentlich eine normale bürgerliche Karriere einschlagen können und auch sollen. Als er 1886 den Beruf seines Vaters ergreifen wollte, scheiterte er schon bald, weil er nach eigenem Bekunden zu «schwerfällig»<sup>4</sup> war und kein Interesse an der Tätigkeit eines Kaufmanns zu entwickeln vermochte. In den folgenden Jahren schlug er sich mit ersten publizistischen

Arbeiten durch; seit 1890 betrieb er private Studien auf dem Gebiet der Literatur, Geschichte und Nationalökonomie. Ströbels spätere unerbittliche Frontstellung gegen die «Protagonisten des Krieges» ist ohne prägende Jugenderlebnisse kaum nachzuvollziehen. Von entscheidender Bedeutung waren dabei seine Literaturstudien, die unauslöschliche Spuren hinterliessen und seinen späteren kosmopolitischen, zugleich gegen Bolschewismus und Faschismus gerichteten Standpunkt ebenso zu erklären vermögen wie seine Abneigung gegen Krieg und Bürgerkrieg. Die Literatur wurde zu Ströbels Leidenschaft. Er vertiefte sich in das Zeitalter Goethes, Schillers, Kants und Lessings. Sturm und Drang vor Augen, erfasste den jungen Mann die Begeisterung für die Ziele der Aufklärer und Weltbürger. Zugleich wurde ihm aber auch bewusst, wie sehr sich die soziale und politische Wirklichkeit des Bismarck-Reichs von dem Idealismus und Kosmopolitismus der Klassik abhob. Das Deutschland der Jahrhundertwende war für ihn ein «Klassenstaat»,<sup>5</sup> in dem eine kleine Minderheit die Mehrheit der Bevölkerung unterdrückte. Folgerichtig wandte sich Ströbel der Sozialdemokratie zu, die inzwischen die Nachfolge des Linksliberalismus als Verfechter der bürgerlichen Freiheiten übernommen hatte und sich zudem dezidiert international gab. Was er später einmal über Hugo Haase schrieb, traf auch auf ihn selbst zu: «Als Intellektueller war er gerade durch die sozialen und humanitären Ideale des Sozialismus zur Partei getrieben worden.»<sup>6</sup> Ströbel ist zu denjenigen Sozialdemokraten zu zählen, die als Intellektuelle aus bürgerlicher Umwelt den Weg zur Arbeiterpartei fanden, weil sie in ihr das Potential verkörpert sahen, das politische Freiheit und soziale Befreiung von den Klassenschranken zu bringen versprach.

Als Zwanzigjähriger schloss er sich 1889 der SPD an, zu einem Zeitpunkt also, als die Partei noch unter dem Sozialistengesetz verfolgt wurde. Schnell stieg er die innerparteiliche

Karriereleiter empor, sicherlich nicht zuletzt auch dank der Protektion seines Schwiegervaters Wilhelm Pfannkuch. 1892 trat er in die Redaktion des Kasseler «Volksblatts» ein, wo er die mühselige Alltagsarbeit eines sozialdemokratischen Journalisten kennenlernte. Im April des folgenden Jahres übernahm Ströbel die politische Leitung der gerade gegründeten «Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung» in Kiel. In dieser Funktion wurde er frühzeitig und wiederholt mit dem Phänomen Militarismus und seinen Parteigängern konfrontiert. Mehrfach verurteilte ihn die preussische Justiz zu Gefängnisstrafen, weil er als verantwortlicher Redakteur Artikel durchgehen liess, in denen Kriegervereine und Reservistenverbände scharf angegriffen wurden. Als 1899 eine Redakteursstelle am «Vorwärts» zu besetzen war, fiel die Wahl auf Ströbel, der sich in der Revisionismusedebatte als Gegner Eduard Bernsteins profiliert und damit die Aufmerksamkeit August Bebel, Karl Kautskys und Rosa Luxemburgs auf sich gezogen hatte.<sup>7</sup> Er sei, urteilte Luxemburg, «ein Mensch mit Rückgrat, mit einer ausgeprägten politischen Physiognomie (ganz auf unserer Seite) und auch mit einer guten Feder.»<sup>8</sup> In den folgenden Jahren führte Ströbel als treuer Gefolgsmann Bebel, dessen Position er auch im «Vorwärts»-Konflikt zwischen 1903 und 1905 zu vertreten wusste, das Blatt auf den politischen Kurs, den die Berliner Parteiorganisation und damit das sich formierende linke Zentrum der SPD wünschte. Er zählte bereits damals zu den führenden Politikern der preussischen Partei. Für das Berliner Polizeipräsidium war er sogar der «kommende Mann»<sup>9</sup> der Gesamt-SPD, der sich durch seine Beteiligung an der Relegation der unbequemen «Vorwärts»-Redakteure Kurt Eisner und Georg Gradnauer beim Parteivorstand und der Berliner Organisation unentbehrlich gemacht habe.<sup>10</sup> Bebel, hiess es in einer Aufzeichnung,<sup>11</sup> sei «entzückt, in ihm den Mann gefunden zu haben, der nach



ihm am besten die Knute schwingen wird». 1908 zog er mit Karl Liebknecht und fünf anderen Sozialdemokraten erstmalig in den preussischen Landtag ein.

Ströbels Militarismus-Begriff formte sich vor dem Hintergrund seiner ständigen Auseinandersetzungen mit den herrschenden Kreisen Preussens. Deutschland blieb für ihn ein von Preussen dominierter «Militärstaat»,<sup>12</sup> der nicht nur seine eigenen Landsleute, sondern auch etliche Minderheiten wie Dänen, Elsass-Lothringer und Polen unterdrückte und somit das genaue Gegenteil seiner humanitären Ansichten darstellte. In seinen Landtagsreden wandte er sich wiederholt gegen die Privilegien der preussischen Junker, die sich hemmungslos auf Kosten des einfachen Volkes bereicherten. Der Fall Zabern bestätigte seine Ansichten über die Rückständigkeit des grössten deutschen Einzelstaates. Militarismus – das hiess für Ströbel nicht nur ungebremste Aufrüstung, das war vor allem eine Geisteshaltung, ein Mentalitätsproblem: die Kapitulation des Zivilen vor dem Militärischen, das Eindringen militärischer Verhaltensweisen in den Bereich des Zivils, die Entstehung einer Untertanengesinnung, der Verlust an demokratischem Potential, Humanität und Zivilcourage, die Verherrlichung der Gewalt als normativer Faktor der Gesellschaft, die Verächtlichmachung freiheitlicher oder pazifistischer Bestrebungen, der Byzantinismus des wilhelminischen Reiches, die kulturelle Rückständigkeit. Doch diese kritischen Töne waren zunächst noch überlagert von Ströbels marxistischer Auffassung, dass der Militarismus lediglich ein Anhängsel des Kapitalismus sei, sich also mit dessen Überwindung von selbst erledige. Dem Faktor «Nationalismus» schenkte er in diesen Jahren eine zu geringe Aufmerksamkeit, so dass er die politischen Besonderheiten in den einzelnen kapitalistischen Staaten nur in Ansätzen zu erkennen vermochte.

In der Julikrise von 1914 führte Ströbel den «Vorwärts» in

Abwesenheit Rudolf Hilferdings auf einen kriegsfeindlichen Kurs, den er auch noch nach der russischen Generalmobilmachung durchhielt. Über die Ursachen des sich nach der Übergabe des Ultimatums abzeichnenden Krieges gab es für ihn keine Zweifel, zu oft hatte Österreich-Ungarn in den zahlreichen Vorkriegskrisen seine Bereitschaft zum Kriege unter Beweis gestellt. «Sie wollen den Krieg, die gewissenlosen Elemente, die in der Wiener Hofburg Einfluss haben und Ausschlag geben. Sie wollen den Krieg – aus dem wilden Geschrei der schwarz-gelben Hetzpresse klang es seit Wochen heraus. Sie wollen den Krieg – das österreichische Ultimatum an Serbien macht es deutlich und aller Welt offenbar», urteilte er am 25. Juli im «Vorwärts». Die Möglichkeit der Lokalisierung eines zwischen Österreich und Serbien ausbrechenden Krieges schloss Ströbel aus. Ein österreichischer Angriff verwickle sofort die anderen europäischen Mächte in den Konflikt. Das Ultimatum könne deshalb «der Fidibus» sein, der Europa an «allen vier Ecken» in Brand setze. Als erfahrener Politiker zweifelte Ströbel nicht daran, dass sich die Österreicher in Berlin «Rückendeckung» geholt hatten, bevor sie sich zu ihrem Schritt entschlossen. Er gehörte zu denjenigen Sozialdemokraten, die sich nicht von der regierungsoffiziellen Propaganda täuschen liessen, die aus Rücksicht auf die antizaristischen Affekte innerhalb der SPD alles daransetzte, das Zarenreich als eigentlichen Kriegstreiber aufzubauen. Den seit Anfang August in der Partei stattfindenden Stimmungsumschwung vollzog er nicht nach; noch am 3. August warnte er im «Vorwärts» vor der Parole vom «Kampf gegen den Zarismus». Als Vertreter des Zentralorgans nahm Ströbel an der denkwürdigen Sitzung des Reichstags vom 4. August 1914 teil, auf der die Sozialdemokratie für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte. Das Votum seiner Partei hatte eine ernüchternde, nahezu demoralisierende Wirkung auf ihn. Da

er einerseits von der spezifischen Kriegsschuld Deutschlands und Österreichs überzeugt war, andererseits aber miterleben musste, dass die SPD für die Mittelmächte Partei ergriff, erscheint der Wunsch verständlich, den er in den ersten Augusttagen gegenüber Vertretern des Parteivorstandes äusserte: Deutschland möge den Krieg verlieren.<sup>13</sup> Offensichtlich handelte es sich aber um eine spontane Reaktion, hervorgerufen durch die Empörung über das deutsch-österreichische Vorgehen. Für die restliche Zeit des Krieges liegen keine derartigen Kommentare vor.

Da Ströbel die Bewilligung der Kriegskredite als Kapitulation des Revisionismus vor dem Deutschen Kaiserreich interpretierte, symbolisierte der 4. August 1914 in seinem Leben einen einschneidenden Wendepunkt. Eine Welt brach für ihn zusammen. Entgegen allen Erwartungen, urteilte er 1917, habe sich die sozialdemokratische Mehrheit «widerstandslos in den Mahlstrom des hemmungslosesten Chauvinismus und Militarismus»<sup>14</sup> hineinreissen lassen. All das, woran er seit Jahren geglaubt, worin er seine Hoffnungen gesetzt hatte, existierte nicht mehr. Als Mann von 45 Jahren musste er erleben, dass seiner Ideen- und Vorstellungswelt die eigentliche Basis genommen worden war. Das bedingungslose Vertrauen auf die friedensbewahrende und gesellschaftsverändernde Macht der Sozialdemokratie hatte sich als nutzlos erwiesen. Der vor 1914 bei jeder Gelegenheit vollmundig beschworene Internationalismus stand nur auf dem Papier. Was nutzten all die theoretischen Reflexionen, all die markanten Willensbekundungen, die pathetischen Aufrufe, wenn die sozialistischen Parteien, die er als eigentliche Friedensgaranten angesehen hatte, bei der ersten grossen Herausforderung ihre internationalen Verpflichtungen abstreiften?

Ströbel lehnte die Kriegspolitik seiner Partei nicht nur deshalb ab, weil sie damit einen deutschen Angriffskrieg unterstützte. Ein sittlich-moralischer Aspekt kam hinzu.

Der Krieg hatte für ihn keine Funktion im Sinne des Fortschritts, wie so mancher Sozialdemokrat behauptete, er stellte vielmehr einen Rückfall in schon längst für überwunden geglaubte Zeiten der Barbarei dar, durch den der mühselig vorangetriebene Zivilisationsprozess der Menschheit unterbrochen worden sei. Der Krieg, erklärte er am 23. Februar 1916 im preussischen Landtag unter lebhaftem Widerspruch von der rechten Seite des Hauses,<sup>15</sup> sei kein edler Schwertkampf zwischen Männern, sondern «ein triefägiger Dämon», «eine Spottgeburt aus Dreck und Feuer, ein Krieg der Ratten und der Läuse, ein Krieg, bei dem die Leute monatelang in Schlamm und Unrat sich bewegen müssen». Er stumpfte die Menschen sittlich und intellektuell ab. Von nun an für Gewaltfreiheit plädierend, schloss sich Ströbel der pazifistischen Bewegung an – er wurde Mitglied des Bundes Neues Vaterland und der Zentralstelle Völkerrecht. Diese Entscheidung fiel ihm umso leichter, als er zu der Ansicht gekommen war, dass der deutsche Pazifismus in erheblich geringerem Umfang von der Kriegspsychose befallen worden sei als die Sozialdemokratie. Trotz aller Isolierung und obrigkeitsstaatlicher Verfolgung hätten bürgerliche Kräfte während des Krieges das Amt übernommen, das von den Sozialdemokraten aufgegeben worden sei: «Pazifisten und Ideologen, Professoren und Prinzen haben geredet, wo Sozialdemokraten schwiegen!»<sup>16</sup>

Ströbel distanzierte sich in der Folgezeit von den Anschauungen der Leninisten, wonach der Erste Weltkrieg als Zusammenprall der imperialistischen Staaten, also im Grunde genommen anonymer Institutionen, zu verstehen sei. Er war davon überzeugt, dass sich der Krieg aus den politischen Machtstrukturen Deutschlands entwickelt habe, die von konkreten gesellschaftlichen Schichten beherrscht wurden: der preussischen Junker- und Militärkaste. Die aggressive Dynamik des

deutschen Militärstaates, der sich aufgrund seiner militaristischen Komponente von den westlichen, demokratisch legitimierten Imperialismen unterschied, bewertete er als Folge des Kriegsausbruchs, des Überfalls auf das neutrale Belgien und der schonungslosen deutschen Kriegführung. Nicht zuletzt unter dem Einfluss deutscher Pazifisten, vor allem Friedrich W Foerstern, Alfred H. Frieds und Wilhelm Muehlons, modifizierte er seinen Militarismus-Begriff. Militarismus, das war von nun an ausschliesslich ein Mentalitätsproblem, eine Geisteshaltung, ohne kausalen Zusammenhang mit der ökonomischen Basis einer Gesellschaft. Und die Träger dieser Geisteshaltung, das waren die eingangs genannten preussischen Junker und Militärs, denen es infolge der Bismarckschen Reichseinigung gelungen sei, ihr militaristisches Denken auf ganz Deutschland zu übertragen. Diese Anschauungen wurden konstitutiv für die Parteioption, die sich 1917 in der USPD zusammenschloss. Dort vereinigten sich Sozialdemokraten, die in der Kritik am preussisch-deutschen Militarismus übereinstimmten und die Bekämpfung dieses Systems zum wichtigsten Anliegen der deutschen Linken erklärten. Ströbel zählte zwischen 1917 und 1920 zu den herausragenden Führern, zu den «Koryphäen der USPD». <sup>17</sup> Nach seinen Vorstellungen sollte sich die neue Partei zum Träger der Demokratie und der Völkerverständigung mit einem eindeutig sozialistischen und pazifistischen Profil entwickeln. Neben einer kurzfristigen Aufgabe, der Beendigung des Krieges, erteilte Ströbel ihr eine langfristige Aufgabe, die Schaffung eines demokratisch und freiheitlich organisierten Deutschlands. Ihm ging es folgerichtig um eine «geistige» Revolution, eine, wie er unablässig betonte, «geistige Renaissance», um die «Wiederanknüpfung an die ehrenvollen weltbürgerlichen Traditionen seiner grössten Denker und Dichter». <sup>18</sup>

Im November 1918 schienen Ströbel und die USPD am Ziel ihrer Wünsche zu sein; der preussisch-deutsche Militarismus

erlitt eine schwere Niederlage. Nun sollte das radikaldemokratische Programm der Unabhängigen, von Ströbel während der letzten beiden Kriegsjahre so vehement vertreten, zum Tragen kommen. Überzeugt von der Kriegsschuld des deutschen Kaiserreichs, erneuerte er in dieser relativ offenen politischen Situation seine bereits 1917 formulierte Forderung nach einer grundlegenden staatlichen Reorganisation Deutschlands, als deren Grundvoraussetzung die Auflösung Preussens zu stehen hatte. Das Preussen der Junker, die Wurzel des «aggressiven deutschen Imperialismus»,<sup>19</sup> müsse von der Landkarte verschwinden, d.h. Ströbel verlangte die Revision der von Bismarck zwischen 1862 und 1871 erzwungenen Realitäten. Entmachtung des preussischen Adels, Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, Demokratisierung des gesamten Verwaltungsapparates – das waren zentrale Forderungen. Eindringlich warnte er die revolutionären Kräfte davor, sich mit «einigen Modernisierungen der äusseren Fassade»<sup>20</sup> zufrieden zu geben. Vielmehr sei es notwendig, zugleich mit der Neustrukturierung des Staates seinen Aufbau im demokratischen Geiste zu betreiben. Ströbel machte sich zum Anwalt einer entschiedenen Vergangenheitsbewältigung, die den Bruch mit der militärstaatlichen Tradition herbeiführen sollte. Als politischer Hebel diene ihm die Klärung der Kriegsschuldfrage. Geschichtliche Aufklärung über die Politik des Deutschen Kaiserreichs – das war für ihn das probate Mittel, um die nationalistischen Schlagwörter zu neutralisieren, mit denen die deutsche Rechte die Republik ideologisch unterwandern sollte: die Phrase vom «Dolchstoß», von den «Novemberverbrechern» und der «Versklavung» Deutschlands durch den Versailler Vertrag. Ströbel verlangte die Schaffung von Gerichtshöfen, vor denen die politisch Verantwortlichen rechtsgültig abgeurteilt werden sollten. Er ist zu den zahlreichen, von der historischen Forschung bisher kaum wahrge-

nommenen Mahnern zu zählen, die frühzeitig vor den Folgen einer unterlassenen Vergangenheitsbewältigung warnten. Am 28. März 1919 erklärte er: «Versuchen wir es nicht endlich mit der Heilkraft moralischer Mittel, so verfault das deutsche Volk auf dem Schindanger der Weltgeschichte.»<sup>21</sup> Und am 8. Januar 1920 mahnte er, dass Deutschland «das alte System der Unwahrhaftigkeit und Gewissensumnebelung»<sup>22</sup> nicht ertragen könne, ohne «eine zweite, noch schrecklichere Katastrophe» heraufzubeschwören. «Hier gibt es nur Wahrheitsbekenntnis und seelische Läuterung oder völliges Verderben.»

Das Bündnis der sozialdemokratischen Mehrheit mit den kaiserlichen Militärs lehnte Ströbel als gefährlich für die Republik ab. Nichts sei schädlicher als «die kompromittierliche Verquickung von Revolution und unverfälschtem altpreussischen Kommissgeist».<sup>23</sup> Scheidemann und Noske, polemisierte er, hätten sich zu «Marionetten der Grossbourgeoisie und der Offizierskaste» erniedrigt und lieferten die Demokratie den alten Gewalten aus. In massloser Verblendung spielten sie «ihren geborenen und geschworenen Widersachern, den gefährlichsten Trägern der alten Reaktion»<sup>24</sup> die Macht wieder in die Hände. Die Begründung der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die junge Republik habe vor dem Ansturm des Bolschewismus geschützt werden müssen, wollte Ströbel nicht gelten lassen. Eindringlich warnte er schon gegen Ende November 1918 davor, aus «übertriebener Furcht vor dem Bolschewismus»<sup>25</sup> die Gefahren zu ignorieren, die von den alten Mächten für das neue Deutschland ausgingen. Die Möglichkeit von Putschen drohe weniger von der Spartakusgruppe als vom Bürgertum und den Militärs. Gerade Hindenburg und der Obersten Heeresleitung sollten «die Zügel ein wenig strafbarer» angezogen werden, um sie an einer Politik zu hindern, die den Massnahmen der Revolutionsregierung zuwiderlaufe.

Frühzeitig erkannte Ströbel das Scheitern seiner pazifistischen Hoffnungen. Die so dringend gewünschte «Läuterung» des deutschen Volkes vom militaristischen Denken, klagte er im April 1919 gegenüber Maximilian Harden,<sup>26</sup> habe bisher nicht stattgefunden. Für dieses Versagen führte er im Wesentlichen zwei Gründe an: (erstens) habe sich die Mehrheitssozialdemokratie nur wider Willen zur Revolution bekannt, die sie bereits am 9. November 1918 für abgeschlossen gehalten habe. Deshalb weigere sie sich nun vehement, eine entschiedenere Politik einzuschlagen. In ihrem bremsenden Verhalten werde sie (zweitens) durch den Verbalradikalismus der ultralinken Kräfte bestärkt, die damit – zumindest indirekt – dazu beitragen, die Überwindung des Militarismus zu erschweren. Damit hatte sich Ströbel nicht nur die Mehrheitssozialdemokratie, sondern auch die radikale Linke zum Gegner gemacht. Zwischen 1918 und 1920 etablierte er sich gemeinsam mit Kautsky als einer der schärfsten Kritiker der russischen Bolschewiki und ihrer deutschen Parteigänger. Bezogen sich seine Einwände zunächst auf Lenins fatale Aussenpolitik gegenüber dem Deutschen Reich, so rückte nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk 1918 die Innenpolitik in den Vordergrund. Im Zentrum seiner Kritik stand die Diktatur einer Minderheit, mit der gegen ein fundamentales Prinzip der sozialistischen Lehre verstossen wurde – das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer sich wie Ströbel für einen Völkerbund freier Nationen bei gleichzeitiger Überwindung des deutschen Militärstaates aussprach, wer dem Gewaltprinzip die Wertschätzung des Rechtsgedankens gegenüberstellte, der musste die Diktaturbestrebungen der Bolschewiki zurückweisen. Die gewaltsam erzwungene Vollsozialisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Ablösung des parlamentarischen Systems durch die Diktatur der Räte lehnte Ströbel wegen der katastrophalen Folgen ab,<sup>27</sup> die diese Massnahmen allein



schon für Russland hatten. Es grenze an «Irrwahn»,<sup>28</sup> eine sozialistische Gesellschaft dadurch aufbauen zu wollen, dass man zunächst die alte kapitalistische von Grund auf zerstöre, um sodann die neue umso besser errichten zu können. Diese sofortige Sozialisierung habe Russland in ein wirtschaftliches Chaos gestürzt mit Arbeitslosigkeit und Hungersnöten. Lenins Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, hielt er im Sommer 1919 für «vollkommen»<sup>29</sup> gescheitert. Ebenso deutlich distanzierte er sich nach dem 9. November 1918 von der «häufig skrupellosen Demagogenmanier»<sup>30</sup> der Spartakisten. Eindringlich bekräftigte er das Programm derjenigen Unabhängigen, die die Partei zu einer radikaldemokratischen, sozialistischen Kraft ausformen wollten: «Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Demokratie, der Nationalversammlung. Die Spartakus-Gruppe dagegen erstrebt statt der Konstituante die unbegrenzte Dauerherrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, die Diktatur des Proletariats in der Form des Gewaltregiments der sozialistischen Arbeiterschaft. Wir glauben an einen organischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, an die schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Einrichtungen und betrachten die Demokratie als den Hebel dieser Umgestaltung. Die Spartakus-Gruppe dagegen will sofort die weitgehendste Sozialisierung vorgenommen und die Demokratie nicht als das Mittel, sondern als das Ergebnis eines solch unvermittelten Sozialisierungsprozesses betrachtet wissen.» Noch im Dezember 1918 hatte Ströbel an die USPD appelliert, «die Scheidelinie gegen links und gegen rechts»<sup>31</sup> deutlich zu ziehen, andernfalls werde «die Geschichte über uns hinweggehen». Eine Einigung mit der kompromittierten MSPD könne es «niemals»<sup>32</sup> geben. Die Januar-Unruhen liessen ihn seine Ansichten überdenken. Ströbel wies auf einen fatalen politischen Mechanismus hin, der sich inzwischen etabliert habe: Während sich die Mehrheitspartei durch das Bündnis mit den Militärs bei den Arbeitern diskre-

ditiere, agitiere die radikale Linke mit überschäumender Hemmungslosigkeit gegen den «bürgerlichen» Staat – die alten Eliten trügen den Sieg davon, auf der Strecke bleibe die Demokratie. Unentwegt forderte Ströbel von nun an die Einigung der Arbeiterschaft auf einer demokratischen Basis als Voraussetzung für die Überwindung des Militarismus. Das aber implizierte den schonungslosen Kampf mit den Verfechtern des Rätegedankens innerhalb von USPD und KPD, der sich von Monat zu Monat zuspitzte und schliesslich im Sommer 1920 in Ströbels Ausschluss aus der USPD mündete.<sup>33</sup>

Seine während des Ersten Weltkrieges revidierte Einschätzung des Marxismus befähigte Ströbel zu einer realistischen Einschätzung des Militarismus. Nach eigener Aussage hatte er «im Lehrgebäude des historischen Materialismus»<sup>34</sup> einige «bedenkliche Lücken und Konstruktionsfehler» entdeckt. In erster Linie richtete sich seine Kritik gegen die Evolutionstheorie, gegen die einseitig ökonomische Betrachtungsweise der Vorkriegssozialdemokratie, die sich darauf verliess, dass der geschichtliche Verlauf durch die wirtschaftlichen Umstände in Richtung auf den sozialistischen Zukunftsstaat gesteuert wurde. Ströbel bezweifelte die Determinierbarkeit von Geschichte. Die Aufwärtsentwicklung zum Sozialismus war demzufolge nicht zwangsläufig. Die ökonomische Geschichtstheorie sei zwar «ein unschätzbares Hilfsmittel zur Geschichtserkenntnis»,<sup>35</sup> konzidierte er, jedoch kein «Universalschlüssel». Der Krieg lieferte ihm den Beweis, dass neben den Wirtschaftskräften auch noch andere Momente die Gesellschaft bewegten: menschliche Leidenschaften und Willenskräfte.

Er zog mehrere Beispiele heran. (Erstens) hätte der Krieg nach der materialistischen Geschichtsauffassung eine ökonomische Notwendigkeit sein müssen. Ströbel verwarf eine solche Ansicht als «groben Unfug»<sup>36</sup>: «Wer wagt zu behaupten,

dass wir 1914 in den Weltkrieg gestürzt worden wären, wenn wir statt Wilhelms und Bethmanns, statt eines hysterischen Prahlers und eines Schwächlings, Menschen von normalem Verstand und normalem Verantwortungsgefühl an leitender Stelle gehabt hätten?»<sup>37</sup> Der Marxismus postulierte (zweitens) die zunehmende Internationalisierung des Proletariats. Der Krieg jedoch hatte bewiesen, dass die Antikriegsbeschlüsse der Internationale eine leere Phrase waren. In fast allen am Krieg beteiligten Ländern traten die Sozialisten in die nationalen Einheitsfronten ein – wobei Ströbel, das sei hier angemerkt, jedoch sehr wohl zwischen der Lage der deutschen und französischen Sozialisten bei Kriegsbeginn zu unterscheiden wusste. Diese Unterschiede waren für ihn Beweis genug dafür, dass im August 1914 nicht das «System», sondern die Persönlichkeit den Ausschlag für die Unterstützung der jeweiligen Kriegspolitik gegeben habe. (Drittens) verwies Ströbel auf die spezifische Art der deutschen Reichsgründung, die Oktoberrevolution von 1917 und die «Machtergreifung» der italienischen Faschisten. Ohne Führer wie Bismarck, Lenin oder Mussolini, behauptete er immer wieder, hätte die Geschichte dort einen anderen Verlauf genommen. Ströbel räumte dem Einfluss, den die Menschen selbst auf die Geschichte nehmen, grössere Bedeutung ein als dem objektiven Faktor, d.h. der ökonomischen Entwicklung. Das sittlich-moralische Wollen von Führungspersonen hielt er für ein entscheidendes gesellschaftsveränderndes Moment. Hintergrund dieser Überlegung waren seine Erlebnisse in der Julikrise 1914. Der Marxist Ströbel erkannte, dass der kapitalistische Westen zu Verhandlungen bereit war, weil seine Politiker einem Krieg in Europa durchweg ablehnend gegenüberstanden. Dagegen setzte das militaristische Deutschland auf die militärische Karte, weil seine Politiker den Krieg in Europa als legitimes Mittel der Politik betrachteten. Nicht mehr das Sein bestimmte für Ströbel das Bewusstsein, sondern umgekehrt

das Bewusstsein das Sein. Seine Revision des Marxismus ging so weit, dass er das Scheitern der Revolution von 1918 auf ein Führerproblem zurückführte. Statt Persönlichkeiten wie F.W. Foerster, Georg F. Nicolai, Hellmut von Gerlach, Maximilian Harden, Wilhelm Muehlon oder Richard Greiling auf Schlüsselpositionen zu setzen, habe die Sozialdemokratie 1918 auf die Männer des alten Systems vertraut.<sup>38</sup>

Ströbel blieb mit seiner Forderung nach Entfaltung stärkster individueller und kollektiver Willenskräfte ziemlich isoliert. Die Mehrheit der SPD verharrte noch weitgehend in der marxistischen Tradition der Vorkriegszeit und vertraute auf Hilferdings Theorie vom organisierten Kapitalismus, was dazu führte, dass sie gerade die Gefahren unterschätzte, die der Republik von rechts drohten. Lediglich bei den westdeutschen Pazifisten und den sächsischen Sozialdemokraten hatte Ströbel einen begrenzten Erfolg. Der am 17. Februar 1924 gegründete Westdeutsche Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft war ein später Wurmfortsatz der USPD, die zwischen 1917 und 1920 unter der Führung Kautskys, Bernsteins, Haases und Ströbels bei ihrem Versuch, Deutschland grundlegend zu reformieren, gescheitert war. Hier hoffte Ströbel, der seit dem Januar 1924 die Leitartikel des Verbandsorgans «Der Pazifist» verfasste, all das zu realisieren, was in der SPD nicht machbar war. Und das hieß in erster Linie: Überwindung der in Deutschland nach wie vor starken militaristischen Kräfte. Selbst in den Stabilisierungsjahren wurde Ströbel nicht müde zu betonen, dass die Weimarer Republik «nur der Form nach eine Demokratie»<sup>39</sup> sei. In Reichswehr, Justiz und Verwaltung herrschten immer noch die Träger der militärstaatlichen Tradition, die die «Ideen von 1914» propagierten und die 1918 geschaffenen Realitäten zu revidieren gedachten. Vor allem die Reichswehr erregte sein Misstrauen. Sie sei ein «monarchistischer Fremdkörper», ein «Damokles-

schwert der Republik»,<sup>40</sup> «das völlig autonome Instrument einer Militärkaste», in der «keine Spur wahrhaft republikanischen Geistes»<sup>41</sup> lebe und die sich auf den abermaligen «Griff nach der Weltmacht» vorbereite. Auf der Basis dieser Erkenntnisse drängte Ströbel die sozialistischen Parteien in den folgenden Jahren immer wieder zu einer energischen Frontstellung gegen die Protagonisten des Militarismus. «Die Politik des Sozialismus und der ganzen Linken», schrieb er 1926, «muss zunächst der einen Aufgabe dienen, endlich die nationalistisch-militaristische Ideologie zu zerstören, die bis zum Augenblick noch die deutsche Politik beherrscht!»<sup>42</sup> Diese innenpolitische Stossrichtung führte beinahe unausweichlich zum Konflikt mit der SPD, der er seit Ende 1920 wieder angehörte, nachdem er aus der radikalisierten USPD als «Rechtsabweichler» ausgeschlossen worden war. Ströbel wurde einer der Wortführer der sich seit 1922 allmählich wieder formierenden innerparteilichen Opposition.

Aufgrund seiner Analyse des preussisch-deutschen Militarismus war er in der Lage, schon früh vor der faschistischen Gefahr zu warnen. Bereits 1922 mahnte er seine Partei, sich der inflationsgeschädigten Bevölkerungsschichten anzunehmen, die sonst den radikalen Parteien, vor allem den ultrarechten, zuliefen. Von 1929 an gehörte er zu den entschiedensten Befürwortern einer offensiven Bekämpfung des Nationalsozialismus. Damit war er aber auch Gegner der Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning, das er aufgrund der Deflationspolitik als – wenn auch ungewollten – Wegbereiter des Nationalsozialismus bezeichnete. Ströbel distanzierte sich von den in sozialdemokratischen Faschismusanalysen oft anzutreffenden ökonomischen Verkürzungen, wonach die Nationalsozialisten im Dienste des Kapitals stünden und von dort ihre Anweisungen zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung erhielten. Den ideologischen und psychologischen Motiven des

Zulaufs, den die NSDAP seit 1929 zu verzeichnen hatte, schenkte er gemäss seinen geschichtsphilosophischen Grundüberzeugungen grosse Aufmerksamkeit. In zahlreichen Beiträgen führte Ströbel aus, dass es ein Trugschluss und eine unzulässige Verkürzung seien, den Nationalsozialismus mit dem Kapitalismus gleichzusetzen.<sup>43</sup> Der Faschismus, das war für ihn vor allem ein ideologisches Problem, als dessen Nährboden er den bereits vor 1914 virulenten Nationalismus ausmachte, der durch den Ersten Weltkrieg eine erhebliche Bekräftigung erfahren habe. Ströbel nahm eine sehr preussenbezogene Interpretation der deutschen Geschichte vor. Die Wurzeln allen Übels waren demnach der «Geist von Potsdam», der «preussische Militarismus», Bismarcks «Gewaltpolitik». Ströbel konstatierte ein deutsches Problem – den Mangel an demokratischem Geist, den Verlust an Humanität, die Verehrung der Gewalt. Stahlhelmer und Nazis profitierten von dieser nationalistischen Grundtendenz und scharten unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise breite Volksmassen um sich. Die ökonomische Krise nahm in Ströbels Analyse die Funktion eines Katalysators ein, der die Nazipartei ins Unvorstellbare anwachsen liess. Die bereits existierenden Keime des Faschismus hätten erst unter dem Einfluss des wirtschaftlichen Chaos gedeihen können. Ströbel sprach die Republikaner nicht frei von Mitverantwortung für die verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Republik. Besonders scharf griff er die Versäumnisse und Fehler seiner eigenen Partei an: Sie habe es im November 1918 unterlassen, einen tiefgreifenden Bruch mit der militaristischen Vergangenheit zu vollziehen, um den Protagonisten des Krieges ihr ideologisches Fundament zu nehmen und den sich abzeichnenden zweiten «Griff nach der Weltmacht» von vornherein unmöglich zu machen.

Ströbel kam zu dem Schluss, dass die Republik gefährdet sei, weil sie kein wirkliches ideologisches Fundament besitze.

Sie sei eine Republik ohne Republikaner. Weimar, dafür zog er zahlreiche Belege heran, sei lediglich formaler, äusserlicher Natur, geboren aus der militärischen Niederlage und dem aussenpolitischen Druck der Siegermächte, die sich weigerten, mit einer Monarchie Frieden zu schliessen. Innerlich-ideologisch gebe es keinen adäquaten republikanischen Geist, weder bei den Kommunisten noch im Bürgertum, deren Mehrheit sich 1918 lediglich aus Vernunftgründen der Republik angeschlossen habe. Allein die SPD stelle ein vertrauenswürdiges republikanisches Kontingent dar, aber auch sie habe die antidemokratischen Tendenzen, von denen Weimar geprägt sei, nicht mit der erforderlichen Konsequenz bekämpft. Vergeblich appellierte Ströbel zwischen 1930 und 1932 an seine Partei, nun endlich das nachzuholen, was 1918 versäumt worden sei. Aufgrund der Erkenntnis, dass die Errichtung der faschistisch-deutschnationalen Diktatur nur noch eine Frage der Zeit sei, und angesichts zunehmender Angriffe der Rechtspresse gegen seine Person, die sogar in Aufforderungen zur Selbstjustiz mündeten, entschloss sich Ströbel Anfang 1932 zur Emigration in die Schweiz.

Die Biographie Heinrich Ströbels beweist in aller Deutlichkeit, dass die deutsche Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts in wesentlichen Zügen von der Auseinandersetzung zwischen Militarismus und Pazifismus geprägt ist. Krieg oder Frieden – so lautete die alles überragende Alternative. Ströbel hat sich immer für den Frieden eingesetzt und musste dreimal seine Partei verlassen: 1917, weil die SPD sich weigerte, mit dem Krieg des deutschen Militarismus zu brechen; 1920, weil die USPD, das deutsche Problem verkennend, die deutsche Arbeiterbewegung mit ihrem Votum für den Bolschewismus erneut spaltete, und 1932, weil die SPD abermals vor dem Militarismus zu kapitulieren schien, der sich anschickte, die deutsche Republik zu zerstören.

**IV. MILITARISMEN  
IM INTERNATIONALEN  
VERGLEICH**



*Jakob Vogel*

## **DER «FOLKLOREMILITARISMUS» UND SEINE ZEITGENÖSSISCHE KRITIK**

*Deutschland und Frankreich 1871-1914*

Noch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts galt in der Literatur über den preussisch-deutschen Militarismus die herausragende Stellung des Militärs in der populären Kultur vor 1914 allgemein als eine Folge von Indoktrination und Propaganda. Karl Liebknecht hatte bereits in seiner 1907 erschienenen Schrift «Militarismus und Antimilitarismus»<sup>1</sup> die These vertreten, eine «zivile» Gesellschaft werde quasi «von oben» durch militärische Werte und Anschauungen geprägt. Er charakterisierte darin den «Militarismus» als «System der Durchtränkung [!] unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste».<sup>2</sup> Um den «zum Kampf gegen den inneren Feind erforderlichen ... Sklaven-Geist» der Soldaten heranzubilden, könne man «der bunten Uniformen, der glitzernen Knöpfe und Helme, der Fahnen, des Paradedrills, der Kavallerieattacken und all des Krimskrams nicht entraten, die im Krieg gegen den äusseren Feind geradezu verhängnisvoll sind».<sup>3</sup> Weiter führte Liebknecht aus, «dass dieselben Mittel, mit denen die militärische Begeisterung der Soldaten selbst erzeugt und wachgehalten wird, zum Beispiel all der Flitter und Klimbim, gleichzeitig die aussermilitärische Bevölkerung und damit die Kreise, aus denen sich die Armee rekrutiert, die ihr die Folie abgeben, ihre Kosten zu tragen haben und sich in ‚Gefahr‘ befinden, dem inneren Feinde zu verfallen, zugunsten des Militarismus beeinflussen»<sup>4</sup>.

Die von Liebknecht und anderen antimilitaristisch eingestellten Autoren<sup>5</sup> propagierte Ansicht über den Einfluss der

militärischen Selbstdarstellung auf die Entstehung des «Militarismus» im deutschen Kaiserreich spiegelt sich auch in Kurt Tucholskys Gedicht «Unser Militär!»<sup>6</sup> aus dem Jahr 1919 wider. Das junge lyrische Ich begreift erst unter dem Schock des massenhaften Todes im Weltkrieg, wie hohl seine seit Kindertagen gehegte naive Begeisterung für das Militär ist. Die Annahme eines fundamentalen Wandels der allgemeinen Militärbegeisterung infolge des Ersten Weltkrieges prägte aber auch über die antimilitaristischen Kreise hinaus den Rückblick auf die Beziehung zwischen Armee und Bevölkerung vor 1914.<sup>7</sup> So beschreiben Walter Rathenaus Schrift «Der Kaiser» oder der österreichische Operettenfilm von Ernst Marischka «Die Frühlingsparade» die Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Epoche der ungebrochenen Begeisterung für die bunten Auftritte der Armee, die nach den Schlachten endgültig unzeitgemäss erschienen.<sup>8</sup>

Ohne Zweifel nahmen das Militär und die militärische Repräsentation vor dem Ersten Weltkrieg einen für unser heutiges Verständnis ungewöhnlich herausgehobenen Platz in der populären Kultur ein. Überall in Europa mobilisierten militärische Feste und Gedenktage regelmässig die Bevölkerung, spielten quasi-militärische Uniformen, «soldatisches» Auftreten und Kriegsspielzeug selbst im Kinderzimmer eine wichtige Rolle.<sup>9</sup> Solche uns heute fremd erscheinenden Phänomene werden allerdings nur verständlich, wenn sie, anders als es das herkömmliche Militarismus-Theorem unterstellt, nicht als Ausdruck einer Indoktrination betrachtet werden, durch die einer ‚zivilen‘ Bevölkerung die militärischen Werte und Praktiken ‚eingimpft‘ wurden.<sup>10</sup> Vielmehr müssen weit stärker jene Faktoren berücksichtigt werden, die «von unten» eine eigenständige militärische Folklore hervorbrachten und eine weitgehend unpolitische Militärbegeisterung verbreiteten. Diese von mir als «Folkloremilitarismus»<sup>11</sup> bezeichnete Hal-

tung weiter Kreise der Bevölkerung gegenüber dem Militär, seiner Selbstdarstellung und Praxis muss von den politischen Spielarten des Militarismus<sup>12</sup> sowie vom professionellen Selbstverständnis der Armeeführung und Offiziere<sup>13</sup> abgegrenzt werden. Denn die populäre Aneignung des Militärischen lässt sich weder als eine reibungslose Übernahme der offiziellen Konzepte mit ihren politischen Implikationen noch umgekehrt als ein offener Widerstand gegen die Zumutungen ‚von oben‘ ansehen. Gewiss zeigt sich in diesem «Folkloremilitarismus» vieles von jenem «Eigensinn» der unterbürgerlichen Schichten, den Alf Lüdtké in seinen Studien zur Arbeiterkultur des 19. und 20. Jahrhunderts beschrieben hat.<sup>14</sup>

Im Folgenden möchte ich die Bedeutung des hier als «Folkloremilitarismus» bezeichneten Phänomens für die deutsche und französische Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg skizzieren und dann ausführlicher auf die Kritik und die Proteste eingehen, die sowohl in Deutschland als auch in Frankreich von den Zeitgenossen gegenüber der ausgedehnten militärischen Repräsentation vorgebracht wurden.

## **I. «Folkloremilitarismus» in Deutschland und Frankreich zwischen 1871 und 1914**

Die militärische Folklore und der Folkloremilitarismus waren keineswegs erst ein Produkt der wilhelminischen Gesellschaft, denn schon lange vorher erregten die Auftritte der in ihre bunten Uniformen gekleideten Truppen ein ausserordentliches Interesse in der Bevölkerung, wurden soldatische Formen und Symbole von Bürgerwehren, Schützenvereinen und anderen «zivilen» Vereinigungen übernommen.<sup>15</sup> Auch hatte sich bereits vor 1871, wie die populären Musterungsfeiern in der französischen Provinz zeigen, ein eigenes «Brauchtum»

mit typischen Übergangsriten herausgebildet, das die Dienstzeit «unter den Fahnen» in den Lebenslauf der männlichen Bevölkerung einordnete.<sup>16</sup> In Deutschland wie in Frankreich breitete sich die militärische Folklore nach 1871 beträchtlich aus. Diese Entwicklung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Mobilisierung des Krieges von 1870/71 in beiden Gesellschaften einen tiefen Eindruck hinterlassen hatte. Nahezu alle männlichen Angehörigen eines Jahrganges wurden nun in beiden Ländern vom Militärdienst erfasst.<sup>17</sup> Zugleich erhöhten sich die optische und physische Präsenz des Militärs im Alltagsleben durch die Vergrößerung der stehenden Heere, deren Regimenter immer mehr Garnisonen in beiden Ländern bevölkerten. Die wachsende Popularisierung des Militärischen fand ihren Ausdruck unter anderem in der Massenliteratur, die sich dem militärischen Leben und der heroischen Vergangenheit der Nation widmete.<sup>18</sup> Zudem eroberten Bilder, die Szenen aus dem Alltag der Armee oder Momente berühmter Schlachten wiedergaben, die Museen und offiziellen Kunstausstellungen und schmückten als Kunstdrucke zahllose Haushalte.<sup>19</sup>

Kennzeichnend für die gestiegene Aufmerksamkeit, die dem Militär in Europa am Ende des 19. Jahrhunderts zuteil wurde, waren vor allem die regelmässigen öffentlichen Militärfeiern. In Deutschland und Frankreich demonstrierte die Armee seit den siebziger Jahren bei solchen Anlässen ihre Kampfkraft und Stärke vor der versammelten Staats- und Militärführung sowie einem breiten Publikum.<sup>20</sup> Die deutschen Kaiserparaden veranschaulichten das Zusammenspiel von staatlichem Militärkult und spontaner Anteilnahme der Bevölkerung, das allgemein für die Militärfolklore typisch ist.

Die in Deutschland jedes Jahr am Ende des Sommers abgehaltenen Militärfeiern gingen aus den Inspektionsreisen



*Wilhelm II. bei der Parade auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin um 1895.*

hervor, die der Monarch als «Oberster Kriegsherr» der deutschen Truppen seit Mitte der siebziger Jahre alljährlich in die verschiedenen Armeekorpsbezirke des Reiches unternahm. Die Anwesenheit des Kaisers, der bei den Reisen viele Regionen zum ersten Mal seit der Reichsgründung von 1871 besuchte, und das farbige militärische «Schauspiel» führten zu einem Ansturm der Bevölkerung zu den ursprünglich innermilitärischen Veranstaltungen.<sup>21</sup> Daher bürgerte es sich ein, die Feiern in der Nähe grösserer Städte abzuhalten und das Paradelände durch Tribünenbauten für zahlungskräftigere Zuschauer auszugestalten. In Frankreich fanden die Militärparaden nach der innenpolitischen Konsolidierung der Dritten Republik seit 1880 alljährlich in allen Garnisonen des Landes

als Höhepunkt der Feierlichkeiten am 14. Juli, dem republikanischen Nationalfeiertag, statt. Ihre Inszenierung für die Öffentlichkeit sollte von Anfang an ein möglichst breites Massenpublikum ansprechen.

Die Bevölkerung bildete bei den Veranstaltungen insofern keine unbeteiligte Kulisse der staatlich-militärischen Machterfaltung. Vielmehr entwickelte sich um die feierlichen Auftritte der Truppen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich eine populäre Geselligkeit, die die Militärparaden in den Augen der Zeitgenossen zu «wahren Volksfesten» machten.<sup>22</sup> Schaulust und Begeisterung für Prominente lockten vor allem bei den Paraden in beiden Hauptstädten, an denen neben den Repräsentanten des Staates auch die Vertreter der «Société» teilnahmen, viele Zuschauer aus allen Gesellschaftskreisen an. Die offizielle Inszenierung verband sich dabei mit den Geselligkeitsformen der bürgerlichen und unterbürgerlichen Schichten. Dies fand seinen Ausdruck im begeisterten Empfang, den die Bevölkerung den aufmarschierenden Truppen und Repräsentanten des Staates bereitete, in den Ess- und Trinkritualen oder in dem lebhaften Kleinhandel, der die Zuschauer mit Lebensmitteln und patriotischen Gedenkartikeln versorgte.<sup>23</sup> All dies wurde von staatlicher Seite geduldet, meist auch mit Wohlwollen betrachtet und unterstützt, doch lässt sich weder für Deutschland noch für Frankreich von einer engen staatlichen Kontrolle oder gar gezielten Organisation der populären Volksfeste sprechen.

Die sich um die Militärfeiern ausbreitende volksfestartige Geselligkeit blieb stets an ihren «eigentlichem Anlass, die Auftritte der Armee, gebunden. Die Allgegenwart der Uniformen und die vielen patriotischen Symbole betonten ebenso wie die weithin hörbaren Klänge der ausserordentlich beliebten Militärmusik den militärisch-nationalen Bezug der Veranstaltungen. Somit existierte in Deutschland wie in Frankreich schon lange vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs jene en-

ge Verschränkung von militärischer Kultur und populärer ‚Lebenswelt‘, die Michael Geyer erst als ein Kennzeichen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus beschreibt.<sup>24</sup> Dies belegen unter anderem die Vereine der ehemaligen Soldaten und Veteranen, die sich in beiden Ländern neben der Armee in besonderer Weise als ‚Sachwalterinnen der militärischen Brauchtumpflege‘ in der Gesellschaft sahen.

Solche Vereine entstanden in den Jahren und Jahrzehnten nach dem deutsch-französischen Krieg beiderseits der Vogesengrenze «von unten», d.h. sie gingen aus einer Bewegung hervor, die in der Gesellschaft gewachsen war, und nicht aus einer Intervention staatlicher Stellen. Die Behörden betrachteten die Gründung der Vereine zunächst mit einigem Misstrauen.<sup>25</sup> Trotz mancher Unterschiede in Struktur und Entwicklung ähnelte sich die Kultur der Militärvereine in beiden Ländern. Ihre wichtigste Aufgabe sahen die Vereine der ehemaligen Soldaten in der Pflege des sich durch den gemeinsamen Dienst im Militär vermittelten militärischen Brauchtums‘. Dieses verbreiteten sie bei ihren Auftritten im Rahmen der offiziellen Militärparaden sowie bei Feierlichkeiten anlässlich von Schlachtenjubiläen und anderen heroischen Begebenheiten der militärischen Vergangenheit.<sup>26</sup> Eine zentrale Bedeutung spielte für die deutschen und französischen Veteranen der Gefallenenkult um die Toten des Krieges von 1870/71, der sich auf beiden Seiten um die fast überall im Land errichteten Kriegerdenkmäler etablierte.<sup>27</sup>

Obwohl die militärnahen Vereine in der Gesellschaft als ‚zivile‘ Vereinigungen in Erscheinung traten (da ihre Mitglieder keine offiziellen militärischen Uniformen trugen), verbreiteten sie beständig die Formen- und Bildersprache der Armee. «Paraden» und «Fahnenweihen», die bewusst das militärische Reglement kopierten, bildeten stets ein wichtiges Element ihres Auftretens in der Öffentlichkeit.<sup>28</sup>

Damit wurden sie zu Vorbildern für eine Reihe anderer Vereine, die sich gleichfalls durch ihre Nähe zur Armee definierten und die militärische Selbstdarstellung ebenso imitierten. Eine besondere Rolle innerhalb dieser «militärisch-nationalen Öffentlichkeit» spielten die Vereine vom «Roten Kreuz» sowie die militärischen Jugendvereine, die sich in Frankreich bereits seit den 1880er Jahren, nach der Jahrhundertwende zunehmend auch in Deutschland um die vormilitärische Ausbildung der Jugend kümmerten.<sup>29</sup> Sie alle huldigten einem militärischen Männlichkeitsideal, das «Tapferkeit» und «Kameradschaft» sowie die prinzipielle Bereitschaft zum Waffendienst «für das Vaterland» einschloss,<sup>30</sup> jedoch nicht gleichbedeutend war mit unbedingtem Gehorsam oder kritikloser Übernahme der offiziellen Militärpropaganda.<sup>31</sup> Daher wäre es auch falsch, ihre Aktivitäten vorschnell mit dem Begriff einer «Kriegsmentalität» zu belegen, wie dies etwa in der Literatur unter Hinweis auf die satirische Darstellung ihrer Aktivitäten in Heinrich Manns Roman «Der Untertan» geschehen ist.<sup>32</sup> Vielmehr äusserte sich darin in erster Linie jene nicht nur in den unterbürgerlichen Schichten der Gesellschaft verbreitete populäre Begeisterung für die Armee, die noch für die sozialdemokratischen Veteranen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Weimarer Republik kennzeichnend wurde.<sup>33</sup>

Beispielsweise verteidigten in den 1890er Jahren die Mitglieder des Leipziger «Verbandes der Kriegsveteranen» ihre Forderung nach Zahlung eines Ehrensoldes für die Teilnehmer des deutsch-französischen Krieges mit dem Hinweis auf ihre Nähe zur Armee und ihre Kaiserstreue, obwohl sie sich damit bewusst gegen die Position der Reichsregierung stellten. Sie sahen keinen Widerspruch zwischen ihrem «Patriotismus» und ihrer Forderung nach Änderung der Regierungspolitik in der Versorgungsfrage. Mit dieser bewussten Opposition forderten sie allerdings eine massive Gegenkampagne der



preussischen Behörden und des «Deutschen Kriegerbundes» heraus, die den Verband schliesslich fast völlig von der politischen Bühne verdrängte.<sup>34</sup>

## II. Die Kritik an der Repräsentation der Armee in Deutschland und Frankreich

Die populäre Militärfolklore und die regelmässigen Auftritte der Armee riefen, wie bereits die zitierten Äusserungen von Karl Liebknecht deutlich machen, immer wieder auch Widerspruch und Kritik hervor. Im Folgenden soll jedoch weniger auf die im öffentlichen Diskurs geäusserte allgemeine Kritik am Militär eingegangen werden, sondern vielmehr auf die konkreten und zum Teil spontanen Äusserungen des Protests bei Demonstrationen und Krawallen, die anlässlich der Militärfeiern ausbrachen. Solche mehr oder weniger ‚direkten‘ Aktionen geben Aufschluss über die Wirkung der antimilitaristischen Publizistik und Propaganda in der breiten Masse der Bevölkerung. Der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich erhellt signifikante Unterschiede in der politischen Einbettung des militärischen Kultes, die ihrerseits auf die unterschiedliche politische Kultur beider Länder verweisen.<sup>35</sup>

Vor allem in Deutschland lösten die jährlichen Militärparaden erstaunlich wenig öffentliche Kritik aus. In den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges führten etwa Sozialdemokraten und nationalistische Vereine weit heftigere Debatten über die Besetzung des öffentlichen Raumes im Rahmen der Auseinandersetzungen über die dreijährige Dienstzeit.<sup>36</sup> Selbst ein vehementer Militärkritiker wie Ludwig Quidde gestand ein, dass die Paraden «eigentlich nur bewundernde und bestenfalls gleichgültige Zuschauer» fänden.<sup>37</sup> Dies hinderte natürlich weder ihn noch andere Antimilitaristen, das «militä-

rische Klimbim» zu kritisieren und den «Hurrahpatriotismus» der Teilnehmer ironisch zu beschreiben,<sup>38</sup> doch blieb die Wirkung solcher publizistischer Attacken auf die breite Bevölkerung gering. Die Polizei beobachtete nicht nur bei der Kaiserparade 1882 in Dresden bekannte Sozialdemokraten, und bei den Feierlichkeiten zum 25jährigen Jubiläum des Kriegs von 1870/71 bemühte sich die sozialdemokratische Parteipresse ebenfalls vergeblich, die eigene Anhängerschaft von dem «Kriegserinnerungsrummel» fernzuhalten.

Dem Dilemma, das sich aus der mangelnden Gefolgschaft der eigenen Klientel ergab, versuchten die antimilitaristischen Aktivisten der Sozialdemokratie dadurch zu begegnen, dass sie im Umkreis der patriotischen Gedenktage eigene Veranstaltungen wie die Lassalle-Feiern am 31. August abhielten und damit die Entwicklung einer «alternative culture» der Arbeiterschaft vorantrieben.<sup>39</sup> Im sozialdemokratischen «Vorwärts» wurde die breite Teilnahme der Arbeiterschaft an den militärischen und patriotischen Feierlichkeiten regelrecht ignoriert. So qualifizierte man die Zuschauer der Paraden in den Berichten als «Gaffer» oder «Nichtstuer» ab und bezeichnete nur Personen, die sich durch ihren Protest gegen die polizeilichen Absperrungsmassnahmen als Kritiker der Veranstaltungen und damit in der Sicht der Redakteure als klassenbewusste Angehörige der Arbeiterschaft erwiesen, als Arbeiter.<sup>40</sup> Das von Liebknecht und anderen vorgebrachte Argument einer von oben gesteuerten «Verwirrung und Irreführung des proletarischen Klassenbewusstseins» durch die Militärfolklore<sup>41</sup> kann insofern als eine Entschuldigungsstrategie gedeutet werden, um die eigensinnige Haltung der breiten Bevölkerung in den Begriffen des Klassenkampfes zu erklären.

In Frankreich kam es anlässlich der jährlichen Militärparaden immer wieder zu öffentlichen Protesten und Demonstra-

tionen und nicht nur wie in Deutschland zu publizistischen Angriffen auf die Armee und zu parlamentarischen Attacken gegen die militärische Selbstdarstellung. Hierfür verantwortlich war jedoch weniger die aktive antimilitaristische Bewegung Frankreichs, die vor allem von sozialistischen und anarchosyndikalistischen Kräften getragen wurde und mit öffentlichen Kampagnen wie Flugblattverteilungen an Soldaten Aufmerksamkeit erregte.<sup>42</sup> Betrachtet man die öffentlichen Protestaktionen um die französischen Militärfeiern genauer, wird deutlich, dass in den ersten Jahrzehnten der Dritten Republik vornehmlich Monarchisten und radikale Nationalisten die Veranstaltungen zum Forum für politische Aktionen gegen die republikanische Staatsführung umfunktionierten. Damit wandte sich der Protest stets gegen die republikanische Ausrichtung des militärischen Kurses nach 1878, nicht jedoch gegen die Armee als Verkörperung der «nation en armes». Unter den Nationalisten der von Paul Deroulède geführten «Ligue des Patriotes» entwickelten sich während der Boulanger-Krise in den 1880er Jahren die massiven Anti-Regierungsdemonstrationen bei der Pariser Militärparade des 14. Juli zu einer regelrechten Tradition, die einen zweiten Höhepunkt während der Dreyfus-Affäre in den Jahren 1898 bis 1900 erlebte. Ihre Gegner, die sogenannten Dreyfusards (die Unterstützer von Dreyfus im Verfahren gegen die militärische und staatliche Führung des Landes), hielten sich dagegen an die klassischen Formen einer parlamentarischen und publizistischen Einflusspolitik und demonstrierten so ihren Willen, trotz aller Kritik an der Militärspitze den breiten Konsens um die nationale Armee zu wahren. Der staatlichen Führung gelang es stets, die Proteste mit Hilfe eines starken Aufgebots von Polizei und Militär in einem überschaubaren, auf die Hauptstadt Paris begrenzten Rahmen zu halten und die symbolische «Hoheit» über den militärischen Kult zu verteidigen.

Wirklich «antimilitaristische Aktionen» im Kontext der Militärfeiern fanden in Frankreich erst nach der Dreyfus-Affäre bzw. nach dem Erstarren des Antimilitarismus seit der Jahrhundertwende statt. Diese Proteste häuften sich nach 1904 und erreichten in den Jahren 1907 und 1913 deutliche Höhepunkte. Wie eine genauere Betrachtung zeigt, traten sie jedoch nur dann auf, wenn durch einen vorhergehenden massiven Einsatz der Armee gegen streikende Arbeiter in dem jeweiligen Ort bzw. in der Gegend der lokale Konsens um die öffentlichen Auftritte des Militärs zusammengebrochen war. Nicht die Existenz von aktiven antimilitaristischen oder anarchosyndikalistischen Vereinigungen war also die entscheidende Voraussetzung für die Proteste gegen die Armee am 14. Juli, sondern vielmehr die Störung der sonst um die Armee und ihre Selbstdarstellung bestehenden Einvernehmlichkeit. Nach einigen Jahren, zum Teil bereits im folgenden Jahr, hatten sich die aufgewühlten Geister stets beruhigt, so dass die Militärfeiern überall wieder ohne grössere Störungen aufgenommen wurden.

Einzigste Ausnahme von diesem Muster blieb die stark von sozialistischen Aktivisten geprägte Stadt Le Havre. Aber auch hier nahmen die Aktionen höchstens eine äusserst symbolische Form an. Die ‚drastischste‘ Protestaktion, die bereits wüste Reaktionen von Seiten der bürgerlichen Presse hervorrief, bestand in der demonstrativen Missachtung des üblichen Grusses für die vorbeiziehenden Truppen durch den sozialistischen Bürgermeister und einige Stadträte bei der Militärparade am 14. Juli 1912. Selbst der Versuch des bekannten Antimilitaristen Gustave Hervé, nach der Revolte der südfranzösischen Weinbauern im Jahr 1907 die Auseinandersetzungen in der Provinz zu einer grossen, gegen die Militärparade in Paris gerichteten Demonstration zu bündeln, geriet am Ende nur zur Manifestation der Unfähigkeit der Militärgegner, da

sich nur eine kleine Zahl von Personen zum öffentlichen Protest gegen die Auftritte der Armee bewegen liess. Der klägliche Ausgang des Unternehmens unterstreicht erneut die radikale Aussenseiterposition, die die Antimilitaristen auch in der französischen Gesellschaft vor 1914 innehatten. Zugleich erweist sich, welch grossen Einfluss die zum Teil äusserst massive militärische Repression von Streikbewegungen durch die französische Armee auf den Ausbruch antimilitaristischer Proteste im Kontext des 14. Juli hatte.<sup>43</sup>

Eine Besonderheit stellen die Aktionen von 1913 dar. In diesem Jahr organisierte die Confédération générale du travail (C.G.T.) in Paris im Umfeld der Militärfeiern zwei grosse öffentliche Demonstrationen gegen die Verlängerung des Wehrdienstes durch die Einführung der dreijährigen Wehrpflicht. Ein nicht zu unterschätzender Faktor für den Erfolg dieses Unternehmens war die persönliche Betroffenheit weiterer Kreise der Bevölkerung durch die Regierungsmassnahmen. Letzten Endes zahlte sich aber auch hier die Strategie der Regierungsgegner nicht aus, öffentliche Protestaktionen im Zusammenhang mit den regelmässigen Militärparaden zu organisieren. Stets besuchte nämlich eine weit grössere Zahl von Personen die regulären Militärfeiern, so dass in der französischen Öffentlichkeit der Eindruck einer deutlichen Minorität von Militärdienstgegnern erhalten blieb.

Mit Blick auf den auch in der französischen Gesellschaft vor 1914 bestehenden gesellschaftlichen Konsens um die Armee muss daher die vorschnelle Interpretation der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs als einer militaristischen «Untertanengesellschaft» in Frage gestellt werden.<sup>44</sup> Vielmehr gilt es die zeittypischen Merkmale einer allgemeinen, europaweiten Militarisierung und Nationalisierung herauszuarbeiten, die über Deutschland und Frankreich hinaus für das «Imperiale Zeitalter» (Hobsbawm) vor dem Ersten Weltkrieg charakteristisch sind.

### III. Ein Resümee in Thesen

1. Die Äusserungen von Karl Liebknecht und anderen Militärgegnern der Vorkriegszeit über die Verbindung von Militarismus und Kapitalismus bzw. von Militarismus und Moderne rücken (bei allem Wissen um die Zeitgebundenheit und ideologischen Hintergründe dieser Einschätzungen) die internationalen Aspekte des Militarismus verstärkt ins Bewusstsein. Zu fragen ist, inwieweit der von Liebknecht und anderen zum Paradigma des modernen Militarismus erhobene preussisch-deutsche Fall vor 1914 gegenüber den anderen europäischen Gesellschaften eine Besonderheit darstellt. Die Feststellung von weitgehenden Ähnlichkeiten der Militärfolklore und des Folkloremilitarismus in der deutschen und französischen Gesellschaft verweist dabei vor allem auf die Notwendigkeit, die verschiedenen Ebenen des ‚Militarismus‘ voneinander zu unterscheiden, um ein differenziertes Bild der bestehenden Ähnlichkeiten und Unterschiede zu erhalten. Der Folkloremilitarismus der Bevölkerung hatte eine nicht unwesentliche Bedeutung für die relativ problemlose Übernahme des Leitbildes vom «Waffendienst fürs Vaterland», das allgemein die zeitgenössische Gesellschaft in Europa prägte. Im Gegensatz etwa zu der sich aus der Reichsverfassung<sup>45</sup> ergebenden politischen Sonderrolle der preussischdeutschen Armee ist er allerdings nicht als eine deutsche Eigentümlichkeit anzusehen.

2. Die zeitgenössische Militarismus-Forschung sollte im Gegensatz zur älteren stärker die Attraktivität des Militärkults und der Armee für die verschiedenen Teile der Bevölkerung in den Blick nehmen. Zu denken ist hier etwa an die unerschwinglich transportierten Männlichkeitsbilder<sup>46</sup> sowie an die Formen der populären Geselligkeit, die erst die Massenanziehungskraft des militärischen Kultes erklären. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Militärkritiker wie Quidde und

Liebkecht oder auch Gustave Hervé und Romain Rolland auf französischer Seite vor dem Ersten Weltkrieg und der massenhaften Erfahrung des Kriegstodes stets in einer ausserordentlichen Minderheitenposition befanden. Ähnlich wie viele deutsche Sozialdemokraten versuchte beispielsweise Jean Jaurès mit seinem Plädoyer für die «armée nouvelle» das Prinzip der militarisierten Nation neu, im demokratischen Sinn zu definieren, ohne es radikal in Frage zu stellen.

3. Die Erfahrung des Ersten und noch stärker die des Zweiten Weltkrieges haben die Naivität des bunten Militärkultes aus der Zeit vor 1914 vor Augen geführt, doch viele der hier unter dem Stichwort «Militärfolklore» zusammengefassten Phänomene wirkten weit über 1918 und 1945 hinaus.<sup>47</sup> Mit den Flugshows der sechziger und siebziger Jahre und den heutigen Computerspielen rückten die technischen Dimensionen der modernen Waffen weit stärker ins Zentrum des Militärkultes. Auch wenn zumindest in Deutschland derartige Phänomene nicht mehr den gleichen Stellenwert wie die Militärfolklore vor 1914 haben, besitzen solch populäre «Lernorte» des Militärischen weiterhin Anziehungskraft. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist die Verdrängung der grausamen Kriegsrealität durch den vermeintlichen schönen Schein und die technische «Perfektion» der modernen Waffen. Die historische Friedensforschung sollte in diesem Sinne verstärkt auf die Verdrängung des Todes in der militarisierten Gesellschaft hinweisen.<sup>48</sup> Denn erst die Ausgrenzung der drohenden Präsenz des «Sterbens für das Vaterland» aus dem kollektiven Bewusstsein erlaubte es, auch im Frieden jene Wehrbereitschaft der europäischen Gesellschaften zu erhalten, die im Ersten Weltkrieg zur Massenmobilisierung der «Nation in Waffen» führte.

*Christoph Jahr*

## **BRITISH PRUSSIANISM**

*Überlegungen zu einem europäischen Militarismus  
im 19. und frühen 20. Jahrhundert\**

Wer «Foyles» in der Londoner Charing Cross Road oder eine beliebige andere britische Buchhandlung betritt, dem ist ein interkulturelles Differenzenerlebnis sicher, denn Militaria aller Art nehmen dort einen derart grossen Raum ein, wie es in Deutschland kaum vorstellbar wäre. Dennoch steht die britische Gesellschaft selten im Verdacht, jenem Militarismus anheim gefallen zu sein, für den Preussen geradezu ein Synonym ist. Im Gegenteil: Der Kampf gegen den «preussischen Militarismus» zählte 1914 zu den zentralen Kriegsbegründungen<sup>1</sup>, und ihn im 20. Jahrhundert zweimal unter Beibehaltung «typisch britischer» Zivilität geschlagen zu haben, ist bis heute ein Nationalmythos. Doch bereits 1915 hat John Bruce Glasier, einer der Aktivisten der linkssozialistischen Independent Labour Party, auf das Dilemma hingewiesen, dass Grossbritannien durch den Kampf gegen den «German Militarism in Germany»<sup>2</sup> selbst militaristisch und «preussisch» geworden sei. Das seinerzeit auch «British Prussianism» genannte Problem löste Diskussionen über das Verhältnis zwischen Staat und Individuum, Militär und Politik, Macht und Recht aus. Diese Debatte möchte ich im Folgenden rekonstruieren, um die Spezifika der britischen Variante des Militarismus – die in der Forschung nur selten explizit thematisiert wird – vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges genauer zu bestimmen.<sup>3</sup>



## Militarismus und Militarisierung vor 1914

In verklärendem Rückblick auf die halkyonischen Tage vor 1914 schrieb bereits zitierter Glasier: «The absence of military display of any kind was, in fact, one of the distinctive characteristics of British life. One hardly was aware that there was an army in the country at all.»<sup>4</sup> Selbstverständlich gab es bereits vor 1914 nicht nur eine Armee, sondern auch einen Militarismus im Vereinigten Königreich. Das Offizierkorps der Regular Army vor 1914 war noch stark von traditionellen Eliten, v.a. vom Adel, geprägt, der 1914 33% der Obersten und sogar 42% der Generalsränge stellte.<sup>5</sup> Rund zwei Drittel der Offiziere kamen aus ländlichen Gebieten und waren oft Grundbesitzer. Zusätzlich homogenisierend wirkte die Sozialisation durch die Public Schools, die zwei Drittel der Offiziere absolviert hatten. Wie ihre deutschen Offizierskollegen versuchten sie, ihre Standesideale in einer sich rasch wandelnden Welt aufrechtzuerhalten.<sup>6</sup>

Dennoch war die Armee politisch domestiziert, weil das Parlament jährlich nicht nur über ihren Etat, sondern auch über ihr schieres Fortbestehen abzustimmen hatte. Daher wurde auch über das Innenleben der Armee diskutiert, das der Öffentlichkeit in Deutschland, wo die Truppe unter dem Schutz der kaiserlichen Kommandogewalt stand, weitgehend verborgen blieb. Heftig umstritten war der Einsatz der Armee im Innern, besonders zur Unterdrückung von Streiks. Von politischer Abstinenz kann auch in Hinblick auf das Empire keine Rede sein, denn die Armee verstand sich zunehmend als dessen Garant angesichts einer vermeintlich dekadenten Gesellschaft.<sup>7</sup> Anders als die meisten anderen europäischen Armeen führte die britische ständig «kleine» Kolonialarmee, die auch die nationalistischen Phantasien im Bürgertum zunehmend aufheizten. Der Soldat wurde zu einer populären Figur

– solange er ausserhalb des Mutterlandes auftrat und die Kriegslasten für den Bürger vor allem finanzieller Natur waren. Auf diese Weise konnte sich die Gesellschaft für den Krieg begeistern, ohne genau zu wissen, was das überhaupt war. Die Konflikte zwischen Politik und Militär kamen im 19. Jahrhundert auch deswegen kaum zum Tragen, weil sie ins Empire exportiert werden konnten. Als sich die Grossmacht-konflikte zunehmend von der kolonialen Peripherie nach Europa zurückverlagerten und ein grosser europäischer Krieg wahrscheinlicher wurde, zielten die politischen Ambitionen der britischen Armee mehr und mehr ins Herz der zivilen Gesellschaft.<sup>8</sup>

Die Zabern-Affäre ist eine Ikone des «deutschen Sonderwegs» und des «preussischen Militarismus».<sup>9</sup> Doch auch auf den britischen Inseln löste das Verhältnis zu einer nationalen Minderheit im Frühjahr 1914 eine Krise zwischen politischer und militärischer Sphäre aus. Damals stand Irland am Rand eines Bürgerkrieges, dessen Ausbruch wohl nur der «Grosse Krieg» verhinderte. Eine Reihe hochrangiger britischer Offiziere drohte im März 1914 an, eher den Dienst zu quittieren, als die Durchsetzung der «Home-Rule» in Ulster zu erzwingen, die eine weitgehende Selbstverwaltung für Irland vorsah. Vor dieser «Meuterei» wich die Politik zurück, und so geriet der «Curragh-Incident» zu einer der wenigen Situationen der neueren Geschichte, in denen das Militär in Friedenszeiten offen den Primat der Politik herausgefordert hat – wobei die Betonung auf *offen* liegt, denn die Armee am Vorabend des Weltkrieges war «deeply politicized and well versed in the arts of political intrigue»<sup>10</sup>.

Für das äussere Erscheinungsbild und öffentliche Bewusstsein ist jedoch prägend gewesen, dass das Vereinigte Königreich bis 1916 nie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat und folglich die auf dem Kontinent beobachtbare Aufwertung des Militärdienstes zum nationalen Ehrendienst ausblieb, wie

das Beispiel der vom militärischen Geist erfüllten Studenten der Universität Cambridge zeigt.<sup>11</sup> Gleichzeitig galt die freiwillige Verpflichtung zur Armee als «the last step in a downward career of a young man»<sup>12</sup>, wie der 1903-1905 als Kriegsminister amtierende Hugh Oakley Arnold-Foster feststellte. Auf der Insel war man – ungeachtet der Widersprüchlichkeit dieser Haltung – stolz darauf, in einer «world of conscripts»<sup>13</sup> den Sonderweg einer Freiwilligenarmee zu beschreiten, verliess sich freilich nie auf die «volunteers», denn während der Napoleonischen Kriege wurden Zwangsverpflichtungen angeordnet und die «Militia», eine freiwillige Heimatwehr, wurde während des Krim- und Burenkriegs an der Front eingesetzt.

Nach 1880 stand Grossbritanniens Vormachtstellung zunehmend in Frage. Dadurch wurde in der Gesellschaft das Bewusstsein dafür geschärft, die Einstellung zur bewaffneten Macht sowie das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Sphäre neu justieren zu müssen. Neben den kolonialen Rivalitäten mit Frankreich und Russland trug dazu später vor allem das deutsch-britische Wettüben zur See bei. Wie wenig Grossbritannien auf eine längere militärische Auseinandersetzung vorbereitet war, zeigte der Burenkrieg. Als die Norfolk-Commission 1904 empfahl, eine teilweise Wehrpflicht einzuführen, um die Landesverteidigung zu sichern, löste dies heftigen Widerspruch in der Öffentlichkeit und Politik aus. Um dennoch mit den millionenstarken Kontinentalheeren mithalten zu können, leitete Kriegsminister Lord Richard Haldane tiefgreifende Umstrukturierungen ein.<sup>14</sup> Dessen Kernstück war die Heeresreform von 1908, mit der eine Special Reserve bei jedem Regiment eingeführt wurde, d.h. ein Ausbildungskader von Zivilisten, die nach einer sechsmonatigen Grundausbildung jährlich zu kurzen Übungen herangezogen wurden. Ebenfalls 1908 wurden die seit 1859 bestehenden «Volunteers» durch die «Territorial Force»<sup>15</sup> ersetzt,

die aus insgesamt 302'000 Mann bestehen sollte. Darüber hinaus hatte Grossbritannien in den eineinhalb Jahrzehnten vor 1914 die mit Abstand höchsten jährlichen pro-Kopf-Ausgaben für Armee und Marine, nämlich gut £ 2.04, während es in Deutschland umgerechnet £ 0.77 und in Frankreich £ 0.85 waren.<sup>16</sup>

Der Burenkrieg bewirkte eine teilweise Aufwertung des Militärdienstes in nationalen Notzeiten, so dass sich die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Armee von der Viktorianischen zur Edwardianischen Zeit deutlich wandelte.<sup>17</sup> Treibende Kraft dieser Militarisierung durch einen «popular imperialism» waren vor allem nationalistische Verbände wie die 1895 gegründete «Navy League» oder die 1901 gegründete «National Service League» mit insgesamt rund 300'000 Mitgliedern.<sup>18</sup> Zu ihren prominenten Führungspersönlichkeiten gehörten u.a. der Duke of Wellington, die vormaligen Oberbefehlshaber Lord Roberts und Lord Wolseley, der Militärschriftsteller George F. Shee, der Schriftsteller Rudyard Kipling und der Earl of Derby, der im Ersten Weltkrieg massgeblich an der Organisation der Massenrekrutierung mitwirkte.<sup>19</sup> Auch die Wirkung der nationalistischen Literatur, des paramilitärischen Trainings an den Public Schools und Universitäten sowie durch Baden Powells «Boy Scouts» darf nicht unterschätzt werden.<sup>20</sup> Knapp 3% der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 49 waren um 1903 Mitglieder der «Volunteer Force». Insgesamt absolvierten rund 8% der männlichen Bevölkerung die eine oder andere Form militärischer Ausbildung. Geschätzt wird, dass ca. 40% der zwischen 1901-1920 geborenen Jungen einer paramilitärischen Jugendorganisation angehörten.<sup>21</sup>

Allerdings war die britische Variante des rechten Nationalismus nur dann erfolgreich, wenn sie die Erhaltung des Status quo, nicht aber, wenn sie eine weitere Expansion zum Ziel hatte. Trotz seiner unverkennbaren Nähe zu den Konservati-

ven war der «Empire-Nationalismus» gegenüber dem liberalen und linken politischen Spektrum deutlich toleranter als sein deutsches Pendant und die militaristischen Tendenzen manifestierten sich weniger in Äusserlichkeiten. Diese Entwicklungen legten aber den Grundstein dafür, dass sich vom August 1914 bis zur Einführung der Wehrpflicht im Januar 1916 zweieinhalb Millionen Männer als Kriegsfreiwillige meldeten. Nach dem Kriegsende gab es Versuche, die Wehrpflicht beizubehalten, weshalb sie erst am 31. August 1921 offiziell wieder abgeschafft wurde. Damit war der Trend zur *Militarisierung* vorläufig gestoppt. Hew Strachan kommt daher zu dem Schluss, dass «Grossbritannien im 19. Jahrhundert militärischen Werten mehr zugetan [war], als sein Ruf als liberaler Verfassungsstaat nahelegt».<sup>22</sup> Dennoch konnte sich kein *Militarismus* preussisch-deutscher Prägung etablieren und der Primat der Politik gegenüber den Machtpräentionen des Militärs vermochte sich zu behaupten.<sup>23</sup>

## **Ansätze – Gegensätze – Widersprüche. Aspekte der Debatte über Armee und Gesellschaft**

Die Wehrpflichtdebatte war Teil einer umfassenden Auseinandersetzung zwischen dem liberalen und dem konservativen Grossbritannien.<sup>24</sup> Vor dem Ersten Weltkrieg war die Einführung der Wehrpflicht von allen Parteien im Unterhaus – links stärker als rechts – abgelehnt worden.<sup>25</sup> Viele Gedanken führten über das plausible Argument, dass es der Wehrpflicht zur Verteidigung des Empire bedürfe, weit hinaus. In seinem 1877 erschienenen Buch «The Philosophy of War» hatte James Ram den Krieg als den höchsten Daseinszustand des Menschen und eine Naturnotwendigkeit bezeichnet.<sup>26</sup> John Cramb, Professor für Neuere Geschichte in London und Dozent an der Militärakademie Sandhurst, erklärte in einer Vor-

lesung 1913, dass die Menschheit mit dem Krieg «values above religion, above industry, and above social comfort»<sup>27</sup> besitze. Colonel Francis N. Maude, Dozent für Militärgeschichte an der Universität Manchester, rechtfertigte in seinem sozialdarwinistisch inspirierten 1907 erschienenen Werk «War and the World's Life» das bestehende Rekrutierungssystem mit einer erheblichen Portion Zynismus. Hunger, so Maude, sei «the greatest stimulus to human action that can be conceived. Keep men hungry, just hungry enough, and they will swarm to the Colours to end their misery;... But in no case must the hunger be allowed to become excessive, nor must the people be allowed to perceive that they are being played with».<sup>28</sup>

Englands imperiales Sendungsbewusstsein geriet im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zunehmend in die Krise, und diese löste eine erste Modernisierungswelle bei Heer und Marine aus.<sup>29</sup> George E. Shee nannte den langwierigen und verlustreichen Burenkrieg in seinem Buch «The Briton's first duty» eine göttliche Lektion und rief zum Umdenken auf: «Will the nation listen while there is yet time ...?» Diese Publikation gab den Anstoss zur Gründung der National Service League. Shee sah den Vorteil der Wehrpflicht über die Erschliessung personeller Ressourcen hinaus in einer allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung im Geist des Imperialismus: «Every man would be a true Imperialist when he felt the solidarity which personal military service gives.» Den Wert der Wehrpflicht erblickte er ihrem «moral, intellectual und educational»<sup>30</sup> Effekt. In diesem Sinne äusserte sich auch der spätere Innenminister Lord Milner. Im Jahre 1912 betonte er in einer Rede vor der National Service League, dass die Wehrpflicht – wie in Deutschland – ein wichtiges Element des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sein, aber auch zu

«a better physique and a more alert mind, discipline, self-control, self-reliance, and the habit of orderly co-operation with one's fellows» führen würde. Die Einführung der Wehrpflicht wäre daher «a form, not only military, but of social reform, of the very highest character.»<sup>31</sup>

Alle diese Äusserungen reagierten auf das nicht unbegründete Gefühl wachsenden militärischen Drucks und relativen Zurückbleibens auf industriell-technischem Gebiet, namentlich gegenüber Deutschland und den USA. Die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung vermeintlicher militärischer Erfordernisse kann insofern durchaus als Teil eines umfassenden Modernisierungsprogramms gedeutet werden, durch das nicht nur jeder (männliche) Bürger zum potentiellen Soldaten, sondern auch die Gesellschaft zur «Wehrgemeinschaft» geformt werden sollte. Als der Althistoriker George G. Coulton 1914 auf die Versäumnisse der Vorkriegszeit hinwies, zog er eine Parallele zwischen Wehrpflicht und Schulpflicht. In beiden Bereichen spiele Grossbritannien eine ungünstige Sonderrolle in Europa: «No nation which contents itself with developing a few, while neglecting the rest, can hold its own under modern competition. ... National compulsion in military training, as in school training, spells national efficiency.»<sup>32</sup>

Es gab starke Strömungen in Grossbritannien, die mit der Wehrpflichtdebatte sehr viel mehr verbanden als nur die Frage nach einem effizienten Aufbau der Armee. Sie diente dazu, das gesamte politisch-gesellschaftliche Gefüge im Sinne eines autoritären Staats- und Gesellschaftsverständnisses neu zu strukturieren. Hochangesehene Wissenschaftler schöpften daher aus der Geschichte Argumente *gegen* die «English Liberties». William Ridgeway, Archäologe und Altertumskundler in Cambridge, verkündete in einer Ansprache an die Classical Association, in einer Welt des vollendeten

Friedens würde die Menschheit an ihrer eigenen «physical and moral corruption»<sup>33</sup> zugrunde gehen. Oberst Charles Ross stellte in seinem 1903 erschienenen Werk «Representative Government and War» sogar die britische Demokratie in Frage. Weil diese einer effektiven Machtentfaltung im Weg stehe, müsse notfalls eine auf die Armee gestützte Diktatur – mit oder ohne den Monarchen – installiert werden.<sup>34</sup>

Wie der bereits erwähnte «Curragh-Incident» zeigte, blieb es für einige Militärs keineswegs bei diesen abstrakten Überlegungen. Im Krieg trat für manche Wehrpflichtbefürworter zudem die Hoffnung in den Vordergrund, die Macht der Gewerkschaften zu brechen und die vermeintlich verloren gegangene Unterordnung der Arbeiter unter den Fabrikherren zu restituieren. Oberstleutnant W.H. Maxwell etwa beschrieb im «London Outlook» im September 1915 die Gewerkschaften als «shelter for slinking shirkers», welche die Existenz der Nation gefährdeten: «One remedy, and one alone, can eradicate this state of rot – martial law will cure it.»<sup>35</sup> Ein Artikel in der Zeitschrift «John Bull» scheute sich einmal mehr nicht, das deutsche Vorbild zu preisen: «The miners who refuse to work must be conscripted ... That is the way they do things in Germany, and that is the way we must do with them here.»<sup>36</sup> Ausserdem diene die Agitation für die Wehrpflicht dazu, die Motive der Pazifisten weiter zu delegitimieren. Der an sich gemässigt argumentierende Althistoriker Coulton bezeichnete den Aufschrei gegen den «Militarismus» als «a great deal of ignorance, and still more dangerous dose of hypocrisy. The shirker has sometimes posed as a moralist; and even the best-intentioned moralists have protected the shirker.»<sup>37</sup>

Doch auch die Wehrpflichtgegner verschafften sich weiterhin Gehör. Bereits im August 1914 hatte sich eine kleine Gruppe



von Unterhausabgeordneten in der «Union of Democratic Control» zusammengeschlossen, die nach kurzer Zeit immerhin 5'000 Mitglieder zählte. Zu diesen gehörten unter anderem der Philosoph und Literaturnobelpreisträger von 1950, Bertrand Russell, der Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger von 1934, Norman Angell, und Ramsay MacDonald, der spätere erste Labour-Ministerpräsident. Die Union of Democratic Control war zwar gegen die Wehrpflicht, akzeptierte aber die Landesverteidigung prinzipiell. Ein weiterer Hauptträger der pazifistischen Agitation in Grossbritannien war daher die im November 1914 mit anfänglich 300 Mitgliedern gegründete «No Conscription Fellowship», deren prominenteste Vertreter Fenner Brockway, Clifford Allen und wiederum Bertrand Russell waren. Deren Ziel war zunächst, die Wehrpflicht zu verhindern. Nach 1916 stand sie den Gemüserten vor den Tribunalen bei und unterstützte auch Totalverweigerer. Der eigentliche Motor der Kampagnen gegen die Einführung der Wehrpflicht war die Independent Labour Party, doch auch einige Kabinettsmitglieder opponierten dagegen; John Simon trat schliesslich sogar zurück, als sich die Waagschale endgültig zugunsten der Wehrpflicht gesenkt hatte. Das Zugeständnis von Premierminister Asquith, eine Verweigerungsmöglichkeit aus Gewissensgründen zu gewähren, war daher auch taktisch motiviert, um diese tief verankerten Widerstände zu überwinden. Noch im Januar 1916 versicherte Lord Haldane im Hinblick auf das Military Service Bill im Oberhaus, dass die Wehrpflicht in Friedenszeiten wohl «disastrous results»<sup>38</sup> haben würde und daher lediglich in Notzeiten angemessen sei.

Die entschiedensten Gegner der Wehrpflicht kamen aus kirchlichen Kreisen wie den Quäkern bzw. aus dem liberalen und dem sozialistischen Spektrum. Bruce Glasier forderte in der «Socialist Review» im Januar 1916 nach der Einführung

der Wehrpflicht – «a category of tyranny by itself»<sup>39</sup> – zum Widerstand gegen sie auf, weil sie wie keine andere Regierungsmaßnahme die persönlichen Freiheitsrechte des Einzelnen angreife. Auch der Unterhausabgeordnete Richard Holt, der kein grundsätzlicher Kriegsgegner war, verwies auf den Zusammenhang zwischen Wehrpflicht und Staats- und Gesellschaftsverständnis:

«I do not agree with the view that the State should be a great machine run by politicians und bureaucrats in which every single person is to have his place, his own proper little pigeon hole ... It is ... the German idea, and carried out to its logical conclusion it will inevitably end in that Prussian militarism which it is the subject of the war to destroy. I do not believe that it is the proper way to destroy Prussian militarism, and the best way to meet that system of militarism is to bring to defeat it the great forces of freedom and British liberty.»<sup>40</sup>

Holt diente das «Modell Deutschland» wieder als abschreckendes Beispiel. Fenner Brockway, der Gründer der «No Conscription Fellowship», argumentierte in einem Artikel für «The Tribunal», dem Organ der Vereinigung, im Herbst 1916 internationalistisch: «Our opponents may say that it is better to live under home-made militarism than German. We reply that to us, militarism is the enemy, not a particular brand of it.»<sup>41</sup> Tatsächlich hatte die antimilitaristische Linke in Grossbritannien einen grossen Vorteil gegenüber ihren Gesinnungsgenossen in Deutschland. Sie konnten ohne Probleme an die im Sinn der «Whig-Geschichtsschreibung» idealisierte freiheitliche Tradition ihres Landes anknüpfen und damit auf Resonanz bis ins konservative Lager hinein rechnen. Bezeichnend für die Gleichsetzung von Wehrpflicht und Militarismus ist, dass zwei Unterhausreden Philip Snowdens vom März bzw. April 1916, in denen er die teilweise unmenschli-

che Praxis der Appellationstribunale für Kriegsdienstverweigerer angeprangert hatte, als Sonderdruck unter dem Titel «British Prussianism» erschienen.

Glasiers Schrift «Militarism» von 1915 demonstriert, wie die sich auf die britische Geschichte stützende Argumentation unmittelbar in eine marxistisch beeinflusste Kapitalismuskritik überführt werden konnte. Glasier bezeichnet den Anti-Militarismus als integralen Bestandteil der britischen Freiheitsliebe seit der Magna Charta.<sup>42</sup> Charles I. habe als erster König versucht, ein stehendes Heer in Friedenszeiten aufzubauen, was ihn bekanntlich seinen Kopf kostete, weil sich das Parlament gegen diese Anmassung erhoben hat. Cromwells «New model army» habe den Keim der Militarisierung weitergetragen und jene Freiheiten zerstört, für die sie einst gekämpft hatte. Seit jenen Tagen habe es zwar immer ein stehendes Heer im Land gegeben, doch sei dies durch die Kontrollfunktion des Parlaments ausbalanciert worden. Gerade *weil* das Vereinigte Königreich heute als einzige Grossmacht Europas ohne Wehrpflicht dastehe, sei es zugleich sein wohlhabendstes *und* freiheitlichstes Land. Glasier weicht von der «Whig-Geschichtsschreibung» erst mit der Feststellung ab, dass sich der Militarismus in Grossbritannien schon vor dem Anwachsen der deutschen Bedrohung ausgebreitet habe. Als wahre Gründe für die Militarisierung nannte er erstens die Angst der britischen Kapitalisten, den «foremost place in the scramble for the world's wealth» zu verlieren, und zweitens den Wunsch, «to regain political command over the democracy, and keep the wage-earners in industrial subjection»<sup>43</sup>. Zwar wurde der Kapitalismus als Wurzel der Bedrohung des Friedens und einer freiheitlichen Entwicklung im Innern wahrgenommen, doch ging diese Analyse nicht mit einer grundsätzlichen Entwertung der eigenen Geschichte und der bestehenden demokratischen Ordnung einher. Diesem Deutungsmu-

ster folgte bereits ein Flugblatt der Independent Labour Party im April 1913. Dort hatte es kategorisch geheissen:

«Militarism and Democracy cannot be blended. ... If it means defence of home, hearth, and freedom, then Capitalism is the enemy which is menacing these, and Capitalism knows nothing of patriotism or nationality. ... Compulsory military service is the negation of democracy.»<sup>44</sup>

Wie stark man sich dieser Argumentation im bürgerlichen Lager anschliessen konnte, zeigt schliesslich ein Tagebucheintrag des ehemaligen Kriegsministers Arnold-Foster vom Mai 1907, in der er seinen Eindruck von einem Treffen mit dem Vorsitzenden der «National Service League», Lord Roberts, festhielt: «The NSL have not really the courage of their opinions. They do mean conscription, i. e. ‚compulsory‘ training, but they dare not say for fear of becoming unpopular. ... They know that if they were to propose conscription for foreign service ... they would utterly fail to move public opinion.»<sup>45</sup>

Die Gegner der Wehrpflicht hielten diese für demokratiefeindlich; einige ihrer Befürworter verwiesen jedoch darauf, dass vielmehr das bestehende System der «Wehrpflicht durch Hunger» mit der Demokratie unvereinbar sei, so etwa der bereits erwähnte Althistoriker Coulton: «The country has known very little of war, and therefore has choosen to believe – or rather has lazily drifted into the belief – that the problem of peace is as simple as the problem of war seems to the German.»<sup>46</sup> Das Argument mancher Gegner der Wehrpflicht, England trage im Gegensatz zu den Ländern des Kontinents kein Invasionsrisiko und könne sich deshalb den Luxus einer kleinen Berufsarmee leisten, bezeichnete Coulton als «just a piece of wilful ignorance»<sup>47</sup>. Streng urteilte er daher über das bestehende Freiwilligensystem: «It is admirable ..., so long as we can disguise from the people that they are being played

with; so long as we can persuade them that a society which starves men into adopting the army as a profession ... is ‚democratic‘ and that it would be ‚undemocratic‘ for the State to pass every citizen alike through a six months‘ training ...»<sup>48</sup>

Coulton hatte bereits vor dem Krieg eine Wehrpflicht nach dem Vorbild des Schweizer Milizmodells befürwortet, weil dieses strukturell defensiv sei. Scharfsinnig beschrieb er die spezifische Problematik des «britischen Militarismus»: «We cannot measure it by simply counting our men in uniform, but by the predominance of military feelings or ideas in the nation.... a system under which the vast majority of the army are citizens ... and commanded mainly by citizen-officers, would seem to ensure a real counterbalance to the militarism of a professional army. ... we may observe that the British objection to this as ‚militarism‘ rests upon most undemocratic assumptions.»<sup>49</sup>

Angesichts der neuen Herausforderungen des industriell-technischen Zeitalters mit seinen Massenarmeen galt es auch für Grossbritannien, die seit der Glorious Revolution vermeintlich endgültig fixierte Balance zwischen Militär und Politik neu zu justieren. Die Alternative zur wachsenden Bedeutung des Militärischen in Politik und Gesellschaft, der freiwillige Abschied von der Weltmachtstellung, war in der Hochzeit des Imperialismus nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Im Weltkrieg übernahm das Militär in einem davor undenkbaren Umfang Aufgaben und Kompetenzen, war dabei allerdings stärker als beispielsweise das deutsche Militär in zivile Strukturen eingebunden.<sup>50</sup> Trotz der massiven Interventionen führender Militärs – etwa bei der Entlassung des Oberbefehlshaber John French 1915, bei der Auseinandersetzung um die Kriegsführung 1917 oder im Zuge der «Maurice Debate» 1918 – nahm es doch weniger Einfluss auf die Politik, als ihm formal mög-

lich gewesen wäre, nicht zuletzt, weil die Öffentlichkeit als Medium der Selbstverständigung der Gesellschaft trotz starker Tendenzen zur Errichtung eines von Militär und Politik getragenen «Massnahmenstaates» weitgehend intakt blieb.

### **Ausblick: Sonderwege und Umwege**

Auch wenn das Militär für die britische Gesellschaft vor 1914 gewissermassen peripher war, hat ein weit in die Gesellschaft hineinwirkender Militarisierungsprozess stattgefunden. In der bis 1914 überwiegend aus sozialen Randgruppen der Gesellschaft rekrutierten Armee – das zeigt z.B. die Handhabung der Militärjustiz sehr deutlich – galten die «English Liberties» nicht.<sup>51</sup> Auch die zivile Gesellschaft wurde zunehmend auf die vermeintlichen militärischen Erfordernisse einer «Wehr-gemeinschaft» ausgerichtet. Das zeigte sich u.a. in einer weiteren Militarisierung des Männlichkeitsideals.<sup>52</sup> Nach 1918 entstand eine «neue Rechte», deren Utopien eines autoritären Gesellschaftsumbaus in vieler Hinsicht mit denen neokonservativer Bewegungen auf dem Kontinent vergleichbar waren.<sup>53</sup> Eine geringe Ausprägung des Militarismus nach *deutschem* Muster hatte keineswegs automatisch eine friedfertige Gesellschaft bzw. Aussenpolitik zur Folge. Im Gegenteil: Zur Aufrechterhaltung des Empire bedurfte es der *Fiktion*, dass die Zivilgesellschaft nicht vom Militärischen dominiert werde. Die schleichende Militarisierung der britischen Gesellschaft ist ein Symptom dafür, dass die für Kontinentaleuropa prägende Kopplung von Staatsbildung und Entwicklung der Armee nun auf den britischen Inseln zum Tragen kam und auch auf diesem Gebiet ihre «splendid isolation» beendet wurde. Grossbritannien kehrte, wenn man so will, auf den «europäi-

schen Normalweg» zurück. Diese Tatsache ist umso bemerkenswerter, als sich Advokaten und Gegner dieser Entwicklung gleichermaßen am wegen seiner vermeintlichen Effizienz bewunderten oder aufgrund seines angeblich despotischen Charakters verabscheuten Modell Deutschland orientierten. Der «preussische Militarismus» – dem das «andere Deutschland» gegenübergestellt wurde<sup>54</sup> – und sein Pendant, der «British Prussianism», wurden so zu Schlagwörtern in der politischen Auseinandersetzung mit unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Bedeutung. Dennoch erkannten auch die Befürworter einer Militarisierung der Gesellschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, den Primat *demokratisch legitimierter* politischer Kontrolle der bewaffneten Macht an. Das war im friedlosen und nach 1918 von politischen Totalitarismen bedrohten Europa nicht wenig.

## **V. NATIONALSOZIALISTISCHER MILITARISMUS**



*Manfred Messerschmidt*

## **DAS NEUE GESICHT DES MILITARISMUS IN DER ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS**

Welche Besonderheiten sind dem Militarismus in Deutschland seit 1933 zuzuschreiben? Ist im Vergleich zur Monarchie und zur Weimarer Republik von einem grundsätzlich veränderten Charakter des Phänomens auszugehen oder sind lediglich einige neue Facetten an seinem Erscheinungsbild auszumachen? Eine Antwort auf diese Frage ist angesichts der in der Wissenschaft ganz unterschiedlich getroffenen Definition des Militarismus ein methodisches Problem.

Gerade moderne Auffassungen, wie sie den Analysen der vielfachen Verschachtelungen von militärischen und wirtschaftlichen Interessen und Komponenten im so genannten militärisch-industriellen Komplex zugrunde liegen, oder der von Dieter Senghaas vertretene<sup>1</sup> «erweiterte Militarismusbegriff», der die unentwirrbare Durchwirkung der zivilen Gesellschaft mit militärischen Ansprüchen, Forderungen, Gegenwarts- und Zukunftsnotwendigkeiten zu erfassen sucht, stellen so umfassende Interpretationshilfen dar, dass mit ihnen allgemein die Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft in technisch hoch entwickelten Staaten zu beschreiben sind. Ihre Erkenntnisse sind daher auch auf das Verhältnis Wehrmacht – NS-Staat anwendbar. So sind etwa vergleichbare Strukturen auf dem Rüstungssektor und hinsichtlich der Abhängigkeit der Aussenpolitik vom Rüstungsstand und Rüstungstempo auszumachen.

Andererseits stellt sich das Verhältnis Wehrmacht – NS-Staat als ein spezifisch innen- und sozialpolitisches Bezie-

hungsgebilde dar, das eine strukturelle Vergleichbarkeit mit den Gegebenheiten in den westlichen Demokratien ausschliesst. Auch der traditionelle Militarismusbegriff, wie ihn in Deutschland u.a. die Historiker Gerhard Ritter,<sup>2</sup> Friedrich Meinecke<sup>3</sup> und Hans Herzfeld<sup>4</sup> verwendet haben, kann hier nicht weiterhelfen. Er geht von der liberalen Vorstellung eines Staatswesens aus, bei dem der zivile und militärische Bereich nebeneinanderstehen und weitgehend unverbunden sein sollten, Einmischungen des Militärs in die Politik mithin als systemwidrig angesehen wurden.

Diese Idealvorstellung fand in der Realität des preussisch-deutschen Militärstaats keine Entsprechung. Systemwidrigkeiten konstatierten die genannten Kritiker allerdings hauptsächlich auf dem Gebiet der Aussenpolitik, primär in den Bemühungen des Generalstabs, Präventivkriegspläne gegen den Reichskanzler durchzusetzen und während des Ersten Weltkrieges schliesslich überhaupt die Politik zu dominieren.

Weit weniger geriet die Verflechtung von Militär und Gesellschaft in den Blick, also der mit der allgemeinen Wehrpflicht insbesondere nach 1870 wachsende soziale Militarismus. Er zeigte sich im «verbitternden Privileg» des Einjährig-Freiwilligen-Systems mit seinen gravierenden Auswirkungen auf die höheren Schulen, in der Figur des so genannten Zwölfenders, der aus militärischer Sicht eine ideale Verklammerung des Reservistenwesens mit den unteren Verwaltungsstellen darstellte, und im Status des bürgerlichen Reserveoffiziers. Er zeigte sich in den von der Armee geführten Kriegerverbänden, die als Kampfbünde gegen die Sozialdemokratie instrumentalisiert und als Wirkungsfelder für die Mobilisierung des kleinbürgerlichen Gesinnungsmilitarismus ausgemacht worden sind.<sup>5</sup> Die verfassungsrechtlich verankerte Abgrenzung der Armee gegen das Parlament, Bürgerkriegspläne

des Generalstabs zwecks weiterer Rückbildung von Verfassung und Wahlrecht sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen. In der Auseinandersetzung um die Frage der Heeresvergrößerungen bildete sich nach 1871 eine von Regierung, Militär und konservativ-nationalliberalen Interessen betriebene, ideologisch unterlegte Reichsfeindschaftsagitation gegen sozialdemokratische und linksliberale Kräfte heraus, die zum Gesamtphänomen des deutschen Militarismus zu zählen ist.

Trotz des «Burgfriedens» blieben die Interessen dieser in allmählicher Veränderung befindlichen Klassengesellschaft des Obrigkeitsstaates im Ersten Weltkrieg existent, wenn auch der Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs nicht einfach als Klassenstaat bezeichnet werden kann.<sup>6</sup>

Was haben Niederlage, Revolution, die neue politische Ordnung der Republik und die veränderte Position der Armee im politischen System bewirkt? Die komplette Niederlage der stärksten Militärmacht des Kontinents war das Ergebnis einer die politische Führung mit sich ziehenden operativen Generalstabslogik, die mit ihrem «Dogma der Vernichtungsschlacht»<sup>7</sup> die Bedingungen des industrialisierten Krieges von Nationen – nicht nur von Streitkräften – in überheblicher Weise unterschätzt hatte. Dies einzuräumen, waren Offizierkorps und grosse Teile der Gesellschaft nicht bereit. Militär und die nationale Rechte legten damit den Grund für einen realitätsfernen Militarismus, der aus seiner Demokratiefeindlichkeit Stärke und Gefährlichkeit bezog. Dieser Zusammenhang wird nicht in erster Linie sichtbar im Drang nach Revision des Versailler Friedensvertrages. Weit signifikanter waren die von der Reichswehrführung gezogenen «Lehren des Weltkrieges». Hierzu wurde vor allem die «Wehrfreudigkeit» der Nation gezählt. Ein blosser «Burgfriede» divergierender politischer Interessen genügte der Reichswehr nicht, obwohl das Beispiel der siegreichen westlichen Demokratien das Ge-

genteil bewiesen hatte. Es sollte eine «deutsche» Lösung her. General Groener, Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister, meinte rückblickend, schon vor 1914 hätte «das Aufgebot des ganzen Volkes zu Kampf und Arbeit organisiert werden müssen»<sup>8</sup>. Angesichts der politischen Lage nach 1918 schwebte Groener schon 1919 ein Söldnerheer zur Schaffung «einer vollendeten Führerorganisation vom Feldherrn bis zum letzten Gefreiten» und die Heranziehung «der Massen des Volkes von Jugend an» vor.<sup>9</sup> Gegen Ende der Republik arbeitete General von Schleicher – Chef des Ministeramts, Wehrminister und schliesslich Reichskanzler – an einem gesamtgesellschaftlichen Militarierungsprogramm. Er wollte «die Wehrkraft unseres Volkes für die Zukunft» vorbereiten, damit «Wehr und Volk eines Tages bereit» seien.<sup>10</sup> Mit der Kanalisierung der nationalistischen und nationalsozialistischen Wehrverbände – ihrerseits eine Hinterlassenschaft des Krieges und der Staatsfeind-Ideologie der wilhelminischen Ara – liess sich laut Schleicher ein sozialpolitischer Gesundungsprozess einleiten: Für die Aufgeschlossenheit der Reichswehr gegenüber nationalsozialistischer Propaganda und die willige Übernahme der Rolle als zweiter Säule im NS-Staat sind die «Lehren des Weltkrieges» von eminenter Bedeutung gewesen. Damit war das lange gepflegte Feindbild vom links stehenden Gegner verbunden. Die national-konservativen Interessengruppen hatten sich als wichtige Exponenten des gesellschaftlichen Militarismus für die Wahlen zum 5. März 1933 in der «Kampffront Schwarz-Weiss-Rot» zusammengeschlossen, u.a. die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP), Stahlhelm, Deutschvölkische Freiheitsbewegung, Deutsche Landvolkpartei, verschiedene Berufsverbände, der Nationale Deutsche Offizierverband Weser e. V., der Verband der Patrone evangelischer Kirchen Deutschlands und weitere Gruppierungen. In ihrer Zeitschrift «Die Kampffront» publizierte Staatssekretär

von Bismarck am 2. März 1933 einen Artikel «Politische Wehrpflicht».<sup>11</sup> Hier heisst es, die Pflicht zum Soldatsgin sei der «Weg zu den Höhen der Geschichte». Die Jugend höre jetzt auf die Stimme des «ihr innewohnenden Blutgefühls». Der Geist der politischen Wehrpflicht müsse in die breiten Schichten unseres Volkes getragen, der Erfolg des 30. Januar, die Entmachtung von Marxismus und Zentrum, endgültig gesichert werden. Das nationale Deutschland müsse Freund und Feind scharf unterscheiden. Franz von Papen, selbst Zentrumspolitiker, verkündete im selben Heft, am 5. März gelte es, «die grosse Heerschau abzuhalten, wer sich innerlich zu Deutschland bekennt».

Diese Stimmen aus dem konservativen Lager deuten die Nähe zur NS-Ideologie an mit ihrer Hoffnung auf Herstellung einer «geistigen» Einheit der Nation, die man als Grundlage von Wehrbereitschaft und politischer Geschlossenheit für notwendig hielt. Die Formel deckte sich mit der Dolchstosslegende und gehörte somit zum Syndrom der nicht verarbeiteten Niederlage, war aber auch ein Bestandteil altgewohnter Überzeugungen schon seit 1848 und seit Bismarcks Sozialistengesetz. In der Weimarer Republik erfuhr die Staatsfeind-Verunglimpfung eine erhebliche Verschärfung im Zusammenhang mit der geheimen Aufrüstung. Ihre Gegner, die auf dem Boden der Verfassung standen, wurden von der Operationsgemeinschaft Reichswehr – politische Justiz verfolgt. Fememorde der Schwarzen Reichswehr wurden gedeckt.<sup>12</sup> Mörder des «inneren Feindes» blieben straflos.

In der Endphase der Republik wurde jedoch deutlich, dass der ideologische Staatsnationalismus der Reichswehrrführung, ihr Credo vom Dienst für die «permanente Idee des Staates» (Rudolf Huber) nicht in der Lage war, das Volk, das man gewinnen wollte, zu überzeugen. Es war das Credo von Kräften in Wirtschaft und Industrie, Beamtenschaft, Justiz und middle-

ren und höheren Offizieren. Sie alle mussten erkennen, dass ihre politische Philosophie von rechts überholt wurde. Was die militärische Führung angestrebt hatte, konnte in der demokratisch-republikanisch verfassten pluralistischen Gesellschaft der Weimarer Republik nicht erreicht werden. Dazu war Hitler nötig, der allerdings noch weit über derlei Vorstellungen hinausgehen sollte.

Sein Herrschaftssystem – der «Führerstaat» – bündelte die nationalistischen, völkischen und militaristischen Radikalen und die alte Elite, schaffte den politischen Pluralismus ab, vernichtete, verhaftete oder vertrieb politische Gegner und organisierte die auf Zwang, Propagandawirkung, aber auch zunehmend auf Zustimmung gegründete «Volksgemeinschaft», innerhalb welcher der Reichswehr-Wehrmacht ein bestimmter Platz zugeordnet wurde. Damit bekam der Militarismus sein «neues Gesicht». Methodisch zu fassen ist dieser Prozess vor allem als Abbau des politischen Pluralismus, als Aufnahme ideologischer Zielvorgaben, Akzeptanz der Bilder vom inneren und äusseren Feind unter dem Aspekt der Entfaltung von Dynamik und Kräftebindung für die kriegerische Lösung weltanschaulich definierter Aufgaben. Ein besonderes Kapitel stellt die realitätsferne Durchhaltementalität im Angesicht der Niederlage dar.

Die bewaffneten Kräfte der NS-Bewegung besaßen höheren staatspolitischen Rang als die Wehrverbände in der Republik. Sie stellten den bewaffneten Arm der Partei, der «ersten Säule» des Führerstaates, dar, während die Reichswehr sich bis 1934/35 grosse Mühe gab, die «zweite Säule» zu werden. Diese beiden Säulen repräsentierten die uniformierten Kräfte des nunmehr straff geführten gesamten militaristischen Potentials, das sich jetzt dem Werk der Aufrüstung und der Um-erziehung des Volkes zu widmen hatte. In der «Volksgemeinschaft» des Führerstaates existierten Staat und Gesellschaft nicht mehr nebeneinander.

Hitler erläuterte der militärischen Führung seine Ziele un-mittelbar nach Übernahme der Kanzlerschaft. Am 3. Februar 1933 bezeichnete er die Beseitigung der vom Friedensvertrag gezogenen militärischen Grenzen als nächstes aussenpolitisches Ziel und als innenpolitische Aufgabe die Stärkung des Wehrwillens und die Ausrottung der marxistisch-pazifistischen Gesinnung, die Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel, die Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur der Kampf uns retten kann.

Lang gehegte Wünsche und «Lehren des Weltkrieges» wurden Regierungsprogramm. Andererseits sollte die Partei die bisher vom Militär stets beanspruchte Rolle als Volkserzieherin übernehmen. Entsprechend erklärte am 1. Dezember 1933 das «Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat»<sup>13</sup> die NSDAP zur Trägerin des deutschen Staatsgedankens und als mit dem Staat unlöslich verbunden. Das bedeutete eine deutliche Einschränkung der innenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten der Reichswehr. Sie sollte sich nach Hitlers Vorstellung vor allem der Aufrüstung widmen, für die sie ihr schon gegen Ende der Republik konzipiertes Rüstungsprogramm einbrachte. Mit der Entmachtung der SA wurde sie den wichtigsten Konkurrenten auf militärischem Gebiet los und glaubte sich dem Ziel des Waffenträgermonopols nahe. Mit dem Aufbau der SS-Verfügungstruppe, der Vorläuferin der Waffen-SS, blieb diese Position jedoch nicht unbestritten, was dazu geführt hat, dass die Wehrmacht eine besondere Loyalitätsofferte an Hitler und die NS-Weltanschauung richtete, um ihrer Rolle als zweite Säule im Führerstaat Glaubwürdigkeit zu verleihen. Sie empfahl sich als wichtigste Stütze der von Hitler, Partei und Goebbels-Propaganda auf Aktionismus, Akklamation, innen- und aussenpolitische Gefolgschaft getrimmten «Volksgemeinschaft». Wichtige Hinweise hierfür sind der neue Eid im August 1934 auf Hitler, den Obersten

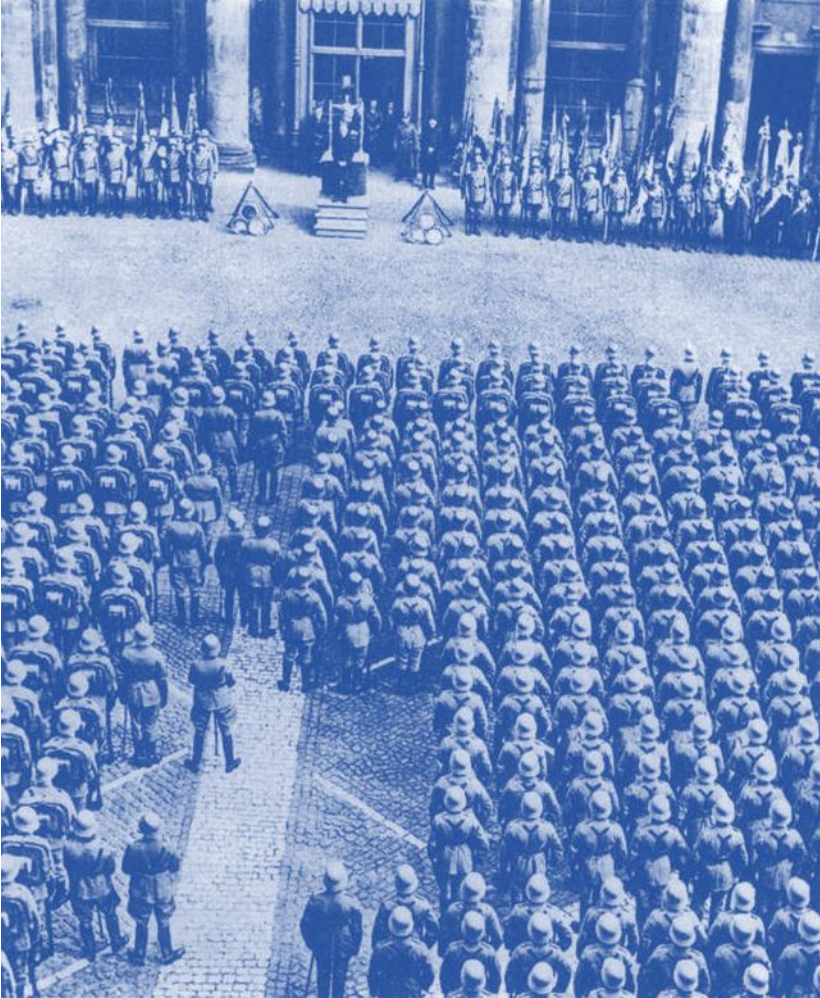
Befehlshaber der Wehrmacht, und die auf den neuen «politischen Soldaten» abgestimmte Erziehungspolitik.<sup>14</sup>

Die Jahre bis 1939 sind als Kriegsvorbereitungsphase zu charakterisieren, und insofern standen Rüstung, Indoktrination, Schulung, Erziehungsziele, Wirtschaft, Finanzen insgesamt im Zeichen militärischer Anstrengungen. Dieses Syndrom lässt sich eigentlich nicht als «Durchwirkung der zivilen Gesellschaft mit militärischen Ansprüchen» (Senghaas) beschreiben, weil eine zivile Gesellschaft im Sinne des Militarismusbegriffs nicht mehr existierte. Vielmehr hat das NS-System die älteren Erscheinungsformen des Militarismus absorbiert, seiner Ideologie dienstbar gemacht und damit den einst stärksten Exponenten des Militarismus – die bewaffnete Macht – zum Funktionär seiner Zielvorstellungen und Realisierungsmethoden gemacht.

Dieses neue Gesicht des Militarismus ist durch einen besonders markanten Zug gekennzeichnet gewesen: Entsprechend der Überholung und Vereinnahmung der Reichswehr-Staatsideologie durch die NS-Weltanschauung und damit des institutionell immer noch gebundenen, durch den aggressiven, parteiprogramm-orientierten Militarismus der «Bewegung», d.h. letztlich ihres Führers, okkupierte Hitler auch die Militärpolitik und die Vorgabe der kriegerischen Ziele und Zeitplanung. Hatte vor 1914 die Generalstabsplanung den Weg in den Krieg bestimmt, lag nun die Wegzielbestimmung eindeutig bei Hitler. Jetzt wurden auch Entscheidungen getroffen, die der Generalstab für falsch oder voreilig hielt, oder es wurde ihm, wie vor dem Angriff auf Polen, lediglich mitgeteilt, die Kriegsvorbereitungen seien bis zu einem bestimmten Datum abzuschliessen.

Diese Wendung der Dinge produzierte, abgesehen vom Rücktritt des Generalstabschefs Beck, nicht einmal eine Krise.





*«Tag von Potsdam», am 21. März 1933 (Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche und Eröffnung des Reichstages in der Krolloper in Berlin). Die Berliner Garnison begeht den «Tag von Potsdam» mit einem Festgottesdienst im Schlüterhof des Stadtschlusses Berlin.*

Die Generale gehorchten. Die Wehrmacht war perfekt in Organisation, Führungsstil und Ideologie des Führerstaates eingebunden – mit all seinen Erscheinungsformen als Unrechtsstaat. Sie hat die Konzentrationslager akzeptiert wie auch die Massnahmen und Gesetze gegen die in Deutschland lebenden Juden. Die Ermordung der SA-Führer hielt sie für vorteilhaft, die damit in Zusammenhang stehende Ermordung zweier Generale der Reichswehr nahm sie ohne Protest hin. Nach solchen Ereignissen und in Kenntnis der Kriegsabsicht Hitlers konnte der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, im Dezember 1938 in einem Erlass an das Offizierkorps<sup>15</sup> fordern: «In der Reinheit und Echtheit nationalsozialistischer Weltanschauung darf sich das Offizierkorps von niemandem übertreffen lassen.» Es sei der Bannerträger, der auch dann unerschütterlich sei, wenn alles andere versagen sollte. Damit wies Brauchitsch indirekt auf den bevorstehenden Krieg hin.

Im Gegensatz zu den Kalkulationen der militärischen Führung in der Monarchie und in der Weimarer Republik spielten innenpolitische Ziele des Militärs seit 1935 so gut wie keine Rolle mehr. Das Terrain war von Partei und Weltanschauung besetzt. Was die Streitkräfte bewegte, waren Verteilungskämpfe um die Rohstoffzuteilungen für die Rüstung. Hier wetteiferten Heer, Marine und Luftwaffe wie eh und je um Planerfüllung, d.h. bei der Vorbereitung auf den Krieg. Die alte Erkenntnis Ludwig Dehios, dass Militarismus nicht nur sichtbar wird in der direkten Aktion, sondern dass «Friedensarbeit» als Vorbereitung auf die Ultima Ratio gesteuert werden kann,<sup>16</sup> zeigt sich paradigmatisch in der Zeit vor September 1939.

Eine analytische Begriffsbestimmung des modernen Militarismus besagt, dass der Apparat der Rüstung aus sich heraus die Politik bestimme. Die Rüstungsziele der Wehrmacht wurden eher umgekehrt von der Politik bestimmt.

Für die Herstellung der Kriegsbereitschaft ist ein Termin festgesetzt worden. Rüstungsimmanente Auswirkungen auf die politische Zeitplanung ergaben sich allerdings aufgrund von Rohstoffmangel, Arbeitskräfteproblemen, Devisenmangel und schliesslich wegen der seit 1937 in Gang kommenden Aufrüstung der potentiellen Gegner, die damit den Vorsprung an Modernität der Bewaffnung einzuholen begannen.

Hinsichtlich der Entschlossenheit, überlegene Waffen auch ohne Rücksicht auf das Kriegsvölkerrecht einzusetzen, unterschieden sich die Militarismen der Grossmächte kaum voneinander, wie schon die Verhandlungen über die Haager Landkriegsordnung 1899/1907 gezeigt hatten. Der Gas- und Bombenkrieg des Ersten Weltkrieges war die Vorstufe zum Einsatz von Vernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg. In dieser Hinsicht ist die britische Haltung eher noch eindeutiger gewesen als die deutsche, trotz der Erstverwendung von Giftgas durch die deutsche Armee im Ersten Weltkrieg, trotz Guernica und der Bombenangriffe auf Warschau, Rotterdam, Belgrad und englische Städte. Die britische Luftkriegsstrategie hat seit 1918 über die Zwischenkriegszeit an dem Gedanken des Krieges gegen die Moral der Bevölkerung festgehalten. Das vielleicht beredteste Zeugnis hierfür ist eine Mitteilung des Chief of the Air Staff an die Stabschefs vom 3. November 1942 über seine Einschätzung der Auswirkungen der Bombenoffensive.<sup>17</sup> Hiernach sollte die Bomberflotte bis 1944 auf 6'000 Maschinen, die monatliche Bombenrate auf 90'000 t gebracht werden. Damit sollten etwa 8 Millionen Häuser zerstört werden. 60 Millionen Fälle von Hausbeschädigungen, 900'000 Tote und eine Million Schwerverletzte seien zu erwarten. Die Einsatzdauer mehrerer hundert Bomber im Zielgebiet wurde auf zehn bis 15 Minuten herabgeschraubt. Die dahinter stehende Philosophie des area-bombing hat Luftmarschall Lord Trenchard in einem Memo-

randum am 19. Mai 1941 formuliert: «If, however, our bombs are dropped in Germany, then 99 per cent, which miss the military target all help to kill, damage, frighten or interfere with Germans in Germany and the whole 100 per cent of the bomber organization is doing useful work.»<sup>18</sup>

In einer Mitteilung des Chief of the Staff-Committee an Churchill vorn 11. Juni 1941 heisst es, die Angriffsziele lägen in Arbeiterwohngebieten. Die Angriffe hätten daher unmittelbare Auswirkungen auf einen beträchtlichen Teil des deutschen Volkes.

Grossbritannien hatte eine strategische viermotorige Bomberflotte aufgebaut. Die deutsche Luftwaffe verfügte primär über Heeresunterstützungskräfte. Sie war gar nicht in der Lage, einen derartigen Luftkrieg zu führen, so sehr der Luftwaffengeneralstab auch bei Hitler darauf drängte<sup>19</sup> und die I.G.-Farben mit Hochdruck am Nervengas-Tabun-Projekt arbeitete. Hitler hat zwar im Juni 1941 von Speer verlangt, eine Überlegenheit in der Gaskriegsrüstung herzustellen, aber die Luftwaffenunterlegenheit hat letztlich den Einsatz verhindert, nicht völkerrechtliche Bedenken.<sup>20</sup>

Anders als bei dem Zusammenhang Waffentechnologie-Völkerrecht ist für den Militarismus des NS-Staates und seine Wehrmacht die Kriegführung im Osten und Südosten symptomatisch geworden. Hier ist die Metapher des führenden Staatsrechtlers Carl Schmitt «Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat» in die Praxis umgesetzt worden.<sup>21</sup> Vor dem Ersten Weltkrieg hat es in Deutschland schon Anzeichen für die Abwertung, ja Ablehnung des Völkerrechts gegeben – mit der Begründung, ein Staat könne sich keiner internationalen Autorität fügen, sonst wäre er kein Staat. Zwischen Staaten gelte nur Gewalt, so der Staatsrechtler Max Seydel 1873,<sup>22</sup> und der Neuhegelianer Adolf Lasson erklärte 1871, ein Staat müsse vollkommen unabhängig sein. Eine Weltrechtsordnung müs-

se zur «gemeinsamen Fäulnis und Verwesung» führen. Vielmehr gehöre der tödliche Hass gegen ein anderes Volk als «repulsive Kraft des Bewusstseins» zur «Gesundheit des Volkslebens».<sup>23</sup> Hier wird der Staat zur heiligen Sache und mit ihm seine Kriege. In der vom Grossen Generalstab 1902 zur Belehrung der Offiziere herausgegebenen Schrift «Kriegsbrauch im Landkriege» wurde das Kriegerrecht als ein blosses, auf Gegenseitigkeit beruhendes Übereinkommen bezeichnet. Ein äusserer Zwang für seine Beachtung existiere nicht. Ausschlaggebend sei allein die Furcht vor Repressalien. Die Kriegsgeschichte lehre den Offizier, dass in der rücksichtslosen Anwendung der Härten des Krieges häufig die wahre Humanität liege. Humanitäre Ansprüche könnten nur insoweit in Frage kommen, als es die Natur und der Zweck des Krieges gestatten.

Der NS-Staat hat diese Denkweise nicht nur weiterentwickelt. Er hat das Recht der Beliebigkeit von Führerentscheidungen unterworfen. Aus der Feder des NS-Juristen Werner Best, lange Zeit enger Mitarbeiter Heydrichs im Reichssicherheitshauptamt, stammt der Satz von der «heiligen Selbstsucht des Lebens». Jedes Volk habe nur «den Zweck der Selbsterhaltung und Selbstentfaltung und kenne nur Massstäbe des Handelns, die auf diesen Zweck ausgerichtet sind.»<sup>24</sup> Diese kurz vor dem Angriff auf Polen publizierte Auffassung war die Vorwegnahme der Prinzipien des so genannten «Weltanschauungskrieges». Der Schwerpunkt des Krieges gegen den weltanschaulichen Feind, in welchem Recht nicht existierte und Militarismus als kriminelles Phänomen in Erscheinung trat, lag im Herrschaftsbereich der Wehrmacht im Osten. Methoden der Besatzungsherrschaft kennzeichnen ihn weit charakteristischer als die rücksichtslose Anwendung moderner Waffentechnologie. Dennoch war er «modern». Nicht Mord und Plünderung, individuelle Gewalt, die, weil durch Befehl straflos gestellt, häufig vorgekommen sind, haben als sein

spezifisches Charakteristikum zu gelten. Systematischer Mord und Massenvernichtung, selbst an Frauen und Kindern vollzogen, gehörten vielmehr zur Kriegszielbestimmung. Die speziellen Vernichtungseinheiten kooperierten mit den Heeresgruppen und Armeen. Der «Volkstumskampf» wurde für notwendig erklärt, auch von der Heeresführung. Dass der Soldat Verständnis haben müsse für die harte Sühne am «jüdischen Untermenschen», hiess es in einem Armeebefehl. Der Oberbefehlshaber des Heeres hielt wie Hitler den Befehl für vorbildlich und ersuchte die anderen Befehlshaber, entsprechende Befehle zu erlassen. Das Feindbild «jüdischer Bolschewismus» lieferte die ideologische Begründung für den Krieg im rechtsfreien Raum. Eine Stimme aus der Historikerschaft erblickte im Weltanschauungskrieg die konsequente Fortsetzung des im Innern schon 1933 entschiedenen Kampfes gegen die organisierte Arbeiterbewegung.<sup>25</sup> Der auf Zusammenarbeit mit einer im Süden der Front stehenden Armee angewiesene Führer der Einsatzgruppe D durfte mit seiner Meldung vom April 1942 an das Armeeoberkommando 11 auf Zustimmung rechnen: «Von Juden ist die Krim freige-macht.»<sup>26</sup> «Volkstumskampf» dieser Art, Weltanschauungskrieg, trug, allein schon, weil vom «Führer» befohlen, seine Rechtfertigung in sich. Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) befand im Mai 1942, die Gerechtigkeit des Krieges liege in der Zielsetzung und der grossen Linie, die Hitler befehle.

Dieser Militarismus hielt Wertvorstellungen, Traditionen und Rechtsüberzeugungen grundsätzlich für disponibel durch Führerentscheidungen. Aus dem Umfeld wissenschaftlicher Beglaubigungen sind entsprechend die sich den Grundsätzen des Völkerrechts verpflichtet fühlenden Staaten schon vor Kriegsbeginn als Anhänger eines «ethisch unterscheidenden Kriegsbegriffs» und als «fiktive Gemeinschaft» diskreditiert worden, die nicht fortbestehen werde, wenn der «schicksal-entscheidende Sturm über sie hinwegbraust».<sup>27</sup> Im Osten wur-

de nach deutscher Lesart der Kampf der Ordnung gegen Zerstörung geführt, gegen eine «barbarische Revolution asiatischer Herkunft».<sup>28</sup> Nur ein General hat nach dem Krieg Klartext gesprochen, allerdings nur seinem Rechtsanwalt gegenüber und auch nur in einem schnell zurückgezogenen Bekenntnis zur Wahrheit. General Röttiger, 1942/43 Chef des Stabes der 4. Armee und 4. Pz.-Armee, schrieb seinem Anwalt am 28. November 1945, er sei zu der Erkenntnis gekommen, «dass die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziel den Zweck hatte, den militärischen Bandenkampf des Heeres dazu auszunutzen, um die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen»<sup>29</sup>.

Feinde innen und aussen sind selbst erzeugt und dann rücksichtslos vernichtet worden. Den 50'000 Todesurteilen deutscher Gerichte gegen «innere Feinde» entsprach die Freistellung von Verfolgung wegen Verbrechen an Menschen im Osten. Der NS-Militarismus hat den Soldaten in das Szenario ideologisch verklärter Inhumanität gestellt. Dies bestätigte die Rechtsabteilung des OKW noch nach der Kapitulation in einer Stellungnahme für den Chef OKW Dieses Dokument zeigt vielleicht deutlicher als viele andere das neue Gesicht des Militarismus im Führerstaat.<sup>30</sup>

Jeder Befehl, gleich welchen Inhalts, war für sie bindendes Recht. Seine Ausführung durften sie auch dann nicht verweigern, wenn sie glaubten, dadurch ein allgemeines oder militärisches Verbrechen zu begehen. Der Führerbefehl enthob sie jeder strafrechtlichen Verantwortung.

Der Kreis war geschlossen: Die Eidformel vom August 1934 und die Ablehnung jeder Verantwortung bilden einen Gesamtzusammenhang.

## **VI. PERSPEKTIVEN**



*Ekkehart Krippendorff*

## **FRIEDENSFORSCHUNG ALS ENTMILITARISIERUNGSFORSCHUNG**

Die Geschichte der Militarismuskritik ist eine Geschichte der Vergeblichkeit: Der Militarismus wurde nicht aufgehoben und hat in allen Gesellschaften, in denen er auftrat, seine verheerenden Spuren hinterlassen. Aber, weitergedacht, scheint das überhaupt für das frustrierende Geschäft von Kritik zu gelten: Der Kapitalismus hat die Kapitalismuskritik so gut wie unbeschadet überstanden, die organisierten Religionsgemeinschaften die Kirchenkritik, die Massenmedien die Medienkritik, die Rüstungsindustrie die Rüstungskritik, usw. Und doch müssen und dürfen wir, die Kritiker, auf der Hegelschen Maxime bestehen: «Ist das Reich der Ideen erst einmal revolutioniert, hält die Wirklichkeit das nicht aus.»

Und Kritik hat grosse Erfolge aufzuweisen, wenn wir in die Geschichte zurückgehen. Je weiter wir den historischen Bogen spannen, je grösser der historische Atem unserer kritischen Ungeduld ist, umso deutlicher wird die grössere Wahrheit: Es ist die Kritik gewesen, die schliesslich immer gesiegt hat, die das scheinbar Sichere verunsichert und zum Einsturz gebracht hat – sofern sie gründlich genug, ernsthaft genug, radikal genug und auch genügend geduldig war, einen genügend langen, in historischen Zeiträumen sich auslegenden Atem hatte. Die Kritik durch das Christentum hat das römische Imperium zum Einsturz gebracht, Luthers Kritik hat das umfassende Monopol christlicher Geistlichkeit zerbrochen, die Kritik der Aufklärung hat die Anciens Régimes zu Fall gebracht und die Jahrhunderte-, ja jahrtausendealte Institution

der Sklaverei beendet, Gandhis spirituelle Kritik hat den mächtigen britischen Imperialismus in die Knie gezwungen – und die Militär- und Militarismuskritik der letzten einhundert Jahre hat die bis, sagen wir, 1914 fast ungebrochene Legitimität des Militärischen als integralen Bestandteil der okzidentalen Gesellschaften soweit doch zumindest infragegestellt, dass ein Satz wie der Helmut von Moltkes, 1880, «Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden der Menschen ... Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen», dass ein solches Wort heute seinen Sprecher der Lächerlichkeit preisgeben und ihn ins Irrenhaus der Gesellschaft bringen würde.

Einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Menschen in Deutschland ist eine «Bundesrepublik ohne Armee» kein Alptraum mehr, sondern eine hoffnungsvolle Perspektive; und dass es Staaten gibt, die ihre Armeen bereits abgeschafft haben (womit sie keineswegs sogleich ins Paradies auf Erden eingestiegen sind, aber das ist auch nicht das Ziel seriöser Kritik), ist immerhin bemerkenswert und ohne historische Präzedenz. Es sind die Kritik, das Infragestellen, die Subversion des Bestehenden und auch gegebenenfalls der Spott über die beste aller möglichen Welten, die es Menschen möglich gemacht haben, in Gemeinschaft zu leben und miteinander zu wachsen. Sokrates, der grosse Frager, steht am Anfang unserer Philosophie wie der Polis-Politik.

Und eine der ungebrochen subversivsten Fragen in der politischen Geschichte der Menschheit ist die nach dem Frieden. Wer den Frieden einklagt als Maxime des Politischen, der war immer eine Gefahr für das Bestehende, zu allen Zeiten. Sokrates, der die Polis-Gemeinschaft mit der bedrohlichen Frage nach der Gerechtigkeit und der Wahrheit gegen sich aufbrachte, wurde zum Tode verurteilt, Jesus von Nazareth, der den

Frieden auf Erden predigte, wurde hingerichtet, Franz von Assisi von der eigenen Kirche zensuriert, die Pazifisten zu allen Zeiten verfolgt, diskriminiert, auch getötet – das ist die Geschichte unserer Gegenwart – und ihrer Geschichte beraubt, damit sie, traditionslos, immer wieder von vorn beginnen sollten. Aber das ist den Siegern der Geschichte nicht wirklich gelungen: Inzwischen hat der Frieden seine Geschichte, ist zwar noch nicht «mainstream», aber doch nicht mehr nur im Untergrund, allenfalls noch zu sehr im Hintergrund. Die Friedensforschung hat gut daran getan, sich der Geschichte ihrer eigenen Sache zu versichern, also nicht nur im Tagesgeschäft der akademischen Diskussion präsent zu sein, sondern sich selbst historisch zu verstehen, als Geschichte des Friedens und der Friedensforschung selbst, auch wenn diese in früheren Zeiten eher aus engagierten und mutigen Einzelnen bestand, die gegen «Krieg und Kriegsgeschrei» ihre Stimme erhoben in Pamphleten, Romanen, Resolutionen oder Flugblättern. Sie sind nicht «Vorläufer», sondern Glieder in einer langen Kette, denen wir – in den westlichen Gesellschaften jedenfalls inzwischen in einfacheren, ruhigeren Verhältnissen lebend – eine historische Schuld abzutragen haben.

Die Friedensforschung ist das intellektuelle Kind nicht nur der Friedensbewegung neuesten Datums, sondern auch der vielen Einzelnen in der Geschichte, der Mahner und derer, die in welcher Form auch immer – als Pamphletisten, Philosophen, Maler, Musiker oder Dichter – denen Sprache und Stimme gaben und geben, die unter Krieg und dem Kriegsgeschrei derjenigen litten und immer wieder leiden, die sich im Konkurrenzkampf um die Macht der organisierten Gewalt bedienten und weiterhin bedienen. Auch grosse Zeitgenossen sind Glieder dieser Kette, Friedensnobelpreisträger wie Suy Ky in Burma, Rigoberta Menchü in Guatemala, Carlos Belo in Ost-



*Friedensbund der Kriegsteilnehmer*

Timor, die alle einen grossen gemeinsamen Gegner haben: das Militär. Denn das Militär ist der eigentliche Antipode einer friedlichen Gesellschaft und verdinglichter Ausdruck gewaltgestützter Macht.

Krieg und Militär gehören zur gesamten Geschichte aller uns bekannten historischen Kulturen. Dieser schlichten Wahrheit müssen wir ehrlich und nüchtern ins Auge blicken. Die Frage ist nur, wie wir mit dieser Tatsache umgehen – wobei das «nur» hier sehr gross geschrieben werden muss. *Wie* gehen wir also damit um, dass es Krieg zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften gegeben hat? Folgt aus dieser Feststellung, dass es sich um eine sozial-anthropologische Konstante handelt, die aus der Welt schaffen zu wollen ebenso naiv wie absurd, in jedem Falle aber in menschlichen Gesellschaften und zu menschlichen Zeiten und Bedingungen nicht zu haben ist? Bekanntlich war und ist dies die «herrschende Meinung», sei es im dumpfen, unaufgeklärten «Volksbewusstsein», sei es unter sozialphilosophisch aufgeklärten Wissenschaftlern und Intellektuellen, mit den ihre Eigeninteressen verteidigenden politischen Klassen in bequemer Mittellage.

Der Krieg ist schrecklich wie des Himmels Plagen, Doch ist er gut, ist ein Geschick, wie sie.

(Wallensteins Tod 11,2)

lesen sie bei Schiller, woraus dann u.a. die Unterscheidung zwischen «gerechten» und «ungerechten» Kriegen folgt – mit aktueller Variante der UN-völkerrechtlichen Legitimation von friedensschaffenden Kriegen vs. die Kriege böser Regime und Potentaten. Dieser Interpretation von Krieg und Militär in der Geschichte liegt eine in der Regel unreflektierte «polare Weltanschauung» zugrunde: Krieg und Frieden als die beiden Pole, zwischen denen sich die Geschichte der Völker fortbewegt – beide gehören da gleichberechtigt zum «Wesen» organisierter Gesellschaften und deren Beziehungen zueinander, bilden eine notwendige Spannung wie zwischen gut und böse, denn auch das Böse kann man nicht aus der Welt schaffen.

Nun gibt es aber auch eine andere Interpretation, ein ande-

res historisch-analytisches Verständnis für den Befund einer anscheinend menschheits-ewigen Kriegsgeschichte. Für die Einrahmung der Entmilitarisierung als wissenschaftlichem Projekt ist diese geradezu ideal, weil pragmatisch und mit einer auf den ersten Blick überzeugenden historischen Analogie arbeitend. Sie begreift Krieg und Militär gemeinsam als eine einheitliche, historisch gewachsene und mit soziologisch bestimmbarer Eigenlogik sich ständig reproduzierende Institution, die, wenn sie erst einmal als solche erkannt und durch Aufklärungsarbeit am politisch-gesellschaftlichen Bewusstsein delegitimiert ist, historisch überwunden, also schlicht abgeschafft werden kann. Die Analogie, mit der diese friedensforscherliche Hypothese arbeitet (im Zusammenhang mit den Überlegungen über ‚Kritik und Erfolg‘ wurde zuvor schon kurz darauf hingewiesen) ist die des Schicksals der Sklaverei. Auch die Sklaverei war eine Institution, die sich in allen oder doch jedenfalls sehr vielen Kulturen zu allen Zeiten nachweisen lässt und die jedenfalls in der okzidentalen Geschichte so weit zurückreicht, wie wir über sie historische Quellen haben, und die – das ist sehr wichtig – auch kulturell, ideologisch und rechtlich ein integraler Bestandteil dieser Gesellschaften, also nicht lediglich ein materiales Phänomen war – so eben, wie wir auch eine Kultur des Krieges und des Militärischen haben. Und doch gelang es, diese scheinbar durch ihre bis in die ‚graue Vorzeit‘ zurückreichende Geschichte legitimierte Institution in der Nachfolge der europäischen Aufklärung schliesslich weltweit abzuschaffen und rechtlich effektiv zu verbieten. Damit wurde die Ausbeutung von Menschen durch Menschen nicht abgeschafft, wir wissen es, aber ein grosser und durch kein Wenn und Aber relativierbarer unzweideutiger Fortschritt ist es doch.

Leider haben jene Friedensforscher, die diese Analogie im besten Sinne «demagogisch», d.h. publikumswirksam als die

Kriegs- und Militärfrage verfremdenden Denkanstoss gerne zitieren (und ich glaube, ich muss mich da selbst in einigen Fällen hinzuzählen), sie nie historisch und systematisch vertieft und begründet. Und mir scheint, das ist kein Zufall, keine der vermeintlichen «Forschungslücken», denn die Analogie lässt sich, ernsthaft und gründlich bedacht, nicht halten. Sie ist zu oberflächlich, trifft die Sache nicht in ihrem Kern: Die Sklaverei war eben in der Tat eine Institution, ein Rechtsinstitut, ein gesellschaftlich sanktioniertes Subsystem staatlicher und ökonomischer Macht – und als solches konnte es dann auch, im Übrigen schwer genug und um den Preis u.a. des blutigsten Bürgerkrieges der Moderne, des amerikanischen, schrittweise abgeschafft werden. Nur wenn man die Sklaverei als spezifische Erscheinungsform eines viel grundsätzlicheren gesellschaftlichen Verhältnisses analysiert, nämlich des Patriarchats, käme man dem Grunde der Problematik näher und aus der oberflächlichen Analogie würde möglicherweise eine strukturelle Verwandtschaft von Sklaverei und Krieg. Die historisch-feministische Forschung jedenfalls hat (für mich überzeugend: Gerda Lerner, Die Entstehung des Patriarchats, 1986; dt. Übers. 1991) die Hypothese zur Diskussion gestellt, dass das Patriarchat aus Krieg und Sklaverei als «Zwillingsbrüder» von Männern gezeugt worden sei: Die ersten Sklaven seien die mittels Krieg erbeuteten Frauen gewesen. Mir scheint, diese historisch-anthropologische Forschungshypothese sei es wert, von der Friedensforschung aufgegriffen und diskutiert zu werden. Ja, ich würde so weit gehen zu behaupten, dass hier eine ihrer wichtigsten und fruchtbarsten, wenn nicht gar die wichtigste und die fruchtbarste «Theorie-Aufgabe» liegt. Ohne integrierte, gewissermassen selbstverständliche und internalisierte feministische Fragestellungen ist keine Friedensforschung mehr denkbar und sinnvoll.

Aber zurück zur Frage der Interpretation, des Umgangs mit

der Tatsache der Welt-Geschichte als Kriegsgeschichte. Mir scheint die – nicht unbedingt mehr originelle, aber alles andere als in ihren Implikationen ausgeschöpfte – «Analogie» oder richtiger die Metapher vom Krieg als einer Krankheit und von der Friedensforschung als einer Diagnostik mit der gleichzeitigen Aufgabe von Therapievorschlügen die fruchtbarste Umgangsweise mit dem Problem zu sein. «Krieg als Krankheit» akzeptiert dessen historische Naturgegebenheit, seine Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Existenz, aber – und das ist das Entscheidende – die Metapher verweigert sich der Polarität, d.h. einer Gleichwertigkeit, einer wertfreien ‚Dialektik von Krieg und Frieden« Gesundheit/Frieden bleibt die Norm, das Erstrebenswerte, der Zustand, in dem die Menschen ihre Existenz sinnvoll leben können; und Krankheit/Krieg ist das zu Vermeidende, der Zustand, der den Einzelnen oder die Gesellschaft an der Selbstverwirklichung und der Ausbildung seiner bzw. ihrer besten Fähigkeiten und Möglichkeiten verhindert, Krankheit darf und muss, gerade um der Chancen menschlicher Bildung willen – Bildung hier im weiteren Wortsinne verstanden – bekämpft werden, sie gehört zwar zum Leben, aber ist zugleich dessen Negation, und Gesundheit ist nicht ein utopisches Ziel, sondern der Normalzustand, eben die Norm, der Wert, an dem sich unser Handeln orientieren kann und muss. Frieden also ist keine Utopie, und wer den Krieg bekämpft, ist kein Phantast – so wenig wie der Arzt einer ist.

Diese Metapher nun kann uns ins eigentliche Zentrum des Problems «Entmilitarisierungsforschung» begleiten. Der Kampf (!) gegen «Krankheit» wird mit einer Vielfalt von Methoden geführt, die ich hier – der notwendigen Kürze und Vereinfachung halber – auf zwei reduzieren möchte: eine «ganzheitliche» und eine «operativ-instrumentelle». Die – lange und komplexe – Geschichte der Medizin bzw. der Heilkunde lässt sich auf diese beiden Dimensionen reduzieren: Jede



Krankheit hat Symptome und Ursachen. Die ganzheitliche Heilkunde sieht die Ursachen von Krankheiten in den komplexest-möglichen, eben «ganzheitlichen» Zusammenhängen sowohl physisch-psychischer bzw. physisch-seelischer Natur, als auch in der vermuteten Störung des Mensch-Natur-Verhältnisses. So können Erkrankungen des Auges oder der Lunge, des Herzens oder der Haut mit Ernährungs- und Darmproblemen, also mit dem Stoffwechsel zu tun haben oder mit nervlichen oder ambientalen Irritationen; aus «ganzheitlicher Sicht» ist das, was in Erscheinung tritt, als Krankheit nie identisch mit dem Wesen dieser Krankheit selbst. Von der magischen Medizin bis zur Naturheilkunde, beide durchaus wissenschaftlicher Überprüfung zugänglich, wird Krankheit in ihren oft scheinbar völlig fern liegenden Ursachen zu kurieren versucht, deren Komplexität sich der schlicht-schnellen Kausalität entzieht.

Die (von mir mangels besserer Begrifflichkeit) «operativ-instrumentell» genannte Methode der Krankheitsbekämpfung sieht den menschlichen Körper eher als ein zwar selbst sehr komplexes, aber doch letztlich rationalistisch-mechanistisch erklärbares Getriebe, als ein kompliziertes Uhrwerk, das, eben weil es so komplex ist, zugleich auch enorm krisenanfällig oder ‚verwundbar‘ ist, wo immer etwas irgendwo und irgendwie schief laufen kann und wird, gegeben eben die unendliche Vielfalt des Getriebes und seiner möglichen Fehlerquellen. Dies die Arbeitshypothese der modernen, aufklärerischen, «westlichen» Medizin, die mit dieser Hypothese arbeitend die erstaunlichsten und geradezu an technische Wunderleistungen grenzenden Heilerfolge vorzuweisen hat. Das muss an dieser Stelle und für unsere Zwecke nicht weiter ausgeführt oder illustriert werden. Wichtig aber ist – die leitende Fragestellung nach der «Entmilitarisierungsforschung» wird dabei nicht aus dem Auge verloren! – die langsame und

schwierig-schmerzvolle, aber doch langsam sich anbahnende Erkenntnis seitens der wissenschaftlichen, aufklärerischen Medizin, dass sie ihre eigenen Grenzen hat und dass sie ohne Rekurs auf eine ganzheitliche Sicht des Gesundheitsproblems langfristig nicht wird auskommen können; umgekehrt leugnet die ganzheitliche Medizin nicht die stupenden Erfolge der rationalistischen Apparatedizin und ist, wo ihre Vertreter ehrlich und rechtschaffen sind, immer bereit, auf eigene, «sanfte» Therapien zugunsten von «harten», technisch erprobten und erfolgreichen Interventionen von hochspezialisierten Fachleuten zu verzichten.

Wenn wir nun die Analogien- und Metaphernsprache verlassen (und «Ganzheitlichkeit» vs. «operative Instrumentalität» sind nichts anderes als Metaphern), so können wir für die eine «Schule» oder Problemlösungsebene den «Krieg», für die andere «das Militär» einsetzen. Der Krieg ist zunächst ein Abstraktum; seine empirische Wirklichkeit sind bewaffnete, an Waffen ausgebildete, organisierte, kommandierte, bezahlte Menschen, die auf Befehl Gewalt gegen andere ebenso bewaffnete, spezialisierte, uniformierte etc. Menschen ausüben – oder auch gegen Unbewaffnete auf Befehl herrschaftlichen Willen durchsetzen. Ohne Militär kein Krieg – das ist eine schlichte, aber gleichwohl kaum bestreitbare Wahrheit. Krieg und Militär müssen analytisch, «forschungsstrategisch» und begrifflich auseinander gehalten werden – und gleichzeitig muss immer klar und bewusst bleiben, dass das Militär die Erscheinung, der Krieg sein Wesen ist. Um aber an den Krieg, um den es letztlich geht, «heranzukommen», empfiehlt es sich, zunächst und vor allem beim Militär anzufangen, die Erscheinung selbst ernst zu nehmen, sie als erstes therapeutisch zu behandeln, sofern man sich als Friedensforscher-Arzt der rationalistischen Ursache-Wirkung-Methode, der vielfach und aus gutem Grund bewährten Kausalitätshypothese ver-

SPD-Plakat zur Reichstagswahl 1911/12



SPD-Plakat zur Reichstagswahl 1911/12

pflichtet hat. Und da ist nun in der Tat genug zu tun – wissenschaftlich-aufklärerisch so gut wie praktisch-politisch bei der Suche nach gesellschaftlichen Kräften, die solche Erkenntnisse parteilich und/oder parlamentarisch in verbindliche Entscheidungen umzusetzen in der Lage sind. Entmilitarisierungsforschung betreiben heisst dann, systematisch und kausal die Vieldimensionalität der Institution Militär in Geschichte und Gesellschaftsstruktur, im kulturellen Selbstverständnis und in der Politik ins Tageslicht der Wissenschaft zu zerren, so sehr sich das «Zivilbewusstsein» da sträubt:

- das Militär als konstitutiv für den modernen (Verfassungs) Staat;
- die treibende Rolle des Militärs in der Rüstungsökonomie;
- die militärische Rationalität in der Begrifflichkeit und den Paradigmen aussenpolitischer Theorien und Parameter; – die militärische Dimension wissenschaftlich-technologischer Forschung;
- militärische Kriterien bei der Planung und Umstrukturierung der europäischen historischen Städte;
- die militärische Bildsprache der Architektur – vom Barock bis heute;
- militärische Rationalität als Grundlage des öffentlichen Bildungssystems;
- die Militarisierung des modernen Strafvollzugs;
- Strassennamen zur Erinnerung an Geschichte als Kriegs- und Militärgeschichte;
- Monumente und Denkmäler zur Befestigung des Militärischen im kollektiven Bewusstsein;
- Schulbuchgeschichtsschreibung und Militärgeschichte;
- das Militär in der zeremoniellen Selbstdarstellung des Staates;
- der militärische Gehalt von Nationalhymnen und Staatssymbolen;

- militärischer Ursprung von Staatsflaggen;
- kollektiv-psychologische Bedeutung von Rekrutenvereidigungen;
- Militärparaden bei Nationalfeiertagen;
- Uniformästhetik.

Diese völlig unsystematische Liste liesse sich offensichtlich beliebig fortführen und differenzieren. Aber man denke sich aus all den angesprochenen Aspekten politischer Gesellschaft das Militär weg – historisch und/oder aktuell aus Wirtschaft und staatlicher Repräsentation, urbaner Denkmalsikographie und Schulgeschichtsschreibung – und es kämen zum Vorschein eine völlig andere Gesellschaft, andere Städte, andere Bildungssysteme, andere politische Symboliken, andere Verfassungen, andere Staaten ... Oder vielleicht eben keine «modernen Staaten», wie wir sie kennen, also andere politische Gemeinwesen?

Darin besteht die eigentliche Herausforderung einer rückwärts- und vorwärts gewandten Entmilitarisierungsforschung: Das Historische als andere Möglichkeiten zu denken und die Zukunft als mehr und etwas anderes denn die blosse modifizierte Verlängerung und Reproduktion der Muster der Vergangenheit. Entmilitarisierte Gesellschaften, «gesunde» Gesellschaften, das ist etwas, wofür es sich lohnt, Friedensforscher zu werden, als einzelner wissenschaftlicher Diagnostiker so gut wie als kollektiver Therapeut. Solche analytischen Fragestellungen könnten und müssten ernsthaften Wissenschaftlern mehr als genug Material bieten, an dem sich Scharfsinn und Engagement für eine lohnende Aufgabe – die Beförderung gesellschaftlicher Gesundheit – abarbeiten können. Hier sind aufregende Erkenntnisse zu erwarten, Wege durch den Urwald einer scheinbar längst erforschten und durchleuchteten Gesellschaft und ihrer Geschichte zu bahnen, die der Wissenschaft jene Erkenntnisleidenschaft zurückgewinnen müsste, die sie einst – im Aufklärungszeitalter – be-

flügelte und die damals auch als kritische Subversionswissenschaft buchstäblich revolutionäre Erfolge zeitigte.

Aber wie wir auch wissen und erfahren haben: Jene Aufklärung ging nicht weit and tief genug, sie zerstörte zuerst sich politisch selbst und wurde dann von Napoleon instrumentalisiert und transformiert. Sie hatte, um unsere Krankheitsmetapher wieder aufzugreifen, zwar viele krankhafte Erscheinungsformen der alten Regime behandelt und kuriert – so den absolutistischen Staat durch den gewaltenteiligen Verfassungsstaat ersetzt – aber nicht den Staat selbst, oder, wie uns die viel späteren Feministinnen gelehrt haben, im Patriarchat Krieg und Gewaltherrschaft als Bedingung der Möglichkeit von Militär erkannt und beide «ganzheitlich» analysiert, obwohl der Frieden – Kant ist da nicht ihr einziger, wohl aber vielleicht ihr grösster Zeuge – zu ihren obersten Zielen gehörte. Von der Grösse der – historischen – Aufklärung nimmt das zunächst wenig.

Unsere Friedensforschung steht, um im historischen Vergleich zu bleiben, wohl eher in den fruchtbaren Jahren *vor* der Französischen Revolution. Sie hat – in wissenschaftlicher Antizipation politischer Praxis – viele Symptome zunächst erst einmal als solche zu erkennen, also die Rolle des Militärs in den vielen angedeuteten Dimensionen zu analysieren und sie dann der politischen Praxis zu überantworten. Wichtige Schritte dahin gehend sind bereits gemacht worden, von der partiellen Delegation des Militärs angefangen, von der eingangs die Rede war, über die Delegation des Krieges als eines heutzutage nicht mehr legitimen Mittels der Politik (oder ihrer «Fortsetzung mit anderen Mitteln») bis hin zur, positiv gesprochen, Legitimation der Verweigerung des Mitmachens von militärischen Aktionen (Deutschland im Golfkrieg, Kriegsdienstverweigerung). Dass sie sich alle auf der Ebene der Militärkritik und (noch) nicht der Kriegskritik, also

im Operativ-Instrumentellen und (noch) nicht im Ganzheitlich-Substanziellen bewegen, ist kein Vorwurf, sondern eine die aktuelle Lage der Friedensforschung bezeichnende Feststellung – oder wenigstens der Versuch einer solchen. Und selbst da – in der Militär-, statt der weiteren und noch komplexeren Aufgabe der Kriegskritik – steht die Friedensforschung eher noch an den Anfängen dieser grossen Unternehmung und Aufgabe.

Es ist immerhin erstaunlich, wie wenig das Militär, angefangen von der Institution selbst (immerhin u.a. der gesamthaft grösste Arbeitgeber der Welt!) bisher zum Gegenstand friedensforscherlicher Analysen geworden ist. So ist es, um es vorsichtig auszudrücken, doch wohl zumindest erstaunlich, dass in dem verdienstvollen Hamburger Projekt «Kriegsursachenforschung» das Militär als soziologische oder politische Kategorie *sui generis*, als gesellschaftliche Institution und dessen blosse Existenz als möglicher Mit-Kriegsursache überhaupt nicht vorkommt. Man hat es der Soziologie überlassen, eine eher bescheiden zu nennende Subdisziplin «Militärsoziologie» in ihrem Zuge mitzuführen (um den «Krieg» selbst hat sich aber auch die Soziologie und haben sich die grossen und berühmten Soziologen, wie Hans Joas wiederholt gezeigt hat, überhaupt nicht gekümmert), aber von einer friedensforscherlichen Militärforschung kann ernsthaft keine Rede sein. Nur die Historiker unter den Friedensforschern haben sich verschiedentlich und mit materialreichem Erfolg des Militärs als Organisation kritisch angenommen; und ebenso gibt es kluge und wichtige Anthologien, die die grosse und «mittlere» Literatur daraufhin durchforstet haben, wie hier das Alltagsleben des Soldaten, sei es im Frieden, sei es im Krieg, literarisch dargestellt wird. Geringer allerdings die analytisch-systematische Aufarbeitung dieses Materials (so gibt es m. W. bisher keine umfassende Untersuchung von Militär und sog. «Soldatentum» im Film). Trotzdem ist der Bo-

den für eine militärkritische Forschung bereitet, müsste die Forderung, die Friedensforschung inhaltlich und schwerpunktmässig, wenn nicht schon dem Namen nach zur Entmilitarisierungsforschung zu transmutieren, eigentlich auf weitgehende Zustimmung stossen, sofern junge Forscherinnen und Forscher heute noch frei sind, sich ihre Themen nach wissenschaftlicher Neugier, nach politischem Interesse und rational diszipliniertem moralischen Engagement zu wählen, statt nach den sterilen Vorgaben staatlicher Forschungsförderungspolitik. Die feministische Militärkritik hat da ermutigende, aber noch viel zu kleine Schritte gemacht, mehr Thesen formuliert als historisch-systematische Analysen vorgelegt.

Zum Schluss: Wir brauchen sowohl ganzheitliche als auch die traditionell-wissenschaftliche Forschung und Diagnostik. Mit Ersterer sind Forschungsgelder und Lehrstühle derzeit kaum zu haben, auch ist sie weniger disziplinär lern- und lehrbar. Aber die klassisch-moderne Forschungsmethodik steht, was das Militär als die historisch-gesellschaftliche Verdinglichung von Krieg als Konfliktaustragung anbetrifft, vor einem noch weitgehend unbearbeiteten Feld. Eine pragmatisch-traditionalistisch arbeitende Friedensforschung hat als militärkritische, als Entmilitarisierungsforschung auch ohne die Frage nach dem Wesen von Gesellschaft und der Herkunft des Krieges aus mythischer Ur- und Vorgeschichte zu stellen, genug Aufregendes zu untersuchen, ohne Gefahr zu laufen, steril zu werden angesichts der Sisyphus-Arbeit scheinbarer Erfolglosigkeit beim Wälzen des Grossen Steines. Sie läuft eher Gefahr, sich totzulaufen, wenn sie den Versuchungen der akademischen Erfolgsrezepte folgt und erliegt. Junge Forscherinnen und Forscher mittleren Kalibers, ohne besonders ausgeprägten wissenschaftlichen und politischen Eros, können mit traditionellen Forschungsthemen vielleicht mittlere Karrieren



machen – aber vermutlich werden sie dann bald alles daran setzen, das Friedensforschungsetikett wieder loszuwerden. Friedensforschung als Entmilitarisierungsforschung, die notwendigerweise zentrale Prämissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, ihres Staates und ihrer Erfolgsgeschichte empirisch und systematisch infrage stellt, ist nur etwas für ernsthafte, engagierte Leute mit langem Atem und Risikobereitschaft – wobei wir trotz allem davon ausgehen dürfen, dass diese Gesellschaft, dass die (deutsche) akademische Welt nicht so eindimensional und ideologisch geschlossen organisiert und strukturiert ist, um nicht wissenschaftliche Qualität trotz ihrer Verbindung mit kritischem Engagement zu honorieren. Vielleicht honoriert sie sogar gerade dieses – also auch eine solche Herausforderung, wie sie Entmilitarisierungsforschung darstellt.

Die Alteren unter uns – wenn es gestattet ist, die Generationskategorie hier anzusprechen – können und dürfen dabei die Dimension der alternativen oder richtiger ganzheitlichen Friedensproblematik und Kriegsursachen zumindest offenhalten, wenn möglich aber auch umsichtig erörtern. *Wir* können es uns erlauben, zuzugeben und auszusprechen, dass selbst eine überzeugende und schulwissenschaftlich-akademische militärkritische Forschung keine schlüssigen Antworten zur Lösung der überwältigenden historischen Kriegsfrage erbringen wird. Diese Kriegsfrage sitzt denn doch wohl tiefer als die einfacher zu beantwortende und vielleicht sogar in gewissen Formen lösbare Militärfrage – die heutigen multinationalen Kampfverbände unter internationalem Kommando haben ja doch teilweise schon die klassischen Heere der Nationalstaaten überwunden: Dem Frieden, der Überwindung von Krieg hat uns das kaum nähergebracht. Auch die nach wie vor – meine ich – haltbare These vom historisch gewachsenen und ungebrochenen inneren Zusammenhang zwischen staatli-

cher Organisation und Krieg (mein eigener bescheidener Beitrag zur Entmilitarisierungsforschung – noch einmal gewissermassen «bestätigt» von Bruce D. Porter: *War and the Rise of the State*. New York: Free Press, 1994) muss da infrage gestellt werden bzw. verliert im Horizont von Krieg als Krankheit ihre wissenschaftliche Selbstgerechtigkeit: Man darf die Therapie der Entmilitarisierung einleiten, man muss – schulmedizinisch – das Symptom zu kurieren beginnen, aber man muss und darf auch wissen, dass jedenfalls die Wissenschaft Vieles, vielleicht sogar das Wesentliche weder wissen wird noch wissen kann. Trotzdem sind viele Krankheiten auch mit traditionellen Methoden heilbar, und auch unsere Wissenschaft braucht sich ihrer bescheidenen Diagnose-Erfolge nicht zu schämen – wohl aber darf sie sich etwas mutiger und selbstbewusster zu Therapien äussern. Und die bewusst thematisierte Entmilitarisierung ist eine davon. Ich meine, heute die wichtigste.

## ANHANG

## Anmerkungen

*Wolfram Wette:*

### **DER MILITARISMUS UND DIE DEUTSCHEN KRIEGE**

- 1 Vgl. Reinhard Höhn: Die Armee als Erziehungsschule der Nation. Das Ende einer Idee. Bad Harzburg 1963.
- 2 Zit. nach Jost Dülffer: Der Pazifismus als Feind. Zur NS-Rezeption der Friedlichkeit. In: ders.: Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. u. 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Martin Kröger, Ulrich S. Soénius u. Stefan Wunsch. Köln, Weimar, Wien 2003, S. 173.
- 3 Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerald L. Weinberg. Stuttgart 1961, S. 47.
- 4 Ebenda, S. 52.
- 5 Ebenda, S. 69.
- 6 Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1930, S. 689. Vgl. auch Hitlers zweites Buch (Anm. 3), S. 107 u. 111 ff.
- 7 Hitlers zweites Buch (Anm. 3), S. 62.
- 8 Vortrag Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern am 27. Januar 1932, S. 28. Wiederabdruck in Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. I.: Triumph (1932-1938). Würzburg 1963, S. 68-90.
- 9 Vgl. das «Abkommen von Potsdam» vom 2. August 1945, unterzeichnet von Stalin, Truman und Attlee. Text in: Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der «Grossen Drei». Hrsg. von Ernst Deuerlein. München 1963, S. 349 ff., Teil III: Deutschland, S. 353-359, Zitat S. 353.
- 10 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden 1946, S. 73.
- 11 Volker R. Berghahn: Militarismus. Die Geschichte einer internationalen Debatte. Hamburg u.a. 1986.
- 12 Emilio Willems: Der preussisch-deutsche Militarismus. Ein Kulturkomplex im sozialen Wandel. Köln 1984.

- 13 Wilfried v. Bredow: *Moderner Militarismus. Analyse und Kritik.* Stuttgart u. a. 1983.
- 14 Stig Förster: *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913.* Stuttgart 1985.
- 15 Hier sind etwa zu nennen: Karl-Dietrich Bracher: *Die deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus.* Köln, Berlin 1969, und Martin Broszat: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung.* 3. Aufl., München 1973.
- 16 Vgl. die umfassende Literaturübersicht in dem Sammelband: Rolf-Dieter Müller u. Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): *Die Wehrmacht. Mythos und Realität.* München 1999, S. 1232–1297.
- 17 So auch Bernd Wegner: *Kriegsgeschichte – Politikgeschichte – Gesellschaftsgeschichte. Der Zweite Weltkrieg in der westdeutschen Historiographie der siebziger und achtziger Jahre.* In: *Neue Forschungen zum Zweiten Weltkrieg.* Hrsg. von Jürgen Rohwer und Hildegard Müller. Koblenz 1990, S. 102–129, hier: S. 104.
- 18 Zur Kritik dieser Bestrebungen vgl. Fritz Fischer: *Hitler war kein Betriebsunfall.* Aufsätze. München 1992.
- 19 Andreas Hillgruber: *Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert.* 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Düsseldorf 1974.
- 20 Michael Geyer: *Aufrüstung oder Sicherheit? Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936.* Wiesbaden 1980.
- 21 Hillgruber, *Großmachtpolitik* (Anm. 19), Vorwort, S. 7.
- 22 Ebenda, sowie S. 37.
- 23 Ebenda, S. 8.
- 24 Anknüpfend an frühere Forschungsarbeiten. Siehe Förster, *Der doppelte Militarismus* (Anm. 14); ders.: *Alter und neuer Militarismus im Kaiserreich. Heeresrüstungspolitik und Dispositionen zum Krieg zwischen Status-quo-Sicherung und imperialistischer Expansion, 1890–1913.* In: *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914.* Beiträge zur historischen Friedensforschung. Hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl. Göttingen 1986, S. S. 122–145.
- 25 Annarius Osseg: *Der europäische Militarismus.* Amberg 1876.
- 26 August Bebel: *Nicht stehendes Heer sondern Volkswehr!* Stuttgart 1898, S. 50 ff.
- 27 Zum Phänomen eines »demokratischen Militarismus« vgl. Christian Jansen (Hrsg.): *Der Bürger als Soldat. Die Militari-*

- sierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert: ein internationaler Vergleich. Essen 2004.
- 28 Vgl. Kurzvita in: Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Hrsg. von Helmut Donat und Karl Holl. Düsseldorf 1983, S. 381–383.
- 29 Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte. Dresden 1889.
- 30 Brigitte Hamann: Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden. München, Zürich 1991, 2. Aufl. 1996.
- 31 Hamann, Suttner, S. 169 und 184.
- 32 Zur Gruppe dieser deutschen feministischen Pazifistinnen gehörte auch die Bremerin Auguste Kirchhoff. Vgl. Henriette Wottrich: Auguste Kirchhoff. Eine Biographie. Bremen 1990 (= Schriftenreihe Geschichte und Frieden. Bd. 1).
- 33 Vgl. bezüglich Bayern die Untersuchung von Detlef Vogel: Der Stellenwert des Militärischen in Bayern (1849–1875). Eine Analyse des zivil-militärischen Verhältnisses am Beispiel des Militäretats, der Heeresstärke und des Militärjustizwesens. Boppard a. Rh. 1981.
- 34 Vgl. Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933. Hrsg. von Wolfram Wette unter Mitwirkung von Helmut Donat, Bremen 1999 (= Schriftenreihe Geschichte und Frieden. Bd. 10). Darin der Beitrag von Detlef Bald: Auf dem Wege zu den Pazifisten – Der bayerische Oberst Alfons Falkner von Sonnenburg (1851–1929), S. 110–129.
- 35 Vgl. Friederike Gräper: Die Deutsche Friedensgesellschaft und ihr General – Generalmajor Paul Freiherr von Schoenaich (1866–1954). In: Pazifistische Offiziere (Anm. 34), S. 201–217.
- 36 Vgl. Simon Schaerer: Franz Carl Endres (1878–1954) – Kaiserlich-osmanischer Major, Pazifist, Journalist, Schriftsteller. In: Pazifistische Offiziere (Anm. 34), S. 231–245.
- 37 Vgl. Lothar Wieland: Die Verteidigungslüge. Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914–1918. Bremen 1998 (= Schriftenreihe Geschichte und Frieden. Bd. 9).
- 38 Symptomatisch dafür die Politik Gustav Noskes. Vgl. Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. 2. Aufl., Düsseldorf 1988, S. 263 ff.
- 39 Vgl. Berghahn, Militarismus (Anm. 11), S. 5 und 61–84.
- 40 Vgl. auch Jakob Vogel: Nationen im Gleichschritt. Der Kult der ›Nation in Waffen‹ in Deutschland und Frankreich, 1871–1914.

- Göttingen 1997 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 118).
- 41 Für Deutschland vgl. Dietmar Klenke: Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sängler, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege. In: Historische Zeitschrift Bd. 260 (1995), S. 395-448.
  - 42 Siehe Kurt Tucholsky: Unser Militär! Schriften gegen Krieg und Militarismus. Frankfurt / M. 1982, S. 485.
  - 43 Felix Stössinger: Das Wesen des Militarismus. In: Welt am Montag, 12. Mai 1924. Zit. nach: Paul Freiherr v. Schoenaich: Vom vorigen zum nächsten Krieg. Berlin-Hessenwinkel 1925, S. 19-21.
  - 44 Franz Carl Endres: Soziologische Struktur und ihr entsprechende Ideologien des deutschen Offizierkorps vor dem Weltkrieg. In: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 58. Jg., Tübingen 1927, S. 282-319.
  - 45 Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. Berlin 1907. In: ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin (Ost) 1958, S. 247-456, Zitat S. 308.
  - 46 Vgl. Wolfram Wette: Geschichte und Frieden. Aufgaben historischer Friedensforschung. Bonn 1987 (= AFB-Texte), S. 31-33.
  - 47 Vgl. auch Ekkehart Krippendorff: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft. Frankfurt/M. 1985, sowie die differenzierenden Anmerkungen von Ulrich Albrecht: Staat und Krieg. In: Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen. Umweg als Methode. Hrsg. von Thomas Greven und Oliver Jarasch. Frankfurt/M. 1999, S. 134-150.

*Stig Förster:*

**MILITÄR UND MILITARISMUS IM DEUTSCHEN KAISERREICH.**

- 1 Den besten Überblick über die Debatte liefert noch immer Volker R. Berghahn: Militarismus. Köln 1975 und ders.: Militarismus. Die Geschichte einer internationalen Debatte. Leamington Spa 1981.
- 2 Siehe Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. Leipzig 1907. In: ders.: Gesammelte Reden und Schriften. 9 Bde.,

- Berlin 1958-1971, Bd. 1, S. 249-456, besonders S. 254-250 und S. 267-278; Franz Carl Endres: Soziologische Struktur und ihr entsprechende Ideologien des deutschen Offizierskorps vor dem Weltkriege. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 58(1927), S. 282-319, besonders S. 291 f.; Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des «Militarismus» in Deutschland. 4 Bde., München 1954-1968, besonders Bd. 1, S. 13.
- 3 Vgl. Berghahn, Debatte, S. 154-158; Horst Giertz, Wolfgang Küttler: Theoretische und methodologische Probleme der Erforschung des Militarismus. In: Karl Nuss, Albrecht Charisius, Gerhard Förster, Werner Hübner (Hrsg.): Der deutsche Militarismus in Geschichte und Gegenwart. Studien, Probleme, Analysen. Berlin 1980, S. 17-35, besonders S. 25-29 und S. 34; Wilfried von Bredow: Moderner Militarismus. Analyse und Kritik. Stuttgart 1983, S. 113.
  - 4 Stig Förster: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913. Stuttgart 1985.
  - 5 Förster, Militarismus, S. 6.
  - 6 Endres, Struktur, S. 219 f.
  - 7 Reichstagsrede vom 29.1.1910. In: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages (fortan RT, Sten. Ber.). Bd. 259, S. 881-902.
  - 8 Daniel Frymann (i.e. Heinrich Class): Wenn ich der Kaiser wär. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. Leipzig 1912, S. 104, Hervorhebung im Original.
  - 9 Zu diesem Komplex siehe neben Förster, Militarismus, die aus dem Arbeitskreis Historische Friedensforschung hervorgegangene Aufsatzsammlung von Jost Dülffer und Karl Holl (Hrsg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Göttingen 1986.
  - 10 Zu all dem siehe ausführlich Förster, Militarismus.
  - 11 Chickerings ausgezeichnete Studie über den deutschen Pazifismus etwa wäre in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Vgl. Roger Chickering: Imperial Germany and a World without War. The Peace Movement and German Society 1892-1914. Princeton 1975.
  - 12 Zur staatsrechtlichen Stellung des preussischen Kriegsministers siehe Heinrich Otto Meisner: Der Kriegsminister 1814-1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte. Berlin 1940 und



- Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. 6 Bde., Stuttgart 1957-1981, Bd. 4, S. 527-530.
- 13 Eckart Kehr: Klassenkämpfe und Rüstungspolitik im kaiserlichen Deutschland. In: ders.: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preussisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1970, S. 87-110, hier: S. 97.
  - 14 Zur innenpolitischen Rolle der Armee um 1890, die sie prinzipiell bis 1914 beibehielt, siehe Förster, Militarismus, S. 17-27.
  - 15 Eine Statistik für das Jahr 1911 belegt die Ergebnisse dieser Politik. So waren 64,1% der eingezogenen Rekruten dieses Jahrgangs ländlicher Herkunft, obwohl nur 42% der Bevölkerung auf dem Land lebten. 22,3% kamen aus Kleinstädten, 7% aus mittलगrossen Städten und nur 6% aus Grossstädten. Zahlenangaben nach Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1973, S. 162.
  - 16 Einem im Reichstag, 14. 12. 1903, RT Sten. Ber., 1903/04, Bd. 197, S. 154.
  - 17 Siehe Detlef Bald: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs: Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren. Frankfurt/M. 1981.
  - 18 Heeringen an Generalstabschef Moltke, 20. 1.1913, abgedruckt in: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, bearbeitet im Reichsarchiv, Abteilung III, Anlagen zum ersten Band. Berlin 1930, S. 178-180.
  - 19 Vgl. Ritter, Staatskunst, Bd. 2, S. 153.
  - 20 Zur wilhelminischen Polykratie siehe die prägnante Analyse bei Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 3 Bde., München 1987-1995, Bd. 3, S. 1000-1004.
  - 21 Zur Geschichte des Verdy-Plans siehe Förster: Militarismus, S. 28-36.
  - 22 Michael Geyer: Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980. Frankfurt/M. 1984, S. 53-57.
  - 23 Zahlenangabe nach Karl Demeter: Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat. 1650-1945. 2. Aufl., Frankfurt/M. 1962, S. 47.
  - 24 Siehe Martin Kitchen: The German Officercorps 1890-1914. Oxford 1968, S. 22.
  - 25 Zum Grossen Generalstab siehe neben der allgemeinen Literatur über die preussisch-deutsche Armee und ihr Offizierkorps Walter Görlitz: Der deutsche Generalstab. Frankfurt/M. 1955;

- Gerhard Förster, Helmuth Otto, Gerhard Schnitter: Der preußisch-deutsche Generalstab 1870–1963. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte. Berlin 1964; Detlef Bald: Der deutsche Generalstab 1859–1939. Reform und Restauration in Ausbildung und Bildung. München 1977; Arden Bucholz: Moltke, Schlieffen, and Prussian War Planning. New York 1991.
- 26 Zu Arbeitsweise und innerer Struktur des Generalstabs siehe die eingehende Studie von Bucholz: Moltke, Schlieffen.
- 27 Zu all dem siehe ebenda und Ritter: Staatskunst, Bd. 2, S. 153–156.
- 28 Schlieffens Denkschrift von 1905/06 abgedruckt in: Gerhard Ritter: Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos. München 1956, Zitat: S. 155.
- 29 Moltke an Kriegsminister v. Heeringen, 25.11.1912. In: Kriegsrüstung, Anlagen, S. 146 f.
- 30 Zitiert nach Erich Ludendorff: Mein militärischer Werdegang. Blätter der Erinnerung an unser stolzes Heer. München 1933, S. 152.
- 31 Siehe zu all dem die einschlägigen Passagen bei Förster, Militarismus.
- 32 Der Kampf in insurgierten Städten, bearbeitet in der kriegsgeschichtlichen Abteilung 2 des Großen Generalstabs, 1907. Ein Exemplar der Studie befindet sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, M 1/2, Bd. 19.
- 33 Schlussbesprechung des Kriegsspiels vom November/ Dezember 1905, Chef des Generalstabs der Armee, 23. 12. 1905, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (fortan: BA-MA), Bestand Generalstab, PH 3/647.
- 34 Siehe ebenda, S. 158–171 und Stig Förster: Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges 1871–1914. Metakritik eines Mythos. In: Johannes Burkhardt, Josef Becker, Stig Förster, Günther Kronenbitter: Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung. München 1996, S. 115–158, hier: S. 134–142.
- 35 Colmar Freiherr von der Goltz: Das Volk in Waffen. Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit. 5. Aufl., Berlin 1899, S. 46–49.
- 36 Friedrich von Bernhardt (General der Kavallerie a. D.): Vom heutigen Kriege. 2 Bde. Berlin 1912, Zitat: Bd. 2, S. 171.
- 37 Siehe hierzu Stig Förster: Dreams and Nightmares. German Military Leadership and the Images of Future Warfare 1871–1914. In: Manfred F. Boemeke, Roger Chickering, Stig

- Förster (Hrsg.): *Anticipating Total War. The German and American Experiences 1871-1914*. Cambridge 1999, S. 343-376, besonders S. 362-376.
- 38 Hierzu ausführlich Förster, Generalstab, S. 151-158.
- 39 BA-MA Freiburg, N 35/1, Nachlass Hans von Haefen, «Meine Erlebnisse aus den Mobilmachungstagen 1914».
- 40 Goltz an Mudra, 15. 8. 1914, BA-MA Freiburg, N 80/1, Nachlass Mudra.
- 41 Vgl. Wehler: *Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 3, S. 1081-1085.
- 42 Friedrich von Bernhardt: *Deutschland und der nächste Krieg*. Stuttgart 1912, Zitate S. 11 und 17 (Hervorhebungen im Original).
- 43 Goltz an Mudra, 24. 8. 1907, BA-MA Freiburg, N 80/1, Nachlass Mudra.
- 44 Angebliche Äusserung gegenüber Bethmann Hollweg am 4. August 1914, wiedergegeben in Kurt Riezler: *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann. Göttingen 1972, S. 228.

*Dieter Riesenberger:*

**KATHOLISCHE MILITARISMUSKRITIK IM KAISERREICH**

- 1 E. Assmus: *Die publizistische Diskussion um den Militarismus unter Berücksichtigung der Geschichte des Begriffs in Deutschland und seiner Beziehungen zu den politischen Ideen zwischen 1850 und 1950*. Diss. Erlangen 1951, S. 41.
- 2 Zu Ph. Wasserburg vgl. *Allg. Dt. Biographie*. Bd. 43, S. 777.
- 3 Zu G. M. Pachtler vgl. D. Riesenberger: *Georg Michael Pachtler*. In: *Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon*. Herzberg 1997, Bd. 10, S. 1420 f.
- 4 Vgl. M. Geyer: *Deutsche Rüstungspolitik*. Frankfurt / M. 1984, S. 27, und V R. Berghahn: *Einleitung zu: ders. (Hrsg.): Militarismus*. Köln, Berlin 1975, S. 10.
- 5 Zit. n. E. Assmus (Anm. 1), S. 37. Offensichtlich hat E. Assmus die Bedeutung dieses Artikels für die Existenz einer katholischen Militarisismuskritik vor dem Bismarckschen Deutschen Reich nicht erkannt, da er nicht weiter darauf einging.
- 6 M. Geyer (Anm. 4), S. 28. M. Geyer verweist darauf, dass die Kritik an der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den 60er Jahren nicht nur auf Katholiken beschränkt ist, sondern

- dass auch Republikaner, Regionalisten und Vertreter der Arbeiterschaft wie V. Hugo, Proudhon, Garibaldi und Bakunin dagegen protestierten ( S. 31).
- 7 Vgl. dazu die Angaben in: K.-G. Faber: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Bd. 1. Düsseldorf 1963, S. 310–314.
  - 8 W. E. von Ketteler, Deutschland nach dem Krieg von 1866. In: Sämtliche Werke und Briefe. Hrsg. v. E. Iserloh. Abt. I, Bd. 2: Schriften, Aufsätze und Reden 1867–1870. Mainz 1978, S. 49. Diese Einsicht fiel Ketteler nicht leicht; er war sich auch dessen bewusst, dass er damit einer »unpopulären Pflicht« nachkam; vgl. dazu E. Iserloh: Wilhelm Emmanuel von Ketteler – sein Kampf für Freiheit und soziale Gerechtigkeit. In: Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse Nr. 8. Mainz 1987, S. 13. Zu den Reaktionen auf die Schrift vgl. K.-G. Faber (Anm. 7), S. 49–55.
  - 9 W. E. von Ketteler: Deutschland nach dem Krieg von 1866 (Anm. 8), S. 22.
  - 10 Ebenda.
  - 11 Ebenda, S. 25.
  - 12 Ebenda, S. 29.
  - 13 Ebenda, S. 54.
  - 14 Ebenda.
  - 15 Ebenda, S. 337.
  - 16 Ebenda, S. 52.
  - 17 Ebenda, S. 53.
  - 18 Ebenda.
  - 19 W. E. von Ketteler: Die wahre Bedeutung des Culturkampfes. In: ders.: Sämtliche Werke und Briefe. Abt. I, Bd. 5: Nachgelassene und anonyme Schriften, S. 445.
  - 20 Ders., Die Katholiken im Deutschen Reiche. In: ders.: Sämtliche Werke und Briefe. Abt. I, Bd. 4, S. 217.
  - 21 Ders., Die wahre Bedeutung des Culturkampfes (Anm. 19), S. 447.
  - 22 Ebenda, S. 441.
  - 23 Ders., Wohin gehen wir? In: ders.: Sämtliche Werke und Briefe. Abt. I, Bd. 5, S. 449.
  - 24 Anon.: Der Hintergrund der Heeresvorlage. In: Historisch-politische Blätter 1893, S. 121.
  - 25 Vgl. den Brief Monfangs vom 26. 2. 1869 an Bischof Ketteler, in dem Pachtler lobend erwähnt wird. In: W. E. von Ketteler: Sämtliche Werke und Briefe. Abt. I, Bd. 3. Mainz 1982, S. 49.

- 26 Vgl. D. Riesenberger, G. M. Pachtler (Anm. 3).
- 27 Anon.: Krieg und Societät. In: Historisch-politische Blätter 1871, S. 281 f.
- 28 Ebenda, S. 283.
- 29 Ph. Wasserburg: Gedankenspäne über den Militarismus – Dem hohen Reichstage zur Debatte über den Militärgesetzentwurf gewidmet. Mainz 1874, S. 4 f.
- 30 Ebenda, S. 4.
- 31 C. Frantz: Die Naturlehre des Staates als Grundlage aller Staatswissenschaft. Leipzig, Heidelberg 1870, S. 260.
- 32 E. Assmus (Anm. 1), S. 40.
- 33 Ph. Wasserburg (Anm. 29), S. 13.
- 34 Annarius Osseg (i.e. G. M. Pachtler): Der europäische Militarismus. Amberg 1875. Zitiert wird nach der zweiten Auflage von 1880, S. 268.
- 35 Zitiert bei Ph. Wasserburg (Anm. 29).
- 36 Ebenda, S. 16-19.
- 37 Ebenda, S. 13.
- 38 Ann. Osseg (Anm. 34), S. 51.
- 39 Ebenda, S. 44.
- 40 Ebenda, S. 140.
- 41 Ebenda, S. 164.
- 42 Ebenda, S. 15.
- 43 Ebenda, S. 17.
- 44 Ebenda, S. 107.
- 45 Ebenda, S. 18.
- 46 V Cathrein: Die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen. Eine staatsrechtliche Abhandlung. 21. Ergänzungsheft zu den Stimmen aus Maria Laach. Freiburg 1882, S. 128 f.
- 47 Ann. Osseg (Anm. 34), S. 280.
- 48 Anon.: Militär-Exzesse und Militär-Gerichtsverfahren. In: Historisch-politische Blätter 1879, S. 517-526.
- 49 M. Geyer (Anm. 4), S. 53.
- 50 Zeitläufe. Liberalismus und Militarismus an der Zeiten Wende. III. In: Historisch-politische Blätter 1893, S. 401.
- 51 Zeitläufe. Die politische Seite beim Handelsvertrag und der Militarismus. In: Historisch-politische Blätter 1894, S. 454.
- 52 Anon.: Der Hintergrund der Heeresvorlage. In: Historisch-politische Blätter 1893, S. 122.
- 53 Zeitläufe. Liberalismus und Militarismus an der Zeiten Wende. II. In: Historisch-politische Blätter 1893, S. 307.

- 54 Th. Kühne: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. In: Neue Politische Literatur 43/1998, H. 2, S. 210.
- 55 Ann. Osseg (Anm. 34), S. 283.
- 56 Ebenda, S. 288.
- 57 Ebenda, S. 291.
- 58 Ebenda, S. 303.
- 59 Ebenda, S. 271.
- 60 Ebenda, S. 303.
- 61 Ebenda, S. 279.
- 62 Ebenda, S. 280.
- 63 W Mommsen, G. Franz (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. Leipzig 1931, S. 20; vgl. auch E. Assmus (Anm. 1), S. 54.
- 64 Zeitläufe. Die inneren Kämpfe in der Zukunft des Reiches, an der Schwelle der Entscheidungen. In: Historisch-politische Blätter 1893, S. 717.
- 65 Zit. n. H. Gründer: Nation und Katholizismus im Kaiserreich. In: A. Langer (Hrsg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800. Paderborn 1985, S. 71.
- 66 So H. Gründer (ebenda, S. 69). – Es ist auch schlicht falsch, wenn H. Gründer Bischof Kettelers Trinkspruch auf den Kaiser aus dem Jahre 1871 allgemein als Aussöhnung mit «Preussen» interpretiert!

*Karl Holl:*

**MILITARISMUSKRITIK IN DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE  
DES WILHELMINISCHEN REICHES**

- 1 Neue Ausgabe in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Ludwig Quidde: Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus. Frankfurt / M. 1977, S. 81-130. Im Folgenden wird nach der Stuttgarter Originalausgabe, Verlag von Robert Lutz, 1893, zitiert.
- 2 Zum Folgenden vgl. Stig Förster: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913. Stuttgart 1985, S. 28-63. Zusammenfassend: Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Band II: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 706; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914. München 1995, S. 110 f.
- 3 Siehe Utz-Friedebert Taube: Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland. Kallmünz 1963, S. 80.

- 4 Vgl. Taube, ebenda u. S. 92 f.; Brigitte Maria Goldstein: Ludwig Quidde and the Struggle for Democratic Pacifism in Germany 1914–1930, phil Diss. New York University 1984, S. 14–21. Zur Deutschen Volkspartei vgl. Klaus Simon: Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920. Stuttgart 1969; James Clark Hunt: The People's Party in Württemberg and Southern Germany 1890–1914. Stuttgart 1975; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt / M. 1988, S. 143 f.
- 5 Vgl. Taube (Anm. 3), S. 85–92; Goldstein (Anm. 4), S. 22–26.
- 6 Quidde: Militarismus (Anm. 1) S. 9.
- 7 Ebenda, S. 10.
- 8 Ebenda, S. 20.
- 9 Ebenda, S. 22.
- 10 Ebenda, S. 22 f.
- 11 Ebenda, S. 27.
- 12 Ebenda, S. 28.
- 13 Ebenda, S. 30.
- 14 Ebenda, S. 37.
- 15 Ebenda, S. 37.
- 16 Ebenda, S. 38.
- 17 Ebenda, S. 42.
- 18 Ebenda, S. 43.
- 19 Ebenda, S. 45.
- 20 Ebenda, S. 53.
- 21 Ebenda, S. 55.
- 22 Ebenda, S. 59.
- 23 Ebenda, S. 61.
- 24 Diese Zahlen nach Max Schwarz: MdR, Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover 1965, S. 807; die folgenden Angaben: ebenda, S. 215; S 226 ff.; S. 821; vgl. Jürgen Schmädke: Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland. Erster Band. Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912. Eine historisch-statistische Untersuchung. Berlin 1995, S. 65 f., 326 f., 331 f.
- 25 Förster (Anm. 2), S. 74.

*Bernhard Neff:*

«DEKORATIONSMILITARISMUS»

- 1 Vgl. vor allem: Karl-Heinz Rambke: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen? Sozialdemokratische Wehrpolitik 1907-1914, Phil. Diss. Würzburg 1983; Wolfram Wette: Das Verhältnis von SPD und bewaffneter Macht (1863-1945). In: Hans Günter Brauch (Hrsg.): Sicherheitspolitik am Ende? Eine Bestandsaufnahme, Perspektiven und neue Ansätze. Gerlingen 1984, S. 25-36.
- 2 August Bebel: Nicht stehendes Heer sondern Volkswehr! Stuttgart 1898.
- 3 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 9. Leg., 5. Sess., 1897/98, Bd. 2, 21. 2. 1898, S. 1180.
- 4 Vgl. Detlef Haritz: Zwischen Miliz und stehendem Heer. Der Milizgedanke in der sozialdemokratischen Militärtheorie 1848 bis 1917. Phil. Diss. Berlin (West) 1983, S. 84.
- 5 Jürgen Lampe: Zur Militärpolitik der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis 1914. Phil. Diss. B, Potsdam 1988, S. 14.
- 6 Jürgen Lampe: Zur militärpolitischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1897/98 bis 1904. Ein Beitrag zur Untersuchung der Militärpolitik der deutschen Arbeiterbewegung. Phil. Diss. A, Potsdam 1978, S. 149 und 171 f. Neuerdings hat Ulrich Bröckling lapidar darauf verwiesen, dass Bebel im Reichstag Vorschläge zur Rationalisierung der Truppenausrüstung und Truppenausbildung unterbreitet habe. Vgl. Ulrich Bröckling: Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion. München 1997, S. 186.
- 7 «Kriegsmässig» ist ein aus dem militärischen Jargon stammender Begriff, der um 1900 zu einem weit verbreiteten Schlagwort avancierte. Sozialdemokraten wie auch die neue wilhelminische Rechte machten – mit unterschiedlichen Intentionen – Gebrauch von diesem Attribut.
- 8 Alfred Vagts: A History of Militarism. Civilian and Military. New York 1959 (erstmalig 1937).
- 9 Gänzlich unberührt von dieser Perzeption bleibt die historiographisch gesicherte Erkenntnis, dass sich ab etwa 1905 verstärkt Anstrengungen der neuen Rechten bemerkbar machten, die Effizienz und Kriegsfähigkeit der Landstreitkräfte zu steigern.



- 10 Bebel war von 1890 bis 1907 im Gegensatz zu Vollmar und später Noske der unangefochtene Militärfachmann seiner Partei. Er steht deshalb im Mittelpunkt dieser Betrachtung.
- 11 Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 9. Leg., 2. Sess., 1893/94, Bd. 1, 27.11.1893, S. 107. Bebel stützte sich bei seinen Ausführungen auf Urteile der in- und ausländischen Fachpresse.
- 12 Werner Blumenberg: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. London, Den Haag, Paris 1965, Brief, Nr. 270, Bebel an Engels, 15.6.1893, Zitat S. 692.
- 13 Sten. Ber., 9. Leg., 2. Sess., 1893/94, Bd. 2, 2.3.1894, S. 1542.
- 14 Maximilian Harden: Notizbuch. In: Die Zukunft, Bd. 20, Nr. 52, 25.9.1897, S. 575-576, Zitat S. 576.
- 15 Vgl. Vorwärts, Nr. 226, 27.9.1902, Schlachtenreiterei. «Aber freilich der Aufklärungsdienst der Kavallerie gibt keine grossartigen glänzenden Bilder, er ist vielmehr eine mühsame und stille Arbeit und eine solche Arbeit ist im Deutschen Reich, diesem Lande des permanenten Faschings, nicht beliebt.» Der Artikel schliesst mit der Bemerkung, dass Friedrich der Grosse, dem der «Vorwärts» einen scharfen militärischen Blick unterstellte, würde er «wieder aufstehen», die Kavallerie-Attacken gewiss abschaffen würde.
- 16 Vorwärts, Nr. 58, 10.3.1903, Armeefragen.
- 17 Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 10. Leg., 2. Sess. 1900/02, Bd. 2, 26.2.1901, S. 1528.
- 18 Vgl. Vorwärts, Nr. 157, 9.7.1902, Drill um jeden Preis.
- 19 Vgl. Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 11. Leg., 1. Sess., 1903/04, Bd. 2, 12.3.1904, S. 1767 f.
- 20 Vorwärts, Nr. 285, 5. 12. 1908, Der Drill.
- 21 Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 11. Leg., 1. Sess., 1903/05, Bd. 5, 5.12.1904, S. 3361.
- 22 Bundesarchiv Berlin, R 101, Nr. 1463, Die gedruckten Protokolle der Kommission für den Reichshaushaltsetat, Jan. 1904 bis April 1905, 1. Sess., 1903/1905, 29. Sitzung, 2.3.1905, Bl. 313.
- 23 Vorwärts, Nr. 163, 17. 7. 1906, Das neue Exerzierreglement.
- 24 Bebel, Volkswehr, S. 47.
- 25 Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 11. Leg., 1. Sess., 1903/04, Bd. 2, 4.3.1904, S. 1524.
- 26 Ebenda.
- 27 Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 9. Leg., 2. Sess., 1893/94, Bd. 2, 2.3.1894, S. 1553.
- 28 Vgl. hierzu die anregende Studie von Sabina Brändli: Von «schneidigen Offizieren» und «Militärcrinolin». Aspekte

- symbolischer Männlichkeit am Beispiel preußischer und schweizerischer Uniformen des 19. Jahrhunderts. In: Ute Frevert (Hrsg.): *Militär und Gesellschaft*. Stuttgart 1997, S. 201–228.
- 29 Vgl. Helmut Bley: *Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente*. Göttingen 1975, S. 87. Unverkennbar ist bei Bebel ein Sicherheitsbedürfnis, das nur die Armee zu befriedigen in der Lage war.
- 30 Vgl. hierzu Werner Jung: *August Bebel. Deutscher Patriot und internationaler Sozialist. Seine Stellung zu Patriotismus und Internationalismus*. 2. Aufl., Pfaffenweiler 1988, S. 288.
- 31 *Sten. Ber.*, 9. Leg., 2. Sess., 1893/94, Bd. 2, 2. 3. 1894, S. 1555.
- 32 Vgl. auch: Dieter Groh/Peter Brandt: *»Vaterlandslose Gesellen« – Sozialdemokratie und Nation 1860–1990*. München 1992, S. 134.
- 33 Vgl. Blumenberg: *Briefwechsel*, Nr. 95, Engels an Bebel, 13./14. 9. 1886, Zitat S. 286.
- 34 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Halle, 1890, S. 104 f.
- 35 Blumenberg, *Briefwechsel*, Nr. 157, Engels an Bebel, 1./2. 5. 1891, Zitat S. 418.
- 36 Das hier nur angedeutete Volkskriegssyndrom hat bereits Stig Förster eingehend untersucht. Vgl. z. B. Stig Förster: *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges. 1871–1914. Metakritik eines Mythos*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 54, (1995), Nr. 1, S. 61–95, *passim*.
- 37 Friedrich von Bernhardi betätigte sich nach der Marokkokrise als ein »Philosoph« des Präventivkrieges. Vgl. sein aufsehenerregendes Buch *»Deutschland und der nächste Krieg«* (3. Aufl., Stuttgart 1912).
- 38 Bebel im Reichstag, *Sten. Ber.*, 10. Leg., 1. Sess., 1898/1900, Bd. 1, 13. 1. 1899, S. 217.
- 39 Bereits aus einem Brief an Engels aus dem Jahre 1890 geht hervor, dass Bebel Bernhards militärkritische Schrift *»Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat«* (Kassel 1890) gelesen hatte und dessen Urteile über die Militärverhältnisse im Reichstag auszunutzen gedachte. Vgl. Blumenberg, *Briefwechsel*, Nr. 146, Bebel an Engels, 2. 6. 1890, S. 393. Am 25. 6. 1890 ging Bebel im Plenum auf die Schrift ein.
- 40 Vgl. *Vorwärts*, Nr. 173, 27. 7. 1898, *Die Lehren des Spanisch-amerikanischen Krieges*.

- 41 Auch in freisinnigen Kreisen geriet das konservative Militärwesen in Deutschland anlässlich des Burenkrieges wieder häufiger in die Kritik. So meinte P Michaelis in einem Artikel in der von Theodor Barth herausgegebenen «Nation» mit dem Titel «Der preussische Offizier»: «Ein grosser Teil dessen, was heute die militärische Erziehung ausmacht, ist von höchst problematischem Wert. Ebenso ist, was im Sinne des Offizierkorps einen brauchbaren Leutnant abgibt, für den kriegerischen Ernstfall vielfach bedeutungslos. Und gerade in Südafrika sehen wir jetzt, dass die europäische Methode, sich zum Kriege vorzubereiten, ihre grossen Lücken hat.» (P. Michaelis: Der preussische Offizier. In: Die Nation, 17, Nr. 21, 24. 2. 1900, S. 292-294, Zitat S. 294.)
- 42 Karl Emil: Antimilitarismus. In: Die Neue Zeit, 25 (1907), Bd. 2, Nr. 34, S. 241-245, Zitat S. 243.
- 43 Vgl. Bebel im Reichstag, Sten. Ber., 12. Leg., 1. Sess., Bd. 228, 24. 4.1907, S. 1062. Vgl. dazu auch Rambke, System, S. 64, der die positive Haltung der SPD zu Militärreformen zu diesem Zeitpunkt hervorhebt. Die eindeutig konstruktive Kritik Bebels ist offensichtlich auf den Versuch zurückzuführen, die Isolation und Schwächung der Partei nach den Hottentottenwahlen zu überwinden. Dessen ungeachtet steht sie in der Tradition der Kritik der «Kriegsmässigkeit».
- 44 Vgl. Bundesarchiv Berlin, R 101, Nr. 1470, Die gedruckten Protokolle der Kommission für den Reichshaushaltsetat, April – Juni 1913, 1. Sess., 1912/13, 89. Sitzung, 20.5.1913, Bl. 117 und 118.
- 45 Schwäbische Tagwacht, Nr. 80, 8.4.1910, Generäle gegen den deutschen Militarismus.
- 46 Blumenberg, Briefwechsel, Nr. 260, Bebel an Engels, 12.3.1893, Zitat S. 673.
- 47 Ernst Flocke: Korpsgeist, Tradition und Uniform. In: Neue Militärische Blätter, 30, Bd. 59, Nr. 5/6, 1. / 15.9.1901, S. 273-283, Zitat S. 274.
- 48 Vgl. Dieter Storz: Die Schlacht der Zukunft. Die Vorbereitungen der Armeen Deutschlands und Frankreichs auf den Landkrieg des 20. Jahrhunderts. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München 1994, S. 252-278, Zitat S. 259 f.

*Ulrich Bröckling:*

**KRIEGE GIBT ES NUR, WEIL ES STAATEN GIBT**

- 1 Walter Benjamin: Der Sürrealismus (1929). In: ders.: Angelus Novus. Ausgewählte Schriften 2, Frankfurt / M. 1988, S. 200-215, hier: S. 212. Benjamin fährt fort: «Die Sürrealisten haben ihn.»
- 2 «Die Ausbildung der Mannschaften muss dahin gehen, die männliche Jugend so früh als möglich für den Dienst als künftige Vaterlandsverteidiger vorzubereiten. (...) Die Art und Dauer dieser Übungen fänden aufgrund von Vereinbarungen zwischen der obersten Schul- und Militärverwaltung statt und würden schliesslich gesetzlich sanktioniert. Alle diese Übungen hätten etwa mit dem vollendeten zehnten Lebensjahr zu beginnen und währten bis zum Abgang von der Schule. Vom vollendeten elften oder zwölften Lebensjahr könnten Übungen mit zweckentsprechend nachgebildeten Waffen vorgenommen werden, verbunden mit Rekognoszierungsmärschen und Felddienstübungen. Die Jugend würde sich allen diesen Übungen zweifellos mit grossem Feuereifer widmen.» (August Bebel: Nicht stehendes Heer sondern Volkswehr! Stuttgart 1898, S. 50 f.)
- 3 Diese habe ich bereits an anderer Stelle untersucht: Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion! Anarchistische Soldaten-Agitation im Deutschen Kaiserreich. Berlin 1988; Zwischen «Krieg dem Krieg» und «Widerstrebt dem Übel nicht mit Gewalt!». Anarchistischer Antimilitarismus im Deutschen Kaiserreich vor 1914. In: Andreas Gestrich, Gottfried Niethart, Bernd Ulrich (Hrsg.): Gewaltfreiheit. Pazifistische Konzepte im 19. und 20. Jahrhundert (Jahrbuch für historische Friedensforschung 5), Münster 1996, S. 39-59; Hervéisten und Tolstoianer. Radikaler Antimilitarismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs. In: Praxis Geschichte (Braunschweig), 11. Jg., H. 3, Mai 1997, S. 20-25.
- 4 [Christian Gottlieb] Abt: Die Revolution in Baden und die Demokraten. Vom revolutionären Standpunkt aus beleuchtet, Herisau 1849. Zu Abts Biographie vgl. Otto Borst: Die heimlichen Rebellen. Schwabenköpfe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart 1980, S. 265-284.
- 5 Abt: Die Revolution in Baden (Anm. 4), S. 131.
- 6 Ebenda., 125.

- 7 Etienne de La Boétie: Discours de la servitude volontaire (1574), dt. Von der freiwilligen Knechtschaft. Frankfurt/M. 1980.
- 8 [Ludwig Mieroslawski]: Berichte des Generals Mieroslawski über den Feldzug in Baden. Bern 1849, S. 52.
- 9 Abt: Die Revolution in Baden (Anm. 4), S. 162.
- 10 Vgl. neben Mieroslawskis »Berichten« Johannes Philipp Becker, Chr. Essellen: Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution des Jahres 1849. Genf 1849, S. 162–165; August Brass: Der Freiheitskampf in Baden und in der Pfalz im Jahre 1849. St. Gallen 1849, S. 28 f.; Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne (1850). In: Marx, Engels: Werke. Bd. 7, S. 109–197; A. Zurkowski: Kurze Darstellung des Feldzuges in Baden und der Pfalz. Bern 1849.
- 11 Abt: Die Revolution in Baden (Anm. 4), S. 142.
- 12 Zur anarchistischen Bewegung in Deutschland bis 1914 vgl. Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871. Berlin 1969; Andrew R. Carlson: Anarchism in Germany. Bd. 1: The Early Movement. Metuchen, N. J. 1972; Dirk H. Müller: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand 1890–1894. Berlin 1975; Hans Manfred Bock: Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976, S. 38–73; Peter Wienand: Revoluzzer und Revisio-nisten. Die »Jungen« in der Sozialdemokratie vor der Jahrhundertwende. In: Politische Vierteljahresschrift, 17. Jg., 1976, S. 208–241.
- 13 Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Bern, Berlin 1909–1915 (Reprint: 3. Bde. Hrsg. von Andreas Seiverth. Vaduz 1980).
- 14 Die Aktion. Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst, Berlin 1911–1932 (Reprint: 4. Bde. Hrsg. von Paul Raabe, Stuttgart 1961).
- 15 Zur Biographie vgl. Siegbert Wolf: Gustav Landauer zur Einführung. Hamburg 1988.
- 16 Zur Biographie vgl. Wolfgang Haug: Das »Phänomen« Franz Pfemfert. In: Franz Pfemfert: Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit. Sozialpolitische und literaturkritische Aufsätze. Hrsg. von Wolfgang Haug. Darmstadt, Neuwied 1985, S. 7–62.
- 17 Pfemfert: Die Presse (10. 4. 1912). Zit. nach Ich setze diese Zeitschrift (Anm. 16), S. 78.

- 18 Gustav Landauer: Rede von der Reichstagsgalerie (1. 12. 1911). Zit. nach ders.: Rechenschaft. Berlin 1919, S. 66 f.
- 19 Pfemfert: Die Presse (Anm. 17), S. 78.
- 20 Landauer: Deutschland, Frankreich und der Krieg (1. 3. 1913). Zit. nach ders.: Rechenschaft (Anm. 18), S. 134 f.
- 21 Ebenda., S. 135 f.
- 22 [Gustav Landauer]: Die Abschaffung des Kriegs durch die Selbstbestimmung des Volks. Fragen an die deutschen Arbeiter. Hrsg. vom Ausschuß für den freien Arbeitertag in Deutschland zu Berlin. Berlin 1911 (Reprint: Tübingen 1980). Zum Verbot der Schrift vgl. Augustin Souchy: Vorsicht Anarchist! Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen. Darmstadt, Neuwied 1977, S. 15 f.
- 23 [Landauer]: Die Abschaffung des Krieges (Anm. 22), S. 5.
- 24 Ebenda, S. 6.
- 25 Ebenda.
- 26 Pfemfert: Die Revolutions G.M.B.H. (19. 7. 1913). Zit. nach ders.: Die Revolutions G.M.B.H. Agitation und politische Satire in der »Aktion«. Hrsg. von Knut Hickethier, Wilhelm Heinrich Pott, Kristina Zerges. Wißmar, Steinbach 1973, S. 70 f.
- 27 Ders.: Der Massenstreik-Unsinn (4. 10. 1913). Zit. nach Die Revolutions G.M.B.H. (Anm. 26), S. 72 f.
- 28 Vgl. das Flugblatt »Was will der Sozialistische Bund?« (1908). In: Gustav Landauer: Beginnen. Aufsätze über Sozialismus. Hrsg. von Martin Buber. Köln 1924 (Reprint: Wetzlar 1977), S. 91–95.
- 29 Pfemfert: Die nationale Sozialdemokratie (21. 5. 1913). Zit. nach Die Revolutions G.M.B.H. (Anm. 26), S. 66.
- 30 Zur Geschichte des Anarchosyndikalismus in Deutschland vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. 2. Aufl., Darmstadt 1993; ders.: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 25. Jg., 1989, S. 293–358; Angela Vogel: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung. Berlin 1977; Hartmut Rübner: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Berlin, Köln 1994.
- 31 Arthur Müller-Lehning: Industriële Dienstweigerung. In: Bevrijding. Maandblad gewijd aan de Vernieuwing van het Socialisme, Juni 1929. Zit. nach der deutschen Übersetzung in: graswurzeln-

- revolution, 15. Jg., 1987, Nr. 117/18 (Sonderheft «Sozialgeschichte des Antimilitarismus»), S. 37.
- 32 Vgl. Erich Ludendorff: Kriegführung und Politik. Berlin 1922; ders.: Der totale Krieg. München 1935; George Soldan: Der Mensch und die Schlacht der Zukunft. Oldenburg 1925; Ernst Jünger: Die totale Mobilmachung. In: ders. (Hrsg.): Krieg und Krieger. Berlin 1930; zu den «Totalitätslehren der Zwischenkriegszeit» vgl. auch das entsprechende Kapitel in meiner Studie: Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion. München 1997, S. 243-255.
- 33 Bart de Ligt: Streitplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung, deutsche Fassung in: IAK-Pressedienst, Nr. 152 (15. 2. 1935), S. 1-5, Neudruck: Plan einer Kampagne gegen jede Art von Krieg & jede Art von Kriegsvorbereitung. In: INFOrmationsdienst für gewaltfreie Organisatoren, Nr 45, März 1979 (Sonderheft: «Anarchopazifistischer Antimilitarismus vor 50 Jahren – und heute?»), S. 39-52. In englischer Sprache ist der Kampagnenplan enthalten in Bart de Ligt: The Conquest of Violence. An Essay on War and Revolution. With an Introduction of Aldous Huxley. London 1937, welche die wichtigsten Beiträge des niederländischen Anarchisten zum Thema versammelt. Zum Entstehungshintergrund vgl. die materialreiche Studie von Gernot Jochheim: Antimilitaristische Aktions-theorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Frankfurt / M. 1977, Zitat S. 306-317.
- 34 Vgl. Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg. Freiburg 1968; ders.: Soziale Verteidigung, 2 Bde., Waldkirch 1981.
- 35 De Ligt: Plan einer Kampagne gegen jede Art von Krieg (Anm. 33), S. 46.
- 36 Pierre Ramus [d.i. Rudolf Grossmann]: Militarismus, Kommunismus und Antimilitarismus. Thesen zu einem Referat für den Internationalen Antimilitaristen-Kongress im Haag, im März 1921. Uerdingen 1921, S. 10 f. Zu Biographie und Werk vgl. Ilse Schep- perle: Pierre Ramus. Marxismuskritik und Sozialismuskonzeption. München 1988, zu Grossmanns Antimilitarismus insbesondere S. 219-228.
- 37 Ramus: Militarismus, Kommunismus ... (Anm. 36), S. 14 f.
- 38 Ebenda, S. 20.
- 39 Albert de Jong, Arthur Müller-Lehning: Die soziale Revolution und die antimilitaristische Taktik. In: Pressedienst, hrsg. von der

- Internationalen Antimilitaristischen Kommission, Nr. 61, 12.12. 1930, zit. nach dem Neudruck in: *graswurzelrevolution*, 15. Jg., 1987, Nr. 117/18 (Sonderheft «Sozialgeschichte des Antimilitarismus»), S. 50.
- 40 Vgl. die Zusammenfassung der Beiträge in Jochheim: *Antimilitaristische Aktionstheorie* (Anm. 33), S. 318-332, sowie ders.: *Arthur Lehnings Beitrag zur Theorie einer gewaltlosen Verteidigung von revolutionären Gesellschaftsprozessen*. In: Heribert Baumann, Francis Bulhof, Gottfried Mergner (Hrsg.): *Anarchismus in Kunst und Politik*. Zum 85. Geburtstag von Arthur Lehning. Oldenburg 1985, S. 29-44.
- 41 De Jong/Müller-Lehning, *Die soziale Revolution und die antimilitaristische Taktik* (Anm. 39), S. 54.
- 42 Ebenda, S. 53.
- 43 Ebenda.
- 44 Vgl. Jochheim, *Antimilitaristische Aktionstheorie* (Anm. 33), S. 410-420.

*Ute Kätzel:*

**MILITARISMUSKRITIK SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIKERINNEN  
IN DER ZEIT DES WILHELMINISCHEN KAISERREICHES**

- 1 Hier ist Thomas Kühne zuzustimmen in seiner Feststellung, dass die feministische Kritik an der faktischen «Eingeschlechtlichkeit» politischer Herrschaft noch viel zu wenig Eingang gefunden hat in die «klassische, um das staatliche Handeln kreisende Politikgeschichte», ebenso wenig wie der gender-Ansatz. Vgl. Thomas Kühne: *Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik. Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte*. In: Hans Medick, Anne-Charlott Trepp (Hrsg.): *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven*. Berlin, 1998, S. 173-231, Zitat S. 173 f.
- 2 Karin Hausen: *Überlegungen zum geschlechtsspezifischen Strukturwandel der Öffentlichkeit*. In: Ute Gerhard, Mechtild Jansen, Andrea Maihofer, Pia Schmid, Irmgard Schultz (Hrsg.): *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*. Frankfurt / M. 1990, S.268-282, Zitat S. 278.
- 3 Diese Fragestellung wurde in der Literatur bisher noch nicht thematisiert und kann hier nicht ausführlich abgehandelt werden. In den letzten Jahren hat sich die Literatur kaum mehr mit der proletarischen



Frauenbewegung beschäftigt, weswegen die Einbeziehung des gender-Ansatzes noch aussteht.

- 4 Beim Parteitag 1898 in Stuttgart waren nur 6 von 215 Delegierten Frauen, darunter Zetkin, Luxemburg und Zietz. «Die Gleichheit» (DG) berichtete, «Genosse Auer» habe «seine Abkanzlung von Luxemburg und Zetkin» mit «Ausfällen gegen das weibliche Geschlecht» verquickt; vgl. DG 8 (1898) 21, S. 162.
- 5 Die erste Sozialdemokratische Frauenkonferenz fand 1900 in Mainz statt und sollte danach alle 2 Jahre tagen. Bis 1908 funktionierte dieses Prinzip. Doch dann scheiterten die Frauen am Widerstand innerhalb der Partei. 1911 in Jena wurde die letzte Frauenkonferenz vor dem Krieg ausgetragen. Vertreterinnen der SPD nahmen auch 1907 in Stuttgart und 1910 in Kopenhagen an den beiden Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen teil. Die dritte ihrer Art hätte 1914 in Wien stattfinden sollen, wurde auch vorbereitet, dann aber abgesagt. 1915 trafen sich die Frauen bei der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Bern, 1917 tagte erstmals der Reichsfrauenausschuss der USPD und 1917 liess die SPD nach langem Hin und Her die Kriegsfrauenkonferenz zu; vgl. Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914. Frankfurt / M. 1982, S. 210 ff. und Ursula Herrmann: Sozialdemokratische Frauen in Deutschland im Kampf um den Frieden vor und während des ersten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 33 (1985) 1, S. 213-230, Zitat S. 216 u. S. 222-226.
- 6 1904 in Bremen waren von 33 Delegierten 6 Männer, 1906 in Mannheim von 50 Delegierten 10 Männer; vgl. DG 14 (1904) 21, S. 162 und DG 16 (1906) 20, S. 141.
- 7 DG20 (1909/10) 11, S. 164.
- 8 Richebächer (Anm. 5), S. 267. Auf dem Parteitag in Chemnitz wurde 1912 Luise Zietz für diese Position ernannt; vgl. ebenda.
- 9 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 1, Berlin 1957, S. 480.
- 10 Vgl. Aufruf zum ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911. In: Dokumente der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Frauenfrage 1848-1974. Leipzig 1975, S. 61-66, hier S. 64.
- 11 Karin Bauer: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung. Berlin 1978, S. 77 f.

- 12 Vgl. DG 22 (1911/12) 18, S. 278-281 und Richebächer (Anm. 5), S. 274.
- 13 Vgl. ebenda, S. 278 f.
- 14 Vgl. Christl Wickert: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preussischen Landtag 1919-1933. Bd. 1, Göttingen 1986, S. 60.
- 15 Vgl. Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.): Frauen gegen den Krieg. Frankfurt / M. 1980, S. 27 und Zetkins Bericht über die Konferenz und das «Berner Manifest» vgl. ebenda, S. 151-157 u. S. 158-160. Insgesamt waren es 25 Frauen, aus Deutschland sieben: Clara Zetkin, Margarethe Wengels, Käte Duncker, Lore Agnes, Martha Arendsee, Toni Sender und Berta Thalheimer; vgl. ebenda, S. 27.
- 16 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921. Bd. 1, Bonn 1980, S. 151, zit. nach Sabine Hering: Die Kriegsgewinnlerinnen. Praxis und Ideologie der deutschen Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg. Pfaffenweiler 1-990, S. 105.
- 17 Verschiedene Frauen forderten die Einberufung einer Frauenkonferenz, weil so viele Frauen der Partei den Rücken gekehrt hatten; vgl. DG 26 (1915/16) 18, S. 137 und vgl. ebenda, Nr. 20, S. 151.
- 18 Vgl. Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin 1994, S. 146; siehe auch Brinker-Gabler (Anm. 15), S. 28 und Abdruck der Rede, ebenda, S. 219.
- 19 Vgl. Christiane Eifert: Wann kommt das «Fressen», wann die «Moral»? Das «Kriegserlebnis» der sozialdemokratischen Frauenbewegung. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): August 1914. Ein Volk zieht in den Krieg. Berlin 1989, S. 103-111, Zitat S. 109 f.
- 20 Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.): Toni Sender. Autobiographie einer deutschen Rebellin. Frankfurt / M. 1981, S. 74; zit. nach Wickert (Anm. 14), S. 71. Sender war eine der Teilnehmerinnen der Berner Konferenz.
- 21 Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder sank von 174'754 auf 66'608: vgl. Willy Albrecht, Friedhelm Boll, Beatrix W Bouvier, Rosemarie Leuschen-Seppel, Michael Schneider: Frauenfrage und deutsche Sozialdemokratie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der zwanziger Jahre. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX/1979, S. 460-510, Zitat S. 503.
- 22 Überwiegend Frauen demonstrierten zum Beispiel am 18. März und am 28. Mai 1915 vor dem Reichstag in Berlin; vgl. Brinker-Gabler (Anm. 15), S. 28.

- 23 Vgl. Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit. Frankfurt/M. 1986, S. 162.
- 24 Albrecht u.a. (Anm. 21), S. 502 f.
- 25 Diese Aussage ist bezogen auf die Jahre 1917 und 1918, vgl. Herrmann (Anm. 5), S. 229.
- 26 Im NFD arbeiteten zum Teil in führender Position mit Henriette Fürth, Gertrud Hanna, Marie Juchacz und Hedwig Wachenheim; vgl. Hering: Kriegsgewinnlerinnen (Anm. 16), S.161 f.
- 27 Vgl. Brinker-Gabler (Anm. 15), S. 31 und Sabine Hering, Cornelia Wenzel: Frauen riefen, aber man hörte sie nicht. Die Rolle der deutschen Frauen in der internationalen Frauenfriedensbewegung zwischen 1892 und 1933. Kassel 1986, S. 53 f.
- 28 DG 4/1894/Nr. 8, S.63. Siehe auch Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek b. Hamburg 1990, S. 178-185.
- 29 Elisabeth Fetscher (Hrsg.): Lily Braun. Memoiren einer Sozialistin. München 1985, S. 16. Lily Braun: Die Frauen und der Krieg. Düsseldorf 1981, S. 59, zit. nach Hering: Kriegsgewinnlerinnen (Anm. 16), S. 118 f.
- 30 Badia (Anm. 18), S. 147.
- 31 Vgl. Daniela Weiland: Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland und Österreich. Biographien, Programme, Organisationen. Düsseldorf. 1983, S. 126; Bauer (Anm. 11), S. 95; Albrecht u.a. (Anm. 21), S. 483. Die Situation der Frauen in den Gewerkschaften kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Siehe dazu Gisela Losseff-Tillmanns: Frauenemanzipation und Gewerkschaften Wuppertal 1978.
- 32 Die anderen Rednerinnen waren Marie Juchacz und Wally Zepler; vgl. Herrmann (Anm. 5), S. 226.
- 33 Frevert (Anm. 23), S. 146.
- 34 Vgl. Gertrud Hanna: Die Arbeiterinnen und der Krieg. Kriegsprobleme der Arbeiterklasse. Heft 20, Berlin-Karlshorst 1916, Zitat u.a. S. 32.
- 35 «Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung» 1,13. 7. 1917, Nr. 2, S. 11 f.
- 36 Ich verweise hier auf die Literatur. Vgl. z.B. Wolfram Wette: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 171-190. Wolfram Wette kommt hier unter anderem zu der Einschätzung, Rosa Lu-

- xemburgs sei eine «prinzipielle Pazifistin» gewesen; vgl. ebenda, S. 183.
- 37 Vgl. Raya Dunayevskaya: Rosa Luxemburg. Frauenbefreiung und Marx' Philosophie der Revolution. Berlin, Hamburg 1998, S. 94.
  - 38 Vgl. «Keinen Kahn und keinen Groschen». In: DG 7 (1897) 7, S. 49 f., hier ohne Namen, wohl aber in Clara Zetkin: Ausgewählte Reden (Anm. 9), S. 112-117. Vgl. auch Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken. Berlin 1979, S. 140. Zum Kampf gegen die Militärvorlage und das Flottenausbauprogramm erschienen zahlreiche Artikel in der «Gleichheit» von 1892-1899; vgl. z.B. «Nieder mit dem Militarismus». In: DG 2 (1892) 4, S. 33 f.
  - 39 Siehe z.B. die «Beschlüsse des internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses in London», Punkt 5: Zur Kriegs- bzw. Friedensfrage, abgedruckt in DG 6 (1896) 18, S. 141.
  - 40 Im Zusammenhang mit einem Bericht über die erste Lesung der Militärvorlage im Reichstag schrieb das Blatt am 1. Februar 1899 unter Berufung auf Bebel und die Sozialdemokratie: «Sie steht in grundsätzlicher, unversöhnlicher Gegnerschaft dem Militarismus gegenüber. Für ihn keinen Mann und keinen Groschen.» In: DG 9 (1899) 3, S.19-21, Zitat S. 20.
  - 41 Vgl. ihren Vortrag die «Politik der gepanzerten Faust», gehalten im Herbst 1900 in Berlin. In: DG 10 (1900) 8, S. 142.
  - 42 Siehe Bericht über die Reichstagswahl 1893 «Unser Sieg» In: DG 3 (1893) 13, S. 97 f., hier S. 98.
  - 43 In der «Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses» vom 23. bis 27.9.1900 in Paris hatte es noch geheissen, «dass die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe des Militarismus, Marinismus oder der Kolonialexpedition zu stimmen verpflichtet sind». Zit. nach Sabine Hering, Cornelia Wenzel (Hrsg.): Frauen riefen, aber man hörte sie nicht. Die Rolle der deutschen Frauen in der internationalen Frauenfriedensbewegung zwischen 1892 und 1933. Quellenband, Kassel 1986, S. 68. Doch am 4. August 1914 stimmten alle 110 Abgeordneten den Kriegskrediten zu und erklärten, sie liessen das Vaterland nicht im Stich. Vgl. Jürgen Rojahn: Arbeiterbewegung und Kriegsbegeisterung. In: Marcel van der Linden, Gottfried Mergner: Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Berlin 1991, S. 67.
  - 44 Dokumente (Anm. 10), S. 64.

- 45 Vgl. Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden* (Anm. 9), S. 564.
- 46 Wie schon beim Gothaer Einigungskongress 1875 beschlossen und später auf der Ebene internationaler Sozialistenkongresse wiederholt und bekräftigt, forderte »Die Gleichheit« die »gleichzeitige Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der Volksbewaffnung«. Vgl. u. a. Arno Klönne: *Die Deutsche Arbeiterbewegung vor 1914 – Eine Friedensbewegung?* In: Gernot Heiss, Heinrich Lutz (Hrsg.): *Friedensbewegungen. Bedingungen und Wirkungen*. München 1984, S. 144. Siehe auch DG 6 (1896) 18, S. 141 und zahlreiche weitere Artikel aus den Jahren bis 1914.
- 47 Bei einem Vortrag Mitte März 1899 z. B. betonte sie die »Schädigungen des Militarismus für das Proletariat« und forderte die »Abschaffung des stehenden Heeres und stattdessen Volksbewaffnung«; DG 9 (1899) 7, S. 53.
- 48 DG 23 (1912/13) 16, S. 245–247, Zitat S. 245 u. S. 246.
- 49 Vgl. z. B. Louise Michel In: DG 3 (1893) 6, S. 44–46. In einer Reihe von Vorträgen sprach Zetkin 1901 über »Die Frauen in der russischen revolutionären Arbeiterbewegung«. In: DG 11 (1901) 12, S. 92 f.
- 50 Clara Zetkin: *Ausgewählte Reden* (Anm. 9), S. 566.
- 51 Vorwärts vom 24. August 1913; zit. nach Anna A. Bergmann: *Frauen, Männer, Sexualität und Geburtenkontrolle. Zur Gebärstreikdebatte der SPD im Jahre 1913*. In: Karin Hausen (Hrsg.): *Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. München 1987, S. 83–110, Zitat S. 96.
- 52 Vgl. ebenda, S. 95. Siehe auch Gilla Dölle: »Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Gebärstreiks«. In: Ariade. *Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung*, H. 15/6, Dezember 1989, S. 18–21, Zitat S. 21. Interessanterweise hatten die Anti-Gebärstreik-Wortführerinnen Mathilde Wurm, Luise Zietz und Rosa Luxemburg selbst keine Kinder, Clara Zetkin nur zwei.
- 53 Vgl. Bergmann (Anm. 51), S. 96.
- 54 Luise Zietz: *Die Frauen und der politische Kampf*. Berlin 1911; zit. nach Hering, Wenzel: *Quellenband* (Anm. 43), S. 72. Siehe auch »Die neue Militärvorlage und die Frauen«. In: DG 9 (1899) 7, S. 53. Darin betonte sie die »Schädigungen des Militarismus für das Proletariat« und forderte die »Abschaffung des stehenden Heeres und stattdessen Volksbewaffnung«; ebenda.
- 55 Das Militär sei für die jungen Männer aus der Arbeiterschicht der Ruin. Sie würden seelisch gebrochen durch die dreijährige

- Schinderei und die, durch die Vorgesetzten gedeckten Soldatenmisshandlungen, heisst es z.B. in: DG 2 (1892) 4, S. 34.
- 56 Internationale Pflicht. In: DG 23 (1912/13) 14, S. 209 f., Zitat S. 209.
- 57 Positive Arbeit. In: DG 24 (1913/14) 22, S. 337-339, Zitat S. 339. Das Thema des Artikels ist der Prozess gegen Rosa Luxemburg und ihre Äusserungen zum Thema Soldatenmisshandlungen.
- 58 An keiner Stelle thematisiert die «Gleichheit» sexuelle Gewalt begangen von Arbeitern an Arbeiterinnen. Als Einzelfall anzusehen ist aber auch ein Bericht über die Misshandlung und Vergewaltigung von M. A. Spiridonowa durch die Polizei in einem Portrait über diese russische Revolutionärin. Der Bericht beruht auf Briefen, die sie aus dem Gefängnis an ihre Petersburger Genossen schrieb. Vgl. DG 16 (1906) 9, S. 59 f.
- 59 Vgl. Ute Kätzel: Bereit zum Krieg? Die bürgerliche Frauenbewegung des deutschen Kaiserreiches und ihre Einstellung zu Krieg und Frieden von 1894-1918, dargestellt anhand der Zeitschriften «Die Frau» und «Die Frauenbewegung», unveröff. Mag.arb., Regensburg 1992.
- 60 Richebächer (Anm. 5), S. 273.

*Jennifer A. Davy:*

**„MÄNNLICHE“ GEWALT UND „WEIBLICHE“ FRIEDFERTIGKEIT**

- 1 Die Schriftleitung. In: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Hrsg.): Völkerversöhnende Frauenarbeit, II. Teil, November 1918-Dezember 1920. Stuttgart 1921, S. 11.
- 2 Lida Gustava Heymann in Zusammenarbeit mit Anita Augspurg: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpften für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940. Hrsg. von Margrit Twellmann. 2. Aufl., Frankfurt / M. 1992, S. 75.
- 3 Zum Frauenfriedensaktivismus in Deutschland vgl. Jennifer Anne Davy: Pacifist Thought and Gender Ideology in the Political Biographies of Women Peace Activists in Germany 1899-1970. In: Journal of Women's History, Jg. 13, Nr. 3, Autumn 2001, S. 34-45.
- 4 Teresa Kulawik und Birgit Sauer: Staatstätigkeit und Geschlechterverhältnisse. Eine Einführung. In: Teresa Kulawik und Birgit Sauer (Hrsg.): Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft. Frankfurt / M., New York 1996, S. 9-44, S. 11 f.

- 5 Vgl. Jennifer Anne Davy: Feministischer Pazifismus. Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit 1915–1933. In: *Ariadne*, Jg. 37–38, Juni 2000, S. 84 f.
- 6 Gertrud Bäumer und Marie-Elisabeth Lüders, beide führende Vertreterinnen des Bundes deutscher Frauenvereine, konnten einflussreiche Positionen innerhalb der DDP gewinnen. Vgl. Barbara Greven-Aschoff: *Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933*. Göttingen 1981, S. 166.
- 7 Ute Frevert: *Frauen-Geschichte zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*. Frankfurt/M. 1986, S. 167.
- 8 Aus den Memoiren Marie-Elisabeth Lüders, die von 1919 bis 1932 Abgeordnete der DDP und als Sozial- und Rechtspolitikerin in vielen Ausschüssen aktiv war: Marie-Elisabeth Lüders: *Fürchte Dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren*. Köln, Opladen 1963, S. 97.
- 9 Vgl. Frevert: *Frauen-Geschichte* (Anm. 7), S. 165.
- 10 Die Schriftleitung von »Die Frau im Staat«, »Was will ›Die Frau im Staat‹«? In: *FS*, 1. Jg., Februar 1919, H. 1, S. 1.
- 11 Vgl. Ute Gerhard: *Bis an die Wurzeln des Übels. Rechtsgeschichte und Rechtskämpfe der Radikalen*. In: *Feministische Studien*, 3. Jg., 1984, H. 1, S. 77–97. Vgl. auch zahlreiche Artikel zu Aktivitäten im Bereich der Frauenpolitik in: *Die Frau im Staat*.
- 12 Vgl. ebenda.
- 13 Heymann: *Weiblicher Pazifismus* (1917), wieder abgedruckt in: Gisela Brinker Gabler: *Frauen gegen den Krieg*. Frankfurt/M. 1980, S. 65 f.
- 14 Heymann: *Kommunismus*. In: *FS*, 4. Jg., März 1920, H. 3, S. 1 f., S. 1.
- 15 Heymann: *Weiblicher Pazifismus* (Anm. 13), S. 65 f.
- 16 Vorläufiges Programm des Internationalen Haager Frauenkongresses, abgedruckt in: *Die Friedenswarte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation*, 17. Jg., 1915, H. 2, S. 52–53, S. 53.
- 17 Ebenda, S. 53.
- 18 Zit. nach Leila J. Rupp: *Worlds of Women. The Making of an International Women's Movement*. Princeton 1997, S. 86.
- 19 Heymann: *Was ich in den besetzten Gebieten sah und hörte*. In: *FS*, 3. Jg., 1921, H. 1, S. 8 f., S. 9.
- 20 Rosa Schwann-Schneider: *Persönlichkeit oder Geschlechtswesen*. In: *FS*, 2. Jg., Oktober 1920, H. 10, S. 2 f., S. 5.

- 21 Rosa Schwann-Schneider: Die Frau und der Militarismus. In: FS, 1. Jg., Oktober 1919, H. 10, S. 4 f., S. 4.
- 22 Vgl. Auguste Kirchhoff: Bevölkerungspolitik und Frauen. In: Die Friedenswarte, 30. Jg., Juli/August 1930, S. 202–205.
- 23 Olga Knischewsky: Der Internationale Frauenkongress in Zürich. 12. bis 19. Mai 1919. In: FS, 1. Jg., Mai / Juni 1919, H. 5/6, S. 3 f., S. 5.
- 24 Vgl. Ute Gerhard: Die ›Langen Wellen‹ der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Regina Becker-Schmidt/Gudrun Axeli Knapp (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt / M., New York 1995, S. 266–268.
- 25 Heymann: Frauenstimmrecht und Völkerverständigung. Leipzig 1919, S. 6.
- 26 Ebenda.
- 27 Heymann: Weiblicher Pazifismus (Anm. 13), S. 66.
- 28 Zit. nach Rupp: Worlds of Women (Ann. 18), S. 85.
- 29 Ebenda, S. 85.
- 30 Maria Meyer: Zwischen den Trümmern einer Männerwelt. In: FS, 4. Jg., Februar 1922, H. 2, S.1 f., S.1.
- 31 Ann Taylor Allen: Maternalism in German Feminist Movements. In: Journal of Women's History, 5. Jg., 1993, H. 2, S. 99–103, S. 101.
- 32 Zit. nach ebenda, S. 101.
- 33 Vgl. Theresa Wobbes: Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende. Frankfurt / M., New York 1989.
- 34 Ausführlicher hierzu vgl. Jennifer Anne Davy: German Women's Peace Activism and the Politics of Motherhood: A Gendered Perspective of Historical Peace Research. In: Benjamin Ziemann (Hrsg.): Perspektiven der Historischen Friedensforschung. Essen 2002, S. 110–132.
- 35 Frevert: Frauengeschichte (Anm. 7), S. 157.
- 36 Heymann: Frauenpolitik – Männerpolitik. In: FS, 2. Jg., Juli/August 1920, S. 1 f., S. 2.
- 37 Heymann, Weiblicher Pazifismus (Anm. 13), S. 66.
- 38 Ebenda, S. 67.
- 39 Karen Hagemann und Ralf Prüve (Hrsg.): Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel. Frankfurt / M. 1998; Karen Hagemann/Stefanie Schüler-Springorum: Heimat – Front.



Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege. Frankfurt / M. 2002.

- 40 Karen Hagemann: Venus und Mars. Reflexionen zu einer Geschlechtergeschichte von Militär und Krieg. In: Hagemann/ Pröve (Hrsg.): (Anm. 18), S. 13-48, S. 35.
- 41 Heymann: Gewalt pazifisten. In: FS, 5. Jg., November 1923, H. 11, S. 1 f., S. 2.
- 42 Vgl. Dieter Riesenberger: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933. Göttingen 1985, S. 152.
- 43 Augspurg in: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Hrsg.): Bericht des 4. Kongresses der IFFF. Washington / 1.-7. Mai 1924. Genf 1924, S. 77.
- 44 So eine Mitarbeiterin der IFFF: «Und wer ist denn das Heer? Wer führt denn den Krieg aus? Doch nicht die Herren, nicht die Regierung? Nein, die Regierten, deren eigener Verstand untergegangen ist in dem eisernen Schema.» Elsbeth Friedrichs: Vom Militärstaat zum Friedensstaat. In: FS, 6. Jg., November 1924, H. 11, S. 2 f., S. 3.
- 45 Andree Jouve: Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Rückblick und Ausblick. In: Die Friedenswarte, 42. Jg., H. 4/5, S. 183 f., S. 185.
- 46 Riesenberger: Geschichte der Friedensbewegung (Anm. 42), S. 156.
- 47 Gertrude Baer: Eindrücke vom XI. Deutschen Pazifistenkongress. In: FS, 4. Jg., November/Dezember 1922, H. 4/5, S. 4 f., S. 4.
- 48 Leopoldine Kulka: Die Fraueninternationale für Frieden und Freiheit. In: FS, 1. Jg., Juli 1919, H. 7, S. 3 f., S. 4. Vgl. auch Augspurg in: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Hrsg.): Bericht des internationalen Frauenkongresses in Zürich vom 12.-17.05.1919. Genf 1919, S. 112. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird in allen Kongressberichten der IFFF als eine der Hauptkriegsursachen hervorgehoben.
- 49 Vgl. Die Schriftleitung der FS: «Und es geht weiter! In: FS, 5. Jg., Mai 1923, H. 5, S. 1 f., S. 3. Zum Freihandel und Wirtschaftlichen Programm der Frauenliga siehe alle Kongressberichte der Frauenliga. Zur Rüstungsindustrie siehe u.a. Gertrud Baer: Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. In: FS, 14. Jg., Juli 1932, H. 7, S. 4 f., S. 4.
- 50 Resolutionen 1 u. 2 der Konferenz. Zitiert nach Auguste Kirchhoff: «Die Frankfurter Giftgaskrieg». In: Die Friedenswarte, 29. Jg., Feb. 1929, H. 2, S. 44 f., S. 49.

- 51 Verfasser unbekannt: «Im Jahre des Kelloggpaktes». In: FS, 11. Jg., Juni/Juli 1929, H. 6/7, S. 3 f., S. 3.
- 52 Aus einem Flugblatt der Frauenliga, abgedruckt in: Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Hrsg.): Völkerversöhnende Frauenarbeit. V Teil, Januar 1926-Dezember 1928. Berlin o. J.
- 53 Leopoldine Kulka: Die Fraueninternationale für Frieden und Freiheit. In: FS, 1. Jg., Juli 1919, H. 7, S. 3 f., S. 4.
- 54 Vgl. Heymann: Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit 1915-1924. In: FS, 6. Jg., Juni / Juli 1924, H. 4/5, S. 1 f., S. 2.
- 55 Augspurg: Das Erziehungsmonopol des Staates. In: FS, 3. Jg., August/September 1921, H. 8/9, S. 1 f., S. 2.
- 56 Ebenda, S. 1.
- 57 Heymann: Frauenstimmrecht und Völkerverständigung (Anm. 25), S. 12.
- 58 Heymann: Gewaltpazifisten. In: FS, 5. Jg., November 1923, H. 11, S. If., S. 2.
- 59 Heymann in: Bericht des 4. Kongresses (Anm. 43), S. 40.
- 60 Siehe die zahlreichen Artikel zur Erziehungsfrage in «Die Frau im Staat».
- 61 Gertrude Baer: Internationale Erziehung. In: FS, 2. Jg., Juli/August 1920, H. 7/8, S. 6 f., S. 6.
- 62 Vgl. Jennifer A. Davy: ‚Manly‘ und ‚Feminine‘ Antimilitarism. Perceptions of Gender in the Antimilitarist Wing of the Weimar Peace Movement. In: Jennifer A. Davy, Karen Hagemann und Ute Kätzler (Hrsg.): Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung. Essen 2005 .
- 63 Wolfram Wette: Probleme des Pazifismus in der Zwischenkriegszeit. In: Karl Holl und Wolfram Wette (Hrsg.): Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung. Paderborn 1981, S. 9-18, S. 12.

*Detlef Bald:*

**EIN OFFIZIER ALS KRITIKER DES PREUSSISCH-DEUTSCHEN  
MILITARISMUS**

- 1 Karl Alexander von Müller: Mars und Venus. Erinnerungen 1914-1919. Stuttgart 1954, S. 100, 308.
- 2 Vgl. etwa Doris Fischer: Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent

- im bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914 bis 1918/19, Diss. Köln 1973, S. 41.
- 3 Die Ausbildung an der Kriegsakademie war mit einem teilweise freien Studium an der Universität verbunden, vgl. Detlef Bald u.a. (Hrsg.): Reform und Tradition im militärischen Bildungswesen. Eine Dokumentation 1810-1985. Baden-Baden 1985, S. 32 ff., 122 ff.
  - 4 Das Urteil lautet durchweg folgendermassen: «... ein hervorragend begabter, gebildeter Offizier mit reichem Wissen und scharfem Verstande, von grosser geistiger Elastizität». OP 12469 Personal-Bericht zum 1. Jan. 1895 (alle Akten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv).
  - 5 Vgl. Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.): Kultur und Krieg: Die Rolle der Intellektuellen. Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg. München 1996.
  - 6 Victor Klemperer: Curriculum Vitae. Bd. 2, Berlin 1996, S. 185.
  - 7 Ludwig Quidde: Ein bayerischer Offizier. In: Frankfurter Zeitung, 12. März 1929; zur Tätigkeit nach 1914 vgl. Friedrich Wilhelm Foerster: Erlebte Weltgeschichte 1869-1953. Memoiren. Nürnberg 1953, S. 380 ff.; Heinrich Lutz: Deutscher Krieg und Weltgewissen. Friedrich Wilhelm Foersters politische Publizistik und die Zensurstelle des bayerischen Kriegsministeriums (1915-1918). In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 25, 1962, S. 470 ff.
  - 8 OP 12469 Erklärung von Sonnenburg, 21. November 1918; er leistete seine Arbeit, bevor seine Anstellung gesichert war; MA I 988, 58 Ernennung von Sonnenburg, 18. Dezember 1918.
  - 9 M Kr 2344 Betreff: Stimmung zwischen Nord und Süd, München 17. Juli 1918, geheim (gez. Sonnenburg), S. 1.
  - 10 Ebenda, S. 4.
  - 11 Ebenda, S. 2.
  - 12 Anonym (Sonnenburg): England, Frankreich, Deutschland und Preussen. Prinzipielles zur europäischen Lage. Von einem deutschen Patrioten, Ludwigsburg 1921, S. 9.
  - 13 M Kr 2344 Betreff: Stimmung zwischen Nord und Süd. Denkschrift. Geheim, 17. Juli 1918, S. 4 f.
  - 14 MKr2114 Betreff: Kriegs- und Übergangswirtschaft, 16. Juni 1917, S. 5.
  - 15 Ebenda, S. 2, 3, 5.
  - 16 M Kr 2114 (Vortrag Sonnenburg) geheim! Januar 1918, S. 1.
  - 17 Ebenda, S. 12.

- 18 Ebenda, S. 13 ff.
- 19 Vgl. hier die Übereinstimmung zwischen Eisner und Sonnenburg bei Freya Eisner: Kurt Eisner und der Begriff «Freistaat». In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 46, 1998, S. 487 ff.
- 20 M Kr 13880, 86 Betreff: Handhabung der Zensur. Hier: Kanzlersturzbewegung. Geheim. 5. August 1916, S. 12, 16.
- 21 Vgl. Detlef Bald: Auf dem Wege zu den Pazifisten – der bayerische Oberst Alfons Falkner von Sonnenburg (1851-1929). In: Wolfram Wette (Hg.): Pazifistische Offiziere. Bremen 1999, S. 110-129.
- 22 M Kr 13373 Betreff: Friedensbewegung, 29. November 1917; ein ähnlicher Fall, in dem behördliche Kompetenzen und die Freiheit der Person – auch Quidde – verknüpft wurden, in: M Kr 13366, 83 ff. (November 1915); zum Briefwechsel Ministerium – Ludendorff vgl. M Kr 14020.
- 23 Vgl. die entsprechende Haltung bei dem Vorgesetzten von Sonnenburg nach 1916 in: HS 2287 Erinnerungen von Philipp von Hellingrath – General der Kavallerie, bayer. Kriegsminister. Verfasst 1924, Bd. 2, S. 217 ff.
- 24 Generalmajor von Scherff, Über die Kriegsführung. Vorwort. In: A. Falkner von Sonnenburg: Anhaltspunkte für die Kritik taktischer Massnahmen. München 1887, S. II.
- 25 Sonnenburg, Anhaltspunkte (Anm. 24), S. 62.
- 26 M Kr 13974 (Stellungnahme von Sonnenburg für den Kriegsminister) September 1917.
- 27 M Kr 2344 Betreff: Stimmung ..., 17. Juli 1918, S. 12f.
- 28 M Kr 2344 Betreff: Stimmung ..., 17. Juli 1918, S. 7.
- 29 M Kr 2344 Betreff: Stimmung ..., 17. Juli 1918, S. 8.
- 30 Vgl. die Anfänge dieser Einsichten – Kritik an der «Eitelkeit» und den «deutschen Interessen» am Frieden bei A. v. Sonnenburg: Die chinesischen Wirren und Deutschland. II. In: Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 303, 3. Juli 1900; Bald: Auf dem Wege zu den Pazifisten (Anm. 21), S. 126 f.
- 31 HS 2182 Schematische Analyse der Entwicklung der Parteien in Deutschland. Ab Juli 1914. Expl. No. 59. Gegenwärtige Neuauflage: Mitte Januar (1919). 1. Auflage: Mitte Dezember (1918); vgl. M Kr 17160 Etatentwurf des Regierungskommissars für die Bayerische Staatszeitung. Sonnenburg identifiziert sich als Autor: «Einen Anhalt dafür, wie ich mir die Zukunftsentwicklung vorstelle, gibt die beigelegte Tafel ‚Schematische Analyse ...‘.»

- 32 Anonym (Sonnenburg): England (Anm. 12), S. 4.
- 33 Ebenda, S. 6 f.
- 34 Ebenda, S. 9.
- 35 Ebenda, S. 12.
- 36 Ebenda, S. 5.
- 37 Ebenda, S. 27.
- 38 Ebenda, S. 15.
- 39 Ebenda, S. 14 f.
- 40 Ebenda, S. 13, 15.
- 41 Vgl. zusammenfassend Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der «Deutschen Doppelrevolution» bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 1995, S. 1109 ff.
- 42 Vgl. Jost Dülffer, Karl Holl (Hrsg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Göttingen 1986.

*Friederike Gräper:*

**«MILITARISMUS IST KEINE FRAGE DER TECHNIK»**

- 1 Paul Frhr. von Schoenaich: Das Ende des Militarismus. Ein Traum. In: Das Andere Deutschland, 4.4.1925; wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf für Frieden und Recht 1918-1928. Hamburg-Bergedorf 1929, S. 112-115, 112.
- 2 Vgl. hierzu und zum Folgenden den Sammelband: Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933. Hrsg. von Wolfram Wette unter Mitwirkung von Helmut Donat. Bremen 1999.
- 3 Formulierung von v. Cramon, Der Ehrentag der alten Armee und Marine, zitiert nach: Deutsche Zukunft, 7. Jg., Nr. 18, 20. 9. 1926, S. 138 f.
- 4 Er erhielt mehrere militärische Orden sowie die Ehrendoktorwürde der Berliner Hochschule für Medizin für seine Arbeit an der Veterinär-Reform im Kriegsministerium. Vgl. hierzu auch die wiederholten lobenden Erwähnungen in: Das deutsche Heeresveterinärwesen. Seine Geschichte bis zum Jahre 1933. Hrsg. und redigiert im Auftrag des Veterinärinspektors im OKH von Generalstabsveterinär Prof. Dr. H. Fontaine. Hannover 1939, S. 243 f., 272, 882, 887, 890.
- 5 Vgl. ein Empfehlungsschreiben seines Vorgesetzten vom 19.3.1891, Privatbesitz Stephan Appellius (Fritz Küster Archiv Oldenburg). Sein

- ehemaliger Adjutant lobte Schoenaich für seine Regimentsführung und die gute Stimmung in der Truppe, wenn auch nicht namentlich. Siehe Otto Düvelius: Das Kurmärkische Dragoner-Regiment Nr. 14 im Weltkriege 1914-1918. Erfurt 1937, S. 33 f., 40 f., 89.
- 6 Schoenaich: Mein Damaskus. 2. Aufl., Hamburg-Bergedorf, Berlin 1929, S. 13.
  - 7 Ebenda, S. 164.
  - 8 Die Darstellung dieses letzten Karriereschrittes beruht auf seinen eigenen Angaben. In der einschlägigen Regimentsgeschichte wird Oberst v. Graberg als erster Regimentskommandeur genannt (S. 12), eingangs jedoch erwähnt, dass «die Aufstellung ... tatsächlich erst im Jahre 1920» erfolgte (S. 9). Vgl. Geschichte des Kavallerie-Regiments 9, früher 9. (preuss.) Reiter-Regiment vom 18. Dezember 1919 (Gründungstag) bis zum 20. April 1937. Bearbeitet nach den Akten des Regiments und Berichten von ehemaligen Angehörigen des Regiments im Sommer 1937 von Oberlt. Reichel, Regimentsadjutant und Vertragsangestellter Kaufmann, ehem. Angehöriger des 4. Reiter-Regiments 9, Berlin 1937. Eventuell wurde Schoenaichs Name später getilgt. Selbst in der Geschichte der 14. Garde-Dragonen, deren erster Kriegskommandant Schoenaich war, wird namentlich nur sein Nachfolger erwähnt, Oberst Frhr. Westerweller v. Anthoni, mit dem Zusatz «ab 1915». Vgl. Otto Düvelius: Das Kurmärkische Dragoner-Regiment Nr. 14 im Weltkriege 1914-1918. Erfurt 1937, Umschlagseite.
  - 9 Schoenaichs Angaben zufolge erwogen die Anwesenden einer Besprechung am 24. 6. 1919 freimütig einen Militärputsch. Leider ist kein Protokoll der Sitzung überliefert. Vgl. Wolfram Wette: Gustav Noske – Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987, S. 498. Es handelt sich hier nicht um den sog. «Kriegsrat» vom 19. Juni 1919 in Weimar, an dem ebenfalls Putschpläne im Generalstab diskutiert wurden, beschrieben ebenda, S. 470.
  - 10 Schoenaich: Den Deutschnationalen ins Stammbuch. In: Das Demokratische Deutschland, 17. 4. 1921, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 13-18, S. 14.
  - 11 Schoenaich: Zwei Seelen in deutscher Brust. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg. 2. Aufl., Fichtenau bei Berlin 1925, S. 1-5, 4.
  - 12 Ebenda, S. 4.
  - 13 Schoenaich: Den Deutschnationalen ins Stammbuch. In: Das Demokratische Deutschland, 17. 4 1921, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 13-18, 18.

- 14 Ebenda, S. 15 f.
- 15 Schoenaich: Könige in Unterhosen. In: Berliner Morgenpost, 13.4. 1922, abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 44-46, 45.
- 16 Schoenaich: Vom alten Heer zur neuen Wehr. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 23-42, 41.
- 17 Bernhard Neff: Der wilhelminische «Friedensmilitarismus» im preussisch-deutschen Heer als Gegenstand zeitgenössischer Kritik (Arbeitstitel Diss.), Arbeitskreis Militärgeschichte e.V., newsletter Nr. 5, Dezember 1997, S. 32 f. Vgl. auch den Beitrag Neffs in diesem Band.
- 18 Stig Förster zufolge gehörten diese «Modernisierer» zur «konterrevolutionären» Spielart des «bürgerlichen Militarismus», und zeichneten sich durch ein aggressives Expansionsstreben aus. Vgl. Stig Förster: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913. Stuttgart 1985, S. 6 f. Vermutlich hatte Schoenaich im Kaiserreich zu dieser Gruppe der Militärkritiker gehört. In seinen Lebenserinnerungen erwähnte er einzelne «unkriegsgemässe Erscheinungen», gegen die er sich bereits während seiner Militärzeit geäußert haben will. Dazu gehörten etwa die sklavenhalterischen Beziehungen zwischen Offizieren und ihren Burschen (vgl. Schoenaich: Mein Damaskus [Anm. 6], 42), der «Duellwahnsinn» (41, 47) und das Glücksspiel (41). Vgl. Schoenaich: Soldat und Pazifist. In: Frankfurter Zeitung, 1.8.1924, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 95-100, 96. Schoenaichs Position zum aggressiven Eroberungskrieg vor 1918 ist aus den Quellen nicht zu belegen.
- 19 Schoenaich: Zwei Seelen in deutscher Brust. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 1-5, 4.
- 20 Ebenda, S. 3.
- 21 Schoenaich: Das Wesen des Militarismus. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 6-22, 20 f.
- 22 Schoenaich: Personalpolitik. In: Vossische Zeitung, 27.12.1921, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 35-38, 36 f.
- 23 Schoenaich: Wie es kam und wie es werden muss. In: Vossische Zeitung, 25. 3. 1920, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 11-13.
- 24 Schoenaich: Vom alten Heer zur neuen Wehr. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 23-42, 34 f. Schoenaich be-

- richtete in diesem Zusammenhang 1923 dem Parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung der Vorwürfe gegen die Reichswehr über demokratiegefährdende Umtriebe der Militärvereine sowie ihre Methoden der Einflussnahme auf die Reichswehr. Vgl. Verhandlungen des Reichstages, 1. Wahlperiode, Anlagen Bd. 376, Aktenstück Nr. 5556, 15.2.1923, S. 6255-6265 (6260-6263).
- 25 Schoenaich: Vom alten Heer zur neuen Wehr. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 34 f.
  - 26 Ebenda, S. 23-42, 36.
  - 27 Schoenaich: Stahlbad oder Sumpfloch? In: Der Pazifist, 1.8.1922, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 52-56, 53.
  - 28 Schoenaich: Demokratie und Pazifismus. In: Das Demokratische Deutschland, 4. Jg., Nr. 44, 4.11.1922, S. 1041-1043, 1042.
  - 29 Schoenaich: Freie Bahn dem Untüchtigen. In: Leipziger Tageblatt, 15.1.1922, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 38-40, 38 f.
  - 30 Sir Norman Lane Angell (1874-1967), britischer Schriftsteller und Publizist, warnte in seinem Buch «The Great Illusion» (1910) vor der Gefahr imperialistischer Politik und trat für eine internationale Friedensordnung ein. Er erhielt 1933 den Friedensnobelpreis.
  - 31 Norman Angell: Europe's optical illusion. A study of the relation of military power on nations to their economic and social advantage. London 1909 (übersetzt ca. 1912) Vgl. A.J.A. Morris: Radicalism against War 1906-1914. London 1972, S. 202 f.
  - 32 Schoenaich: Könige in Unterhosen. In: Berliner Morgenpost, 13.4.1922, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 44-46, 45.
  - 33 Jean Silvio Gesell (17.3.1862-11.3.1930), deutscher Volkswirtschaftler.
  - 34 Schoenaich fasste seinen Standpunkt zur Freigeldlehre 1930 wie folgt zusammen: «Alles, was er [Gesell] über die Gesetzmässigkeit des Geldumlaufes und die Fehler der Goldwährung sagt, unterschreibe ich wörtlich. Seine Erklärung der Krisen ist unwiderleglich. ... Und doch halte ich die Zinstheorie für falsch.» Schoenaich: F.F.F. In: Dortmunder General-Anzeiger, 15.8.1930, wieder abgedruckt in: ders.: Mein Finale. Mit dem geheimen Tagebuch 1933-1945. Flensburg und Hamburg 1947, S. 49-52, 51 f.



- 35 Schoenaichs Kontakte zu hochrangigen europäischen Militärs sind in der Friedensbewegung Weimars vermutlich einmalig. Zu seiner Arbeit mit französischen Generalen vgl. Thomas Lory: Symbolische Gesten – Paul Freiherr von Schoenaich und die französischen Friedensgeneräle Martial-Justin Verraux (1855-1939) und Alexandre Percin (1846-1928). In: Wette (Hrsg.), Pazifistische Offiziere (Anm. 2), S. 218-229.
- 36 Schoenaich: Demokratie und Pazifismus. In: Das Demokratische Deutschland, 4. Jg, Nr. 44, 4. 11. 1922, S. 1041-1043, 1042 f.
- 37 Am Ende eines seiner Bücher listete Schoenaich Autoren auf, die ihn beeinflusst haben, darunter Angell und Gesell. Vgl. Schoenaich: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 180.
- 38 Schoenaich schilderte in seinen Lebenserinnerungen, er habe während der Ausbildung zum Rittmeister an der Universität Berlin einschlägige Vorlesungen gehört. Vgl. Schoenaich: Mein Damaskus (Anm. 6), S. 47.
- 39 Friedrich Wilhelm Foerster (1869-1966), deutscher Pädagoge und Pazifist.
- 40 Schoenaich: Zwei Seelen in deutscher Brust. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 1-5, 3.
- 41 Schoenaich: Vom alten Heer zur neuen Wehr. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg, S. 23-42, 36.
- 42 In seinem Artikel «Soldat und Pazifist». In: Frankfurter Zeitung, 1. 8.1924, wieder abgedruckt in: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 95-100, 99, bezeichnete er sich als «Verstandes pazifisten» und beschwerte sich häufig darüber, dass «die Konservativen» behaupteten, «Alleininhaber von Patriotismus und Nationalgefühl zu sein». Vgl. Schoenaich: Den Deutschnationalen ins Stammbuch. In: Das Demokratische Deutschland, 17.4.1921, S. 13-18, 17.
- 43 Schoenaich: Soldat und Pazifist. In: Frankfurter Zeitung, 1.8.1924, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 95-100, 99.
- 44 Schoenaich: Das Wesen des Militarismus. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 6-22, 14.
- 45 Vgl. Simon Schärer: Franz Carl Endres (1878-1954) – Kaiserlich-osmanischer Major, Journalist, Schriftsteller. In: Wette (Hrsg.), Pazifistische Offiziere (Anm. 2), S. 231-245.
- 46 Franz Carl Endres: Soziologische Strukturen und ihr entsprechende Ideologien des deutschen Offizierskorps vor dem Weltkriege. In:

- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 58 (1927), S. 282-319, 291 f.
- 47 Seinen Angaben zufolge kannte Schoenaich die Schriften des Major Endres im Juli 1923 noch nicht. Vgl. Schoenaich: Eine Völkerbundarmee? In: Friedenswarte, 23. Jg., Juli/Aug. 1923, S. 231-233, 231.
  - 48 Schoenaich: Wie ich Pazifist wurde. In: Friedenswarte, 23. Jg., Jan./Feb.1923, S. 23-27,26.
  - 49 Zum «Herdengeist» vgl. Schoenaichs Artikel Herdenvieh (Die Weltbühne, XXII. Jg., Nr. 36, 377-380, 7.9.1926) sowie Reichsbanner, Demokratie und Herdengeist (Junge Menschen, 7. Jg., Heft 10, S. 235 f.); ähnlich sein Artikel Demokratie und Kommiss (Die Weltbühne, XXIV Jg., Nr. 11, S. 393-396, 13.3.1928). Zur «Abrüstung der Köpfe» vgl. Schoenaich: Abrüstung der Köpfe. Ein Weg zum inneren und äusseren Frieden. Leipzig 1923 (= Schriftenreihe Kultur- und Zeitfragen, Heft 9).
  - 50 Schoenaich: Krieg und Schule. In: ders.: Vom vorigen zum nächsten Krieg (Anm. 11), S. 114-129,123 f.
  - 51 Schoenaich: Der nächste Krieg. In: Internationaler Bauernkorrespondent, 1.7.1927, wieder abgedruckt in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 169-172, 170.
  - 52 Anspielung auf Reichswehrminister Otto Gessler (DDP).
  - 53 Schoenaich: Wehrhafte Demokraten. In: Die Weltbühne, 23. Jg., Nr. 8, 22.2.1927, S. 291 f., und in: ders.: Zehn Jahre Kampf (Anm. 1), S. 160-162, 161.
  - 54 Schoenaich: Das Dritte Reich, wie ich es sehe. Nov. 1933. In: ders.: Mein Finale (Anm. 34), S. 141-165, 145.
  - 55 Schoenaich: Mein Damaskus (Anm. 6), S. 180.
  - 56 Nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal von 1945 bis 1952.
  - 57 Darunter die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Bund deutscher Bodenreformer, der Bund Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld, die Liga gegen koloniale Unterdrückung, der Verein der Freunde zur Förderung Russlands und der Freimaurerbund zur aufgehenden Sonne. Er war zudem «weithin bekannt» als «Vorkämpfer der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung», Prof. Hans Wehberg in einem Brief an das Nobelkomitee des Norwegischen Parlaments vom 14.1.1947, in dem er Schoenaich für den Friedensnobelpreis vorschlägt. Vgl. BA Koblenz, NL Hans Wehberg, N 1199.

*Lothar Wieland:*

**ALS GEGNER DES MILITARISMUS IN DER PRAKTISCHEN POLITIK**

- 1 Stenographische Berichte der Verhandlungen des (preussischen) Hauses der Abgeordneten, 11.6.1918, S. 10562.
- 2 Max Gerber: Heinrich Ströbel. In: Der Aufbau (DA), Zürich, 21.1.1944.
- 3 Vgl. die Angaben in der Taufbescheinigung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt, 10.7.1981.
- 4 Vgl. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin. NL Wilhelm Liebknecht Nr. 34/194, fol. 58-60: H. Ströbel an W Liebknecht, 29.10.1891.
- 5 Vgl. den Bericht über eine Rede Ströbels. In: Vorwärts, 30.10.1908.
- 6 H. Ströbel: Hugo Haase. In: Weltbühne (WB), 20.11.1919, S. 619.
- 7 Bundesarchiv (BA) Potsdam. NL K. Haenisch: H. Ströbel an K. Haenisch, 9.10. und 5.12.1899.
- 8 Rosa Luxemburg an Adolf Hoffmann, 29.11.1899. Zit. nach: dies.: Gesammelte Briefe. Bd. 1, Berlin (Ost) 1984, S. 413.
- 9 Landeshauptarchiv Brandenburg. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Nr. 12995, fol. 92: Aufzeichnung v. 25.7.1908.
- 10 Ebenda, fol. 98: Aufzeichnung v. 29.6.1908.
- 11 Ebenda, fol. 92: Aufzeichnung v. 25.7.1908.
- 12 Bericht über eine Rede Ströbels. In: Volksstimme, Frankfurt / M., 2.10.1906.
- 13 Vgl. Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. Bearbeitet von Erich Matthias und Susanne Miller. Düsseldorf 1966, S. 10 f.
- 14 H. Ströbel: Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten. Charlottenburg 1919, S. 15.
- 15 Zit. nach Vorwärts, 24.2.1916.
- 16 H. Ströbel: Kriegsschuld (Anm. 14), S. 15.
- 17 Die feindlichen Brüder. In: Hamburger Nachrichten, 24.7.1920.
- 18 H. Ströbel: Alt-Preussen und Neu-Deutschland. In: WB, 25.12.1919, S. 778.
- 19 Ders.: Bethmanns Verteidigung. In: Ebenda, 24.7.1919.
- 20 Ders.: Der einzige Weg zur Demokratisierung. In: Leipziger Volkszeitung, 4.11.1918.
- 21 Ders.: Keine Rettung? In: WB, 28.3.1919, S. 308.

- 22 Ders.: Die Untersuchungsposse. In: Ebenda, 8. 1. 1920, S. 34.
- 23 Ders.: Gewagtes Spiel. In: Arbeiter-Zeitung (Wien), 20. 5. 1919.  
Hier auch das folgende Zitat.
- 24 Ders.: Die deutsche Revolution. Ihr Glück und ihre Rettung.  
Berlin 1920, S. 73.
- 25 Rede Ströbels auf der Reichskonferenz der Bundesstaaten,  
25. 11. 1918. In: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/  
1919. Erster Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von  
Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff.  
Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politi-  
schen Parteien. 1. Reihe, Bd. 6/I, Düsseldorf 1969, S. 182.
- 26 BA Koblenz. NL M. Harden: H. Ströbel an M. Harden, 28. 4.  
1919.
- 27 Vgl. H. Ströbel: Sozialismus und Weltgemeinschaft. Berlin 1923,  
S. 184 ff.
- 28 Ders.: Nicht Gewalt, sondern Organisation. Der Grundirrtum  
des Bolschewismus. Sonderheft 2 des Firn. Berlin 1921, S. 17.
- 29 Ders.: Entente-Sorgen. In: WB, 12. 6. 1919, S. 669.
- 30 Ders.: Die unabhängige Sozialdemokratie. In: Freiheit, 8. 12.  
1918.
- 31 Ebenda, 16. 12. 1918.
- 32 Ströbel in einer öffentlichen Versammlung der USPD in Berlin-  
Moabit, vgl. ebenda, 22. 12. 1918.
- 33 Vgl. Ein Ketzergericht über Ströbel. In: Berliner Volks-Zeitung,  
29. 6. 1920.
- 34 H. Ströbel: Notwendigkeit und Wille im Geschichtsprozess. In:  
Das Ziel (Wien), Jg. 1924, S. 36.
- 35 Ders.: Sozialismus und Weltgemeinschaft (Anm. 27), S. 112.
- 36 Ebenda, S. 113.
- 37 Ders.: Das neue Europa. In: Das Andere Deutschland (AD),  
14. 9. 1929.
- 38 Vgl. ders.: Führer. In: WB, 1. 5. 1919, S. 493.
- 39 H. Ströbel: Revolutions-Lehren. In: AD, 10. 11. 1928.
- 40 Ders.: Abrüstung und Sozialismus. In: Ebenda, 27. 11. 1926.
- 41 Ders.: Joseph Wirths Aufruf. In: DA, 30. 7. 1926.
- 42 Ders.: Zwischen den Krisen. In: AD, 22. 5. 1926.
- 43 Lediglich in seinen Artikeln »Die Einheitsfront der Kommu-  
nisten und Nazis« (ebenda, 13. 9. 1930) und »Tohu Wabohu«  
(ebenda, 13. 1. 1933) bezeichnete Ströbel die NSDAP als »ge-  
häßelte Schutztruppe« der Kapitalisten bzw. als »Leibwächter  
des raffenden Kapitals«.

*Jakob Vogel:*

**DER «FOLKLOREMILITARISMUS» UND SEINE ZEITGENÖSSISCHE  
KRITIK**

- 1 Vgl. hierzu u.a. die Textbeispiele in: V. Berghahn (Hrsg.): *Militarismus*. Köln 1975. Zur Entstehungsgeschichte dieser Militarismus-Auffassung siehe auch: Nicholas Stargardt: *The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics 1866-1914*. Cambridge 1994; Werner Conze u.a.: *Militarismus*. In: Otto Brunner u.a. (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*. Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 1-47 (vgl. insbesondere den Abschnitt von Michael Geyer über Militarismus in der Zeit zwischen 1848 und 1914: ebenda, S. 22-39).
- 2 Karl Liebknecht: *Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung*. In: ders.: *Gesammelte Reden und Schriften*. Bd. 1, Berlin (Ost) 1958, S. 247-456, hier S. 308.
- 3 Ebenda, S. 300.
- 4 Ebenda, S. 304.
- 5 Vgl. etwa Ludwig Quidde: *Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich. Eine Anklageschrift* (1893). In: ders.: *Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus*. Hrsg. v. H.-U. Wehler. Frankfurt / M. 1977, S. 81-130.
- 6 Kaspar Hauser [pseud. für Kurt Tucholsky] : *Unser Militär! Zit. nach* ders.: *Unser Militär! Schriften gegen den Krieg und Militarismus*. Hrsg. v. R. v. Soldenhoff. Frankfurt / M. 1982, S. 7.
- 7 Ähnliches charakterisiert nach 1918 auch die Haltung des sozialdemokratischen Reichsbanners gegenüber der kaiserlichen Armee und der Zeit vor 1914. Vgl. hierzu wegweisend: Benjamin Ziemann: *Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft*. In: *Historische Zeitschrift* 267/1998, S. 357-398.
- 8 Siehe zum Beispiel: Walter Rathenau: *Der Kaiser. Eine Betrachtung*. Berlin 1919.
- 9 Vgl. u.a. Pierre Arnaud: *Le militaire, Lécotier, le gymnaste. Naissance de l'éducation physique en France (1869-1889)*. Lyon 1991; ders. u. André Gounot: *Mobilisierung der Körper und republikanische Selbstinszenierung in Frankreich (1879-1889). Ansätze zu einer vergleichenden deutsch-französischen Sportgeschichte*. In: Etienne François, Hannes Siegrist u. Jakob Vogel (Hrsg.): *Nation und Emotion*.

- Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1995, S. 300-320; Laurence Cole: Vom Glanz der Montur. Zum dynastischen Kult der Habsburger und seiner Vermittlung durch militärische Vorbilder im 19. Jahrhundert. Ein Bericht über ein ‚work in progress‘. In: ÖZG 7/1996, S. 554-591; Ilaria Prochiani: La festa nazionale nell’Italia unita. Rappresentazione dello stato et spazi sociali. Bologna 1997.
- 10 Eine derartige einseitige Interpretation des «military spectacle» als Indoktrination militärischer Werte «von oben» kennzeichnet auch die Studie von Scott H. Myerly: *British Military Spectacle. From the Napoleonic Wars through the Crimea*. Cambridge/ Mass. 1996.
  - 11 Vgl. hierzu ausführlicher Jakob Vogel: *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der ‚Nation in Waffen‘ in Deutschland und Frankreich 1871-1914*. Göttingen 1997; ders.: «En revenant de la revue». Militärfolklore und Folkloremilitarismus in Deutschland und Frankreich 1871-1914. In: ÖZG 9/1998, S. 9-30.
  - 12 Vgl. etwa die klassische Studie von Gerhard Ritter: *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des «Militarismus» in Deutschland*. Bd. 1: Die altpreussische Tradition (1740-1890), 3. Aufl. München 1965, Bd. 2: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914). München 1960.
  - 13 Ich folge hier der Argumentation von Dirk Bönker, die er in seiner an der Johns Hopkins University, Baltimore entstandenen Dissertation über den «Navalismus» in Deutschland und in den USA in der Zeit zwischen 1900 und 1920 entwickelt hat. Vgl. hierzu u.a. seinen Beitrag «Naval Militarism in Germany and the United States between 1890 and 1914/17» auf der Tagung der American Historical Association. Seattle 1998.
  - 14 Alf Lüdtke: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*. Hamburg 1993.
  - 15 Vgl. u.a. Gustaw. Schlabrendorf: *Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Consulate*. Hamburg 1804. ND in: ders.: *Anti-Napoleon*. Frankfurt/M. 1991, S. 5-229; Ralf Pröve: *Politische Partizipation und soziale Ordnung. Das Konzept der «Volksbewaffnung» und die Funktion der «Bürgerwehren» 1848/49*: In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): *Die Revolution 1848/49*. Göttingen 1998, S. 109-129; Andreas Biefang: *Politisches Bürgertum in Deutschland. 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten*. Düsseldorf 1994, S. 153-184; Dieter Düding: *Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus*

- in Deutschland (1808-1847). München 1984; Bernard Ménéger: Les Napoléons du peuple. Paris 1988. Zu England siehe auch Myerly: Spectacle; Linda Colley: Britons. Forging the Nation 1707-1837. New Haven/London 1992, S. 257-260.
- 16 Michel Bozon: Les Conscrits. Paris 1981; Marie-Noëlle Denis: Les souvenirs de conscription en Alsace, témoins d'un culte civique domestique. In: Maurice Agulhon (Hrsg.): Cultures et folklores républicains. Paris 1995, S. 253-262.
  - 17 Vgl. Vogel: Nationen (Anm. 11), S. 27-37.
  - 18 Vgl. u.a. Marie-Luise Christadler: Zur nationalpädagogischen Funktion kollektiver Mythen. Die französische ‚Bewältigungsliteratur‘ nach 1871. In: Jürgen Link u. Wulf Wülfing (Hrsg.): Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität. Stuttgart 1991, S. 199-211; François-Yves Le Moigne: Imagerie militaire et opinion publique: Les «Carnets de la Sabretache» de 1890 à 1914. In: Actes du 103e congrès national des sociétés savantes. Nancy-Metz 1978. Section d'histoire moderne et contemporaine, Bd. 1: L'armée et la société de 1610 à nos jours. Paris 1979, S. 713-731.
  - 19 Vgl. u.a. Jörn Grabowski: Leitbilder einer Nation. Zur Präsentation von Historien- und Schlachtengemälden in der Nationalgalerie. In: Dominik Bartmann (Hrsg.): Anton von Werner. Geschichte in Bildern. München 1993, S. 91-100; François Robichon: Der Krieg von 1870/71 und die französische Militärmalerei. In: ebenda, S. 62-79.
  - 20 Vgl. hierzu u. zum Folgenden Vogel: Nationen (Anm. 11), S. 37-41.
  - 21 Ebenda., S. 58-69.
  - 22 Vgl. etwa Hermann Vogt: Das Buch vom Deutschen Heere. Bielefeld 1886, S. 294. Für Frankreich siehe etwa: Le Petit Parisien, 15.7.1906.
  - 23 Vgl. z.B. Vossische Zeitung, 15.8.1893; Berliner Lokal-Anzeiger, 31.5.1905; L'illustration, 21.7.1906. Siehe auch Le Figaro, 15.7.1901, 15.7.1903, 15.7.1905; Le Journal, 15.7.1902; La Guerre sociale, 17./23.7.1912.
  - 24 Geysers Militarismus-Begriff knüpft dabei zu eng an seine Vorstellung von «paramilitärischen» Vereinen an, die für ihn erst für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kennzeichnend sind. Vgl. Michael Geyer: Militarism and Capitalism in the 20<sup>th</sup> Century. In: Nils Gleitsch, Olav Njolstad (Hrsg.): Arms Races. Technological and Pol-

- itical Dynamics. Oslo 1990, S. 247-275, insb. S. 267 f.
- 25 Ausführlicher Vogel: En revenant (Anm. 11), S. 18-22.
- 26 Paul Gerbod: L'éthique héroïque en France (1870-1914). In: *Revue historique* 268/1982, S. 409-429.
- 27 Vogel: Nationen (Anm. 11), S. 190-202. Siehe auch: Annette Maas: Der Kult der toten Krieger. Frankreich und Deutschland nach 1870/71. In: François, Siegrist, Vogel (Hrsg.): *Nation* (Anm. 9), S. 215-231; Reinhard Koselleck u. Michael Jeismann (Hrsg.): *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*. München 1994.
- 28 Vgl. u.a. Kurt Dröge: Zwischen Volksfest und Soldatenstammtisch. Zum Festwesen der Kriegervereine von 1871 bis 1939. In: ders., Imke Tappe (Hrsg.): *Festkultur in Lippe. Beiträge zum öffentlichen Festwesen im 19. und 20. Jahrhundert*. Münster 1994, S. 185-252; Robert v. Friedeburg: *Klassen-, Geschlechter- oder Nationalidentität? Handwerker und Tagelöhner in den Kriegervereinen der neu-preussischen Provinz Hessen-Nassau 1890-1914*. In: Ute Frevert (Hrsg.): *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1997, S. 229-244; Thomas Rohkrämer: *Der Militarismus der «kleinen Leute». Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich. 1871-1914*. München 1990; Harm-Peer Zimmermann: *«Der feste Wall gegen die rote Flut». Kriegervereine in Schleswig-Holstein. 1864-1914*. Neumünster 1989; Arnaud: *Le militaire*.
- 29 Vgl. hierzu auch für Deutschland: Hans Doderer: Die vormilitärische Erziehung der deutschen Jugend in der Kaiserzeit. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49/1998, S. 746-753. Doderer erwähnt jedoch nicht die französischen Vorbilder der deutschen Vereine. Vgl. hierzu: Vogel: *Nationen*, S. 77 f., 220 f., 224 f.
- 30 Vgl. am Beispiel des «Deutschen Roten Kreuzes»: Jakob Vogel: Samariter und Schwestern, Geschlechterbeziehungen und -bilder im «Deutschen Roten Kreuz» vor dem Ersten Weltkrieg. In: Karen Hagemann, Ralf Pröve (Hrsg.): *Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel*. Frankfurt / M. 1998, S. 322-344.
- 31 Ausführlicher Vogel: En revenant (Anm. 11), S. 18-26.
- 32 Dieter Düding: Die Kriegervereine im wilhelminischen Reich und ihr Beitrag zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft. In: Jost Dülffer, Karl Holl (Hrsg.): *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im*



wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Göttingen 1986, S. 99-121, hier S. 115. Ähnlich problematisch erscheint daher auch: Reinhard Alter: Heinrich Manns ‚Untertan‘. Prüfstein für die ‚Kaiserreich-Debatte‘? In: Geschichte und Gesellschaft 17/1991, S. 370-389.

- 33 Siehe Ziemann: Kriegserinnerung (Anm. 7).
- 34 Vgl. Jakob Vogel: Der Undank der Nation. Die Veteranen der Einnigungskriege und die Debatte um ihren «Ehrensold» im Kaiserreich. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift 60/2001, S. 343-366.
- 35 Vgl. zum Folgenden ausführlicher und mit weiteren Angaben: Vogel: Nationen (Anm. 11), S. 210-262.
- 36 Bernd Jürgen Warneken: «Die friedliche Gewalt des Volkswillens». Muster und Deutungsmuster von Demonstrationen im deutschen Kaiserreich. In: ders. (Hrsg.): Massenmedium Strasse. Zur Kulturgeschichte der Demonstration. Frankfurt / M. 1991, S. 97-119; Thomas Lindenberger: Strassenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914. Bonn 1995.
- 37 Quidde: Militarismus (Anm. 5), S. 96.
- 38 Siehe etwa: Vorwärts, 20.8.1895, 31.8.1895, 30.8. 907, 31.8.1907, 3.9.1907, 4.9.1907, 2.9.1911.
- 39 Vernon Lidtke: The Alternative Culture. Socialist Labor in Imperial Germany. New York 1985.
- 40 Vgl. Anm. 38.
- 41 Liebknecht: Militarismus (Anm. 2), S. 301.
- 42 Jaen-Jacques Becker: Le carnet B. Les pouvoirs publics et l'antimilitarisme avant la guerre de 1914. Paris 1973.
- 43 Der Einsatz der französischen Armee bei Streiks und anderen inneren Konflikten stellte daher auch für Karl Liebknecht ein wesentliches Merkmal des französischen Militarismus dar.
- 44 Vgl. hierzu auch: Thomas Nipperdey: War die wilhelminische Gesellschaft eine Untertanengesellschaft? In: ders.: Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte. Göttingen 1976, S. 133-173.
- 45 Allerdings wäre es auch in diesem politischen Bereich notwendig, noch stärker auf die Verfassungswirklichkeit in den verschiedenen Ländern einzugehen, die dem Militär in dieser Zeit vielfach eine relativ weitgehende Autonomie zugestanden. Vgl. hierzu die Studie von Dirk Bönker über die Rolle der Flottenpolitik in Deutschland und den USA (siehe Anm. 13).

- 46 Vgl. u.a. Hagemann, Prove (Hrsg.): Landsknechte; Jakob Vogel: Stramme Gardisten, temperamentvolle Tirailleurs und anmutige Damen. Geschlechterbilder im deutschen und französischen Kult der «Nation in Waffen». In: Frevert: Militär, S. 245-262.
- 47 Ein eindrückliches Beispiel bietet Ziemann: Kriegserinnerung.
- 48 Der Titel eines für die neuere Militärgeschichte zentralen Aufsatzes von Michael Geyer heisst: Eine Kriegsgeschichte, die vom Tode spricht. In: Alf Lüdtke, Thomas Lindenberger (Hrsg.): Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit. Frankfurt/M. 1995, S. 136-161.

*Christoph Jahr:*

**BRITISH PRUSSIANISM**

- \* Für Anregungen und Hinweise danke ich Florian Altenhöner und Christian Jansen.
- 1 Trotz der antithetischen Gegensätzlichkeit der Kriegsbegründungen – gegen den «Militarismus» hier, gegen den «Materialismus» dort – betont Peter Hoeres: Krieg der Philosophen. Die deutsche und britische Philosophie im Ersten Weltkrieg, Paderborn 2004, die Gemeinsamkeiten beider Weltkriegsphilosophien. Vgl. auch ders.: Die Ursachen der deutschen Gewaltpolitik in britischer Sicht 1914-1918. Eine frühe Sonderwegsdebatte. In: Frank Becker/Thomas Grossböling/Armin Owzar/Rudolf Schlögl (Hrsg.): Politische Gewalt in der Moderne. Festschrift für Hans-Ulrich Thamer. Münster 2003, S. 193-211.
- 2 Jfohn] Bruce Glasier: Militarism. London 1915, S. 2.
- 3 Vgl. Volker R. Berghahn: Militarismus. Die Geschichte einer internationalen Debatte. Hamburg 1986. Vgl. auch Ulrich Albrecht in: Militarismus in Deutschland 1871-1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik. Hrsg. von Wolfram Wette. Münster, Hamburg, London 1999, S. 38-60 (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung, 8. Jg.). Zur Literatur für Grossbritannien vgl. unten Anm. 17 und 18. Jan Rüger: Nation, Empire and Navy: Identity Politics in the United Kingdom 1887-1914. In: Past & Present 185,2004, S. 159-187, handelt nicht vom Militarismus.
- 4 Glasier: Militarism (Anm. 2), S. 1; zur Wahrnehmung des Epochenjahres 1914 vgl. Mark Connelly: «Never such Innocence Again». Grossbritannien und das Jahr 1914. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/2004, S. 13-20.

- 5 Vgl. Hew Strachan: *Militär, Empire und Civil Society: Grossbritannien im 19. Jahrhundert*. In: Ute Frevert (Hrsg.): *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1997, S. 78-93, bes. S. 83-87; Peter Parker: *The Old Lie: The Great War and the Public School Ethos*. London 1987; Geoffrey Best: *Militarism and the Victorian Public School*. In: Brian Simon / Ian Bradley (Hrsg.): *The Victorian Public School. Studies in the Development of an Educational Institution*. London 1975, S. 129-146; Tim Travers: *The Killing Ground. The British Army, the Western Front and the Emergence of Modern Warfare 1900-1918*, London 1987.
- 6 Jetzt grundlegend und alte Klischees korrigierend: Marcus Funck: *Feudales Kriegertum und militärische Professionalität. Der Adel im preussisch-deutschen Offizierskorps 1860-1935*. Berlin 2004; als kurzer Überblick: Christoph Jahr: *De Pruisische officier. Feiten en vermoedens over een mythe*. In: Piet Chielens/Armand Deknudt / Christoph Jahr / Annick Vandenbilcke, Rudolf Lange 1874-1918. *Oorlogsetuige*. Brugge 2004 S. 13-19.
- 7 Vgl. im Folgenden Jörn Leonhard: *Die Nationalisierung des Krieges und der Bellizismus der Nation: Die Diskussion um Volks- und Nationalkrieg in Deutschland, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten seit den 1860er Jahren*. In: Christian Jansen (Hrsg.): *Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert: ein internationaler Vergleich*. Essen 2004, S. 83-105, bes. S. 93-97; Strachan: *Militär, Empire und Civil Society* (Anm. 5).
- 8 Nicht überzeugend behauptet Niall Ferguson: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1999, S. 65, dass der Militarismus vor 1914 europaweit abgeebbt sei.
- 9 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Der Fall Zabern von 1913/14 als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreichs*. In: ders.: *Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte*. 2., überarb. u. erw. Aufl., Göttingen 1979, S. 70-88.
- 10 Hew Strachan: *The Politics of the British Army*. Oxford 1997, S. 116 f. Vgl. auch Corinna Hauswedell: *Geheimgesellschaften gegen *Uw and order*. Radikalisierung und Militarisierung nationaler, sozialer und konfessioneller Gegensätze in Irland im 19. Jahrhundert*. In: Jansen (Hrsg.): *Der Bürger als Soldat* (Anm. 7), S. 214-229.

- 11 Paradigmatisch zur keineswegs geradlinigen deutschen Entwicklung Ute Frevert: *Die Kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*. München 2001. Vgl. weiter Wolfgang Kruse: *Bürger und Soldaten. Die Entstehung des modernen Militarismus in der Französischen Revolution*. In: Jansen (Hrsg.): *Der Bürger als Soldat* (Anm. 7), S. 47-67. Zu Cambridge: Sonja Levensen: *Gemeinschaft, Männlichkeit und Krieg. Militarismus in englischen Colleges und deutschen Studentenverbindungen am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. In: Ebenda, S. 230-246, hier S. 239.
- 12 Zitiert nach William Joseph Reader: *At Duty's Call. A Study in obsolete Patriotism*. Manchester 1988, S. 6; Zur Wehrpflichtdebatte vgl. R.J.Q. Adams / Philip P. Poirier: *The Conscription Controversy in Great Britain 1900-18*. Basingstoke 1987.
- 13 Zitiert nach Reader: *At Duty's Call* (Anm. 12), S. 7.
- 14 Vgl. Edward M. Spiers: *Haldane: an Army Reformer*. Edinburgh 1980.
- 15 Vgl. Ian Beckett: *The Territorial Force*. In: ders. / Keith Simpson (Hrsg.): *A Nation in Arms. A social Study of the British Army in the First World War*. Manchester 1985, S. 127-163; Hugh Cunningham: *The Volunteer Force. A Social and Political History 1859-1908*. London 1975, S. 127-149.
- 16 Vgl. Strachan: *Militär, Empire und Civil Society* (Anm. 5), S. 91.
- 17 Vgl. Anne Summers: *Militarism in Britain before the Great War*. In: *History Workshop Journal* 2, 1976, S. 104-123 sowie dies.: *Edwardian Militarism*. In: Raphael Samuel (Hrsg.): *Patriotism. The Making and Unmaking of British National Identity, Vol. 1: History and Politics*. London 1989, S. 236-256; hinsichtlich der Militarisierung der Arbeiterschaft ist John Bourne: *The British Working Man in Arms*. In: Hugh Cecil/Peter H. Liddle (Hrsg.): *Facing Armageddon. The First World War Experienced*. London 1996, S. 336-352, skeptisch, während John M. MacKenzie (Hrsg.): *Propaganda and Empire. The Manipulation of British Public Opinion 1880-1960*. Manchester 1984, deren Breitenwirkung betont.
- 18 John M. MacKenzie (Hrsg.): *Introduction: Popular Imperialism and the Military*. In: ders. (Hrsg.): *Popular Imperialism and the Military 1850-1950*. Manchester 1992, S. 1-24; Reader: *At Duty's Call* (Anm. 12), S. 17-100; Anne Summers: *The Character of Edwardian Nationalism*. In: Paul Kennedy/A. Nicholls (Hrsg.): *Nationalist and*

- Racialist Movements in Britain and Germany before 1914. London 1981, S. 68-87; Sara S. Stein: Britain and the Origins of the First World War. London 1977, S. 154-163.
- 19 Vgl. Denis Hayes: Conscription Conflict: The Conflict of Ideas in the Struggle For and Against Military Conscription in Britain between 1901 and 1939. London 1973 [Reprint, zuerst 1949], S. 36 f.
  - 20 Vgl. Jeffrey Richards: Popular Imperialism and the Image of the Army in juvenile Literature. In: MacKenzie (Hrsg.): Popular Imperialism (Anm. 18), S. 80-108.
  - 21 Vgl. Hayes: Conscription Conflict (Anm. 19), S. 9 f.
  - 22 Vgl. Strachan: Militär, Empire und Civil Society (Anm. 5), S. 93.
  - 23 Zur These, dass die verharmlosende Verwendung von Metaphern aus der Welt des Sports in der «Wehrhaftigkeitsdebatte» dazu beigetragen hat, das relativ zivile Fremd- und Selbstbild der Inselnation zu bewahren, vgl. Levsen: Gemeinschaft, Männlichkeit und Krieg (Anm. 11), S. 241.
  - 24 Zum Kontext des Kriegsnationalismus vgl. Sven Oliver Müller: Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Grossbritannien im Ersten Weltkrieg. Göttingen 2002, S. 254-284.
  - 25 Vgl. Hayes: Conscription Conflict (Anm. 19), S. 136-146; zum Folgenden Francis L. Carsten: War against War. British and German Radical Movements in the First World War. London 1982; John Malcolm Rae: Conscience and Politics. The British Government and the Conscientious Objector to Military Service 1916-1919. London 1970; Keith Robbins: The Abolition of War. The Peace Movement in Britain 1914-1919. Cardiff 1976; ders.: The British Experience of Conscientious Objection. In: Cecil/Liddle (Hrsg.): Facing Armageddon (Anm. 17), S. 691-706; Marvin Swartz: The Union of Democratic Control in British Politics During the First World War. Oxford 1971.
  - 26 Vgl. Glasier: Militarism (Anm. 2), S. 18.
  - 27 John Adam Cramb: Germany and England. London 1914, S. 60.
  - 28 Zitiert nach Hayes: Conscription Conflict (Anm. 19), S. 67 f.
  - 29 Vgl. William Philpott: Grossbritannien: Regierung, Militär und Empire von 1860-1890. In: Michael Epkenhans (Hrsg.): Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860-1890. Armeen, Marinen und der Wandel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, den USA sowie Japan. München 2003, S. 21-41.

- 30 Alle Zitate nach Hayes: *Conscription Conflict* (Anm. 19), S. 15 u. 21.
- 31 Zitiert nach John E. Wrench, Alfred Lord Milner. *The Man of no Illusions 1854–1925*. London 1958, S. 278.
- 32 George Gordon Coulton: *Workers and War*. Cambridge 1914, S. 11; vgl. allgemein Geoffrey R. Searle: *The Quest for National Efficiency. A Study in British Politics and Political Thought 1899–1914*. Oxford 1971; sowie Günter Hollenberg: *Englisches Interesse am Kaiserreich. Die Attraktivität Preußen-Deutschlands für konservative und liberale Kreise in Großbritannien 1860–1914*. Wiesbaden 1974, bes. S. 243–264.
- 33 Zitiert nach Glasier: *Militarism* (Anm. 2), S. 20.
- 34 Zitiert nach ebenda, S. 29.
- 35 Zitiert nach Hayes: *Conscription Conflict* (Anm. 19), S. 230.
- 36 Zitiert nach J[ohn] Bruce Glasier: *The Peril of Conscription*, London 1915, S. 16.
- 37 George Gordon Coulton: *Pacifist Illusions: A Criticism of the Union of Democratic Control*. 2. Aufl., Cambridge 1915, S. 100.
- 38 25. 1. 1916, *The Parliamentary Debates (Official Reports)*, House of Lords, 5th Series, London 1916, Bd. 20, Sp. 1009.
- 39 Zitiert nach Robbins: *The Abolition of War* (Anm. 25), S. 73.
- 40 4. 5. 1916, *The Parliamentary Debates* (Anm. 38), Bd. 82, Sp. 151.
- 41 Zitiert nach Robbins: *The Abolition of War* (Anm. 25), S. 90.
- 42 Vgl. im Folgenden Glasier: *Militarism* (Anm. 2), S. 4–14.
- 43 Ebenda, S. 14.
- 44 Zitiert nach Hayes: *Conscription Conflict* (Anm. 19), S. 234.
- 45 Zitiert nach A. J. Anthony Morris: *The Scaremongers. The Advocacy of War and Rearmament 1896–1914*. London 1984, S. 225.
- 46 Coulton: *Pacifist Illusions* (Anm. 37), S. 33.
- 47 Ebenda, S. 5.
- 48 Zitiert nach Hayes: *Conscription Conflict* (Anm. 19), S. 68.
- 49 Coulton: *Pacifist Illusions* (Anm. 37), S. 92 f.
- 50 Vgl. zum Folgenden Florian Altenhöner: *Zwischen Informationsbedürfnis und Kontrollversuchen: Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914/1918*, MS., Phil. Diss. HU Berlin 2005. Michael S. Neiberg: *Cromwell on the Bed Stand: Allied Civil-Military Relations in World War I*. In: Jenny Macleod/Pierre Purseigle (Hrsg.): *Uncovered Fields. Perspectives in First World War Studies*, Leiden, Boston 2004, S. 61–77.
- 51 Vgl. Christoph Jahr: *Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914–1918*.

- Göttingen 1998; Gerard Oram: *Worthless Men. Race, Eugenies and the Death Penalty in the British Army during the First World War.* London 1998, sowie ders.: «The administration of discipline by the English is very rigid». *British Military Law and the Death Penalty (1868-1918)*. In: *Crime, Histoire & Sociétés/ Crime, History & Societies* 5/2001, S. 93-110.
- 52 Vgl. Joanna Bourke: *Männlichkeit, Krieg und Militarismus in Grossbritannien 1914-1939*. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 9/1998, S. 31-50.
- 53 Vgl. Bernhard Dietz: *Gab es eine ‚Konservative Revolution‘ in Grossbritannien? Intellektuelle Liberalismuskritik im Zeichen der Krise 1926-35*, MS., Magisterarbeit HU Berlin 2004.
- 54 Joachim Kuroпка: «Militarismus» und «Das andere Deutschland». *Zur Entstehung eines Musters britischer Deutschlandinterpretation*. In: Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.): *Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts*. Bochum 1984, S. 103-124.

*Manfred Messerschmidt:*

**DAS NEUE GESICHT DES MILITARISMUS IN DER ZEIT  
DES NATIONALSOZIALISMUS**

- 1 Dieter Senghaas: *Rüstung und Militarismus*. Frankfurt/M. 1972; hierzu auch: *Überlegungen zur gegenwärtigen Militarismus-Problematik*. In: Volker R. Berghahn (Hrsg.): *Militarismus*. Köln 1975, S. 152-163 (*Neue Wissenschaftliche Bibliothek*, 83, *Geschichte*).
- 2 Gerhard Ritter: *Staatkunst und Kriegshandwerk. Das Problem des «Militarismus» in Deutschland*. 4 Bde., München 1959, 1960, 1964, 1968; ders.: *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*. München 1956.
- 3 Friedrich Meinecke: *Die Deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*. 2. Aufl., Wiesbaden 1946.
- 4 Hans Herzfeld: *Der Militarismus als Problem der neueren Geschichte*. In: *Schola, Monatsschrift für Erziehung und Bildung*, 1. Jg. (1946), Heft 1, S. 41-52; Wiederabdruck in: Berghahn: *Militarismus* (Anm. 1), S. 107-114.
- 5 Klaus Saul: *Der «Deutsche Kriegerbund» – Zur innenpolitischen Funktion eines «nationalen Verbandes» im kaiserlichen Deutschland*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM)* 1/1970, S. 95-

- 159; Manfred Messerschmidt: Die politische Geschichte der preussisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte. Bd. 2, Abschnitt IV: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert 1814-1890, München 1979; ders.: Militär und Schule in der wilhelminischen Zeit. In: MGM 23/1978, S. 51-76; Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1973; Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der «kleinen Leute». Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871-1914. München 1990.
- 6 Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918. Göttingen 1973.
  - 7 Jehuda Wallach: Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen. München 1970.
  - 8 Johannes Hürter: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932). München 1993, S. 22.
  - 9 Vortrag vor Generalstabsoffizieren v. 18. August 1919, wiedergegeben bei Heinz Hürten: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920. Düsseldorf 1977, Dok. 75, S. 193-197.
  - 10 Dazu Michael Geyer: Der zur Organisation erhobene Burgfriede. Militär und Militarismus in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978, S. 36 f.
  - 11 Ausgabe Nr. 8, 2. März 1933, S. 1 f.; Herausgeber war der Pressedienst Kampffront Schwarz-Weiss-Rot.
  - 12 Irmela Nagel: Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik. Köln 1991.
  - 13 RGBl I,5. 1016.
  - 14 Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Hamburg 1969; ders.: Politische Erziehung der Wehrmacht. Scheitern einer Strategie. In: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Stuttgart 1980, S. 261-284.
  - 15 Wiedergegeben bei M. Messerschmidt u. U. v. Gersdorff: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten. Stuttgart 1964, Dok. Nr. 107, S. 274-277.
  - 16 Ludwig Dehio: Um den deutschen Militarismus, in: Historische Zeitschrift 180/1955, S. 43-64 (48).
  - 17 C. Webster / N. Frankland: The Strategie Air Offensive against Germany 1939-1945. vol. 4, Annexes and Appendices. London 1961, App. 20, S. 258-264.



- 18 Ebenda, App. 10.
- 19 Zahlen: Insgesamt 75 000 t Bomben auf England (einschließlich V-Waffen). Die Alliierten: 2 Millionen t auf das Reichsgebiet, allein im März 1945 ca. 133 000 t.
- 20 Hierzu G. W. Gellermann: *Der Krieg, der nicht stattfand*. Koblenz 1986; Rolf-D. Müller: *Die deutschen Gaskriegsvorbereitungen 1919–1945. Mit Giftgas zur Weltmacht?* In: MGM 27/1980, S. 25–54; ders.: *Chemische Kriegführung und Gaskriegsvorbereitungen (1914–1945)*. In: *Chemische Kriegführung – Chemische Abrüstung. Dokumente und Kommentare*. Hrsg. v. H. G. Brauch u. R.-D. Müller. Berlin 1985; F. J. Brown: *Chemical Warfare. A Study in Restraints*. Princeton 1968; M. Messerschmidt: *Kriegstechnologie und humanitäres Völkerrecht in der Zeit der Weltkriege*. In: MGM 1/87, S. 63–110 (76–82).
- 21 Der Aufsatz mit diesem Titel erschien in: *Völkerbund und Völkerrecht*, 4. Jg. (1937/38), S. 139–145.
- 22 Max Seydel: *Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre*. Würzburg 1873, S. 31 f.
- 23 Adolf Lasson: *Princip und Zukunft des Völkerrechts*, Berlin 1871, S. 22, 34 f.
- 24 Werner Best: *Rechtsbegriff und Völkerrecht*. In: *Deutsches Recht*, 9. Jg. (1939), S. 1345–1348.
- 25 Albert Brackmann. In: *Hannoverscher Kurier* v. 18. 9.1941. Zit. Nach K. Schönwälder: *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*. Frankfurt/M. 1992, S. 243.
- 26 Meldung Ohlendorfs an AOK 11 (von Manstein) v. 16. 4. 1942, BA-MA, RH 20-11/499, Blatt 123–134.
- 27 Theodor Maunz: *Geltung und Neubildung modernen Kriegsvölkerrechts*. *Freiburger Universitätsreden*, H. 31, Freiburg 1939.
- 28 Siegfried Kaehler an Friedrich Meinecke, 24. 6. 1941. In: F. Meinecke: *Ausgewählter Briefwechsel*. Werke, Bd. 6, Stuttgart 1962, S. 373.
- 29 Nachlass Röttiger, BA-MA, W 422, Bl. 3, Erklärung vom 28.11.1945.
- 30 Chef WR 16.5.1945 für Chef OKW (Flensburg), BA-MA, RW 2/v. 48.

## Autorinnen und Autoren

**BALD, DETLEF**, Dr. phil., geboren 1941, Studium der Geschichte und Politikwissenschaften in Freiburg i. Br.; Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut, wissenschaftlicher Assistent an der Universität Frankfurt; bis 1996 Leiter des Bereichs Militär und Gesellschaft am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr; danach Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung an der Universität Hamburg, Publizist in München. Mitherausgeber der Reihe «Beiträge zur Historischen Friedensforschung» und der «Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden».

**BRÖCKLING, ULRICH**, Dr. phil., geboren 1959, Studium der Soziologie, Geschichte und Philosophie in Freiburg i. Br., 1996 Promotion, Tätigkeit als Verlagslektor, z. Zt. Wissenschaftlicher Koordinator des Graduiertenkollegs «Die Figur des Dritten» am Fachbereich Literaturwissenschaft der Universität Konstanz.

**DAVY, JENNIFER A.**, M.A., geboren 1970, Doktorandin für Neuere und Neueste Geschichte am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Promotion zum Thema: «Gender, Pazifismus und politischer Protest. Frauenfriedensaktivismus in Deutschland, 1892-1933».

**FÖRSTER, STIG**, Dr. phil., geboren 1951, Studium der Geschichte und Germanistik in Düsseldorf, 1982 Promotion, 1990 Habilitation, 1982-1987 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut London, 1989-1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Washington, D.C., 1992-1994 Professor für Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, seit 1994 Professor für Neueste Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, Mitbegründer und seit 2001 Erster Vorsitzender des Arbeitskreises Militärgeschichte (AKM).

**GRÄPER, FRIEDERIKE**, M.A., geboren 1973, Studium der Geschichte, Germanistik, Medien- und Kommunikationswissenschaft und Öffentli-

ches Recht in Hamburg, Freiburg i. Br. sowie an der University of Massachusetts in Amherst, USA. Seit Oktober 2002 Doktorandin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), im Centrum für OSZE-Forschung (CORE). Promotion zum Thema «Medienhilfe als Instrument externer Demokratieförderung. Motive, Ziele und Implementierungswege internationaler Akteure am Beispiel Bosnien-Herzegowina und Kosovo».

**HOLL, KARL**, Dr. phil., geboren 1931, Studium der Geschichte, Germanistik und Romanistik in Mainz und Tübingen, 1958 Promotion, 1956-1964 Lehrer an Gymnasien in Rheinland-Pfalz, 1964-1970 Dozent, 1971-1996 Professor für Neueste Geschichte an der Universität Bremen, Mitbegründer und erster Sprecher des Arbeitskreises Historische Friedensforschung; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Friedensbewegung, des Pazifismus und der Parteiengeschichte. 1988 mit dem Carl von Ossietzky-Preis ausgezeichnet.

**JAHN, CHRISTOPH**, Dr. phil., geboren 1963, Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Freiburg i. Br. und Berlin, 1997 Promotion. 1997-2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, seither Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

**KÄTZEL, UTE**, Diplom-Soziologin und M.A., geboren 1955, Studium der Soziologie und Geschichte in Regensburg, Frankfurt und Kassel, 1982-1995 Rundfunkjournalistin beim Bayerischen Rundfunk, seit 1996 freie Historikerin und Journalistin in Berlin.

**KRIPPENDORFF, EKKEHART**, Dr. phil., geboren 1934, Prof. em. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Lehre, Forschung und Publikationen zur Friedensforschung, Internationalen Politik, Geistesgeschichte und zur politischen Interpretation von Literatur.

**MESSERSCHMIDT, MANFRED**, Dr. phil., geboren 1926, Promotion 1954 in Freiburg i. Br.; 1. und 2. Juristisches Staatsexamen (1959 und 1962); 1970-1988 als Professor und Direktor Leitender Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg i. Br.; Präsident der Commission d'Histoire du droit militaire, Société Internationale de Droit Pénal Militaire et de Droit de la Guerre (1973-1988).

**NEFF, BERNHARD**, Dr. phil., geboren 1968, Studium der Geschichte und Mathematik in Darmstadt, 2001 Promotion, Dissertation über die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. (1890 bis 1913), seit 2002 Gymnasiallehrer in der Erwachsenenbildung.

**RIESENBERGER, DIETER**, Dr. phil., geboren 1938, Studium der Latinistik, Germanistik und Geschichte, 1965 Promotion, 1966 Staatsexamen, bis 1971 im Schuldienst, 1976 Habilitation, 1981-1998 Professor für Zeitgeschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Paderborn.

**VOGEL, JAKOB**, Dr. phil., geboren 1963, Studium der Geschichte, Rechtswissenschaft und Philosophie in Bonn, Paris und Berlin, 1995 Promotion, 1993-1995 Mitarbeiter an der Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte, 1995-1997 am Centre Marc Bloch, 1998-2000 am Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, seit 2002 wiss. Assistent am Frankreich-Zentrum der TU Berlin, 2003/2004 Gastwissenschaftler am CNRS und der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris.

**WIELAND, LOTHAR**, Dr. phil., geboren 1952, Studium der Geschichte und Anglistik, Promotion 1981, Oberstudienrat in Bremerhaven.

## Personenregister

- Abt, Christian Gottlieb 114 bis  
117, 130  
Addams, Jane 159  
Allan, Ann Taylor 162  
Allen, Clifford 255  
Angell, Normann 200, 202, 255  
Arnold-Foster, Hugh Oakley 258  
Asquith, Herbert Henry 255  
Assmus, Erhard 55  
Augspurg, Anita 23, 152-170
- Bakunin, Michail 111,113  
Bebel, August 19f., 40, 92, 94-96,  
98-106, 108 f., 212  
Beck, Ludwig 272  
Belo, Carlos 285  
Benjamin, Walter 111  
Berghahn, Volker R. 14, 55  
Bernhardi, Friedrich von 50, 53,  
103 f.  
Bernstein, Alfred 148  
Bernstein, Eduard 208, 212  
Best, Werner 277  
Bethmann Hollweg, Theobald  
von 52, 181  
Bismarck, Otto von 37, 42, 59,  
60f., 96, 175, 177, 187, 218,  
223, 269  
Bley, Helmut 101  
Bluntschli, Johann 65  
Brauchitsch, Walther von 274  
Braun, Lily 140f.
- Bredow, Wilfried von 14  
Brockway, Fenner 255 f.  
Bröckling, Ulrich 20
- Caprivi, Leo von 42, 76-78, 80,  
85  
Cathrein, Victor 18, 69  
Charles, I. 257  
Churchill, Winston 276  
Class, Heinrich 35  
Coulton, George G. 253f., 258f.  
Cramb, John 251
- Davy, Jennifer A. 23  
Dehio, Ludwig 14, 274  
Deimling, Berthold von 194  
Deroulède, Paul 241  
Dreyfus, Alfred 241  
Droysen, Johann Gustav 57  
Duncker, Käte 137
- Einem, Karl von 40  
Eisner, Kurt 176, 212  
Emil, Karl 105  
Endres, Franz Carl 25, 28, 33, 35,  
204  
Engels, Friedrich 95, 102 f., 108  
Erzberger, Matthias 73
- Falkenhayn, Erich von 54  
Flocke, Ernst 108  
Foerster, Friedrich Wilhelm 25,  
202, 217, 224

Förster, Stig 14, 17, 110  
 Frantz, C. 64 f.  
 Franz von Assisi 285  
 French, John 259  
 Frevert, Ute 139  
 Fried, Alfred H. 217  
 Friedrich, Ernst 126  
 Fürth, Henriette 140

Gandhi 128  
 Gerlach, Hellmut von 193, 224  
 Gesell, Silvio 200-202  
 Geyer, Michael 42 f., 55, 237  
 Glasier, John Bruce 246 f., 255, 257  
 Gneisenau, August-Wilhelm Neidhardt von 177  
 Goltz, Colmar von der 49, 52 f.  
 Gräper, Friederike 25  
 Gradnauer, Georg 212  
 Greiling, Richard 224  
 Groener, Wilhem 45, 268  
 Grossmann, Kurt 193  
 Grossmann, Rudolf 129 f.  
 Gumbel, Emil Julius 193

Haase, Hugo 211  
 Haefthen, Hans von 52  
 Haldane, Richard 249, 255  
 Hanna, Gertrud 142  
 Harden, Maximilian 96 f., 220, 224  
 Haritz, Detlef 92  
 Hausen, Karin 135  
 Haussmann, Conrad 89  
 Haussmann, Friedrich 89  
 Heeringen, Josias von 40  
 Hervé, Gustave 242, 245  
 Herzfeld, Hans 14, 266  
 Heydrich, Reinhard 277

Heymann, Lida Gustava 23, 152-170  
 Hilferding, Rudolf 214  
 Hillgruber, Andreas 15 f.  
 Hindenburg, Paul von 13, 15, 121, 219  
 Hitler, Adolf 11-13, 15 f., 209, 270-272, 276, 278  
 Holl, Karl 19  
 Holt, Richard 256  
 Huart, Lucien 130  
 Huber, Rudolf 269

Jahr, Christoph 28  
 Jaurès, Jean 245  
 Joas, Hans 297  
 Jong, Albert de 128, 130  
 Juchacz, Marie 143

Kant, Immanuel 85, 296  
 Kätzel, Ute 22  
 Kautsky, Karl 122, 212, 220  
 Kehr, Eckart 83  
 Keim, August 78, 107  
 Ketteler, Wilhelm Emanuel von 18, 56-61, 67, 69, 71, 73  
 Kipling, Rudyard 250  
 Kirchhoff, Auguste 159  
 Köpke 45  
 Kraus, Karl 118  
 Krippendorff, Ekkehart 30  
 Kropotkin, Peter 113  
 Kuenzer, Richard 193  
 Kühne, Thomas 71  
 Küster, Fritz 202  
 Ky, Suy 285

La Boétie, Etienne de 115  
 Lampe, Jürgen 92  
 Landauer, Gustav 113, 117-124  
 Lasker, Eduard 79

- Lasson, Adolph 68, 276  
 Ledebour, Georg 106  
 Lehmann-Russbüldt, Otto 193  
 Lenin, Wladimir I. 223  
 Lerner, Gerda 289  
 Levetzow, Albert von 80  
 Liebknecht, Karl 28, 33, 123,  
 210, 213, 231, 239f., 244 f.  
 Ligt, Bart de 128, 130f.  
 Litzmann, Karl 107  
 Löbe, Paul 193  
 Ludendorff, Erich 45-47, 51, 127,  
 182  
 Lüdke, Alf 233  
 Lumthal, Walther 193  
 Luxemburg, Rosa 22, 123, 136f.,  
 143, 212
- MacDonald, Ramsay 255  
 Malaterre-Sellier, Germaine 161  
 Marischka, Ernst 232  
 Mann, Heinrich 54, 238  
 Maude, Francis N. 252  
 Maxwell, W H. 254  
 Meinecke, Friedrich 13, 29, 266  
 Menchu, Rigoberta 285  
 Messerschmidt, Manfred 29  
 Meyer, Bern 193  
 Mieroslawski, Ludwik 115  
 Milner, Alfred 252  
 Moltke, Helmuth von (General-  
 feldmarschall, 1800-91) 37,  
 41, 44, 70, 96, 103, 177, 187,  
 284  
 Moltke, Helmuth von (Oberstleut-  
 nant, 1848-1916) 46, 51, 52,  
 70, 73  
 Mommsen, Theodor 175  
 Moses, Julius 148  
 Muehlon, Wilhelm 217, 224
- Müller, Karl Alexander von 173  
 Müller-Lehning, Arthur 125, 128,  
 130f.  
 Mussolini, Benito 223
- Napoleon 296  
 Napoleon III. 73  
 Neff, Bernhard 19  
 Nicolai, Georg F. 224  
 Noske, Gustav 219
- Oldenburg-Januschau, Elard von  
 35  
 Osseg, Annuarius (Pseudonym)  
 s. Pachtler, Georg Michael
- Pachtler, Georg Michael 18, 21,  
 55, 61-63, 65, 66-69, 72-74  
 Papen, Franz von 269  
 Payer, Friedrich 89  
 Pfannkuch, Wilhelm 212  
 Pfemfert, Franz 117-124  
 Porter, Bruce D. 300
- Quidde, Ludwig 18 f., 77-90, 175,  
 183, 193, 239, 245
- Ram, James 251  
 Ramus, Pierre (Pseudonym)  
 s. Grossmann, Rudolf  
 Rathenau, Walther 232  
 Richter, Eugen 78, 79  
 Ridgeway, William 253  
 Riesenberger, Dieter 18  
 Ritter, Gerhard 14, 29, 33, 266  
 Roberts, Frederick Sleigh 250,  
 258  
 Röttinger, Hans 279  
 Rolland, Romain 245  
 Ross, Charles 254

Rotteck, Carl von 17	Ströbel, Heinrich 25, 193, 207 bis 227
Rudnycka, Milena 161	Suttner, Bertha von 21 f.
Russell, Bertrand 255	
Scharnhorst, Gerhard Johann von 177	Tappen 45
Scheidemann, Philipp 219	Thugutt, Stanislaw 193
Schellendorff, Bronsart von 95	Tolstoi, Lew N. 128
Schiller, Friedrich 287	Treitschke, Heinrich von 21, 188f.
Schippel, Max 105	Trenchard, Hugh 276
Schleicher, Kurt von 268	Tucholsky, Kurt 232
Schlieffen, Alfred von 46, 48, 50 f.	Vagts, Alfred 93
Schmitt, Carl 276	Valentin, Veit 193
Schoenaich, Paul von 24 f., 192 bis 206	Verdy du Vernois, Justus von 41 f. 46, 76
Schöpflin, Georg Johann 106	Verraux 201 f.
Schwann-Schneider, Rosa 159	Vogel, Jakob 26
Seydel, Max 276	Waldersee, Alfred von 42
Senghaas, Dieter 265, 272	Wandel 47
Shee, George F. 250, 252	Wasserburg, Philipp 18, 55, 64 bis 66
Siemson, Anna 193	Welcker, Karl Theodor 18
Simon, John 255	Wendel, Hermann 208
Snowdens, Philip 256	Wieland, Lothar 25
Sokrates 284	Wilhelmi. 37, 177
Sonnemann, Leopold 89	Wilhelm II. 45, 90, 95 f., 100, 107, 177, 235
Sonnenburg, Alfons Falkner von 24, 173-191	Willems, Emilio 14
Speer, Albert 276	
Stein, Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum 177	Zetkin, Clara 22, 136-138, 140, 142-148
Stephan, Heinrich von 87	Zietz, Luise 22, 141, 146, 148
Stössinger, Felix 27f.	
Strachan, Hew 251	



## Ortsregister

Bad Nauheim 208, 210  
Basel 145f., 152  
Belgrad 275  
Berlin 21, 27, 95, 139, 148, 178  
    bis 181, 186, 193, 235, 273  
Bern 138  
  
Cambridge 249, 253  
  
Den Haag 140, 158  
Dresden 240  
  
Genf 206  
Görlitz 208  
Guernica 275  
  
Heidelberg 208  
  
Jena 104, 138  
  
Kiel 212  
Königgrätz 59  
  
Le Havre 242  
  
München 173-175, 179, 182,  
    186  
  
New York 300  
Nürnberg 208  
  
Paris 56, 186, 241, 243  
Potsdam 15, 273  
  
Reinfeld 206  
Rotterdam 275  
  
Sandhurst 252  
  
Valmy 104  
Versailles 11  
  
Warschau 275  
Washington, D.C. 169  
Weimar 191, 227  
Wien 56, 187

## Bildnachweis

akg-images S. 22, 235, 273.

Anschnläge. Politische Plakate in Deutschland 1900-1980. Hrsg. von Friedrich Arnold. Frankfurt, Olten, Wien 1985 (Büchergilde Gutenberg), S. 8: 121.

Archiv Aufbau-Verlag, Berlin: S. 137.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. V: S. 165, Abt. IV, PI 9893: S. 179.

Bibliothek des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam: S. 63.

Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz: 15, 153, 209.

Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Hrsg. von Helmut Donat, Karl Holl. Düsseldorf 1983, S. 24: S. 126.

Deutsches Historisches Museum: S. 37 (o. 1., u.), 95, 141.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn: 293.

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Hg.), Völkerversöhnende Frauenarbeit, V Teil, Titelblatt (Faksimile) Berlin o. J.: S. 157.

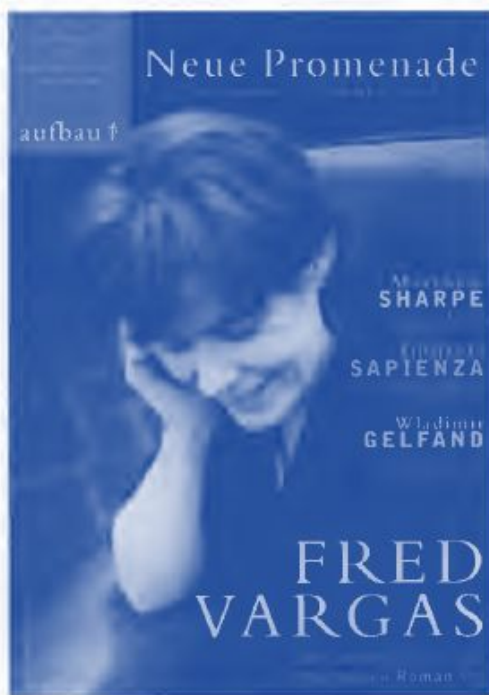
«Nieder die Waffen – die Hände gereicht!» Friedensbewegung in Bremen 1898-1958. Bremen 1989, S. 60: S. 286.

Privatbesitz: S. 77, 86.

Ullstein-Bilder-Dienst: S. 37 (o. r.), 193.

»Man muß sich die Kunden des Aufbau-Verlages als glückliche Menschen vorstellen.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG



**Streifzüge mit Büchern und Autoren:**

Das Kundenmagazin der Aufbau Verlagsgruppe erhalten Sie kostenlos in Ihrer Buchhandlung und als Download unter [www.aufbau-verlag.de](http://www.aufbau-verlag.de).

aufbau   
VERLAGSGRUPPE



**Recht ist, was den Waffen nützt**

*Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert*

Herausgegeben von Helmut Kramer

und Wolfram Wette

Mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel

Mit 33 Abbildungen

432 Seiten. Gebunden

ISBN 3-351-02578-5

## Pazifisten im Visier der Justiz

Erstmals zeichnen Juristen und Historiker ein Gesamtbild des Verhältnisses von Justiz und Pazifismus im kriegerischen 20. Jahrhundert. Fazit des Gemeinschaftsprojektes ist: Im Konflikt zwischen Macht und Freiheit hat sich die Justiz im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im NS-Staat und bis in die jüngste Zeit häufig auf die Seite der Machthaber geschlagen. Sie bediente sich dabei der strafrechtlichen Vorwürfe des angeblichen Landesverrats, der Wehrkraftzersetzung, der Nötigung etc.

Die »kalte Amnestie« für Wehrrechtsjuristen, die Versuche zur Kriminalisierung von Gegnern der Wiederbewaffnung und zur Aushöhlung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung verweisen auf die Autoritätsgläubigkeit von Richtern und deren Nachgiebigkeit gegenüber militärischen Interessen auch nach 1945. Aber es gibt dennoch ermutigende Versuche, diese dominante Strömung der Justiz zu durchbrechen.

»Dem Buch gebührt weite Verbreitung.« DAS PARLAMENT

aufbau   
VERLAG

Weitere Informationen erhalten Sie unter  
[www.aufbau-verlag.de](http://www.aufbau-verlag.de) oder in Ihrer Buchhandlung